

"Gewerksgenossenschaften entstanden ursprünglich durch die spontanen Versuche der Arbeiter, diese Konkurrenz zu beseitigen oder wenigstens einzuschränken, um Kontraktbedingungen zu erzwingen, die sie wenigstens über die Stellung bloßer Sklaven erheben würden. Das unmittelbare Ziel der Gewerksgenossenschaften beschränkte sich daher auf die Erfordernisse des Tages, auf Mittel zur Abwehr der ständigen Übergriffe des Kapitals, mit einem Wort, auf Fragen des Lohns und der Arbeitszeit. Diese Tätigkeit der Gewerksgenossenschaften ist nicht nur rechtmäßig, sie ist auch notwendig... Sie muß verallgemeinert werden durch die Gründung und Zusammenfassung von Gewerksgenossenschaften in allen Ländern. Auf der anderen Seite sind die Gewerksgenossenschaften, ohne daß sie sich dessen bewußt wurden, zu Organisationszentren der Arbeiterklasse geworden, wie es die mittelalterlichen Munizipalitäten und Gemeinden für das Bürgertum waren."

Instruktionen für die Delegierten des Provisorischen Zentralrats (der Internationalen Arbeiter-Assoziation) zum Genfer Kongreß der IAA vom 3. bis 8.9.1866. Verfasser: Karl Marx (1818-1883), MEW, Bd. 16, S. 196/7



Nr. 19, September 1994

Wahlen: Reusch - **Linke Mehrheit?** /
Kremer - **SPD-Angebot**

Gewerkschaften in der Krise?
Deppe - **Neosozialpartnerschaft** /
Bierbaum/Urban - **Modernisierung ohne
Gegenmacht** / Brängsch - **Ostdeutschland** /
Brinkmann/Seifert - **Schlagwort "Politik-
fähigkeit"** / Werner - **Bildungsarbeit** /
Pickshaus - **Privatmonopolistische
Mediengesellschaft ohne Gewerkschaft?** /
Schumm-Garling - **Partizipationsressource** /
Maekawa - **Gewerkschaften in Japan**

Und: Kofler - **Ideologie** / Seppmann -
Anthropologische Lücke? / Degkwitz -
Drogenproblematik / Scherer - **Geogra-
phie des Kapitalismus (II)** / Berichte -
Diskussion - Kritik - Rezensionen

Gewerkschaftskrise?

Bücher für GewerkschafterInnen

Franz-Josef Möllenberg/Reiner Wittorf (Hrsg.)
Arbeit ist nicht nur ein Kostenfaktor
Herausforderungen und Perspektiven
der Tarifpolitik
196 Seiten; DM 24,80

Angestelltenkammer Bremen/
Armin Mittelstädt (Hrsg.)
Betriebliche Sozialpolitik
Relikt vergangener Zeiten oder
Gestaltungsebene mit Zukunft?
164 Seiten; DM 19,80

Forum Gewerkschaften
Gewinnen durch Verzicht?
Gewerkschaftspolitik in der Krise
118 Seiten; DM 14,80

Forum Gewerkschaften
Angst vor dem Individuum
Modernisierung – Demokratisierung
– Zeitsouveränität – Herausforderungen
einer neuen Epoche
110 Seiten; DM 14,80

Frank Deppe/Klaus-Peter Weiner (Hrsg.)
Binnenmarkt '92
Zur Entwicklung der
Arbeitsbeziehungen in Europa
280 Seiten; DM 29,80

Siegfried Bleicher/Eberhard Fehrmann (Hrsg.)
Autonomie und Organisation
Die neuen ArbeitnehmerInnen
175 Seiten; DM 29,80

Horst Schmitthenner (Hrsg.)
Zwischen Krise und Solidarität
Perspektiven gewerkschaftlicher Sozialpolitik
248 Seiten; DM 29,80

Alfred Oppolzer
Ökologie der Arbeit
Mensch und Arbeitsumwelt:
Belastungen und Gestaltungsanforderungen
190 Seiten; DM 29,80

Alfred Oppolzer
Handbuch Arbeitsgestaltung
Leitfaden für eine menschengerechte
Arbeitsorganisation
342 Seiten; DM 39,80

Gine Elsner (Hrsg.)
Handbuch Arbeitsmedizin
Ein Leitfaden für Betriebsräte, Personalräte
und Gewerkschafter
238 Seiten; DM 34,80

Gine Elsner u.a.
Wenn andere schlafen
Nachtschichtarbeit in Druckereien
84 Seiten; DM 14,80

Außerdem bei VSA:

- ★ Regional- und Freizeitführer
- ★ Städte zu Fuß
- ★ StadtReiseBücher
- ★ Reisebücher

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Vierteljahresschrift 5. Jahrgang Heft 19 (September 1994)

Herausgegeben vom Forum Marxistische
Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.)
und dem IMSF e.V.

Redaktionsbeirat:

Dr. Joachim Bischoff
Prof. Dr. Ulrich Briefs
Prof. Dr. Dieter Boris
Prof. Dr. Frank Deppe
Monika Domke
Prof. Dr. Werner Goldschmidt
Prof. Dr. Horst Heiningen
Prof. Dr. Jörg Huffschild
Dr. Sabine Kebir
Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling
Dr. Harald Werner

Redaktion:

Klaus D. Fischer, Dr. Heinz Jung,
Dr. André Leisewitz, Dr. Jürgen Reusch,
Dr. Reinhard Schweicher

Prospekt anfordern!

VSA

VSA-Verlag
Postfach 50 15 71, 22 715 Hamburg
Stresemannstr. 384a, 22 761 Hamburg

5 Editorial

Wahlen

- Jürgen Reusch*
7 Linke Mehrheit - Farce, Ironie oder neuer Prolog der Geschichte?
- Uwe Kremer*
14 Zur aktuellen Programmatik der SPD
-

Gewerkschaften in der Krise - Krise der Gewerkschaften?

- Frank Deppe*
24 Diskurs und Beteiligung statt Gegenmacht und Interessenpolitik?
Kritische Anmerkungen zur Modernisierungsdebatte in den Gewerkschaften
- Heinz Bierbaum/Hans Urban*
35 Erosion gewerkschaftlicher Gegenmacht? Gewerkschaften im Modernisierungsprozeß
- Lutz Brangsch*
55 Gewerkschaften in Ostdeutschland - Ordnungsmacht oder Interessenvertretung?
- Ulrich Brinkmann/Matthias Seifert*
64 Der hohe Preis der "Politikfähigkeit"
oder wie Gewerkschaften es versäumen, rechtsextremistischen Ungleichheitsideologien wirksamer entgegenzuwirken
- Harald Werner*
76 Der exemplarische Streit um das exemplarische Lernen
Erinnerung an alte Fronten in der Debatte um Gewerkschaftsbildung und ihre Neuauflage
- Klaus Pickshaus*
83 Medienbranche im Umbruch - Verschlafen die Gewerkschaften die digitale Revolution?
- Ursula Schumm-Garling*
98 Beschäftigtenbeteiligung - Risiko oder Chance?
Zur Einstellung der Interessenvertretung auf neue Managementkonzepte funktionalisierter Partizipation
- Kyôichi Maekawa*
105 Die Situation der Arbeiterklasse und die Gewerkschaftsbewegung in Japan

- Peter Scherer*
122 Zur Geographie des Kapitalismus 1989 - 1993 (II)
- Leo Kofler*
136 Kontemplation als bürgerliche Ideologie
- Werner Seppmann*
140 Normativität und Gesellschaftskritik
Anmerkungen zum Anthropologie-Komplex
- Peter Degkwitz*
150 Modellvorstellungen zur Drogenproblematik
Anforderungen an einen ganzheitlichen Zugang
-

Berichte

- Heinz Schäfer*
164 Karl Marx und die Gewerkschaften
Tagung der Marx-Engels-Stiftung am 28./29. Mai 1994 in Wuppertal
- Horst Heininger*
169 Grundfragen einer marxistischen Kapitalismuskritik in heutiger Sicht
Zur Tätigkeit des Berliner "Arbeitskreises Kapitalismusforschung"
- Corell Wex*
174 Wunderliche Welt und kaum Kommunikation
6. Deutscher Kommunikationstag "Wunderwelt Wirklichkeit" - 16.-18. Mai 1994 in Frankfurt/M.
-

Diskussion, Kritik, Zuschriften

- Werner Seppmann*
181 In welcher Weise darf die strukturalistisch inspirierte Marxismus-Interpretation kritisiert werden?
- Hans Henning Adler*
185 Reformalternative ab jetzt in Führungszeichen?
- Hermann Krüger*
188 Auf der Suche nach Antworten
- Monika Domke*
191 Was ist marxistische Erneuerung? - Zur Notwendigkeit der Neuformulierung der Frage
-
- 198 Buchbesprechungen, Annotationen
Zur Debatte um "Lean Production" - Kapitalismustheorie oder "verschlankte" Theoretisierung neuer Produktionskonzepte? (Reinhard Schweicher)
Reform nach rechts (Werner Petschik)
Die Konzerne und ihre EG (Corell Wex)

Alte Ordnung - Neue Strukturen (Jörg Huffschmid)
 Regulationstheorie und Staat (Bernd Hüttner)
 Eine neue Avantgarde in der Staatstheorie? (Henning Böke)
 Rassismus, empirisch untersucht (Claudia Stellmach)
 Vergessene Justizopfer (Willi Gerns)
 Zur Ausbildung des Wissenschaftlers (Elisabeth Bessau)
 Deutsche Verantwortlichkeit in der armenischen Frage (Harald Wessel)
 Antistalinismus als Transformationshebel (Jung)
 DM-Kassen- und Bonitätsverwaltung (Jung)
 Bucheingänge

4 Impressum

63 Vorschau

248 Autorinnen und Autoren

Impressum

"Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung" wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.) und vom IMSF e.V.

Redaktionsbeirat: Dr. Joachim Bischoff, Prof. Dr. Ulrich Briefs, Prof. Dr. Dieter Boris, Prof. Dr. Frank Deppe, Monika Domke, Prof. Dr. Werner Goldschmidt, Prof. Dr. Horst Heininger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Dr. Sabine Kebir, Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling, Dr. Harald Werner.

Redaktion: Klaus D. Fischer, Dr. Heinz Jung, Dr. André Leisewitz, Dr. Jürgen Reusch, Dr. Reinhard Schweicher.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers bzw. der Verfasserin, nicht unbedingt die der HerausgeberInnen oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Z. erscheint vierteljährlich. Der Abonnementspreis (vier Hefte) beträgt DM 54,-. Das Einzelheft kostet DM 18,-. Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Hefte, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen. Bankverbindung: Forum Marxistische Erneuerung e.V., Frankfurter Sparkasse, BLZ: 500 502 01, Konto: 34595.

Postanschrift von Redaktion und Vertrieb: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt am Main, Tel. 069/739 29 34.

Satz: Su Sanne und kdf.

Druck: Fuldaer Verlagsanstalt.

ISSN: 0940-0648

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 15.7.1994

Diese Ausgabe enthält eine Eigenbeilage. Wir bitten um freundliche Beachtung.

Editorial

Der Schwerpunkt dieses Hefts lautet "Gewerkschaften in der Krise - Krise der Gewerkschaften". Mit ihm setzen wir eine Diskussion fort, die auch in Z 11 und Z 13 mit Beiträgen über die gewerkschaftliche Orientierungs- und Strategiedebatte breiten Raum eingenommen hatte. Grundtenor des jetzigen Schwerpunkts ist die Auseinandersetzung mit der die Gewerkschaftsentwicklung stark bestimmenden Richtung einer "neuen Sozialpartnerschaft", einer "neuen Beteiligungsorientierung" oder eines "Co-Managements". Im Kern der Sache geht es um die Kritik an einem sich neu und modern gebenden Ansatz, der Gewerkschaftspolitik und Kapitalismuskritik definitiv entkoppeln will, dem Klassengegensatz von Kapital und Arbeit schwindende Bedeutung zur Erklärung der gesellschaftlichen Realität und zur Definition gewerkschaftlicher Strategie und Programmatik zuerkennt und dabei die Relevanz der Verteilungskonflikte für Gewerkschaften und ihre Basis verdrängt. Dieser Ansatz ist verbunden mit einer fundamentalen Absage an das als veraltet und zu defensiv kritisierte Gegenmachtkonzept. So absurd diese Herangehensweise angesichts der kapitalistischen Krisenrealität, der Krise des Sozialstaats und der konservativen Deregulierungsoffensive erscheinen mag, so notwendig ist nichtsdestoweniger die Auseinandersetzung mit seinen Inhalten und Intentionen.

Das geschieht hier auf thematisch recht vielfältige Weise. Frank Deppe eröffnet die Diskussion mit Überlegungen zur Alternative Diskurs und Beteiligung statt Gegenmacht und Interessenpolitik. Heinz Bierbaum und Hans Urban erörtern die Erosion gewerkschaftlicher Gegenmacht und Gegenmachtkonzepte im Modernisierungsprozeß. Lutz Brangsch untersucht die spezifische Funktion der Gewerkschaften in Ostdeutschland, und Ulrich Brinkmann und Matthias Seifert fragen, wieso die Gewerkschaften es versäumen, rechtsextremistischen Ungleichheitsideologien wirksamer entgegenzutreten. Harald Werner gibt einen Überblick über die Diskussion gewerkschaftlicher Bildungsarbeit, Klaus Pickshaus präsentiert Überlegungen zur Herausforderung der Gewerkschaften durch neue Technologien im Medienbereich, ein bisher von den Gewerkschaften eher verschlafenes Thema. Ursula Schumm-Garling greift die Frage der Beschäftigtenbeteiligung kritisch auf und fragt nach deren Chancen und Risiken. Den vorläufigen Abschluß bildet ein Überblick von Kyôichi Maekawa über die Gewerkschaften in Japan. Für den Heftschwerpunkt waren Frank Deppe und André Leisewitz redaktionell verantwortlich.

Die in Heft 18 begonnene Rubrik Wahlen setzen wir diesmal mit zwei Beiträgen fort, die Probleme der Linken im Superwahljahr thematisieren. Jürgen Reusch geht der seit den Wahlerfolgen der PDS aktuell gewordenen Diskussion um den Begriff der linken Mehrheit nach, Uwe Kremer diskutiert das schwierige Verhältnis zwischen der SPD und der Linken und analysiert die inneren Strömungen und Tendenzen in der SPD.

Der Schwerpunkt von Z 18 - Anthropologische Lücke im Marxismus? - wird diesmal mit drei weiteren Beiträgen fortgesetzt. Leo Kofler, einer der Altmeister marxistischer Philosophie, erörtert unter dem Titel "Kontemplation als bürgerliche Ideologie" einige Grundgedanken marxistisch-materialistischen Herangehens an Gesellschaft und Geschichte, und Peter Degkwitz diskutiert Modellvorstellungen zur Drogenproblematik. Werner Seppmann wendet das Gesamtthema noch einmal mit Anmerkungen zum Anthropologie-Komplex, die dem Verhältnis von Normativität und Gesellschaftskritik gewidmet sind. Am Beginn dieses Abschnitts steht noch der zweite Teil des Artikels von Peter Scherer zur Geographie des Kapitalismus nach 1990.

In der Rubrik Berichte informiert Heinz Schäfer über eine Gewerkschaftsdiskussion bei der Marx-Engels-Stiftung, Horst Heininger resümiert die Debatte über die SMK-Theorie und über marxistische Kapitalismustheorie überhaupt am Beispiel des Berliner Arbeitskreises Kapitalismusforschung, der den Lesern und Leserinnen bei dieser Gelegenheit vorgestellt wird, und Corell Wex gibt einen polemischen Bericht über den 6. Deutschen Kommunikationstag "Wunderwelt Wirklichkeit". Die Rubrik Diskussion, Kritik, Zuschriften wird mit drei Beiträgen von Hans Henning Adler, Hermann Krüger und Monika Domke fortgesetzt. Der Rezensionsteil ist auch in diesem Heft wieder recht ausführlich geworden - elf Rezensionen auf insgesamt 44 Druckseiten befassen sich sowohl mit Titeln zum Heftschwerpunkt als auch mit anderen aktuellen Neuerscheinungen.

Wir wollen nicht den Hinweis auf eine für den Herbst in Frankfurt/Main gemeinsam mit dem IMSF e.V. geplante Tagung versäumen. Am 19./20. November werden wir mit verschiedenen Referenten und hoffentlich zahlreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmern Ansätze gesellschafts- und kapitalismuskritischer Optionen unter dem Titel "Kapitalistische Marktökonomie und Demokratie ohne Transformationsperspektive?" diskutieren. Die Leserinnen und Leser von Z sind dazu herzlich eingeladen. Genauere Hinweise können der in diesem Heft enthaltenen Anzeige entnommen werden. Die Redaktion plant außerdem, die im Schwerpunkt dieses Hefts erörterten Fragen zur Gewerkschaftsentwicklung in einer kleineren Diskussionsrunde ebenfalls im Herbst dieses Jahres zu vertiefen. Vorschläge und Teilnahmewünsche dazu sind uns ebenfalls willkommen.

Die Redaktion dankt für Zuschriften und eingesandte Manuskripte. Sie bittet zugleich um Beteiligung der Leserinnen und Leser an der Verbreitung von Z und der Gewinnung neuer AbonnentInnen. Nicht zuletzt davon hängt die Fortführung des Projekts ab. Z 20 erscheint im Dezember 1994 und hat den Schwerpunkt "Marxismus und Geschichte in der Restaurationsperiode".

Jürgen Reusch

Linke Mehrheit - Farce, Ironie oder neuer Prolog der Geschichte?

Seit Sommer ist die Langeweile des "Superwahljahrs" abrupt einer befreienden Spannung gewichen. Die politisch eher triste und stark personalisierte Rivalität zwischen Kohl und seinem Herausforderer Scharping, der sich vor allem dadurch empfahl, das gleiche zu wollen wie der Kanzler, nur besser, ist einer enormen und im Ergebnis offenen Politisierung gewichen. Bewirkt wurde das vor allem durch die PDS, genauer: durch ihre Wahlerfolge und ihren Anteil an den politischen Klimaveränderungen. Die PDS konnte sich im Osten als dritte, zum Teil auch als zweite Kraft etablieren, von Auslaufmodell ist derzeit keine Rede mehr. Plötzlich wird, je nach Interessenlage mit positiven oder negativen Vorzeichen, von einer "linken Mehrheit" gesprochen, davor gewarnt, darauf gehofft, darüber spekuliert. Erstmals seit Willy Brandts Wort von einer "Mehrheit diesseits der Union" aus dem Jahr 1982 taucht der Begriff, heute unter ganz anderen Vorzeichen, wieder in der politischen Diskussion auf. Brandt hatte allerdings ausdrücklich gesagt: "diesseits der Union", nicht, wie oft kolportiert, "links von der Union". Die Spannung der heutigen politischen Konstellation kommt aus den darin angelegten Möglichkeiten und aus den Widersprüchen ihrer Realisierung, und die Entwicklung ist offen.

Illusionen sollten vermieden werden. Denkbar ist nach wie vor auch eine Art Status-quo-Variante. Das könnte am Abend der Bundestagswahl im Oktober konkret bedeuten: Die FDP hat mit Hilfe von Leihstimmen den Einzug in Bundestag noch einmal geschafft (inzwischen kämpft sie mit aller Kraft darum), die CDU/CSU bleibt stärkste Partei, die Koalition behauptet sich. Denkbar ist aber auch etwas ganz anderes: Die FDP fällt erstmals in der Geschichte der BRD aus dem Bundestagsparteienspektrum heraus, die konservativ-liberale Koalition verliert ihre Mehrheit und kann nicht fortgesetzt werden, wie es im Juli im kleinen Sachsen-Anhalt schon modellhaft vorgegeben war. Vorliegende Umfrageergebnisse sind hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit dieser Variante nicht eindeutig, sind aber teilweise auch interessengeleitet und mit Vorsicht zu genießen. Immerhin liegt heute ein solches Ergebnis im Bereich des Möglichen und Wahrscheinlichen. Es bereitet den Koalitionswahlkämpfern beträchtliche Sorgen.

Denkbar, sogar wahrscheinlich ist weiter: Die REP schaffen nach Lage der Dinge nicht den Sprung in den Bundestag, ihr parlamentarischer Aufschwung ist gebrochen. Dem konservativen Bündnis könnten auf diese Weise bis zu acht Prozent Stimmen fehlen, die nicht mandatswirksam werden. Rein rechnerisch könnte dann bei Fortsetzung der Stimmentrends für

SPD, Grüne und PDS eine rot-grüne Koalition gebildet werden - allerdings, und das ist etwas Neues, nicht ohne die PDS. Bis vor kurzem hätten viele auf ihren Wiedereinzug in den Bundestag keinen Pfifferling gegeben. Inzwischen scheint er wieder möglich, sogar wahrscheinlich und chancenreich, wenn auch nach wie vor nicht sicher. Sicher ist aber, daß die Anstrengungen der PDS, dieses Ziel zu schaffen, nun erheblich zugenommen haben.

Welche politischen Grundprozesse?

Welche politischen Prozesse und Konstellationen liegen dem zugrunde? Zum einen ist bei alledem eine Restabilisierung der CDU/CSU nicht zu übersehen. Sie hängt offensichtlich mit der erst zaghaft beginnenden, medial aber über die Maßen hochgepushten Konjunkturbelebung zusammen, die zwar noch keine wirtschaftliche Sicherheit, vielen Menschen aber das Gefühl davon gebracht hat. Eine Rolle spielt sicherlich auch die Akzeptanz der sich ausweitenden imperialen, weltpolitischen Funktionen Deutschlands. Die Union rangiert derzeit noch klar vor der SPD, die SPD ist weit entfernt von ihrem Ziel, stärkste Partei zu werden. Die Union gewinnt auch Stimmen von der FDP, die nur über eine minimale Stammwählerschaft verfügt und gegenüber den Konservativen an Profil verloren hat.

Für den SPD-Vorsitzenden Scharping bedeutete die Europa-Wahl im Juni die Niederlage seiner bisherigen Wahlstrategie für die Bundestagswahl und sogar eine vorübergehende Gefährdung seiner persönlichen Führungsrolle und seiner Kanzlerkandidatur. Er hatte erkennbar eine Koalition mit der FDP favorisiert, übergangsweise auch eine große Koalition mit der CDU, wie in Berlin und Baden-Württemberg praktiziert. Der Versuch, diese Strategie auf Biegen und Brechen fortzusetzen, hätte nur in einem weiteren Niedergang der SPD und seiner eigenen Autorität enden können. Sachsen-Anhalt zeigt, daß die Wähler dort gerade die große Koalition nicht wollten, sondern einen Wechsel. Kurswechsel wäre allerdings ein zu starker Begriff für das, was Scharping, Lafontaine, Schröder und Co. als Konsequenz zogen. Aber es kam, augenfällig auf dem Hallenser Parteitag der SPD, immerhin zu einer Neuakzentuierung von Entschlossenheit, Kampfwillen, Handlungsfähigkeit. In Magdeburg entschied sich die SPD ausdrücklich gegen eine große Koalition und für rot-grün - mit Tolerierung durch die PDS. Das allerdings mit dem vielfachen und ausdrücklichen Zusatz, es handele sich nicht um ein Modell für Bonn. Aber die Diskussion ist eröffnet.

Von welchen Aspekten her wäre eine so beschriebene Konstellation einer "linken Mehrheit" zu betrachten, und was kann eigentlich bei nüchterner Sicht damit gemeint sein, welche Reichweite und welche Grenzen beinhaltet der Begriff?

- Der erste Aspekt betrifft die Chancen und Probleme für eine tatsächliche politische Wende, für eine Richtungsänderung gegenüber dem konservati-

ven Kurs. Das wäre die Durchsetzung einer demokratischen, sozialen und ökologischen Reformpolitik, zumindest der erste Ansatz dazu, und die Zurückdrängung konservativer Positionen.

- Der zweite Aspekt ist der der Entwicklung einer sozialistischen Oppositionskraft bzw. generell einer sozialistischen Strömung und der weiteren Entwicklung der Linken in West- und Ostdeutschland.

- Der dritte betrifft die Entwicklung der Gewerkschaften und ihrer Einfluß- und Durchsetzungsmöglichkeiten.

Zu den Perspektiven einer politischen Wende

Zunächst zum Aspekt einer politischen Wende: In Sachsen-Anhalt wurde die CDU durch die Bildung einer rot-grünen Koalition mit den Stimmen der PDS in die Opposition gedrängt. Was in diesem kleinen Bundesland schon eine Richtungsentscheidung war, wäre erst recht für die gesamte Bundesrepublik eine, auch ohne PDS und mit ihr erst recht. CDU und CSU reagieren irritiert, gereizt und mit wachsender Aggressivität. Ihre Strategen können den Durchbruch der PDS in die Sphäre der politischen Normalität nicht verkräften.

Linke Mehrheit ist allerdings zuallererst eine wahlarithmetische Rechnung. Es werden Parteien und ihre Stimmanteile als Gegenpol zu den Konservativen addiert, die sich in vielerlei Widerspruchsverhältnissen befinden. Tatsächlich sind die Differenzierungen in dieser "linken Mehrheit" diesseits der CDU enorm groß. Sollte sie zustandekommen, bedeutete das aber dennoch eine Richtungsentscheidung, die die Koordinaten von Mitte-rechts nach Mitte-links verlegte. Nur in diesem Sinne hat der Kommentator der FAZ vom 19. 7. recht, der davon spricht, die SPD wolle "die politischen Koordinaten der Republik nach links verschieben, um neue Machtchancen für eine Mehrheit links von der Mitte zu eröffnen". In der Tat wäre das eine essentielle Änderung des seit 1982 in der Bundesrepublik dominierenden konservativen Kurses. Die SPD müßte die Hauptkraft einer solchen Richtungsänderung sein.

Ob es dazu kommen kann und ob eine solche Entwicklung dauerhaft wäre, hängt ja nicht von abstrakten arithmetischen Modellen einer "linken Mehrheit" ab, sondern entscheidend von den politischen Kräfteverhältnissen, wie sie sich außerparlamentarisch artikulieren. Bisher tun sie das recht wenig. Programmatik und Konzeption der SPD stehen zwar für einen Regierungs-, weniger aber für einen Richtungswechsel. Zu sehr hat diese Partei in den vergangenen Jahren reformorientierte Positionen zugunsten der Anpassung an konservative Modernisierungskonzepte geschleift. Bisher schien die Zusammenarbeit der SPD mit jeglicher politischen Partei realer als ein Kurs, der sich auf die Tolerierung durch die PDS stützt. Programmatisch ist die SPD schon von ihren eigenen Reformpositionen der achtziger Jahre Lichtjahre entfernt, erst recht von denen der PDS. Auch die realo-grüne

Politik hat viele Oppositionspositionen aufgegeben. Allerdings ist sie inhaltlich näher an der PDS als die SPD. Zwar konnte die Quarantäne, mit denen beide Parteien die PDS schon seit 1990 belegen, teilweise aufgelockert werden. Aber es geht ihnen auch nicht um Zusammenarbeit mit ihr. Die SPD ist daran interessiert, die PDS längerfristig durch Integration überflüssig zu machen, und die Grünen wollen sie parlamentarisch kleinarbeiten, um ihr das Oppositionsmonopol nicht zu überlassen.

Die PDS ist in ihrem Selbstverständnis eine Oppositionskraft, und das ist auch vernünftig. Ihre Rolle könnte in einem wie auch immer strukturierten politischen Spektrum links von der CDU darin bestehen, allen fortschrittlichen politischen und sozialen Forderungen und Projekten zur Durchsetzung zu verhelfen, der linke Stachel im Fleisch der größeren Parteien SPD und Grüne zu sein - dies mit besonderer Berücksichtigung der Benachteiligungen, die die Bevölkerung in den neuen Bundesländern bisher hinnehmen muß. Allerdings kann die PDS die Rolle des linken Druckfaktors und von Fall zu Fall auch des Mehrheitsbeschaffers längerfristig nur durchhalten, wenn ihre programmatischen und strategischen Perspektiven präziser und klarer herausgearbeitet werden. Ihre Wahlerfolge und ihre stille Teilhabe an der politischen Macht in einigen der neuen Bundesländer stellen die PDS vor die Aufgabe, ihre Oppositionsrolle auch durch gestaltende, links-reformerische Elemente in der parlamentarischen Alltagsarbeit zu ergänzen, wie es auf kommunaler Ebene ja schon geschieht. Hier fangen die eigentlichen Schwierigkeiten erst an. Zwischen der permanenten Neinsagerie und der von den Sachzwängen kleingearbeiteten besseren SPD liegt nur ein schmaler und gewundener Trampelpfad. Zur Zeit ist noch nicht genau ersichtlich, ob und wie die PDS ihn findet.

Was immer in Richtung auf eine politisch strukturierte linke Mehrheit zeigt, es hängt entscheidend vom Ausmaß und der Intensität außerparlamentarischer Mobilisierung ab. Für die SPD gilt in einer solchen Konstellation: Sie hat, das zeigen auch die Erfahrungen aller bisherigen Bundestagswahlen, vor allem derjenigen, bei denen sie gewann und Regierungspartei wurde, und auch der vergangenen Landtagswahl in Niedersachsen, nur dann eine Chance gegen die CDU, zumal gegen eine CDU, die sich stabilisiert und noch lange nicht am Ende ist, wenn sie in den entscheidenden politischen Grundfragen ein eindeutig alternatives, fortschrittlicheres Konzept vertritt und es mit Durchsetzungsstrategien und gesellschaftlicher Mobilisierung verbindet. Die Verwirklichung eines wie auch immer gearteten Reformkonzepts ist nur unter rot-grünen Vorzeichen möglich. Deshalb kann es keine erfolgreiche Mobilisierungsstrategie der SPD geben, die diese Frage vornehm umgehen will.

Zur Entwicklung einer sozialistischen Strömung

Vor allem seit der Europawahl hat sich für die PDS die Möglichkeit eröffnet, im Westen stärker Fuß zu fassen und die Rolle einer bundesweiten

und sozialistischen Oppositionspartei auszufüllen. Ähnlich wie auch schon kurzzeitig im Frühjahr 1990 ist ansatzweise eine sehr vorsichtige Orientierung bei einem Teil der West-Linken und bei oppositionellen Richtungen in der Jugend auf die PDS zu verzeichnen, die allerdings diffus und nicht stabil ist und bei sich ändernden Vorzeichen, bei politischen Rückschlägen und wachsendem Druck von rechts auch wieder zurückgenommen werden kann. So gesehen, wäre der Wiedereinzug der PDS in den Bundestag insgesamt dem Prozeß der Herausbildung einer sozialistischen Strömung förderlich.

Schon heute wird allerdings auch mit zunehmender Vehemenz von der PDS gefordert, ihre politische Glaubwürdigkeit als Partei des demokratischen Sozialismus durch eine immer weiter gehende Verurteilung der DDR, des realen Sozialismus, des marxistischen Erbes und auch durch Distanzierung und in der Perspektive durch den Ausschluß der "Unbelehrbaren" in Gestalt der kommunistischen Plattform unter Beweis zu stellen.

Wenn auch diesbezügliche Entscheidungen so oder so in der Hauptsache nach den Bundestagswahlen anstehen werden, deuten die von der PDS selbst angefertigten Wahlanalysen nach Sachsen-Anhalt darauf hin, daß derartige Tendenzen durchaus an Einfluß gewinnen könnten. Als einer der entscheidenden Faktoren der PDS-Wahlerfolge wird dort nämlich die programmatisch-politische Erneuerung und kritische Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit (neben der konkreten Arbeit vor Ort) angeführt. Tatsächlich dürfte es aber das gerade nicht sein, was die PDS nach oben getragen hat, sondern das Klima zunehmender DDR-Nostalgie und die bitteren Realitäten des deindustrialisierten und vielfach perspektivlosen Anschlußgebiets. Entscheidender Identitätsfaktor der PDS ist, als ostdeutsche Protestpartei Bezugspunkt der materiellen, politischen und moralischen Einheitsverlierer und einer zunehmend kritischen und aufmüpfigen "Ossi-Mentalität" geworden zu sein, die in ihrer Spezifik etwas Dauerhaftes ist und von allen anderen Parteien nicht verstanden und aufgenommen wird. In dieser Mentalität bilden DDR-Nostalgie und Kritik des früheren vormundschaftlichen SED-Staats, verbunden mit Lob von D-Mark und Marktwirtschaft und Zorn auf die Bonner Kolonisierer eine merkwürdige Einheit.

Es ist kein Zufall, daß der Aufstieg der PDS erst dann einsetzte, als im Osten die erste Vereinigungseuphorie verflogen war und die Kritik an der Bonner Politik und die Rückbesinnung auf bestimmte Vorzüge der untergegangenen DDR zunächst überwiegende einblendende, undifferenzierte Sichtweisen auf die realsozialistische Vergangenheit ablösten. Dieser Sachverhalt macht Bündnis 90/Grünen und SPD schwer zu schaffen und läßt sie hilflos zu abgeschmackten antikommunistischen Parolen und Stasi-Kampagnen greifen. Es ist also nicht etwa eine Verdammung des Realsozialismus und seiner politischen Subjekte, die die PDS trägt (wie manche ihrer Funktionsträger aber offenbar meinen), sondern eine positive, aber durchaus differenzierte und kritische Neubewertung der DDR im Bewußt-

sein signifikanter Bevölkerungsgruppen im Osten. Opposition haben auch Bündnis 90/Die Grünen (bei denen ja nicht wenige Bürgerrechtler der Jahre 1989/90 engagiert sind) auf ihre Fahnen geschrieben, und auch sie vertreten zumindest teilweise linke Reformforderungen. Aber die PDS ist damit erfolgreich, weil sie diesen Oppositionsanspruch mit einer bestimmten Ost-Mentalität verbindet.

Sollten sich also innerhalb der PDS Anpassungstendenzen durchsetzen, sollten die von zahlreichen Medien und auch von SPD und Grünen geforderten permanenten Distanzierungen vom früheren DDR-Sozialismus und seinen aktiven Trägern brav geliefert werden, und einiges deutet in diese Richtung, so könnte das die Partei zwar in gewisser Weise "salonfähig" machen, aber sie verlöre damit auch ihre eigene Grundlage in der Mitgliedschaft und der Wählerschaft und bei ihren Aktivisten. Dabei geht es nicht darum, jeglicher DDR-Nostalgie oder bestimmten kommunistisch-traditionalistischen Positionen undifferenziert für die postrealsozialistische Gegenwart Realitätstüchtigkeit zuzuschreiben, sondern es geht darum, ob die in der PDS maßgeblichen politischen Kräfte der Versuchung widerstehen können, einen Teil ihres linken Spektrums administrativ auszugrenzen (wie immer man dessen Positionen auch bewerten mag) und sich in der Hoffnung auf (dann vermutlich kurzfristige) Teilhabe an der politischen Macht dem antisozialistisch-konservativen Zeitgeist zu unterwerfen. Das wäre im Prinzip eine ähnliche Anpassungsleistung, wie sie vor Jahren auch von den Grünen gefordert und geliefert wurde. Das wäre auch der Anfang vom Ende des politischen Pluralismus in der PDS und der Weg in die Erosion ihrer Mitgliedschaft und ihrer eigenen Basis.

Zur Entwicklung gewerkschaftlicher Durchsetzungsfähigkeit

Die bundesdeutschen Gewerkschaften sind schon seit einiger Zeit existentiell von der Führung erbitterter, in vielem erfolgloser Defensivkämpfe in Anspruch genommen und können der konservativen Sozialabbau- und Deregulierungsoffensive wenig entgegenstellen. Die Krise ihrer Durchsetzungsfähigkeit ist offensichtlich. Insofern würden ein politischer Richtungswechsel und eine neue, unter linken Vorzeichen stehende politische Mehrheit ihre Chancen, diese Entwicklung zu bremsen, vergrößern. Antisoziale Deregulierungspolitik in der bisherigen Weise wäre dann nicht mehr möglich; umgekehrt müßte ein abermaliger Wahlsieg der CDU/FDP-Koalition auf diesem Gebiet für weitere vier Jahre schlimmes befürchten lassen.

Die Tolerierung und Rekonstruktion einer sozialistischen Richtung oder auch nur sozialistischer Positionen könnte unter diesen Umständen immerhin in den Bereich des Möglichen rücken. Derlei war in den Gewerkschaften in den letzten Jahren fast gänzlich tabu. Immerhin haben hundert der 600 Delegierten des DGB-Kongresses im Juni den PDS-Parteienabend mit Bisky und Gysi besucht - zartes Anzeichen für eine Lockerung der

Quarantäne, unter der die PDS auch in den Gewerkschaften immer noch steht. Hier könnte sich eine aufgeschlosseneren Haltung herausbilden, und der SPD wäre es bei einer solchen politischen Konstellation zumindest erschwert, einer solchen Entwicklung auf die herkömmliche Art den Garaus zu machen.

Die entscheidende Unsicherheit aller Szenarios ist das Wahlverhalten im Westen. Die CDU versucht es, mit drastischen antikommunistischen Argumenten zu beeinflussen. Ihr Wahlkampf hat nach den Wahlen des Sommers einen deutlich stärkeren Akzent gegen die PDS bekommen und wird mit zunehmender Militanz und Aggressivität geführt. Für die Koalition (einschließlich der FDP) ist das eine Überlebensfrage. Das Arsenal der Parolen reicht dabei von Gleichsetzungen der PDS mit DDR, Mauerbau, Schießbefehl, Diktatur usw. bis hin zur Forderung nach einem faktischen Zweiklassenwahlrecht, das die Stimmabgabe für die PDS per se in den Bereich des politisch Illegitimen verweist. Zwar sind sogar in der CDU, vor allem bei ihren östlichen Funktionsträgern, die die Mentalität im Osten besser verstehen, Differenzierungen zu vermerken, aber es überwiegt die in Bonn entwickelte massive Diffamierungskampagne.

Das Volksfrontargument dürfte sich dabei für die Linken eher positiv auswirken, wenn es auch, bezogen auf die Tolerierung einer rot-grünen Koalition durch die PDS, historisch unzutreffend ist. Volksfront war bekanntlich das Bündnis von Sozialisten und Kommunisten gegen den aufkommenden Faschismus - in der bürgerlichen Propaganda stets mit dem Zusatz versehen: durch Fernsteuerung Moskaus. Heute geht es bekanntlich nicht um ein solches Bündnis gegen den Faschismus. Vor allem ist das Argument der Fernsteuerung durch den Kreml weggefallen. Deshalb könnte die ungewollte Popularisierung des Gedankens des Kampfes gegen die Rechtsgefahr durch die CDU selbst gegen diese zurückschlagen.

Auf jeden Fall konnte die vier Jahre lang erfolgreich praktizierte Isolierung und Kriminalisierung der PDS als einer Art Vereinigung der politisch Aussätzigen durchbrochen und eine - wenn auch immer noch kleine und vielfach gefährdete - sozialistische Partei wenige Jahre nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus in der imperialistischen Großmacht BRD als Element politischer Normalität installiert werden. Was zu DDR-Zeiten niemals möglich war, ist nun alltäglich geworden: Die ins Oppositionelle gewendete alte DDR-Mentalität erhält eine Chance, politischer Bezugspunkt für die Armen und Ausgebeuteten, für die Benachteiligten, Ausgegrenzten, Hinausrationalisierten zu werden - und vielleicht auch für einen Teil der Sozialisten und Linken im Westen der Bundesrepublik. Wie verschwommen und unklar die PDS-Konzepte eines demokratischen Sozialismus noch sein mögen - der demokratische Sozialismus hat eine Politikplattform in Gesamtdeutschland errungen. Das ist allein schon fast eine Sensation. Ob sie in einen dauerhaften Erfolg umgewandelt werden kann, muß sich allerdings noch zeigen.

Zur aktuellen Programmatik der SPD

Vorbemerkung

Wer sich das Regierungsprogramm der SPD durchschaut, der wird zunächst den Eindruck eines Sammelsuriums bekommen, dem es an wesentlichen Botschaften, Akzentsetzungen und Zusammenhängen mangelt. Diese Einschätzung trifft die tatsächliche Lage nicht ganz. Denn auf der einen Seite sagt das Programm schon einiges über unterschiedliche innerparteiliche Ansätze und damit verbundene politische Konfliktlagen aus. Und auf der anderen Seite lassen sich daran schon Konturen der zu erwartenden Politik einer regierungsführenden SPD ablesen. Im folgenden Überblick sollen die wirtschafts- und sozialpolitischen Grundlinien des Regierungsprogramms und die dahinterstehenden Grundströmungen nachgezeichnet und sodann kurz resümiert werden.

1. Das SPD-Regierungsprogramm

"Arbeit schaffen"

An vorderster Stelle steht die Botschaft "Arbeit schaffen". Dahinter verbergen sich wiederum zwei Grundlinien. Auf der einen Seite sind zentrale Elemente einer aktiven Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik im Programm enthalten. Dazu zählen insbesondere

- das *Zukunftsinvestitionsprogramm* in Verbindung mit einem "Aufbauprogramm Ost", wodurch eine Verstärkung öffentlicher Infrastrukturinvestitionen herbeigeführt werden soll, allerdings ohne daß die Struktur dieses ZIP selbst weiter erläutert worden ist,
- das *Arbeits- und Strukturförderungsgesetz*, mit dessen Hilfe ein öffentlich (durch Steuermittel) geförderter Arbeitsmarkt im Rahmen einer ebenfalls geforderten regionalisierten Strukturpolitik geschaffen werden soll,
- das *Gleichstellungsgesetz* und die damit verbundenen Vorstellungen zur Frauenförderung und Quotierung im Rahmen der Ausbildungs-, Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik und bei der öffentlichen Auftragsvergabe.

Hierbei handelt es sich offenkundig um Punkte, die mit Blick auf rot-grüne Konstellationen und im Abgleich mit der grünen Programmatik weitergehende Perspektiven - sozialökologische Investitionen, öffentlich geförderter Beschäftigungssektor, Regionalisierung, frauenorientierter Umbau usw. - eröffnen. Unter strategischen Gesichtspunkten scheint mir das Arbeits- und Strukturförderungsgesetz insofern am wichtigsten zu sein, als hiermit eine sehr grundlegende Strukturveränderung hinsichtlich arbeitsmarkt-

und strukturpolitischer Entscheidungsmechanismen (Regionalisierung), der Finanzierung aktiver Arbeitsmarktpolitik (Steuergelder statt Sozialversicherungsmittel) und der Beschäftigung insgesamt (öffentlich geförderter und zugleich wettbewerbsfähiger Sektor) verbunden sein kann. Dies würde erst recht dann gelten, wenn ein nennenswerter Teil der Zukunftsinvestitionen hierin einfließen und der frauenorientierte Umbau als zentrale Zielgröße integriert werden könnte.

Aber es gibt auch eine andere Seite, die sich durchgängig an den verschiedensten Ecken und Enden des Programms offenbart - nämlich die "Verbesserung der Rahmenbedingungen für Investitionen" in Gestalt des Abbaus der "Staatsbürokratie", der Vereinfachung von Genehmigungsverfahren, der Senkung gesetzlicher Lohnnebenkosten, der Verlängerung von Maschinenlaufzeiten, einer Gewerbesteuerreform, von Abschreibungserleichterungen, Investitionszulagen u.a.m. Nun kann allein aufgrund der wortwörtlichen Programmpassagen nicht umstandslos auf den Sinn oder Unsinn der betreffenden Forderungen geschlossen werden. Entscheidend ist vielmehr der Gesamtduktus, in dem unterstellt wird, daß es um diese Rahmenbedingungen und damit um "unsere" Konkurrenzfähigkeit am Weltmarkt sehr schlecht bestellt sei und sie daher - zusammen mit einer "marktwirtschaftlichen Industriepolitik" - als Schlüsselgröße in der sozialdemokratischen Wirtschaftskonzeption zu gelten habe.

Inwieweit eine regierende SPD dem Ziel, Arbeitsplätze zu schaffen bzw. die Arbeitslosigkeit zu verringern, damit von sich aus näher kommen kann, dürfte schon vor allem deswegen zu bezweifeln sein, weil die öffentlichen "Zukunftsinvestitionen" und die Ausgaben für die regionalisierte Arbeits- und Strukturförderung unter einem Finanzierungsvorbehalt stehen (s.u.) und die arbeitsmarktpolitischen Konsequenzen der "verbesserten Rahmenbedingungen" sowieso nur spekulativ erörtert werden können. Unter dem Strich setzt die SPD wohl im wesentlichen auf den konjunkturellen Aufschwung, wobei ein gutfinanziertes und konzeptionell koordiniertes Paket aus einigen der oben genannten Maßnahmen sicherlich helfen könnte, die Beschäftigungseffekte dieses Aufschwunges zu verstärken.

Sozialökologischer Umbau?

Eine ähnliche Zweischneidigkeit treffen wir auf dem Gebiet der Umbau- bzw. Reformfelder an. Auch hier sollte man zunächst sicherlich hervorheben, daß im Bereich der ökologischen Stoff- und Energiewirtschaft etwa mit den Forderungen nach einem verbesserten *Umwelthaftungsrecht* mit erweiterter Produkthaftung und -verantwortung, nach *Mitbestimmungsrechten der Beschäftigten* im betrieblichen Arbeits- und Umweltschutz sowie nach einem *Klimaschutzprogramm* in Verbindung mit einem 100.000-Dächer-Programm für die Solartechnologien wichtige Akzente gesetzt worden sind. Besonders hervorzuheben ist auch die Absicht, die *Städte-*

bauförderung in Verbindung mit einer Reform der Bodenordnung und einer aktiven und sozial gerechten Wohnungsbaupolitik neuzubeleben.

Allerdings: Auch hier gibt es die "andere Seite", nicht nur durch unzählige Verweisen auf die Vorteile, die eine ökologische Orientierung für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen mit sich bringen würde, wogegen in der Sache nichts einzuwenden wäre. Sondern es gibt auch notorische "Aufweichungen" bzw. Rücksichtnahmen auf Kapitalinteressen, wie man sie bei der Verwässerung des Tempolimits, beim Weglassen kritischer Einwendungen gegen den Luftverkehr, beim Offenhalten der Vorstellungen zu einer Ökosteuerreform u.a.m. feststellen kann. Am deutlichsten wird diese Problematik im Verkehrskapitel, wo der Grundsatz der Verkehrsvermeidung fallengelassen und durch das hohe Lied auf die telematisch gesteuerte Verflüssigung des Verkehrs sowie die Hoffnung auf das 3-Liter-Auto ersetzt wurde. Rückwirkend führt dies mit Blick etwa auf die Städtebauförderung (und letztlich auch die gesamte Raumordnung und Regionalplanung) zu durchaus problematischen Konsequenzen auf anderen Reformfeldern.

Machtfragen in Betrieben und Regionen

Weitgehend quer zu den verschiedenen Kapiteln wird die Frage der Verteilung behandelt - wobei ich hiermit sowohl die Verteilung von Macht wie auch die von Geld ansprechen möchte. Beide Verteilungsfragen bzw. deren Behandlung sagen viel über den Kontext aus, in dem die reinen "Sachforderungen" wie auch die allgemeinpolitischen Zielvorstellungen eines Programms tatsächlich stehen bzw. wahrscheinlich stehen werden. Zunächst zur Frage der "Macht" (der Beteiligung gesellschaftlicher Gruppen, der Entscheidungskompetenzen, der sozialen Kräftebeziehungen):

Kommt die Sozialdemokratie an die Regierung, so will sie den berüchtigt-berühmten *Aussperrungsparagraphen 116* wieder in seine alte Fassung bringen, was für die Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen zweifellos von gravierender Bedeutung wäre (und m.E. schon für sich genommen eine Kanzlerschaft Scharpings rechtfertigen würde). Durchaus bedeutsam kann in Zukunft ein *Mitbestimmungsbeibehaltungsgesetz* werden, das der Aushöhlung der Mitbestimmung durch diverse Manöver transnational agierender Unternehmen begegnen will. Hinzu kommen - teilweise recht vage - Vorstellungen zur Weiterentwicklung der Mitbestimmung im Rahmen des *Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsrechtes* dort, "wo neue Arbeitsorganisationen und neue Produktions- und Informationstechnologien dies erfordern". In Verbindung damit birgt auch das geforderte neue Arbeitsschutzrecht Sprengstoff in sich, handelt es sich beim betrieblichen Arbeits- und Umweltschutz doch um ein Konfliktfeld mit wachsender Bedeutung auch und gerade für die Klassenbeziehungen. Schließlich darf man gespannt sein, was man von einem "modernen Arbeitsgesetzbuch" zu erwar-

ten hat, das die "gesetzliche Grundlage für eine sozial-fortschrittliche Gestaltung aller Arbeitsverhältnisse" bieten soll.

Insgesamt spielt die Frage der Demokratisierung - im großen Unterschied zur Sozialdemokratie Anfang der 70er Jahre - im Regierungsprogramm zwar keine nennenswerte Rolle. Aber bezogen auf die vergangenen 15 Jahre könnten darin enthaltene Forderungen doch zu einem beachtlichen Paket geschnürt werden, mit dessen Hilfe sich nach fast zwanzig Jahren wieder Verschiebungen der betrieblich-sozialen Kräfteverhältnisse zugunsten der Lohnabhängigen in Gang setzen ließen. Ob daraus tatsächlich in der Substanz etwas wird, darf aufgrund der meistens sehr unverbindlichen Formulierungen sicherlich noch bezweifelt werden. Aber immerhin ist damit ein Feld skizziert, das Spielraum für eine neue Dynamik in den Klassenbeziehungen bietet (und im übrigen nur in rot-grüner Konstellation politisch ausgestaltet werden kann).

Weiter oben wurde schon im Kontext des Arbeits- und Strukturförderungsgesetzes angesprochen, daß die SPD den Regionen eigenständige Kompetenzen in der Strukturpolitik und beim Einsatz entsprechender finanzieller Mittel übertragen will. Basis sollen regionale Entwicklungs- und Innovationskonzepte bzw. Regionalpläne sein, an deren Erarbeitung Kommunen, Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften, wissenschaftliche Einrichtungen und Verbände beteiligt werden sollen. Dies könnte nicht nur die gewerkschaftlichen Beteiligungsmöglichkeiten erhöhen, sondern auch die von Umweltverbänden, sozialen Initiativen usw. Allerdings muß in diesem Zusammenhang angemerkt werden, daß ansonsten die Beteiligungsvorstellungen der SPD in Bezug auf letztgenannte Kräfte - denkbar wäre dies ja auf den verschiedenen Umbaufeldern vom Verkehr bis zum Wohnungsbau - gegen Null tendieren.

Der Knackpunkt: Die Finanzfrage

Die zuvor genannten Verschiebungen in den betrieblichen und überbetrieblichen Beteiligungs- und Konfliktstrukturen sind finanziell gesehen weitgehend "kostenlos" zu haben - und man wird darüberhinaus aufpassen müssen, daß sie nicht rein symbolischer Natur bleiben. Brisanter ist es in den vergangenen Monaten immer dann geworden, wenn es um Geld ging - wobei die Verteilung finanzieller Ressourcen natürlich auch Machtfragen beinhalten. Der entscheidende Passus, der dem wie ein Sammelsurium daherkommenden Programm mit seinen hier "nachsortierten" Facetten einen harten Kern verleiht, wurde ziemlich weit hinten plaziert. Demnach gelten für das Programm "vor allem drei klare finanzpolitische Grundsätze: 1. Keine Erhöhung der Steuer- und Abgabenquote, 2. Mittelfristige Rückführung der Neuverschuldung, 3. Strikter Finanzierungsvorbehalt für alle Maßnahmen des Regierungsprogramms". Denn: "Solide Finanzen sind die Grundlage für die Überwindung der Vertrauenskrise und für den Abbau

der Massenarbeitslosigkeit". Es ist exakt dieser Vorbehalt, der die "eine Seite" des Programms - öffentliche Zukunftsinvestitionen und aktive Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik - zum Beiwerk einer Politik degradieren dürfte, die vor allem auf die "andere Seite" (nämlich die "Verbesserung der Rahmenbedingungen") und im übrigen auf den kommenden konjunkturellen Aufschwung setzt. Die damit zusammenhängenden Probleme deuten sich an verschiedenen Punkten dann auch real an:

- Die Ökosteuern sollen - wie auch immer konkret konzipiert - sehr behutsam erhoben und in ihrer Verwendung zum großen Teil für die Entlastung bei anderen Steuern und Abgaben eingesetzt werden.

- Bei der Besteuerung einkommensstärkerer und vermögender Schichten tritt die Ergänzungsabgabe an die Stelle des Solidarzuschlages. Die im Entwurf noch angedeutete Möglichkeit einer Großvermögensabgabe ist nicht mehr enthalten.

- Auf der anderen Seite aber wird die Einführung einer sozialen Grundversicherung auf die lange Bank geschoben, wie sich die SPD mit ihrem Kapitel zur angeblich "aktiven Bekämpfung der Armut" im übrigen selbst ein Armutzeugnis ausgestellt hat.

Unter Verteilungsgesichtspunkten bleibt alles weitgehend beim Status quo: Die obere Mittelschichten müssen etwas mehr hinlegen, die Mehrzahl der Lohnabhängigen dürfte die eine oder andere Mark wegen höherer Grundfreibeträge, Kindergeld u.ä. für sich behalten können. Die ganz Reichen aber bleiben so reich, wie die ganz Armen arm bleiben.

2. Die Strömungen in der SPD

Wenn in einem zweiten Teil nunmehr die hinter der Programmerstellung und möglicherweise auch hinter der Programmumsetzung ablaufenden politisch-diskursiven Prozesse charakterisiert werden sollen, so muß eine methodische Vorbemerkung gemacht werden: Die Klassifizierung von Strömungen kann nur ein Hilfsmittel sein, um die sich ständig verändernden Konstellationen innerhalb der Partei und zwischen ihren vielfältigen Denkrichtungen und diskursiven Milieus auf den jeweils angemessenen Begriff zu bringen. Unter diesem Vorbehalt kann die heutige in der Sozialdemokratie vorfindliche und auch programmatisch ausgedrückte Gemengelage als Kombination von drei Grundströmungen interpretiert werden, die sich nicht nur in der SPD, sondern auch gesamtgesellschaftlich bzw. in anderen politischen Formationen auffinden lassen und daher auch immer in diesem breiteren Kontext analysiert werden müssen:

- Die ökoliberale Strömung zeichnet sich im wesentlichen dadurch aus, daß sie eine "ökologische Modernisierung" mit einer marktliberalen Grundkonzeption in Einklang bringen will. Das Grundmodell: Einführung von Ökosteuern bei gleichzeitiger Kostensenkung für die Unternehmen (das Ganze mit einem Schuß Industriepolitik). Diese politisch im wesentlichen durch

Lafontaine repräsentierte Strömung findet sich auch bei Teilen der Grünen, der FDP und sogar der CDU. Sie hat sich in den vergangenen zehn Jahren durchaus als eine Alternative zum kruden Neoliberalismus wie auch zum Ökosozialismus etablieren können.

- Die sozialpatriotische Strömung verknüpft die Betonung der nationalen bzw. "deutschen" Interessen mit den sozialen Problemstellungen der "kleinen Leute". Sie hat zunächst mit der deutschen Vereinigung einen ersten Aufschwung erlebt. Mit der jüngsten Wirtschaftskrise und ihrer Bearbeitung in der "Asyldebatte" auf der einen, der "Standortdebatte" auf der anderen Seite konnte sie sich substantiell ausbreiten und ist von den Republikanern bis hin zu Teilen der PDS vertreten. In der SPD drückt sich diese Strömung v.a. im "Seeheimer Kreis" aus.

- Die radikalreformerische Strömung zeichnet sich schließlich durch die Betonung des ökologisch-solidarischen Umbaus der Wirtschaft aus - zum einen in Verbindung mit stark ausgeprägten Demokratisierungsvorstellungen, zum anderen mit dem Anspruch einer internationalen Regulierung zugunsten der ärmeren Weltteile. Sie ist natürlich stark bei den Grünen und der PDS sowie im "Frankfurter Kreis" der SPD-Linken vertreten, hat aber gegenüber den 80er Jahren sowohl allgemein wie auch innerhalb der SPD an Boden verloren - nicht zuletzt im Zuge der deutschen Vereinigung und der "Standortdebatte".

(Nach meiner Einschätzung handelt es sich hierbei um drei von insgesamt vier gesamtgesellschaftlich z.Zt. besonders ausgeprägten Grundströmungen: Nur die national-konservative - bundespolitisch durch Schäuble u.a. prominent vertreten - kommt in der SPD nicht vor).

Innerhalb der Sozialdemokratie läßt sich die vergangene Entwicklung in Kürze so charakterisieren: In der zweiten Hälfte der 80er Jahre kam es zu einem komplizierten (weil konfliktgeladenen) Gleichgewicht zwischen den radikalreformerischen und den öko- bzw. sozialliberalen Gruppen, was sich programmatisch in der Verbindung von Berliner Grundsatzprogramm und Fortschritt 90-Konzept ausdrückte. Anfang der 90er Jahre folgte eine Phase der Diffusion (bzw. Konfusion), als die deutsche Vereinigung, die sonstigen Veränderungen in der Weltordnung und die Wirtschaftskrise mit nachfolgender Standortdebatte die bislang dominierenden Diskurse um den ökologischen Umbau und die Zukunft der Arbeit verdrängten, wobei innerparteilich ein "leerer Raum" entstand, der durch Engholm zunächst vorzüglich repräsentiert wurde, bis sich im Zeichen der "Asyldebatte" die "soziale Frage" in den Vordergrund schob - allerdings nicht in Verknüpfung mit dem ökologischen Umbau und der Zukunft der Arbeit, sondern mit der "nationalen Frage", der Standortdebatte und der Problematik der "inneren Sicherheit". In dieser Zeit wurde auch in der nordrhein-westfälischen SPD ein Papier in Umlauf gebracht, das unter dem Motto, "Modernität" mit "Bodenhaftung" verbinden zu wollen, die heutige Verknüpfung von "Ökoliberalismus" und "Sozialpatriotismus" ankündigte.

Denn in der Dreiecksbeziehung zwischen den genannten Grundströmungen dominiert heute sicherlich die Verbindung zwischen dem "Ökoliberalismus" von Lafontaine u.a. und dem "Sozialpatriotismus" a la "Seeheim", die personell durch Scharping repräsentiert wird. Der "Radikalreformismus" ist demgegenüber insgesamt zurückgedrängt worden, selbst wenn mit ihm "verwandte" Teilgruppen der SPD durchaus Erfolge (auch im Kontext des Regierungsprogramms) verbuchen konnten.

Dies verweist darauf, daß sich die "reale SPD" natürlich komplexer darstellt, als dies die Benennung von drei Grundströmungen vielleicht nahelegt. So gibt es eine technokratisch-moderne Komponente (Spöri, Glotz u.a.), deren "Basis" wohl v.a. in den Staatsapparaten selbst zu finden ist und die wohl am stärksten mit der ökoliberalen Grundströmung sympathisiert (im Grundsatz kann man wohl auch den recht populistisch zwischen Rot-Grün und Industrielobbyismus changierenden Schröder hier einordnen). Die traditionelle sozialdemokratische Staats- und v.a. Kommunalbürokratie (und mit ihr liierte Teile des Gewerkschaftsapparates) spielt auch weiterhin eine bedeutsame Rolle im Gesamtgefüge der SPD - v.a. in Nordrhein-Westfalen - und bei der Unterstützung des Scharping-Kurses. Eine sozialreformerische Komponente (an der Spitze: Dreßler), die v.a. mit den Gewerkschaften verbunden ist, setzt sich aus eher "radikalreformerisch" Gesinnten wie auch aus "Seeheimern" zusammen: Das Arbeits- und Strukturförderungsgesetz trägt ihre Handschrift. Eine Abgabe auf Großvermögen hat im übrigen nicht nur die SPD-Linke, sondern auch der "Seeheimer" Kronawitter gefordert! Eine feministische Komponente ist über die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen hinaus insbesondere bei den Jusos stark vertreten und ganz überwiegend "radikalreformerisch" ausgerichtet. Ihre Wirksamkeit ist im Programm spürbar. Zwischen "Ökoliberalismus" und "Radikalreformismus" pendeln viele ethisch-ökologisch und liberal-demokratisch orientierte Personen und Gruppen, wobei das Präsidiumsmitglied Zöpel dabei anscheinend Schiffbruch erlitten hat. Offenkundig zeigt das sozialdemokratische Regierungsprogramm sowohl die Konstellation im Dreieck der drei Grundströmungen wie auch den Einfluß der eben genannten Komponenten, der v.a. Dingen dazu beigetragen hat, daß wichtige "radikalreformerische" Elemente im Programm aufzufinden sind.

3. (K)ein Projekt der Sozialdemokratie

Nach diesen kurzen Überblicken über die Elemente des Regierungsprogramms wie auch die Strömungen und Komponenten, die innerhalb der Sozialdemokratie wirksam sind, soll nunmehr eine Gesamteinordnung und ein damit verbundener Ausblick versucht werden. Ich halte es in diesem Zusammenhang für entscheidend, die Entwicklungen im geographischen Querschnitt als Bestandteile eines allgemeinen Umbruchprozesses der Sozialdemokratie und der zugehörigen Parteien und im zeitlichen Längs-

schnitt als Elemente des (möglichen) Übergangs vom fordistischen Projekt des national-keynesianischen Wohlfahrtsstaates zu einem neuen post-fordistischen Projekt der Gesellschaftsreform zu interpretieren. Mit anderen Worten erleben wir z.Zt. den erneuten Versuch, das politische Feld für ein derartiges Projekt zu strukturieren. Der erste große Anlauf fand in der BRD in den 80er Jahren statt - getragen von neuen sozialen Bewegungen und auch maßgeblichen Teilen der Gewerkschaften, sich ausdrückend in der ersten "Rot-Grün"-Welle und den schon skizzierten Veränderungen in der SPD (programmatisch im Berliner Grundsatzprogramm).

Heute erleben wir den zweiten Anlauf - aber vor einem sehr veränderten Hintergrund. Als entscheidend sehe ich an, daß wir in Deutschland erst jetzt in vollem Umfang mit den ökonomisch-sozialen Umstrukturierungsprozessen - den inneren wie den internationalen - konfrontiert sind: Die Facetten reichen von der inneren Fragmentierung und Diffusion der Klassen- bzw. Sozialstrukturen bis zu den international wirksamen Standort- und Migrationsfragen. Daß das Ende des Fordismus nicht alleine oder auch nur überwiegend mit der Ökologiefrage verbunden ist, sondern im umfassenden wie auch sehr konkreten Sinne eine soziale Frage darstellt, ist im Lager der radikalreformerischen Kräfte konsequent vernachlässigt worden (auch die Diskurse über die Zukunft der Arbeit haben die zentrale Problematik zumindest in ihrer Dramatik nur gestreift). Und so waren wir in den letzten Jahren innerhalb wie auch außerhalb der Sozialdemokratie Zeugen davon, wie das sich in Umrissen abzeichnende neue Projekt des Umbaus der Industriegesellschaft sich nicht verdichten und nicht verbreitern konnte, sondern auf der einen Flanke vom Ökoliberalismus aufgerieben wurde, während auf dem vernachlässigten "sozialen Terrain" der Aufstieg des "Sozialpatriotismus" stattfand.

Das Regierungsprogramm der SPD setzt nun in seinem Kern auf eine angebotsorientierte Modernisierung der deutschen Wirtschaft, die v.a. auf "verbesserten Rahmenbedingungen" und einer marktkonformen ökologischen Profilierung beruhen soll. Konzeptionell sehr entscheidend ist in diesem Zusammenhang, daß die Modernisierung auf einem staatlich moderierten "gesellschaftlichen Bündnis" von "Gewerkschaften, Arbeitgebern und Bundesbank" beruhen soll, war doch früher noch - etwa im Berliner Grundsatzprogramm - neben den obligatorischen Solidarpakten zwischen Kapital und Arbeit auch vom Bündnis zwischen den sog. alten und den sog. neuen sozialen Bewegungen die Rede. In dieser Hinsicht herrscht im Regierungsprogramm Fehlanzeige. Vielmehr deutet sich an, daß das oben zitierte gesellschaftliche Bündnis und die Konzeptionen auf zentralen Feldern der Modernisierung wie etwa im Bereich des Verkehrs auch die politische Ausgrenzung anderer sozialer und v.a. ökologischer Kräfte beinhalten könnte.

Um andererseits die Gewerkschaften einzubinden, werden Vorschläge unterbreitet, die den machtpolitischen gewerkschaftlichen Terrainverlust

gegenüber dem Arbeitgeberlager ebenso stoppen könnten wie die Angriffe auf Lohn- und Sozialeinkommen der "normalverdienenden" Lohnabhängigen, was auch neue Spielräume und Ansatzpunkte für rot-grüne bzw. radikalreformerisch-linke Perspektiven beinhaltet. Bleiben die Vorstellungen zur Armutsbekämpfung derartig begrenzt und lastet der Finanzierungsvorbehalt auch und gerade auf der Arbeits- und Strukturförderung, so birgt dies allerdings die Tendenz in sich, soziale Ausgrenzungsprozesse an den "Rändern" der Gesellschaft weiterhin sich selbst zu überlassen. Eine der entscheidenden Einbruchsstellen für eine andere Entwicklungsrichtung liegt - ich habe schon darauf hingewiesen - in der Frage der Arbeits- und Strukturförderung. Ihre Ausstrahlung und konzeptionelle Einbindung hängt auch und gerade mit der Frage zusammen, ob ein wirklicher Brückenschlag zu den im Programm auch vorhandenen ökologischen Projektvorschlägen gelingt. Hier liegt die Chance für eine Re-Profilierung der radikalreformerischen Strömung innerhalb und außerhalb der Sozialdemokratie.

Gemessen an den laufenden Diskussionen über ein neues Gesellschaftsprojekt, das dem keynesianischen Wohlfahrtsstaat nachfolgen könnte, und einen entsprechenden "new deal" bzw. "neuen Gesellschaftsvertrag" besteht das Problem des sozialdemokratischen Programmes nicht darin, daß es dem Unternehmerlager Angebote unterbreitet. Das erste Problem besteht in der Tendenz, dabei andere demokratisch engagierte und/oder sozial benachteiligte Teile der Gesellschaft zu vernachlässigen bzw. auszugrenzen. Das zweite Problem liegt in den selbstaufgelegten finanziellen Restriktionen, die den Weg zu einem neuen Gesellschaftsprojekt von vorneherein versperren könnten. Mit ihrem reformpolitischen Minimalismus ist die SPD noch weit von einem "new deal" entfernt. Allerdings sind auch genügend Elemente im Programm vorhanden, deren Ausgestaltung und Verdichtung in den Mittelpunkt der sozialen und politischen Auseinandersetzungen (Konflikte und Kompromisse) rücken und eine neue Dynamik begründen kann, die über das Programm selbst hinausweist.

isw sozial-ökologische
Wirtschaftsforschung e.V.

Analysen, Dokumentationen
Fakten & Argumente

isw e.V., Georg-Wopfner-Straße 46,
80939 München. Tel. 089/3231780
Konto Sparda Bank München
Nr. 98 34 20 (BLZ 700 905 00)

Analysen des isw - sozial-ökologische
Wirtschaftsforschung e.V. (Auswahl):

isw-reports

(erscheinen vierteljährlich mit isw-wirtschaftsinfo),
Preis: DM 5,- plus Porto. Jahresabo: 30,- DM

G-7 - Der Gipfel, diese Weltwirtschaft?
(März 92)

Mit Energie ins Treibhaus (Juni 1992)

EG - Vom Supermarkt zur Supermacht?
(Oktober 1992)

**Friedensdividende oder neue
Rüstungsrenditen?** (Januar 1993)

Wirtschafts- und Militärmacht EG
(2. isw-forum) (April 1993)

Wirtschaftsreform in Osteuropa
(Juni 1993)

Krieg der Konzerne (September 1993)

**Energie, Müll, Verkehr - zur Umweltpolitik
der Bundesregierung** (Januar 1994)

isw-spezial

Siemens Bilanz- und Konzernanalyse
(April/Mai 1992) DM 5,- plus Porto

Billigstrom für die Großindustrie
(Oktober 1992) DM 5,- plus Porto

**Reiche Industriestaaten - Arme "3.
Welt"** (April 1993) DM 5,- plus Porto

isw-wirtschaftsinfo

Gegen die Asyllügen, DM 2,- plus Porto

Standort & Tarifrunde, DM 4,- plus Porto

**DASA - Von der Zukunftsindustrie zur
Krisenbranche**, DM 4,- plus Porto.

3. isw-forum

ALTERNATIVEN zum Neoliberalismus

Professor Dr. Elmer Altvater
Marktwirtschaft

Dr. Heinz Jung
Friede - Arbeit - Zukunft
Alternativen zum konventionellen Neoliberalismus

Dr. Charles Paul
Elemente eines wirtschaftlichen Umbaus

Elisabeth Peil
Ökologischer Umbau des Industriestroms
Strategie zur Sicherung von Beschäftigung und Lebensgrundlagen

Michael Wendt
Jenseits von Marx und Keynes?
Grundzüge einer beschäftigungsorientierten
Wirtschafts- und Finanzpolitik

isw

REPORT NR. 19

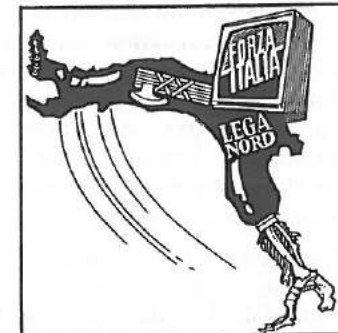
sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V.

Neu bei isw

FORZA ITALIA

Vorwärts in die Vergangenheit!

Ökonomische Hintergründe zur Rechtsentwicklung in Italien



isw

SPEZIAL-NR. 7

sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V.

Frank Deppe

Diskurs und Beteiligung statt Gegenmacht und Interessenpolitik?

Kritische Anmerkungen zur Modernisierungsdebatte in den Gewerkschaften

1.

Die Programm- und Organisationsreform des DGB - offiziell durch den "Hattinger Beschluß" des DGB-Bundesvorstandes im Januar 1992 eröffnet - steht unter keinem günstigen Stern. Angesichts der Mitgliederverluste und der Finanzprobleme des DGB und zahlreicher Einzelgewerkschaften war von Anfang an zu befürchten, daß der "Programmdiskurs" zugunsten einer organisationspolitischen Sanierung und "Verschlankung" des DGB abgewertet, und daß der DGB als das "politische Dach" der Industriegewerkschaften weiter demontiert würde.

Diese Tendenz zur Autonomisierung der Einzelgewerkschaften (als Folge und - immer deutlicher - als verstärkende Ursache eines schwachen DGB), die schon seit langem beklagt wird, hat in den Tarifbewegungen der Jahre 1993/94 noch an Gewicht gewonnen. Der doppelte Druck von Krisenfolgen (Massenentlassungen) und Unternehmeroffensiven erzeugte vielfach eine geradezu existentielle politische und finanzielle Anstrengung (vgl. dazu den "Extremfall" der IG Medien), die weder Raum noch Zeit für die politische Rekonstruktion eines verfallenden DGB ließ. Auf der Ebene der DGB-Kreise beschwerten sich Funktionäre der starken Einzelgewerkschaften immer heftiger über die Lähmung bzw. die Passivität des DGB und drohen sogar, daß man nicht länger bereit sei, den DGB "mitzuschleifen". Schließlich hat auch der plötzliche Tod des DGB-Vorsitzenden Heinz-Werner Meyer die ohnehin depressive Düsseldorfer Grundstimmung noch verstärkt.

Die Klage über das bislang geringe Interesse an der Programmdebatte¹ ist nur der Ausdruck dieser schwindenden politischen Orientierungskraft und Handlungsfähigkeit des DGB. So wurde auch bislang kaum zur Kenntnis genommen, daß die bisherigen Beschlüsse zur Organisationsreform - z.B. die Einstellung der Angestelltenarbeit beim DGB - schon eine grundlegende Revision des Verständnisses von den politischen Aufgaben des Bundes bedeuten: "Die Entscheidung von 1949, den DGB als Bund autonomer Gewerkschaften zu gründen, aber in den Personengruppen, in DGB-Wahl-

¹ Vgl. W. Uellenberg-van Dawen, Programm- und Organisationsdebatte des DGB, in: M. Kötner (Hrsg.), Gewerkschaften heute. Jahrbuch für Arbeitnehmerfragen 1994, Köln 1994, S. 96ff., hier 106.

und Beschlußkonferenzen auf allen Ebenen wesentliche Elemente einer allgemeinen Gewerkschaft zu erhalten, ist im Reformprozeß des Jahres 1993 grundlegend revidiert worden"².

Gleichwohl ist aufgrund des schwindenden Interesses am DGB ein Vakuum entstanden, das mit der Eröffnung der Programmdebatte und ihrer Strukturierung unverzüglich von einer Gruppe von Funktionären (aus den Stabsbereichen), Wissenschaftlern und Experten besetzt wurde, die sich fast ausnahmslos und emphatisch zur Notwendigkeit einer grundlegenden programmatischen Erneuerung des DGB im Sinne der Anpassung seines gesellschaftlichen und politischen Selbstverständnisses an die Modernisierungsprozesse der Gegenwart bekennen. Dabei werden schon Mythen gewirkt, die freilich schon im Vorfeld der Debatte dazu dienen, die Freund-Feind-Konstellation deutlich zu markieren. So wird z.B. vermutet, daß das - bei der IG Metall auf der Ebene der Verwaltungsstellen immer noch vorherrschende - "Klassenkampf"-Paradigma als Haupthindernis eines Modernisierungsdiskurses wirken könnte³. Andere beklagen den proletarischen "Habitus" (Bourdieu) des/der Gewerkschaftsfunktionär/-in, der Jugendliche wie "neue Arbeitnehmergruppen" - vor allem in den gehobenen Sektoren des Dienstleistungsbereiches - abstoße. Und schließlich hat ein besonders intimer Kenner der deutschen Gewerkschaften gar die Rücktritte der Vorsitzenden Lorenz Schwegler (HBV) und Franz Steinkühler (IG Metall) als vorgezogenen Sieg der "Traditionalisten" über die "Modernisierer" gedeutet. Dabei hätte es im Falle des "Kollegen Franz" doch so nahe gelegen, eine ganz andere Fragestellung zu thematisieren: ob denn nicht zwischen einem von oben inszenierten "Modernisierungsdiskurs", der vor allem der medialen Vermarktung des "großen Vorsitzenden" dient, zwischen einem autoritär-cäsaristischen Führungsstil in der Organisation und zwischen dem Yuppie-Gehabe und den Finanzgeschäften eines Aufsichtsratsmitgliedes ein sehr viel engerer Zusammenhang besteht, als es das bloß moralische Bewußtsein wahrhaben möchte.

2.

Der frühere DGB-Vorsitzende H.W. Meyer eröffnete die Reformdiskussion mit einem Beitrag, der den Versuch einer Ortsbestimmung der Gewerkschaften in der gegenwärtigen Gesellschaft mit einer Absage an den "Begriff der Gegenmacht" verband: Dieser habe zwar noch "im Betrieb in der Auseinandersetzung von Arbeitnehmern und Unternehmern, von Kapital und Arbeit seinem Realitätsgehalt - auch wenn dies weitgehende Kompromisse einschließt - ... in einer offenen, pluralistischen und von zahlreichen Widersprüchen und Brüchen gekennzeichneten Gesellschaft

² Ebd., S. 113.

³ Vgl. dazu F. Deppe, Erneuerung des politischen Mandats, in: Sozialismus, 4/1994, S. 47ff., hier S. 48.

(wird er jedoch) weitgehend inhaltsleer. Da immer weniger von dem, was in dieser Gesellschaft geschieht, mit dem Antagonismus von Arbeit und Kapital erklärbar ist, wird Gegenmacht zu einem unbrauchbaren Konzept, solange es als alleiniges oder stark dominierendes Erklärungsmuster angesehen wird. Wo ist die Gegenmacht, wenn es um einen bürgernahen, effizienten und beschäftigungsfreundlichen öffentlichen Dienst geht? Welche Gegenmachtkonzeption hilft in den Auseinandersetzungen um die Entwicklung einer strukturschwachen Region oder um eine Industrieansiedlung? Mit welchem Gegenmachtsskonzept sollen ökologische Fragen entschieden werden?"

Der DGB-Vorsitzende fährt fort: "Angesichts der Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft bleibt das Gegenmachtsskonzept zu defensiv. Gewerkschaften haben sich Beteiligungsmöglichkeiten in der Gesellschaft und im demokratischen Staat erstritten. Sie sollen auch sagen, daß sie ein wesentlicher Akteur dieser Gesellschaft - der Marktwirtschaft und der Demokratie - sind, und wie sie diese Rolle grundsätzlich ausfüllen wollen"⁴.

Nachdem also erst einmal - angeblich als Schlußfolgerung aus dem Scheitern des "realen Sozialismus" - alle Transformationsperspektiven entwickelter kapitalistischer Gesellschaften schon im Vorfeld der Reformdebatte in der "Mottenkiste der Utopien" abgelegt waren, erfolgt nunmehr eine fundamentale Absage an das "Gegenmachtsskonzept"⁵. Beteiligung als Bedingung von Gestalten, statt Gegenmacht - so läßt sich die neue Formel zusammenfassen. Sie wird damit begründet, daß in unserer Gesellschaft - ziemlich verwaschen mit Begriffen wie offen, pluralistisch, Marktwirtschaft und Demokratie charakterisiert - der "Antagonismus von Arbeit und Kapital" immer weniger erklärt.

Daß diese Ortsbestimmung nicht besonders "modern" ist, sei nur am Rande erwähnt. Sie wiederholt und variiert nur die rechten Positionen, die der "sozialpartnerschaftliche Integrationismus" in den Strategie- und Programmdebatten der DGB-Gewerkschaften seit den 50er Jahren vertreten

⁴ H.-W. Meyer, Gewerkschaften an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, in: ders. (Hrsg.), Aufbrüche - Anstöße. Beiträge zur Reformdiskussion im DGB und seinen Gewerkschaften, Köln 1994, S. 7ff., hier S. 23.

⁵ Dieter Kirchner von Gesamtmetall hatte schon Ende 1989 - vor allem von der IG Metall - die Abkehr vom Gegenmachtmodell gefordert: "Der ideologische Ansatz für das Gegenmachtmodell ist spätestens seit dem Scheitern des real existierenden Sozialismus und dem durchschlagenden Erfolg des Modells der sozialen Marktwirtschaft entfallen. Der aus der frühkapitalistischen Epoche herübergerettete Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit, aus dem die IG Metall die Verweigerung der Partnerschaft ableitet, ist widerlegt. Auch bisher klassenkämpferisch orientierten Gewerkschaften bleibt gar nichts anderes mehr übrig als das Einschwenken auf eine pragmatische Einordnung in die Grundprinzipien der sozialen Marktwirtschaft", zit. n. F. Deppe, Neuorientierung? Die Gewerkschaften nach dem Zusammenbruch des "realen Sozialismus", in: Sozialismus, 4/1990, S. 30ff., hier S. 31.

hat⁶. Daß der ehemalige Vorsitzende der IG Bergbau und Energie, in deren Presse seit den 70er Jahren im Stile der BILD-Zeitung gegen alles Linke und Grüne gehetzt werden durfte, hier im Prinzip wiederholt, was Georg Leber in den 60er Jahren und Hermann Rappe seit den 70er Jahren vertreten hatten, ist weder überraschend noch modern. Überraschend ist vielleicht, wie schwach der innergewerkschaftliche Protest gegen diese programmatische Wende nach rechts bislang ausgefallen ist. Und, als "modern" könnte auch gelten, daß solche Positionen - im Unterschied zu früheren Zeiten - heute als eine Art "Verbandsideologie" von Intellektuellen und Professoren anerkannt wird, die über die Hans-Böckler-Stiftung des DGB und das "Hattinger Forum" die Programm- und Reformdebatte im DGB fest im Griff haben.

Bleiben wir noch bei der zentralen These des Artikels über die schwindende Erklärungskraft des "Antagonismus von Arbeit und Kapital" in dieser Gesellschaft; denn darauf basiert ja der Abschied vom Gegenmachtsskonzept. Möglicherweise hat der Verfasser des Artikels mit der Wahl des Wortes "Antagonismus" beabsichtigt, ein Scheingefecht mit einem "ML-Pappkameraden" zu führen⁷. Konzentrieren wir uns daher auf die entscheidende Frage: Ist es richtig, daß "immer weniger von dem, was in dieser Gesellschaft geschieht" (im Hinblick auf die Programmatik und die praktische Politik der Gewerkschaften; darum geht es hier), mit dem Interessengegensatz von Kapital und Arbeit erklärt werden kann? Diese Frage wird vom DGB-Vorsitzenden bejaht - und gerade darum muß die politische Debatte in den Gewerkschaften geführt werden; denn die Absage an das Gegenmachtsskonzept resultiert aus der Entkoppelung von Gewerkschaftspolitik und Kapitalismuskritik.

Es ist schon merkwürdig, daß diese Debatte ausgerechnet zu einer Zeit geführt werden muß, in der die normalen und chronischen Gebrechen einer kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung - in Gestalt der Massenarbeitslosigkeit, dem Anwachsen der Armut, der Polarisierung der Einkommen und Vermögen, der Ost-West-Spaltungen in Europa und in Deutschland, dem Absinken der gesamtwirtschaftlichen Produktivität bei einzelbetrieblichen Produktivitätssteigerungen, dem Zurückbleiben der

⁶ Vgl. dazu F. Deppe u.a. (Hrsg.), Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Köln 1989, 4. Aufl., S. 513ff. und S. 562ff.; zum Begriff des "sozialpartnerschaftlichen Integrationismus" vgl. F. Deppe, Autonomie und Integration, Marburg 1979.

⁷ Solche Scheingefechte werden gelegentlich auch innerhalb der gewerkschaftlichen Linken geführt. Die auch empirisch zu begründende These, daß sich bei jugendlichen Arbeitnehmer/-Innen und Gewerkschaftsmitgliedern ein progressives politisches Engagement in der Regel nicht über die Erfahrung des Interessengegensatzes von Kapital und Arbeit (und auch nicht über abstrakte Lernprozesse) vermittelt, sollte nicht empört als Häresie, sondern als Aufforderung zu einer komplexeren Vermittlungsarbeit (die selbstverständlich nicht vom kapitalistischen Charakter der gesellschaftlichen Grundverhältnisse abstrahieren kann) begriffen werden. Einigen besonders Standfesten sei die Re-Lektüre von Lenins "Was tun?" empfohlen - besonders derjenigen Passagen, in denen zwischen dem "trade-unionistischen" und dem "politischen" Bewußtsein unterschieden wird.

Nachfrage usw. usf. - vorherrschen und in der sich gleichzeitig - "von oben" - das neoliberale Projekt durch Angriffe von Unternehmerverbänden und Regierung auf die Gewerkschaften, auf das Tarifsysteem, auf den Sozialstaat usw. radikalisiert.

Immerhin erinnerte zu Beginn der 90er Jahre selbst ein Sozialliberaler wie Ralf Dahrendorf daran, daß - im Ergebnis der neoliberalen Exzesse, z.B. des Thatcherismus in England - einmal mehr die Erkenntnis von John M. Keynes sich bewahrheitet habe, daß "die herausragenden Fehler der ökonomischen Gesellschaft, in der wir leben, ihr Unvermögen, Vollbeschäftigung zu gewährleisten, und die ihr eigentümliche, willkürliche und ungleiche Verteilung des Reichtums und der Einkommen bilden"⁸. Dahrendorf fordert "strategische Reformen" (im Geiste von Keynes) auf der "Grenzlinie von Ökonomie und Politik", von "Angeboten und Anrechten", wobei er - als Antwort auf die Schäden, die der Neoliberalismus in den 80er Jahren angerichtet hat - eine Neuformulierung sozialer Bürgerrechte fordert⁹. Solche politischen und sozialen Bürgerrechte mußten und müssen erkämpft werden; und dazu bedarf es Macht, genauer: Gegenmacht gegen die Interessen und gegen die (gesellschaftliche und politische) Macht derjenigen, die solche Rechte und deren Erweiterung als eine Beschränkung ihrer Interessen - und das heißt auch: ihrer gesellschaftlichen und politischen Machtpositionen - ansehen und ihnen Widerstand entgegensetzen. Wo immer es dabei um die Verteilung des gesellschaftlich produzierten Reichtums, um Investitionen und Beschäftigung, um die Bewältigung der kapitalistischen Wirtschaftskrisen, um rechtlich-institutionelle Absicherungen in Gestalt von Tarifverträgen, Mitbestimmungsrechten und Sozialgesetzen geht, wird der Interessengegensatz von Kapital und Arbeit ausgetragen und spielt die Macht der gegensätzlichen, organisierten Interessen eine entscheidende Rolle.

Selbstverständlich wandeln sich mit den je konkret-historischen Entwicklungsbedingungen des Kapitalismus auch die Formen und die Inhalte dieses Konfliktes; und selbstverständlich wird dadurch die Gewerkschaftspolitik nicht von der Aufgabe entlastet, entsprechend diesen Bedingungen zwischen individuellen, gruppenspezifischen und allgemeinen Interessen der Lohnabhängigen (und heute mehr denn je der aus dem Lohnsystem Ausgegrenzten) zu vermitteln. Dennoch ist es gerade in der Gegenwart - angesichts der von den Kapitalverwertungsinteressen ("Standortdebatte") und von den politischen Machtinteressen der Kapitalverbände und des "neoliberalen Blocks an der Macht" beherrschten Offensive gegen die Gewerkschaften - geradezu absurd, die gesellschaftliche - und d.h. immer auch, die politische - Rolle der Gewerkschaften von der "Erkenntnis" ab-

⁸ J.M.: Keynes, *General Theory of Employment, Interest and Money*, London 1964, S. 372; als Fortführung dieser Grundkonzeption vgl. R. Heilbroner, *Kapitalismus im 21. Jahrhundert*, München/Wien 1994; sowie D. Worswick, *Das Ende der Vollbeschäftigung?*, in: *WSI-Mitteilungen*, 6/94, S. 338ff.

⁹ R. Dahrendorf, *Der moderne soziale Konflikt*, Stuttgart 1992, S. 245ff.

zuleiten - daß "immer weniger von dem, was in dieser Gesellschaft geschieht, mit dem Antagonismus von Arbeit und Kapital erklärbar" sei.¹⁰

"Strategische Reformen" (Dahrendorf) auf der "Grenzlinie von Ökonomie und Politik" erfordern stets Gegenmacht auf der gesellschaftlichen und politischen Ebene. Robert Heilbroner hat die "Politisierung des Kapitalismus" als das zentrale Thema (und Kampffeld) seiner langfristigen Entwicklung benannt. Diese beinhaltet die Frage: "Welche Lösungsformen können für die Probleme, die im privaten Sektor entstehen, gefunden und welche Gegenmaßnahmen getroffen werden? Unsere Diagnose läßt nur eine Antwort zu: Es müssen Lösungen und Gegenmaßnahmen sein, die aus dem öffentlichen Sektor kommen. Daraus folgt, daß die Aussichten für die diversen Erscheinungsformen des Kapitalismus im 21. Jahrhundert - und hier betone ich ausdrücklich den Plural - in erster Linie davon abhängig werden, mit welchem Erfolg die staatlichen Kräfte zusammengezogen und dazu gebracht werden können, sich mit den Kräften der Wirtschaft auseinanderzusetzen"¹¹. Damit ist - freilich sehr grob und allgemein - der Rahmen umrissen, innerhalb dessen die strategischen Perspektiven einer Reformulierung des politischen Mandats der Gewerkschaften zu verorten wären¹².

3.

Rainer Zoll, Professor für Gewerkschaftssoziologie in Bremen, eröffnet das von M. Kittner herausgegebene "Jahrbuch für Arbeitnehmerfragen 1994" (auch dies, ein moderner Titel) mit einem Beitrag über die "ausstehende Modernisierung" der Gewerkschaften. Die zentrale These lautet, daß der Eintritt der Gewerkschaften in "eine weitere Modernisierungsphase" blockiert ist: "Das scheint der Kern der augenblicklichen gewerkschaftlichen Problematik zu sein: eine teilweise durchaus vorhandene Einsicht in die Notwendigkeit der Selbstveränderung, aber keine oder jedenfalls viel zu geringe praktische Schritte der Veränderung"¹³. Zoll erwähnt vier Prozesse der Modernisierung, die an den Gewerkschaften vorbeizulaufen drohen: die Differenzierung der Arbeitnehmer, die Individualisierung, die Rationalisierung und die Domestizierung (z.B. als Kontroll-

¹⁰ Die suggestiven Fragen, die H.W. Meyer in Bezug auf den öffentlichen Dienst, die Strukturpolitik und die Ökologie formuliert, ließen sich nun wirklich in einen spannenden Gegenmächtdiskurs einbeziehen. Wer wollte denn übersehen, daß die Finanzierungsprobleme des öffentlichen Dienstes mit den Verteilungsproblemen, mit der zunehmenden Belastung durch die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft und natürlich auch mit der - politisch umkämpften - Prioritätensetzung zu tun haben, und daß natürlich die Gegenmacht z.B. der ÖTV oder der GEW im Bildungsbereich ein Faktor ist, der auf die Richtung, die Verlaufsformen und die Ergebnisse der Reform einwirkt.

¹¹ R. Heilbroner, *Kapitalismus im 21. Jahrhundert*, a.a.O., S. 129.

¹² Zur Präzisierung dieses Rahmens vgl. F. Deppe, *Ein neuer Gesellschaftsvertrag*, in: *Sozialismus*, 7/1994, S. 25ff.

¹³ R. Zoll, *Die ausstehende Modernisierung. Bemerkungen zu den Gewerkschaften heute*, in: M. Kittner (Hrsg.), *Gewerkschaften heute*, a.a.O., S. 37ff., hier S. 38.

bedürfnis der gewerkschaftlichen Apparate). Dazu treten "neue soziokulturelle Modelle der Arbeit" und die "Europäisierung", die den Prozessen der Modernisierung noch mehr Gewicht verleihen. Die Krise der Gewerkschaften führt Zoll vor allem auf ein traditionalistisches (der ersten Phase der industriekapitalistischen Modernisierung zuzurechnendes) Politik- und Organisationsverständnis zurück, das relativ hilflos auf die schwindende "Loyalität an der Basis" und die nachlassende Durchsetzungsfähigkeit reagieren muß. Eine "modernisierte Gewerkschaft" müßte dagegen unterschiedliche Modelle der Partizipation anbieten, die positiven Seiten der Individualisierung anerkennen, als Moderator bei der diskursiven Vermittlung zwischen verschiedenen Gruppen wirken und die "gewerkschaftliche Grundauffassung von der Solidarität" neu definieren. Die Zeiten leichter Lösungen sind endgültig vorbei!

Soweit die Zeitdiagnose eines renommierten Gewerkschaftssoziologen, der noch Mitte der 70er Jahre die "Aktualität der Marxschen Gewerkschaftstheorie" beschworen und dabei die Gewerkschaften als "Schulen des Sozialismus" bezeichnet hatte, "weil die Lohnarbeiter mit ihnen den täglichen Kampf gegen das Kapital führen und in diesem Kampf das Bewußtsein ihrer Lage als Klasse gewinnen können"¹⁴. Bemerkenswerter als der verschlungene Pfad der Erkenntnis scheint allerdings der Blick auf jene Morphologie einer Gesellschaftslandschaft, der durch die Sonde der modernisierungstheoretischen Analyse freigegeben wird. Zoll rekapituliert einige Basistrends des sozialen Wandels, die seit den frühen 80er Jahren (beginnend mit der Werte-Wandel-Diskussion, der Analyse der "neuen sozialen Bewegungen" und schließlich mit der "Risikogesellschaft" von Ulrich Beck) in den Sozialwissenschaften und der Politik registriert werden. Gewiß wird man seiner These zustimmen haben, daß die Gewerkschaften nur dann eine Zukunft haben, wenn sie auf der "Höhe der Zeit" bleiben und solchen Wandel - auch nach innen - "bearbeiten"¹⁵. Gleichwohl ist die Realitätsblindheit dieses Konzeptes erschreckend. Der kritische Ansatz, der etwa bei Ulrich Beck im Begriff der "reflexiven Modernisierung" verfolgt wird und den dieser gerade in seinem neuen Buch "Die Erfindung des Politischen" noch einmal zugespitzt hat¹⁶, ist bei Rainer Zoll - zumindest in diesem Aufsatz - völlig ausgeblendet. Zentrale Fragen wie z.B. die Massenarbeitslosigkeit, die Restrukturierung der Klassenbeziehungen, die sozialen Probleme im Osten Deutschlands, die Krise des Sozialstaates, die Debat-

¹⁴ R. Zoll, Der Doppelcharakter der Gewerkschaften. Zur Aktualität der Marxschen Gewerkschaftstheorie, Frankfurt/Main 1976, S. 187.

¹⁵ Vgl. dazu z.B. Forum Gewerkschaften, Angst vor dem Individuum? Modernisierung - Demokratisierung - Zeitsouveränität. Herausforderungen einer neuen Epoche, Hamburg 1992.

¹⁶ "Reflexive Modernisierung erzeugt fundamentale Erschütterungen, die als Gegenmoderne entweder Wasser auf die Mühlen des Neonationalismus und Neofaschismus leiten ... oder aber im Gegenextrem zu einer Reformulierung der Ziele und Grundlagen westlicher Industriegesellschaften genutzt werden können". U. Beck, Die Erfindung des Politischen, Frankfurt/Main 1994, S. 15/6.

ten über mögliche und notwendige Alternativen auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik usw. werden nicht einmal erwähnt. Wie aber sollte - selbst dann, wenn die modernen Vergesellschaftungsformen als Bezugsrahmen anerkannt werden - die defensive Grundposition, in die die Gewerkschaften seit geraumer Zeit geraten sind, überwunden werden, wenn es nicht gelingt, Orientierungen und Handlungsperspektiven auf dem Gebiet der Reorganisation der Arbeitsgesellschaft zu entwickeln und für sie zu kämpfen?

Die Strukturen und Prozesse der Modernisierung, die dieser soziologische Diskurs thematisiert, öffnen - zumal für die gewerkschaftliche Selbstverständigungsdebatte - noch nicht einmal den Blick für eine "halbierte Moderne". Der gesellschaftliche und politische Raum, in dem Gewerkschaften agieren, bleibt weitgehend im Dunkeln. Das ist u.a. die Konsequenz einer soziologischen Sichtweise, die ohne einen kritischen Begriff gesellschaftlicher Herrschafts- und politischer Machtverhältnisse auskommen zu können glaubt und die die politische Ökonomie entwickelter kapitalistischer Gesellschaften der Gegenwart als Analysekonzept, das für die Begründung gewerkschaftlicher Politik unverzichtbar ist, ins Archiv der Dogmengeschichte verbannt hat. Hier schließt sich freilich auch der Kreis zu jener Konzeption, die das gesellschaftspolitische Programm des DGB und der Einzelgewerkschaften nicht länger auf den Interessengegensatz von Kapital und Arbeit beziehen will und dabei das Gegenmachtkonzept durch eine neue "Beteiligungsorientierung" ersetzen möchte.

4.

Fragen wir zum Schluß nach möglichen Motiven, die den Abschied von der Kapitalismuskritik sowie vom Gegenmachtkonzept antreiben. Das Konzept der "neuen Sozialpartnerschaft", das letztlich die verschiedenen Stränge der Modernisierungsdiskurse wie der gewerkschaftlichen Programm- und Reformdiskussion zusammenhält, leitet sich einerseits aus der Wahrnehmung eines tiefgreifenden sozial-ökonomischen und politischen Wandels, andererseits aus der Befürchtung ab, daß die Krise, in die die Gewerkschaften (international) seit dem Ende der 70er Jahre geraten sind, durch das verzweifelte Festhalten an Traditionsbeständen, durch bloß defensive Verneinung und verbalradikale Fundamentalopposition nur noch verstärkt werden könnte. Die Gewerkschaften haben nur dann eine Chance, wenn sie sich aus den "Schützengräben" der traditionellen Verteilungsschlachten herausbegeben und - zusammen mit den aufgeklärten und fortschrittlichen Fraktionen im Unternehmerlager wie in der Politik - auf allen Ebenen der sozialen und gesellschaftspolitischen Konflikte den Diskurs um "intelligenteren Lösungen" eröffnen: auf der Ebene des Betriebes die "Verschlankung der Produktion", auf der Ebene der Branche die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt, auf der politischen Ebene z.B. die Reorganisation des Sozialstaates, die den veränderten Anforderungen

sowohl der internationalen Konkurrenz als auch der Problematik der "knappen Kassen" der öffentlichen Haushalte gerecht wird. Dies ist im Kern die Konzeption, die hinter den Vorschlägen für neue Modernisierungskoalitionen, für Produktivitäts- und Sozialpakete, für einen neuen Gesellschaftsvertrag usw. steht.

Die "alte Sozialpartnerschaft" beruhte wesentlich auf einem Interessenausgleich, bei dem eine "angemessene" Beteiligung der Arbeitnehmer am Zuwachs des gesellschaftlichen Reichtums und der Produktivität gegen die Gewährleistung des "sozialen Friedens" eingetauscht wurde. Die "neue Sozialpartnerschaft" hingegen stellt - von Seiten der Gewerkschaften - den Verteilungskampf zur Disposition - und zwar zu einer Zeit, die schon seit gut einem Jahrzehnt durch eine massive Umverteilung zu Lasten der Arbeitnehmereinkommen gekennzeichnet ist¹⁷. Die Bereitschaft, in Zeiten der Wirtschaftskrise und der verschärften Weltmarktkonkurrenz auf Lohnzuwächse zu verzichten bzw. Reallohnsenkungen zu akzeptieren (und dabei zugleich den "betrieblichen Gegebenheiten" Rechnung zu tragen), soll gegen die Verhandlungsbereitschaft der Unternehmensleitungen bzw. der Arbeitgeberverbände eingetauscht werden, Vereinbarungen über Beschäftigungssicherung, Arbeitszeitflexibilisierung, Qualifizierungsmaßnahmen, neue Entgelttarifverträge und neue Beteiligungsformen bei der Rationalisierung von Produktion und Verwaltung abzuschließen. Auf diese Weise sollen Konflikte und Kämpfe vermieden werden, die letzten Endes nur beide Seiten - und damit den "Standort Deutschland" - schwächen. Außerdem soll damit die Existenz und die Macht der Gewerkschaften gesichert werden; denn ohne deren Anerkennung im Diskurs sind nun einmal "intelligentere Lösungen" nicht zu haben.

Ausgangspunkt solcher Überlegungen ist die Einsicht, daß die Gewerkschaftsmacht, d.h. auch ihre Durchsetzungsmacht, auf allen Ebenen schwächer geworden ist. Das Risiko, z.B. bei großen Arbeitskämpfen eine Niederlage zu erleiden, wird als sehr hoch angesehen; die Verwundbarkeit der Gewerkschaften (etwa durch den AFG 116) hat ebenso zugenommen wie die Loyalität der Mitglieder abgenommen hat und der "Einbruch" in die neuen Arbeitnehmerschichten gescheitert ist. Daher haben die Gewerkschaftsführungen keine andere Wahl, als die Spielregeln der "neuen Sozialpartnerschaft" zu akzeptieren und ihre eigene Bedeutung dadurch zu erhalten, daß sie sich als kreative "Modernisierer", gar als Erfinder neuer Spielregeln, präsentieren.

Gegen solche strategischen Überlegungen sind natürlich erhebliche Zweifel und Einwände berechtigt. Zunächst einmal erscheint es reichlich illusionär, an eine "Fortschrittskoalition" von aufgeklärten Managementfraktionen, Politikern und Gewerkschaftern als eine Art neuer hegemonialer Block zu glauben. Zweifellos gibt es solche Koalitionen im Einzelfall - im

¹⁷ Vgl. u.a. Forum Gewerkschaften, Gewinnen durch Verzicht? Gewerkschaftspolitik in der Krise, Hamburg 1993.

Betrieb, auf Branchenebene und zeitweilig sogar für politische Reformvorhaben. Ein neuer "großer Kompromiß"¹⁸, der die herrschende Deregulierungsphilosophie mit einem neuen gesellschaftspolitischen Programm der "Re-Regulation" konfrontiert, würde jedoch gerade aus der Kritik an der neoliberalen Politik und Ideologie (und an den angeblichen "Sachzwängen" der weltmarktorientierten Modernisierung) anzusetzen haben. Das entscheidende politische Problem besteht allerdings darin, daß auch diejenigen Fraktionen des Managements, die auf der Unternehmensebene (bei entsprechenden "Vorleistungen" der Gewerkschaften und der Betriebsräte) zu solchen Koalitionen bereit sind, auf der gesellschaftlichen und politischen Ebene unbeirrt an den neoliberalen Orientierungen - und das heißt: an dem Ziel der Schwächung von Gewerkschaftsmacht und der Konzentration der Staatsintervention auf die Verbesserung der Angebotsbedingungen - festhalten. Das hat vor allem darin seinen Grund, daß diese Fraktion des "aufgeklärten Managements" zugleich der Leitung der transnationalen Konzerne angehört. Deren globale Strategien sind eben gerade darin erfolgreich, daß sie die Weltwirtschaft reprivatisieren und sich mehr und mehr dem kontrollierenden Zugriff national fragmentierter Politik (von Seiten der nationalen Regierungen, mehr noch von Seiten nationaler Branchengewerkschaften) entzogen haben¹⁹. In den transnationalen Konzernen bilden sich daher neue und spezifische Systeme der Arbeitsorganisation, der Arbeitsbeziehungen und der Unternehmenskulturen aus, die von der "Gegenmacht" nationaler Regulationsformen (unter Einschluß der Macht der Gewerkschaften und der betrieblichen Interessenvertretungen) nur noch marginal beeinflußt werden.

Indem die "neue Sozialpartnerschaft" - im Diskurs um die "intelligenteren Lösungen" - die Öffnung zu betrieblichen Lösungen und damit eine Abwertung der betriebsübergreifenden Tarifpolitik (eine Abwertung der Lohn- und Verteilungspolitik insgesamt) und der gesellschaftspolitischen Interventionen der Gewerkschaften fördert, begibt sie sich auf einen gefährlichen Weg. Jeder Zuwachs an betrieblicher Gestaltungskompetenz kann die Erosion gesamtwirtschaftlicher und gesellschaftspolitischer Macht, die die deutschen Gewerkschaften nach wie vor repräsentieren, beschleunigen. Damit würde freilich jener Prozeß der sozialen Spaltung und Desintegration verfestigt, der schon in den vergangenen Jahren die Tendenzen zu einem "selektiven Korporatismus" (Esser) verstärkt hat. "Neue Sozialpartnerschaft" wäre so als eine Politik zu charakterisieren, die sich immer mehr auf die Interessenvertretung von (schrumpfenden) Stammbesellschaften der industriellen Großbetriebe zurückzieht und dabei die Betriebsräte dieser Großbetriebe als das eigentliche Handlungs- und Verhandlungszentrum der Gewerkschaft anerkennt. Dabei entfernt sie sich

¹⁸ Zu diesem Begriff vgl. A. Licpitz, Towards a new Economic Order. Postfordism, Ecology and Democracy, London 1992.

¹⁹ Vgl. dazu J. Esser, Die Suche nach dem Primat der Politik, in: S. Unseld (Hrsg.), Politik ohne Projekt?, Frankfurt/Main 1993, S. 409ff., hier S. 412.

immer mehr nicht allein von den Randgruppen und den neuen Unterschichten der lohnabhängigen Bevölkerung, sondern auch von der Wahrnehmung eines politischen Mandats, das auf die Veränderung politischer und gesellschaftlicher Machtverhältnisse gerichtet ist. Der Weg zur zünftlichen Standesorganisation - den Ralf Dahrendorf schon vor gut einem Jahrzehnt vorausgesagt hat - wäre damit beschränkt²⁰.

²⁰ Eine ausführliche und eigenständige Debatte wäre über den "Modernisierungsdiskurs" - wie er von vielen, ehemals linken Intellektuellen und Sozialwissenschaftlern geführt wird und zur Unterstützung der "neuen Sozialpartnerschaft" herangezogen wird - dringend geboten. Da es sich hier um einen "Mittelklassen-Diskurs" (diese Formulierung sollte nicht polemisch, sondern deskriptiv verstanden werden) handelt, könnte z.B. die Frage aufgegriffen werden, ob die Thesen von Barbara Ehrenreich (Angst vor dem Absturz. Das Dilemma der Mittelklasse, München 1992), die die Wende der akademischen Mittelklassen in den USA von einer linken, gesellschaftskritischen zur einer konservativen, affirmativen Orientierung thematisieren, auch auf die BRD bzw. auf Westeuropa zutreffen. Eric Hobsbawm (Das imperiale Zeitalter, Frankfurt/New York 1989, S. 215) fügt einen für diese Debatte anregenden Gedanken hinzu: "Die Soziologie, als akademische Disziplin ein Produkt der Zeit von 1870 bis 1914, leidet bis auf den heutigen Tag unter endlosen und fruchtlosen Debatten über soziale Klassen und sozialen Status, weil ihre Vertreter die Neigung pflegen, die Bevölkerung immer wieder neu und so zu klassifizieren, wie es ihren eigenen ideologischen Überzeugungen am ehesten entspricht".

Heinz Bierbaum/Hans-Jürgen Urban

Erosion gewerkschaftlicher Gegenmacht? Gewerkschaften im Modernisierungsprozeß

1. Gewerkschaften in der Krise

Die sozialwissenschaftliche und gesellschaftspolitische Diskussion scheint sich einig zu sein: Die Gewerkschaften im vereinigten Deutschland befinden sich in der Krise. Und tatsächlich häufen sich die Indikatoren dafür, daß es den Gewerkschaften nicht gelingen will, ihre "Erfolgsgeschichte" der letzten Jahrzehnte in die Gegenwart hinüberzuretten, geschweige denn, sie in die Zukunft zu verlängern. Zu konstatieren ist zum einen eine *Krise der gewerkschaftlichen Durchsetzungsfähigkeit*.

Trotz relativer Mobilisierungserfolge haben die Gewerkschaften in den Tarifjahren der letzten Jahre erhebliche Reallohnverluste hinnehmen müssen. Die bereinigte Lohnquote befindet sich erneut auf dem Niveau der 60er Jahre. Im Gegensatz zur neoliberalen Wirtschaftstheorie geht dieses Absacken der volkswirtschaftlichen Verteilungsposition der Lohnabhängigen mit einem rasant voranschreitenden Abbau von Arbeitsplätzen einher. Zu Beginn des Jahres 1994 pendelt die Zahl der registrierten Arbeitslosen um die 4-Mio.-Marke, die "stille Reserve" bewegt sich in Richtung 2 Mio. und ca. 1,5 Mio. Menschen konnten ausschließlich über arbeitsmarktpolitische Maßnahmen im Beschäftigungssystem gehalten werden. Dem transformationsbedingten Zusammenbruch der Arbeitsmärkte in Ostdeutschland folgte der modernisierungsbedingte Beschäftigungsabbau in Westdeutschland. Trotz beschäftigungspolitischen Teilerfolgen auf regionaler Ebene konnten die Gewerkschaften das Anwachsen der gesellschaftlichen Arbeitsplatzlücke auf über 7 Mio. nicht verhindern.

Hinzu kommt, daß im Zuge des wachsenden Problemdrucks *zentrale Defizite in den organisatorischen Strukturen* der Gewerkschaften deutlich werden. Auch intern artikuliert sich immer stärker die Kritik an zentralistischen und bürokratischen Strukturen, die beteiligungsorientierte Meinungs- und Entscheidungsfindungsprozesse blockieren. Die oftmals teils hektisch, teils behäbig wirkende Debatte um die Organisationsreform des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner Einzelgewerkschaften läßt bisher kaum Anzeichen einer erfolgreichen Bearbeitung dieser Strukturprobleme erkennen. Zumindest ist man bei der Verringerung der Diskrepanz zwischen gesellschaftlicher Sozialstruktur und gewerkschaftlicher Mitgliederstruktur, die insbesondere in der deutlichen Unterrepräsentanz qualifizierter Angestelltengruppen, von Frauen und Jugendlichen zum Ausdruck kommt, bisher nicht sonderlich erfolgreich gewesen. Angesichts dieser Defensivposition kann es kaum verwundern, daß sich die deutsche

Gewerkschaftsbewegung in einer Krise des gewerkschaftspolitischen Selbstverständnisses befindet, die insbesondere durch den Widerspruch geprägt ist, "daß der gewerkschaftliche Handlungsbedarf der Gesellschaft in erheblichem Ausmaße gewachsen ist, die alten Organisationsformen und Selbstdeutungen von gewerkschaftlichem Handeln, wie sie sich in der Vergangenheit herausgebildet und verfestigt haben, diesen Anforderungen jedoch nicht gewachsen sind." (Negt 1993, S. 235)

2. Die Transformationskrise des fordistischen Kapitalismus als Rahmenbedingung gewerkschaftlicher Politik

Daß in Zeiten konjunktureller Krise, Massenarbeitslosigkeit und der Dominanz staatlicher Angebotspolitik die Durchsetzungsbedingungen für Arbeitsplatz- und Einkommensinteressen der Lohnabhängigen nicht gerade günstig sind, ist keine neue Erfahrung für Gewerkschaften. Ferner ist offensichtlich, daß der wirtschaftliche und soziale Problemdruck, der aus dem Scheitern der marktradikalen Kolonialisierung der DDR resultiert, tarifpolitische Handlungsspielräume erheblich einschränkt und im Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit kaum erfüllbare Anforderungen an die Gewerkschaften heranträgt. Und letztlich hat sicherlich das Ende der Systemkonkurrenz die soziale Konzessionsbereitschaft bei Kapital und Staat verringert. Gleichwohl griffe die Analyse gewerkschaftlicher Umfeldbedingungen zu kurz, würde sie sich ausschließlich auf Wirtschaftskrise, Vereinigung und Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus beschränken. Die Spezifik der gegenwärtigen Problemkonstellation besteht namentlich darin, daß sich die genannten Entwicklungen zu einem Zeitpunkt vollziehen, in der auch die "Wachstums- und Prosperitätskonstellation, die zunächst Amerika, dann Europa und den Fernen Osten jeweils über Jahrzehnte hinweg getragen hat, weltweit an ihre Grenzen gestoßen ist." (Lutz 1993, S. 25)

Handlungsbedingungen und Anforderungen an gewerkschaftliche Politik müssen also einerseits vor dem Hintergrund der internationalen Umbrüche, mit dem Folgeproblem der Vereinigung Deutschlands, zugleich aber auch im Kontext des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Strukturwandels innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftssysteme diskutiert werden. Dies ist freilich leichter gesagt als getan. Das Problem beginnt bereits mit der Frage, *was* umbricht und in *welche Richtung* sich der allgemein konstatierte gesellschaftliche Transformationsprozeß bewegt. Die Vielzahl der sozialwissenschaftlichen Begriffe (Risikogesellschaft, Erlebnisgesellschaft, postindustrielle Gesellschaft, Dienstleistungsgesellschaft, Freizeitgesellschaft usw.) verweist auf Unsicherheiten in der wissenschaftlichen Deutung des Wandels.

Regulationskrise im "Modell Deutschland"

In der gesellschaftskritischen Debatte hat sich zunehmend ein regulationstheoretischer Interpretationsansatz durchgesetzt, der den gegenwärtigen

Prozeß von Krise und Restrukturierung als Formationswechsel innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft begreift. Den Ausgangspunkt bildet dabei die Krise des Fordismus, der bis in die 70er Jahre hinein als Prosperitäts-Modell in den Staaten des westlichen Industriekapitalismus funktionierte. Die Krise dieser Formation setzte ein, als sich die Produktivitätspotentiale des fordistischen Akkumulationsregimes, das durch tayloristisch organisierte Massenproduktion und standardisierten Massenkonsum geprägt war, erschöpft hatten und der Fordismus in eine strukturelle Krise der Profitstabilität hineinwuchs. In Reaktion darauf setzte sich eine Krisenüberwindungsstrategie durch, die insbesondere durch eine forcierte technologische Umwälzung des fordistischen Produktionsprozesses - vor allem durch die beschleunigte Diffusion der mikroelektronisch gestützten Informations- und Kommunikationstechnologien - auf eine Überwindung der Verwertungskrise abzielte. Die Erfordernisse des sich herausbildenden post-fordistischen Akkumulationsmodells kollidieren nun zunehmend mit dem alten Vergesellschaftungs- und Regulierungsmodell, dessen Kernelemente der sozialpartnerschaftliche Klassenkompromiß, der Sozialstaat und eine intervenierende Wirtschafts- und Konjunkturpolitik darstellen, die lange Zeit ihrerseits Voraussetzung für den ökonomischen und politischen Erfolg des alten Entwicklungsmodells waren. Die Krise des Sozialstaates, Massenarbeitslosigkeit, soziale Armut, aber letztlich auch Phänomene der subjektiven Desintegration, wie sie in den vielfältigen "Vertrauenskrisen" in der Bevölkerung gegenüber gesellschaftlichen Organisationen, Parteien und Staat zum Ausdruck kommen, verweisen somit auf die strukturelle *Krise des institutionalisierten Regulationsmodells* des fordistischen Kapitalismus. Die Perspektive der Überwindung dieser Krise liegt demnach ausschließlich in der Herausbildung einer neuen Regulationsweise, die die Modernisierung des Akkumulationsregimes nicht behindert, sondern aktiv fördert und einen neuen Typus sozialer Vergesellschaftung und Integration etabliert. Die historisch konkrete Gestalt des neuen Akkumulations- und Regulationsmodus ist dabei "das in seinem Ausgang nicht prognostizierbare Ergebnis sozialer und politischer Kämpfe, durch die institutionelle Formen und Klassenkompromisse festgeschrieben sowie die Interessenartikulationen und Handlungsorientierungen sowohl der Herrschenden als auch der beherrschten Klassen in ein Entsprechungsverhältnis mit der historischen Form des Akkumulationsregimes gezwungen werden." (Hirsch 1990, S. 20)

Die deutsche Variante des fordistischen Kapitalismus bestand im "Modell Deutschland", das sich in den 70er Jahren auf seinem Entwicklungshöhepunkt befand (Bonder u.a. 1992, S. 145ff.). Seine Strukturelemente bestanden in der Exportorientierung der Wirtschaft auf der Basis moderner Investitionsgüter, einer auf Geldstabilität gerichteten Finanz- und Fiskalpolitik sowie vor allem in einem korporatistischen Bündnis zwischen Politik, Kapital und Arbeit, das auf der Basis einer zum funktionalen Imperativ erhobenen Politik der Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit

einen breiten gesellschaftlichen Grundkonsens schuf. Heute scheint die Innovations- und Konkurrenzfähigkeit dieses Modells an Grenzen zu stoßen, zeigen sich zunehmend Krisensymptome: Insbesondere das industrielle Produktionsmodell gilt als reformbedürftig. Festgefahrene Arbeitsteilung zwischen den Unternehmen, zu große Unternehmenseinheiten, zu starre und aufgeblähte Hierarchien, ineffektive Kompetenzregeln innerhalb der Unternehmen, Entwicklungsrückstände gegenüber den Konkurrenten in den High-Tech-Branchen werden als wichtige Strukturdefizite benannt. Aus ihnen resultiert demnach das Zurückfallen der deutschen Wirtschaft auf ihren ehemaligen Schwerpunktmärkten gegenüber Konkurrenten, "die dieselben Qualitäten kostengünstiger als sie selbst anbieten und die wettbewerbsbestimmende Innovationen schneller als sie präsentieren können" (Kern 1994, S. 34).

"Schlanke Produktion" und soziale Deregulierung

Als Reaktion auf diese Mängel waren bereits in den 80er Jahren grundlegende Veränderungen in den betrieblichen Rationalisierungsstrategien zu erkennen. Mit "neuen Produktionskonzepten" wurde versucht, durch einen neuen, partizipativ arbeitsorientierten Zugriff neue qualifikatorische und psychologische Produktivitätspotentiale zu erschließen und die Restriktionen der tayloristischen Vernutzung der menschlichen Arbeitskraft zu überwinden. In enger Verbindung dazu standen "systemische Rationalisierungsprozesse", die durch die technische Verknüpfung einzelner Teilsysteme die verschiedenen Prozeßbereiche im Betrieb zu einem integrierten, hochvernetzten Produktions- und Arbeitsprozeß werden lassen sollten.

Seit Beginn der 90er Jahre setzt die "Lean-Production-Revolution" die Akzente neu. Die "schlanke Produktion" orientiert dabei auf eine umfassende Restrukturierung sämtlicher, auch zwischenbetrieblicher Unternehmensstrukturen. Vor allem durch die stärkere Anwendung von Marktprinzipien in der Arbeits- und Unternehmensorganisation (Kost/Profit-Center-Modelle), die Dezentralisierung und Verkürzung von Entscheidungsprozessen (Lean-Management), den kontinuierlichen Verbesserungsprozeß (Kaizen), veränderte Formen der Arbeitsorganisation (Team- und Gruppenarbeit), aber auch die Neustrukturierung zwischenbetrieblicher Beziehungen (Systemkomponenten-Zulieferer) sollen die Voraussetzungen für eine flexiblere Anpassung an die international gewandelten Markt- und Konkurrenzbedingungen geschaffen werden (Womack u. a. 1991).

Mit zunehmender Durchsetzung der neuen schlanken Produktionsweise erweist sich auch das alte Regulierungssystem des "Modells Deutschland" als defizitär. Den wohl prägnantesten Ausdruck findet diese Entwicklung in der Krise des sozialdemokratisch-keynesianischen Sozialstaates. Die betrieblichen Rationalisierungsprozesse produzieren in zunehmendem Maße Arbeitslose, die auch in Phasen der Konjunktur immer seltener in den Arbeitsprozeß zurückfinden. Dabei unterhöhlt die strukturelle Massenarbeitslosigkeit zunehmend Finanzbasis und soziale Integrationskraft des So-

zialstaates. Trotz steigender Finanzierungsprobleme des Sozialstaates sinkt das sozialstaatliche Sicherungsniveau. Da der Zugang zu ausreichenden Sozialleistungen vor allem über das Erwerbssystem und das "Normalarbeitsverhältnis" führt, wächst der Anteil derer, die aufgrund von Arbeitslosigkeit oder gesellschaftlich bedingten Unterbrechungen in der Erwerbsbiografie aus dem sozialstaatlichen Schutz ausgegrenzt und in randständige Lebenslagen abgedrängt werden. Zugleich kollidieren die zunehmend zentralistisch und bürokratisch werdenden Strukturen des Sozialstaates mit den gewandelten Bedürfnisstrukturen, Lebensentwürfen und Wertorientierungen der individualisierten Klientel. Die oftmals anonymisierte und bevormundende Gewährung vielfach ohnehin unzureichender sozialer Leistungen zehrt erheblich an Leistungsfähigkeit und Legitimationskraft des traditionellen Sozialstaates.

Insbesondere die sozialen Desintegrationsprozesse werden durch eine Politik forciert, die Regulations- und Interventionsfunktionen des Staates im Bereich der Sozial- und Beschäftigungspolitik zunehmend zugunsten der Förderung der Angebotsbedingungen des weltmarktorientierten Kapitals verlagert hat. In diesem Wandel staatlicher Politik reflektiert sich zum einen der schleichende Verlust an konjunkturpolitischer Interventionsfähigkeit der Nationalstaaten, der vor allem auf den Bedeutungszuwachs nichtstaatlicher Akteure wie Großbanken und transnationaler Konzerne und die Deregulierung und Expansion der internationalen Finanzmärkte zurückzuführen ist. Zugleich verweist der Abschied von der staatlichen Globalsteuerung mit ihrem Vollbeschäftigungsziel auf eine neoliberale Modernisierungspolitik, die die Zwänge der Triade-Konkurrenz und die Stärkung des "Wirtschaftsstandortes Deutschland" in eine nationale Politik des marktradikalen Umbaus von Sozialstaat und Gesellschaft übersetzt. Deregulierung, Flexibilisierung und Privatisierung bilden dabei die konzeptionellen Eckpunkte einer Strategie, die über den Abbau sozialstaatlicher Leistungen, die Einkommensumverteilung zu Lasten der Arbeits- und Sozialeinkommen, die Lockerung tarif- und arbeitsrechtlicher Schutzstandards sowie über Angriffe auf die Tarifautonomie zu einer Modernisierung und Stärkung des Wirtschaftsstandortes gelangen will (Schmittthener, 1992). Gegenüber den Gewerkschaften ist diese Strategie durchaus flexibel. Sie setzt auf politische Schwächung der betrieblichen und gesellschaftlichen Interessenvertretung der Lohnabhängigen, wo diese auf gewerkschaftliche Gegenwehr oder die Durchsetzung alternativer Reformkonzepte dringen. Sie setzt auf Kooperationsangebote, wo die Gewerkschaften zur Unterordnung unter den "Sachzwang" Weltmarkt und zur Mitarbeit am Umbau der Arbeits- und Sozialverfassung unter Absenkung des sozialen Reproduktionsniveaus der Lohnabhängigen bereit sind.

3. Gewerkschaften als Protagonisten der Modernisierung?

Die Gewerkschaften sehen sich in dieser Situation mit der Anforderung konfrontiert, ihre Rolle als sozialer und politischer Akteur im Transformationsprozeß des fordistischen Kapitalismus zu bestimmen. Offensichtlich ist, daß ein strukturkonservativer Traditionalismus, der sich ausschließlich auf die Verteidigung vorhandener Wirtschaftsstrukturen, sozialer Besitzstände und gewerkschaftlicher Einflußmöglichkeiten beschränkt, die aktuelle Defensivsituation der Gewerkschaften verfestigen würde. Krise und Reformbedarf des alten Entwicklungsmodells sind real, ein Festhalten an ihm wäre nur um den Preis einer schrittweisen Erosion gewerkschaftlicher Interessenvertretungskompetenz zu haben.

In der politischen und sozialwissenschaftlichen Diskussion wird den Gewerkschaften in diesem Zusammenhang vielfach eine strategische Orientierung anheim gestellt, die die Gewerkschaften als eigentlichen Protagonisten der Erneuerung betrieblicher und industrieller Strukturen sieht. Dies erfordert gewerkschaftliche Initiativen für oder zumindest die Bereitschaft zur engagierten Mitarbeit in *Modernisierungs-Pakten* in Betrieb, Gesellschaft und auf europäischer Ebene, in denen die Anpassung des deutschen Produktionsmodells an die Erfordernisse der Weltmarkt Konkurrenz vollzogen werden soll (z. B. Müller-Jentsch 1989, Kern 1994). Erneuerung des Produktionsmodells und damit Stärkung der deutschen Wirtschaft auf den internationalen Zukunftsmärkten wird zur unverzichtbaren Hauptaufgabe gewerkschaftlicher Politik, deren Gelingen über die zukünftigen Durchsetzungsbedingungen gewerkschaftlicher Interessenvertretung mit entscheidet. Dieser Ansatz, in dem die Gewerkschaften von zukunftsunfähigen Dinosauriern des Industriezeitalters zu innovativen "Managern des industriellen Systems" mutieren, scheint insbesondere deshalb eine erfolgversprechende Perspektive zu eröffnen, weil er "in einer Politik der intelligenten Regulierung die Chance bietet, Basisinteressen der Organisation, Reproduktionsinteressen der Mitglieder und historische Notwendigkeiten zu bündeln" (Kern 1994, S. 58). Notwendigkeiten und Erfolgsaussichten dieser Strategieoption werden dabei aus einer spezifischen Interpretation des Strukturwandels abgeleitet, die in den Gewerkschaften zunehmend an Ausstrahlungskraft gewinnt:

Der objektive Druck zur Überwindung traditioneller tayloristischer Formen der Arbeitskraftverwertung und zur Aufwertung menschlicher Motivation, Qualifikation und Kompetenzen im Produktions- und Arbeitsprozeß eröffnet völlig neue Möglichkeiten zur Humanisierung der Arbeitswelt. Wo aber die Erschließung neuer Produktivitäts- und Innovationspotentiale nicht mehr mit den arbeitsinhaltenen, partizipativen und kommunikativen Interessen der Lohnabhängigen kollidiert, sondern auf diese angewiesen ist, müssen gewerkschaftliche Humanisierungs- und Demokratisierungskonzepte nicht mehr gegen die privatwirtschaftliche Rationalität durchgesetzt werden. Das "Versprechen von lean-production" besteht insbesondere

darin, daß sich Produktivitätsfortschritte und Kostenvorteile eben nicht über eine intensivere, sondern eine effektivere Nutzung der Arbeitsressourcen erschließen lassen, die nicht mehr auf die Knochen der Beschäftigten geht, sondern die Mobilisierung produktiver menschlicher Fähigkeiten beinhaltet (Schumann u.a. 1992). Die Eigenlogik der betrieblichen Modernisierung erzwingt demnach eine *tendenzielle Versöhnung zwischen arbeitskraftbezogenen Reproduktions- und betriebswirtschaftlichen Profitinteressen*.

Einschätzungen dieser Art müssen nicht zwangsläufig mit der Vorstellung einhergehen, nach der sich betriebliche Produktions- und Arbeitsorganisationskonzepte und Marktstrategien nicht mehr an einzelwirtschaftlichen Profitinteressen ausrichten. Wohl aber berufen sie sich - teils explizit, teils implizit - auf eine diagnostizierte Entwicklungstendenz, in der "die Unternehmen auch gegen ihre Intention von den von ihnen weder komplett beherrschbaren noch manipulierbaren Entwicklungen zur gesellschaftlichen Modernisierung dazu gezwungen werden, den Bedürfnissen der Beschäftigten mehr Aufmerksamkeit zu widmen und mehr Raum zuzugestehen" (Baethge 1991, S. 18). Etwas überspitzt formuliert: Letztlich wird sich der Zwang zur Modernisierung als Zwang zur Humanisierung durchsetzen, kapitalistische Produktionsverhältnisse hin oder her. Eine Sicht der Dinge, die durchaus Züge eines neuen modernisierungstheoretisch begründeten Humanisierungs-Determinismus aufweist.

In dem Maße, in dem sich Kapital und Arbeit erfolgreich auf diesen modernisierungsbedingten Zwang zur Humanisierung der Arbeitswelt beziehen, eröffnen sich von traditionellen Konfliktlagen befreite Chancen zur Erneuerung des Produktionsmodells, die in Wettbewerbsvorteile auf den Weltmärkten umgesetzt werden können. Dadurch sind Umsatzsteigerungen und Extragewinne insbesondere in den exportorientierten Branchen zu erwarten, die ihrerseits *neue betriebliche und gesellschaftliche Verteilungsspielräume* eröffnen. Durch neue betriebliche Entlohnungsmodelle oder in laufenden Tarifrunden könnte dann eine je nach Wettbewerbsbedingungen zu bemessende Partizipation der Lohnabhängigen an diesen Konkurrenzvorteilen realisiert werden. Dies verbessert die Handlungsbedingungen betrieblicher und tariflicher Interessenvertretung und stärkt Ansehen und Zustimmung unter den Lohnabhängigen gegenüber den Gewerkschaften.

Zugleich impliziert die innere Logik dieser Strategievariante einen *Bedeutungsverlust gewerkschaftlicher Konflikt- und eine Aufwertung gewerkschaftlicher Kooperationsfähigkeit*. Während sich die traditionellen Verteilungskämpfe im Medium klar strukturierter Interessengegensätze zwischen Kapital und Arbeit vollzogen, kann sich der gewerkschaftliche Beitrag zur Erneuerung des Produktionsmodells auf ein gemeinsames Modernisierungsinteresse stützen und birgt insofern eine geringere Konfliktintensität in sich. Entschieden über Verteilungskämpfe die Mobilisierung von Machtre-

ssourcen, so ist in gemeinsamen Gestaltungsinitiativen, die sich als kollektive Such- und Lernprozesse der beteiligten Akteure vollziehen, die Mobilisierung von Thematisierungs- und Sachkompetenz ausschlaggebend (Kern 1994, S. 5ff.). Mehr noch: Obwohl die Sicherung eines gewissen Kontroll- und Sanktionspotentials für die Gewerkschaften nicht gänzlich überflüssig wird, birgt sie jedoch die Gefahr in sich, die Erfolgchancen der intelligenten Regulierung zu beeinträchtigen, in dem sie die für gemeinsame innovative Lösungen notwendige Verhandlungsatmosphäre stört. Insofern bleiben die Gewerkschaften im betrieblichen und industriepolitischen Modernisierungsprozeß zwar "Träger potentiellen Zwangs, doch darf dieser nichts anderes sein, als ein Moment kooperativer Lernschleifen" (ebd., S. 57). Konfliktorientierte Gegenmacht- und Durchsetzungsfähigkeit wird zur gewerkschaftspolitischen Restgröße, die ihre Berechtigung allenfalls noch im nachfolgenden Konflikt um die betriebliche und gesellschaftliche Verteilung der gemeinsam durchgesetzten Modernisierungsgewinne behaupten kann.

4. Modernisierungspragmatismus als Sackgasse

Daß Prämissen und Schlußfolgerungen solcher Positionen innerhalb der Gewerkschaften auf hohe Akzeptanz stoßen, ist zunächst verständlich. Die Thematisierung qualitativer und subjektiver Voraussetzungen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse im Rahmen einer qualitativen und integrierten Standortanalyse eröffnet die Möglichkeit, die Fokussierung auf vermeintlich zu hohe (Arbeits-)Kosten als angeblich zentrales Handikap des Wirtschaftsstandortes in der offiziellen "Standortdebatte" - zumindest in der öffentlichen Auseinandersetzung - zurückzuweisen. Zweifelsohne existieren auch betriebliche Beispiele gewerkschaftlicher Gestaltungserfolge, in denen neue arbeitsorganisatorische Konzepte durchgesetzt wurden, die bei den Beschäftigten auf hohe Akzeptanz stoßen. Und was wäre in der aktuellen Situation lukrativer als eine interesse neutrale Modernisierungsdynamik, in der sich das Problem krisenbedingter Erosion gewerkschaftlicher Mobilisierungs- und Durchsetzungsfähigkeit letztlich dadurch entschärft, daß zukünftige gewerkschaftliche Gestaltungserfolge erst gar nicht mehr auf die Mobilisierung von Marktresourcen angewiesen, sondern über konfliktarme und konsensuale Kooperationen zwischen Arbeit, Kapital und Staat zu realisieren sind. Gleichwohl, gerade die Gewerkschaften sollten sich vor der Gefahr hüten, die enormen sozialen und politischen Risikopotentiale der weltmarktfixierten Modernisierung aus dem Auge zu verlieren und voreilig auf die vermeintliche Auflösung antagonistischer Interessenstrukturen im postfordistischen Kapitalismus zu setzen.

Dem oftmals geradezu euphorischen Gestaltungsoptimismus gerät leicht aus dem Blick, daß der Toyotismus in seiner Grundorientierung *keine Humanisierungs-, sondern eine Rationalisierungsstrategie* darstellt (Lang

1992; Lang/Ohl 1993). Die bisherigen Erfahrungen sowie eine Vielzahl sozialwissenschaftlicher Studien (als aktuelle Überblickdarstellung vgl. Marstedt 1994) belegen, daß die Umsetzung schlanker Produktionskonzepte mit einer umfassenden Gefährdung der Reproduktionsinteressen der Beschäftigten und des Status der betrieblichen Interessenvertretung einhergeht. Die Aufwertung menschlicher Arbeitskraft im Arbeits- und Produktionsprozeß stellt nicht das *Ziel* von lean-production dar, sondern wird als neu entdecktes *Mittel* zur Kostenreduzierung, Produktivitätssteigerung und Anpassung an geänderte Wettbewerbsbedingungen seitens der Unternehmen in der Regel lediglich in dem Maße angeboten, in dem seine Vernachlässigung als Schranke maximaler Kapitalverwertung wirken würde.

Der betriebliche "Tausch" Produktivitätssteigerung gegen Humanisierung verlangt den Beschäftigten oftmals einen hohen Preis ab. Vielfach ist die betriebliche Interessenvertretung nicht in der Lage, die drohenden Gefahren umfassender Arbeitsintensivierung, erhöhter Konkurrenz innerhalb und zwischen den Arbeitsteams sowie betrieblicher Ausgrenzung leistungsschwächerer und diskriminierter Beschäftigtengruppen in ausreichendem Umfange abzufangen. Insbesondere die KVP-Prozesse führen zu enormen Problemen bei der betrieblichen Lohn-Leistungs-Regulation. Im Zuge produktivitätsfördernder Entlohnungssysteme (z.B. Buhr 1994) erleben humanisierungspolitisch äußerst fragwürdige Lohnanreizprinzipien eine Renaissance, die jenen leistungspolitischen Reformvorstellungen der Gewerkschaften, die auf die Überwindung des Lohnanreizes zugunsten eines kollektiv vereinbarten Leistungskompromisses abzielten, diametral entgegenstehen.

Hinzu kommt, daß die potentiellen Vorteile toyotistischer Arbeitsorganisation wie reintegrierte Arbeitsaufgaben, stärkere Einflußnahmemöglichkeiten auf Arbeits- und Ablauforganisation, attraktive Qualifikationsangebote usw. oftmals nicht allen Beschäftigten zugute kommen. Ihre "höchst selektive Gültigkeit" (Moldaschl 1992) führt vielfach insbesondere im Bereich von Frauenarbeitsplätzen zu einer Zementierung diskriminierender Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen. Und letztlich liegt auf der Hand, daß die tiefgreifende Segmentierung der Belegschaften und die Herausbildung selektiver korporatistischer Modernisierungsbündnisse in Betrieben und Branchen enorme Probleme für eine solidarische Interessenvertretung mit sich bringen.

Natürlich sprechen die hier genannten Probleme nicht gegen ein offensives Ausloten und Wahrnehmen vorhandener Gestaltungsmöglichkeiten; aber es ist eben kein Zufall, daß die betriebs- und tarifpolitischen Humanisierungs- und Demokratisierungsinitiativen, wie sie z. B. von der IG Metall mit ihrem Konzept der "Tarifreform 2000" vorgelegt worden sind, gerade von den modernen Managementfraktionen mit äußerster Polemik zurückgewiesen werden. Die Hoffnung auf eine konfliktarme und konsensuale Gestaltung in den Betrieben erweist sich oftmals in dem Maße als Illusion,

in dem die Interessenvertretung auf verbindlichen und einklagbaren Regelungen beharrt (Huber/Lang 1993, S. 796).

Das Hauptproblem schlanker Produktionskonzepte besteht jedoch in dem *enormen Arbeitsplatzabbau* als Kehrseite der "Quantensprünge in der Produktivitätsentwicklung". Schlanke Produktion bedeutet nicht zuletzt kostengünstigere Produktion durch Einsparung von Arbeitskosten. Dabei beschränkt sich der Arbeitsplatzabbau längst nicht mehr auf die Sektoren geringer qualifizierter Arbeit, sondern hat auch hochqualifizierte Facharbeitergruppen sowie die Bereiche technischer und kaufmännischer Angestelltenarbeit erreicht. Das Hochschnellen der Arbeitslosenquoten unter hochqualifizierten Angestellten signalisiert eine Reaktualisierung klassischer Lohnarbeiterrisiken im Segment der "modernen Arbeitnehmer" (Kern). Während die stärker technikorientierten Rationalisierungskonzepte zu einer betrieblichen Privilegienstruktur entlang der Qualifikation tendierten, wächst das Arbeitsplatzrisiko im Zuge von *lean-production* mit der Entfernung vom unmittelbaren Fertigungsprozeß.

Auf gesellschaftlicher Ebene befördert diese Entwicklung *strukturelle Arbeitslosigkeit sowie soziale Spaltungs- und Maginalisierungsprozesse*, die ihrerseits die Durchsetzung betrieblicher Rationalisierungskonzepte stützen. Empirische Befunde zeigen, daß das gesellschaftliche Umfeld schlanker Produktionsstätten durch eine tiefe und starre Segmentierung der Arbeitsmärkte und innerhalb der sozialen Sicherungssysteme geprägt ist. In Japan steht einer privilegierten Minderheit aus den erfolgreichen Großbetrieben von "maximal 30 %, mit abnehmender Tendenz" (Seelieb/Kaiser 1994, S. 51) eine Mehrzahl von Beschäftigten in mittelständischen und kleineren Betrieben mit atypischen, ausgesprochen unzulänglich geschützten Beschäftigungsverhältnissen gegenüber (Kezuka 1993). Auch im Umfeld der europäischen Transplants japanischer Konzerne lassen sich vielfach hohe regionale Arbeitslosigkeit, eine personelle Rekrutierungspolitik nach dem Prinzip der Bestenselektion und schwache Gewerkschaften als günstige Rahmenbedingungen dafür ausmachen, "daß die Unternehmen die Belegschaften mit Arbeitsplatzgarantien und guten Löhnen auf die hohen Leistungsanforderungen von *lean-production* verpflichten konnten" (Schumann u.a. 1992, S. 27). Ähnliches zeichnet sich in den USA ab, in denen die Übernahme der postfordistischen Modernisierungsprinzipien besonders weit vorangeschritten ist. Im Zuge der in Gang gekommenen Konjunktur werden die Konturen eines Prosperitätstyps deutlich, der Wirtschaftswachstum und gestärkte Konkurrenzfähigkeit der US-amerikanischen Konzerne auf dem Weltmarkt mit einem rapiden Anstieg ungeschützter Beschäftigungsverhältnisse, zunehmender "Armut in der Arbeit", enormer sozialer Polarisierung und dem Zerfall gesellschaftlicher Strukturen (staatlicher Infrastruktur, Bildungswesen, Gesundheitswesen usw.) verbindet (vgl. Tenbrock 1994).

Hinzu kommt ein weiterer Aspekt, der auch in der gewerkschaftlichen Diskussion reichlich unterbelichtet ist. Im Kern zielt die weltmarktorientierte Modernisierungsoffensive der politischen Standort-Koalitionen in der Triade darauf ab, den exportorientierten Kapitalen möglichst günstige nationale Ausgangsbedingungen für eine Verbesserung ihrer Wettbewerbsposition auf den Weltmärkten zu sichern. Für die Einzelbetriebe bedeutet dies im Erfolgsfall vor allem das Eindringen auf Märkte der Konkurrenten sowie die Verteidigung und Erweiterung der eigenen Position auf bereits erschlossenen Märkten. Der ökonomische Nutzen für die Betriebe liegt vor allem darin, auf diesen Märkten zusätzliche Nachfrage zu mobilisieren, mit der die Nachfragedefizite im Binnenmarkt, die ihrerseits Folge von Einkommens- und Sozialabbau sind, ausgeglichen werden können. Gesamtwirtschaftlich gesehen führt diese Strategie mit zunehmendem Erfolg zu anhaltend hohen und steigenden Export- bzw. Leistungsbilanzüberschüssen des wettbewerbsstärksten Standortes. Da jedoch eine solche Exportorientierung in nahezu allen hochentwickelten kapitalistischen Ländern dominiert, sind Konfliktpotentiale im internationalen System vorprogrammiert: "Da Leistungsbilanzüberschüssen der einen Länder gleich hohe Leistungsbilanzdefizite anderer Ländern gegenüberstehen müssen und jedes Land wegen der damit verbundenen Verschuldung bzw. Vermögensübertragungen letztere zu vermeiden versucht, handelt es sich um eine international inkonsistente Strategie" (Memorandum 1994, S. 130). In dem Maße aber, in dem sich die Regierungen zu Agenturen zur Stärkung der Konkurrenzfähigkeit ihrer nationalen Unternehmen entwickeln, müssen national vorhandene Ressourcen auf exportorientierte Wirtschaftsstrategien konzentriert werden. "Die Mittel, die dazu erforderlich sind, können nicht mehr zur Verbesserung der Lebensbedingungen und der binnenwirtschaftlichen Strukturen, zur sozialen Sicherung und zum ökologischen Umbau eingesetzt werden." (Ebd., S. 131) Die Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit wird so zum *Selbstzweck*, der wirtschaftliche Ungleichgewichte und damit die Gefahr politischer Spannungen im internationalen System befördert. Der Beitrag zur nationalen wie internationalen Lösung sozialer und ökologischer Probleme wird hingegen immer unsicherer. Eine gewerkschaftliche Modernisierungspolitik, die sich ausschließlich auf einen Beitrag zur Modernisierung des nationalen Produktionsmodells mit dem Ziel der Verbesserung der internationalen Konkurrenzfähigkeit beschränkt, muß sich sehr schnell in diesen Fallstricken der nationalen Standortpolitiken verheddern. Die Hoffnung, in diesem "Wettlauf der Besessenen" (Krugman 1994) vorne mit dabei zu sein und die sozialen und ökologischen Kosten dieser Strategie von anderen Ländern zahlen zu lassen, reduziert den gewerkschaftlichen Gestaltungsanspruch auf ein eher klägliches Ausmaß.

5. Gewerkschaftliche Reformpolitik für ein anderes Entwicklungsmodell

Diese Befunde sollten nicht leichtfertig übergangen werden. Insbesondere das Nebeneinander weltmarktfixierter Modernisierungserfolge und gesellschaftlicher Polarisierungs- und Desintegrationsprozesse ist kein Zufall. Vielmehr verweist es auf den zentralen Widerspruch dieses Politiktyps, der namentlich darin besteht, daß die nationalstaatliche Umsetzung der Imperative der Weltmarktkonkurrenz durch angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, Deregulierung und Sozialabbau sozialen Konflikten und gesellschaftlichen Spaltungsprozessen nicht entgegenwirkt, sondern diese befördert und verfestigt.

Für die Gewerkschaften entsteht daraus ein Dilemma, das die ganze Brisanz ihrer aktuellen Situation deutlich werden läßt: Einerseits können sie sich dem Modernisierungsdruck nicht einfach verweigern. Folgen sie aber der Empfehlung, sich als Protagonisten einer Modernisierung nach den Spielregeln der Weltmarktkonkurrenz zu profilieren, dann vermögen sie zwar (vielleicht) betriebliche Gestaltungserfolge zu erzielen und einen Beitrag zur Wettbewerbsstärkung der exportorientierten Branchen zu leisten; zugleich wirken sie jedoch an der Entstehung und Verfestigung struktureller Massenarbeitslosigkeit, sozialer Segmentierung und internationaler Polarisierung mit und stützen damit gerade jene Entwicklungen, die ihre Schutz- und Gestaltungskompetenz untergraben (Deppe 1993).

Über die Betriebs- und Tarifpolitik alleine wird es aus diesem Dilemma keinen Ausweg geben, genausowenig wie über einen Verzicht auf gewerkschaftliche Gestaltungsziele und einen Rückzug auf reine Schutzpolitik. Gefordert ist vielmehr eine *Erweiterung des gewerkschaftlichen Gestaltungsanspruchs*, der mittels gesellschaftspolitischer Interventionen dem Modernisierungsprozeß eine andere Richtung gibt und ihn in ein alternatives gesellschaftliches Entwicklungsmodell überführt. Dabei ist es freilich mit der pragmatischen Formel "lean-production plus Industriepolitik" nicht getan. Die heutigen sozialen und politischen Kosten der Modernisierung werden sich nur durch eine sicherlich intelligente, vor allem aber interventionistische politische Regulierung vermeiden lassen, deren Richtung und Reichweite letztlich auf ein anderes als das ausschließlich weltmarktfixierte Modernisierungsmodell hindeuten. Im Kern geht es um eine Rückgewinnung des Primates von (Reform-)Politik gegenüber den Imperativen der (Weltmarkt-)Ökonomie und damit um die Rückstufung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit vom Selbstzweck in den Rang eines - sicherlich wichtigen - Mittels zur Bewältigung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Probleme.

Erfolge bei diesem Versuch, mittels gesellschaftspolitischer Interventionen eine Umleitung des Modernisierungsprozesses hin zu einer sozial-ökologischen Entwicklungsvariante durchzusetzen, werden nur auf der Grundlage

politischer Mobilisierung zu haben sein. Der Übergang zum post-fordistischen Kapitalismusmodell ist ein in höchstem Maße politisch umkämpfter und konfliktgeladener Prozeß. Die Herausbildung eines neuen Akkumulations- und Regulierungsmodells ist mit der Herausbildung eines neuen Systems gesellschaftlicher Sozial-, Hegemonie- und Privilegienstrukturen innerhalb des Kapitalismus verbunden. Zweifelsohne ist dabei für die Gewerkschaften die Erarbeitung inhaltliche Gestaltungskonzepte für zentrale Politikfelder unverzichtbar. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gleichwohl deutlich werden lassen, daß das zentrale Defizit gewerkschaftlicher Politik weniger im Bereich fachlicher Thematisierungskompetenz, als vielmehr auf dem Feld politischer Durchsetzungskompetenz zu suchen ist. Es existieren durchaus gewerkschaftliche Gestaltungskonzepte für die Neuorganisation von Erwerbsarbeit, die Modernisierung von Wirtschaftsstrukturen im Westen, den Aufbau wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstrukturen im Osten sowie die reformorientierte Weiterentwicklung des Sozialstaates insgesamt, wie unzulänglich und diskussionsbedürftig sie auch immer sein mögen. Das Problem bestand jedoch darin, daß sie - mit wenigen Ausnahmen - in den seltensten Fällen dem notwendigen "Praxis-Test" unterzogen werden konnte, da ihre Verwirklichung zumeist an dem erbitterten Widerstand von Kapitalverbänden und konservativ-liberaler Bundesregierung scheiterte. Bisher jedenfalls gestaltete sich der Strukturwandel weniger als "machtneutraler kollektiver Lernprozeß in Diskursform", denn als politischer Konflikt um die Durchsetzung unterschiedlicher wirtschaftlicher und politischer Interessen. Unter solchen Bedingungen käme jedoch der *gewerkschaftspolitische Verzicht auf die Reorganisation von Mobilisierungs- und Durchsetzungskraft einer politischen Selbstentwaffnung gleich*. Die Folge wäre, daß selbst die Wahrnehmung der oft gescholtenen gewerkschaftlichen Schutzfunktion kaum noch zu gewährleisten wäre; von Erfolgen in zumeist noch konfliktintensiveren Gestaltungskämpfen ganz zu schweigen. Für die gewerkschaftliche Modernisierungsdebatte ergibt sich daraus, daß Schutz-, Gestaltungs- und Durchsetzungskompetenz als gleichwertige unverzichtbare Voraussetzungen begriffen werden müssen, um das Abrutschen der Interessenrepräsentanz der Lohnabhängigen in einen subalternen Status verhindern und die Gewerkschaften auch im postfordistischen Gesellschaftsmodell als strukturbildende Kraft etablieren zu können.

5.1. Betriebs- und Tarifpolitik

Die betrieblichen Erfahrungen zeigen, daß mit den Veränderungen im gesellschaftlichen Produktionsprozeß sich zwar einerseits neue Chancen für gewerkschaftliche Gestaltungspolitik eröffnen, daß zugleich aber gewerkschaftliche Errungenschaften in der Gestaltung der Arbeitsbedingungen - von der Erholpause bis zu mehr freier Zeit durch Arbeitszeitverkürzung - massiv bedroht werden. Der Gestaltungsspielraum, der sich aus dem

Widerspruch zwischen der Aufwertung der Arbeit und ihrer kapitalistischen Vernutzung ergibt, wird oft stark überschätzt. Die prinzipielle Unterwerfung der Produktions- und Leistungsprozesse unter das Erfordernis der Kapitalverwertung stellt die strukturelle Schranke betrieblicher wie tariflicher gewerkschaftlicher Gestaltungspolitik dar.

Dies festzustellen, bedeutet nun keineswegs den Verzicht auf gestaltende Politik. So hat etwa die IG Metall mit "Tarifreform 2000" einen Gestaltungsrahmen für die Industriearbeit der Zukunft vorgelegt. Er beinhaltet Reformvorschläge, die die betriebliche Eingruppierung, Entgelt differenzierung und Qualifikationspolitik, die Neugestaltung tariflicher Leistungs- und Arbeitsorganisation sowie die Demokratisierung des Arbeitsprozesses durch die Ausweitung von Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechten betreffen (Huber/Lang 1993). In der aktuellen Situation stellen Fragen der Arbeitsorganisation und der betrieblichen Leistungs- und Arbeitspolitik einen *an Bedeutung gewinnenden Konfliktbereich* dar. Vieles spricht dafür, daß das Problem eines adäquaten gewerkschaftspolitischen Umgangs mit den enormen Produktivitätssprüngen im Zuge der Verschlankung industrieller Produktion erheblich an Brisanz gewinnen wird. Dabei wird der tarifliche Rahmen für betriebliche Leistungs- und Arbeits- und Betriebsorganisation entscheidend mitprägen. "Er wird mit darüber entscheiden, ob betriebliche Leistungs- und Arbeitspolitik in Zukunft unter dem Primat innerbetrieblicher Konkurrenz zwischen einzelnen Arbeitnehmern, Gruppen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und verschiedenen Standorten innerhalb eines Unternehmens oder Konzerns steht, oder ob Leistungsstandards unter Beteiligung der Betroffenen in paritätischen Kommissionen - wobei die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates gewahrt bleiben - nach dem Gesichtspunkt humaner Gestaltung der Arbeitsbedingungen sowie Zumutbarkeit und Gesundheitsschutz für die Betroffenen ausgehandelt und vereinbart werden" (Huber/Lang 1993, S. 794).

5.2. Beschäftigungspolitik

Eine Art Schnittstelle zwischen gewerkschaftlicher Betriebs- und Gesellschaftspolitik stellt dabei die Beschäftigungspolitik dar. Hier sind gerade auf betrieblicher Ebene mit der Politik des Beschäftigungsplans, dann der Beschäftigungsgesellschaften und auf tariflicher Ebene mit der Arbeitszeitverkürzung sehr konkrete gewerkschaftliche Ansätze von erheblicher praktischer Bedeutung entwickelt worden. Ohne die erreichte Arbeitszeitverkürzung wäre die Beschäftigungslage noch katastrophaler, und ohne die Beschäftigungsgesellschaften im Osten wären dort Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit noch stärker ausgeprägt. Beide Ansätze stoßen jedoch sehr schnell an Grenzen.

Die *Beschäftigungsgesellschaft* ist nur dann eine Perspektive, wenn arbeitslos gewordene Menschen nicht nur vorübergehend qualifiziert und be-

schäftigt werden, sondern sich daran eine stabile wirtschaftliche Tätigkeit mit Beschäftigung anschließt. Da ein sich selbst tragender Aufschwung verbunden mit massiver Schaffung von Arbeitsplätzen ausgeschlossen werden muß, kann die notwendige Beschäftigungsperspektive nur über staatliche Strukturpolitik eröffnet werden. Da die notwendige Nachfrage nach Arbeit nicht einmal in wirtschaftlichen Aufschwungsphasen geschaffen wird, bedarf es öffentlicher Programme. Ansatzpunkte dazu bieten die Modernisierungserfordernisse der kapitalistischen Wirtschaft selbst - sei dies im Bereich der Forschung und Entwicklung oder aber in der Schaffung von Infrastruktur (Verkehr, Kommunikation etc.). Dies wird jedoch nicht ausreichen. Notwendig ist vielmehr, daß die gesellschaftlichen Bedürfnisse - lebenswerte Umwelt ebenso wie Kultur und die Versorgung aller mit grundlegenden Gütern - zu Feldern von Produktion, Investition und Beschäftigung werden. Dies wird jedoch nur möglich sein, *wenn gesellschaftliche Erfordernisse Vorrang vor einzelwirtschaftlichem Profitstreben erhalten*, damit also ein gesellschaftlicher Rahmen für unternehmerische Tätigkeit geschaffen wird. Industrie- und Strukturpolitik sind daher mehr als bloße Modernisierung kapitalistischen Wirtschaftens. Eine solche Logik kann freilich nicht verordnet werden, sondern muß Ergebnis demokratischer politischer Auseinandersetzung sein.

Auch die *Arbeitszeitverkürzung* drängt zu dieser gesellschaftlich bestimmten Entwicklungslogik, wenn sie der gewerkschaftlichen Zielsetzung der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen dienen und zu mehr freier Zeit für die Beschäftigten führen soll. Arbeitszeitverkürzung mag zwar durchaus auch im unternehmerischen Interesse liegen (Beispiel VW), doch ist eine umfassende Arbeitszeitverkürzung letztlich nicht mit der unternehmerischen Politik der Kostensenkung vereinbar, es sei denn, die Arbeitszeiten werden außerordentlich flexibilisiert und die Einkommen der Beschäftigten erheblich reduziert; mit der Konsequenz jedoch, daß die gewerkschaftlichen Zielsetzungen selbst konterkariert werden. Arbeitszeitverkürzung ist wesentlich gesellschaftlich zu begründen - insbesondere dann, wenn sie mit Lohnausgleich verknüpft wird, was zumindest für die unteren Einkommensgruppen unabdingbar ist. Arbeitszeitverkürzung steht für eine *gesellschaftliche Wiederaneignung der hohen Arbeitsproduktivität*, die somit eben der Gesellschaft insgesamt in Form von mehr Beschäftigung, mehr freier Zeit und dadurch auch größeren individuellen Entwicklungsmöglichkeiten zugute kommt.

5.3. Sozialpolitik

Neben der Beschäftigungspolitik ist es vor allem die Sozialpolitik, die ins Zentrum gewerkschaftlicher Reformpolitik gerückt werden muß. Hier ist die Situation besonders schwierig, da sich die materiellen Grundlagen, auf denen der Sozialstaat entwickelt worden ist, grundlegend verändert haben,

und der sozialpolitische Handlungsbedarf angesichts der aktuellen Entwicklungen (besonders der industrielle Niedergang im Osten sowie die Massenarbeitslosigkeit allgemein) stark angestiegen ist, durch die gleiche Entwicklung sich die finanziellen Spielräume aber erheblich reduziert haben. Von Kapital- und konservativer bzw. (neo)liberaler Politikseite wird diese Situation zu nutzen versucht, um einen *grundlegenden Umbau des Sozialstaates* vorzunehmen. Die Finanzierung der Pflegeversicherung ausschließlich zu Lasten der abhängig Beschäftigten bedeutet den Einstieg in den Ausstieg aus der paritätisch finanzierten Sozialversicherung und besitzt damit vor allem ordnungspolitische Bedeutung, mit der Gefahr zum Berufungsfall für weitere Privatisierungsschritte in anderen Bereichen der Sozialversicherung zu werden.

Der Politik des (neo)liberalen Umbaus des Sozialstaats kann man nicht durch Anpassung begegnen (Schmitthener/Urban 1993). Dazu bedarf es vielmehr eines offensiven, wesentlich gesellschaftlich begründeten Konzeptes von Sozialpolitik, zu dessen Finanzierung auch die Unternehmen selbst beitragen müssen, wobei insbesondere auf die nicht produktiv genutzten Geldvermögen zurückgegriffen werden muß. Gerade in der Sozialpolitik müssen die Gewerkschaften neben der Verteilung zwischen den unterschiedlichen Einkommensgruppen unter den Lohnabhängigen verstärkt den Verteilungskonflikt zwischen Kapital und Arbeit thematisieren.

Beschäftigungs- wie Sozialpolitik als herausragende Felder gewerkschaftlicher Reformpolitik verweisen auf eine gesellschaftliche Entwicklungsperspektive, bei der gesellschaftliche Bedürfnisse Vorrang vor der Verwertungslogik des einzelnen Kapitals haben. So sehr gerade auch die Entwicklung moderner kapitalistischer Gesellschaften immer wieder reformpolitischer Impulse und Gestaltung bedarf, so gerät doch Reformpolitik zugleich auch immer wieder in Konflikt mit eben den Entwicklungsbedingungen kapitalistischer Gesellschaft und weist somit über sie hinaus.

Für Gewerkschaften bedeutet dies konsequenterweise, daß sie bei aller notwendigen Schutz- und Gestaltungspolitik im Rahmen gegebener wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strukturen immer Gegenmacht sein müssen. Das "CoManagement" ist weder auf der betrieblichen noch auf der Ebene von Industrie- und Gesellschaftspolitik eine tragfähige Perspektive.

Die Tatsache, daß mit der Internationalisierung der Wirtschaft, gewerkschaftlichen struktur- und beschäftigungspolitischen Initiativen ebenso wie auch bei der Sozialpolitik Grenzen gesetzt werden, steht dieser skizzierten gewerkschaftspolitischen Konzeption nicht entgegen, macht jedoch deutlich, daß allein auf nationaler Ebene gewerkschaftliche Reformpolitik immer weniger machbar ist. Gerade die Entwicklung des europäischen Einigungsprozesses zeigt aber, daß die durchaus vorhandenen Chancen stärkerer Reformpolitik etwa im Bereich der europäischen Regionalpolitik auch deshalb nicht wahrgenommen wurde, weil sich die Gewerkschaften auf dieser Ebene eben nicht als gesellschaftliche Gegenmacht profilierten und

damit die Gestaltung von Europa wesentlich dem Kapital und der vorherrschenden (neo)liberalen Politik überließen. Neue Aktivitäten für eine Durchsetzung sozialer Grundrechte und Mindestnormen in der EU, aber auch im GATT bzw. der WTO, signalisieren eine gestiegene Sensibilität auf gewerkschaftlicher Seite hinsichtlich dieses Defizits.

5.4. Organisationsreform

Die Erneuerung gewerkschaftlicher Organisationsstrukturen und Politikformen stellt eines der zentralen Felder gewerkschaftlicher Modernisierung dar. Die gegenwärtigen Anstrengungen um eine Organisationsreform der Gewerkschaften und die Debatte darüber dürfen nicht losgelöst von der politischen Diskussion um Aufgaben und Selbstverständnis der Gewerkschaften betrachtet werden. Ein von politischen Inhalten abgekoppelter Prozeß der Organisationsreform würde sein Ziel ebenso verfehlen, wie eine Veränderung gewerkschaftlicher Organisationsstrukturen, die fast oder ausschließlich als Reaktion stark verringerter finanzieller Ressourcen vorgenommen wird. Betrachtet man jedoch die Organisationsreform des DGB, wie sie derzeit im Gange ist, so scheint gerade letzterer Gesichtspunkt die Oberhand zu gewinnen. Gegenwärtig werden DGB-Kreise aus reinen Kostengründen zusammengelegt, ohne daß dabei eine gründliche Diskussion über Arbeitsfähigkeit und Aufgabenerfüllung stattgefunden hätte. Mit einer solchen Vorgehensweise werden nicht nur vorsehnell Strukturen zerschlagen, sondern zugleich auch die notwendige Auseinandersetzung um die gewerkschaftliche Aufgabenbestimmung behindert.

Unbestritten ist, daß es zu einer Veränderung der Gewerkschaftsarbeit und der gewerkschaftlichen Organisationsstrukturen kommen muß und daß die enger gewordenen finanziellen Spielräume diese Veränderungen zusätzlich dringlich machen. Entscheidend ist jedoch, daß dabei die sich gleichzeitig bietende Chance einer grundlegenden Reformdebatte ergriffen wird und dies nicht kurzfristigen Sparüberlegungen zum Opfer fällt. Auch wenn sich die deutschen Gewerkschaften im internationalen Vergleich recht gut behauptet haben, so ist doch nicht zu verkennen, daß sie an gesellschaftlichem Ansehen erheblich verloren haben, und daß es ihnen bislang nicht gelungen ist, in den wesentlichen Zukunftsbereichen der Gesellschaft ausreichend Fuß zu fassen. Symptomatisch dafür ist die *schlechte Organisationsentwicklung bei den Angestellten* bzw. in den hochentwickelten Dienstleistungsbereichen *sowie im Jugendbereich*. Im Zuge der materiellen Veränderungen, wozu die Gewerkschaften selbst erheblich beigetragen haben (verbessertes Einkommensniveau, geringere Arbeitszeiten usw.), aber auch der sozialen und politischen Veränderungen sowie der Pluralisierung der Lebensstile hat die gewerkschaftliche Bindekraft stark abgenommen.

Die Erfahrungen mit der Angestelltenarbeit zeigen, daß es keineswegs ausreichend ist, sich ein moderneres "Outfit" zu geben, sondern daß es dazu der Entwicklung inhaltlich bestimmter Politik bedarf, die die Notwendigkeit kollektiven Zusammenschlusses gerade auch für diese Bereiche deutlich macht - sowohl im Hinblick auf den Betrieb als auch in der Tarifpolitik wie in der Gesellschaftspolitik. Nur wenn für die Betroffenen konkret nachvollziehbar wird, daß der gewerkschaftliche Zusammenschluß auch die Basis für die eigene individuelle Entwicklung ist, werden sich gewerkschaftliche Erfolge einstellen. Es ist inzwischen schon nahezu selbstverständlich, daß es dazu veränderter Arbeitsformen bedarf, die eine Beteiligung der Beschäftigten an der Entwicklung der gewerkschaftspolitischen Politik im Betrieb und vor Ort ermöglichen. Dies gilt keineswegs nur für Angestelltenarbeit, sondern ist allgemeines Erfordernis gewerkschaftlicher Arbeit.

Die veränderten Anforderungen an gewerkschaftliche Arbeit zwingen auch zu einer Veränderung gewerkschaftlicher Organisationsstrukturen. Notwendig sind *demokratische und stärker dezentralisierte Strukturen*, da nur so die Handlungsfähigkeit im Betrieb und vor Ort gewahrt bzw. wiedererlangt werden kann. Der Anspruch, gesellschaftliche Gestaltungskraft zu sein, muß in der praktischen Gewerkschaftspolitik vor Ort wirksam werden.

Die wachsende Bedeutung der Bereiche außerhalb der Arbeit und vor allem die Verknüpfung von Arbeits- und Lebensbereichen machen es notwendig, daß sich die Gewerkschaften um diese Bereiche kümmern. Eine wirksame Interessenvertretung verlangt, daß der Zusammenhang von Arbeit, Wohnen und Leben aktiv aufgegriffen und in der Gewerkschaftsarbeit vor Ort umgesetzt wird. Dies erfordert eine Einmischung in regionale und kommunale Politik etwa im Hinblick auf Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, aber auch auf dem Gebiet der Sozialpolitik, im Bereich Wohnen und in Fragen der Lebensqualität. Gewerkschaften, die ihre wesentliche Verankerung in den Betrieben und Kompetenz vor allem in der Gestaltung der Arbeitsbedingungen haben, müssen zunehmend auch zu kompetenten Ansprechpartnern für die Alltagsprobleme auch außerhalb des Betriebes werden - sicherlich nicht allein, sondern in Verbindung mit anderen Organisationen und Bewegungen, so etwa mit Arbeitslosenhilfeorganisationen, Mietervereinen usw. Hier eröffnet sich auch ein weites Feld für eine Verbesserung gewerkschaftlicher Dienstleistungen; nicht im Sinne eines "Gewerkschafts-ADAC", sondern in der Wahrnehmung der Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten.

Dies wird jedoch nur möglich sein, wenn die Gewerkschaften auch in der Fläche präsent sind und über die entsprechenden personellen und finanziellen Ressourcen verfügen. Dies gilt sowohl für die Einzelgewerkschaften als auch für den DGB. Tatsächlich verläuft aber die gewerkschaftliche Organisationsreform wesentlich in die andere Richtung. Die gewerkschaftlichen Organisationen vor Ort - und dies gilt insbesondere für den DGB -

werden geschwächt. Es steht zu befürchten, daß unter dem Diktat der leeren Kassen örtliche Strukturen zerstört werden, was sich auf die gewerkschaftliche Entwicklung insgesamt fatal auswirken wird.

Dies ist nun keinesfalls ein Plädoyer für die Beibehaltung des Status quo, sondern umgekehrt für eine Veränderung, die sich nach den inhaltlichen Erfordernissen gewerkschaftlicher Arbeit richtet und an dem Anspruch festhält, gesellschaftliche Gestaltungskraft und Gegenmacht zu sein. Die Organisationsreform darf kein technokratischer Modernisierungsprozeß von oben unter weitgehender Ausblendung der politischen Inhalte sein. Die Organisationsreform muß vielmehr von der Bestimmung der gewerkschaftlichen Aufgaben vor Ort ausgehen und ist damit wesentlich ein Prozeß, der von unten bestimmt sein und damit auch eine vorrangige Beteiligung gewerkschaftlicher Basisstrukturen enthalten muß.

Literatur

- Baethge 1991: Martin Baethge, Arbeit, Vergesellschaftung, Identität - Zur zunehmenden normativen Subjektivierung der Arbeit. In: Soziale Welt /1991, S. 6ff.
- Bonder u.a. 1992: Michael Bonder u.a., Deutschland in einer neuen Weltära. Die unbewältigte Herausforderung. Opladen 1992.
- Buhr 1994: Manfred Buhr, ISO 9000: Aufgabe für Betriebsräte. In: Computerinformation 4/1994, S. 19ff.
- Deppe 1993: Frank Deppe, Gestaltungskompetenz und Gegenmacht. In: Sozialismus 2/1993, S. 24ff.
- Hirsch 1990: Joachim Hirsch, Kapitalismus ohne Alternative? Materialistische Gesellschaftstheorie und Möglichkeiten einer sozialistischen Politik heute. Hamburg 1990.
- Huber/Lang 1993: Berthold Huber/Klaus Lang, Tarifreform 2000. Förderungskonzepte und Verhandlungsstände im Bereich der Metallwirtschaft. In: WSI-Mitteilungen 12/1993, S. 789ff.
- Kern 1994: Horst Kern, Intelligente Regulierung. Gewerkschaftliche Beiträge in Ost und West zur Erneuerung des deutschen Produktionsmodells. In: Soziale Welt 1/1994, S. 33ff.
- Kezuka 1993: Katsutoshi Kezuka, Atypische Beschäftigungsverhältnisse in Japan. In: WSI-Mitteilungen 9/1993, S. 610ff.
- Krugman 1994: Paul Krugman, Wettlauf der Besessenen. In: Die Zeit vom 29.04.1994.
- Lang/Ohl 1993: Klaus Lang/Kai Ohl, Lean-Production. Köln 1993.
- Lang 1992: Klaus Lang, Toyotismus ist eine Rationalisierungs- und keine Humanisierungsstrategie. In: Die Mitbestimmung 4/1992, S. 53ff.
- Lutz 1993: Burkard Lutz, Es bleibt nicht mehr viel Zeit für den Umbau. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 1/1993, S. 25ff.
- Marstedt 1994: Gerd Marstedt, Rationalisierung und Gesundheit. Berlin 1994.
- Memorandum 1994: Arbeitsgruppe alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum 1994. Köln 1994.
- Moldalsch 1992: Manfred Moldalsch, Frauenarbeit als Bastion des Taylorismus/Keine Chance für Qualifizierungsoffensiven in der Montage? Hektografiertes Manuskript, 1992.
- Müller-Jensch 1989: Walter Müller-Jensch, Qualitative Tarifpolitik im sozio-ökonomischen Strukturwandel. In: H. Dabrowski u.a. (Hrsg.), Tarifpolitische Interessen und neue Managementstrategien. Köln 1989, S. 90ff.

Negt 1993: Oskar Negt, Wandlungen im gewerkschaftlichen Selbstverständnis und gesellschaftliche Zukunftsaufgaben. In: Werner Fricke, Jahrbuch Arbeit und Technik. Bonn 1993, S. 232ff.

Schmitthenner/Urban 1993: Horst Schmitthenner/Hans-Jürgen Urban, Aspekte gewerkschaftlicher Sozialpolitik in der "zweiten Gründungsphase" der Bundesrepublik Deutschland. In: Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung, H. 13, S. 32ff.

Schmitthenner 1992: Horst Schmitthenner, Die Renaissance der sozialen Frage. In: Schmitthenner (Hrsg.), Zwischen Krise und Solidarität. Perspektiven gewerkschaftlicher Sozialpolitik. Hamburg 1992, S. 7ff.

Schumann u.a. 1992: Michael Schumann u.a., Neue Arbeitskonzepte im deutschen Automobilbau - hat lean-production eine Chance? In: Sofi-Mitteilungen /1992, S. .

Seelieb-Kaiser 1994: Martin Seelieb-Kaiser, Sozialpolitik: USA ideenreich, Japan traditionell und Deutschland im Kürzungsfieber. In: Die Mitbestimmung 3/1994, S. 50ff.

Tenbrock 1994: Christian Tenbrock, Uncle Sam's Comeback. Eine Zeit-Serie. In: Die Zeit vom 29.4., 6.5., 13.5. und 20.5.1994.

Womack u.a. 1991: James Womack/Daniel Jones/Daniel Roos, Die zweite Revolution in der Autoindustrie. Frankfurt/New York 1991.

spw

Zeitschrift
für
Sozialistische
Politik
und
Wirtschaft

Unsere Themen:

Rot-Grüne

Klassen und Bewegungen

Sozialstaat

Lateinamerika

Linke

Wirtschaftspolitik

Solarenergie

HerausgeberInnen:
H. Albrecht
K. Benz-Overhage
E. Bulmahn, D. Dehm
K. Fuchs
C. Hanewinkel
D. v. Larcher
S. Möbbeck
K. Neumann
P. v. Oertzen, H. Peter
S. Skarpelis-Sperk
und T. Westphal

**Probeheft
bestellen!**
spw-Verlag
Kieler Str. 13
D-51065 Köln

Lutz Brangsch

Gewerkschaften in Ostdeutschland - Ordnungsmacht oder Interessenvertretung?

In den Gewerkschaften ist es üblich geworden, die Ergebnisse von Auseinandersetzungen und den eigenen Anteil in dieser Beziehung daran zu messen, wie schlimm es eigentlich hätte kommen können. Nimmt man diesen Maßstab, so scheinen die Gewerkschaften auch glimpflich durch die deutsche Einheit gekommen zu sein. Und entsprechend verbreitete M. Engelen-Kefer auf dem DGB-Kongreß auch Optimismus... und die Gewerkschaftspresse vermittelt den Eindruck aufstrebenden gewerkschaftlichen Engagements allerorten.

Näher betrachtet bietet sich jedoch ein anderes Bild. Will man Rolle und Perspektiven der Gewerkschaften in Ostdeutschland untersuchen, muß man die Totalität dieses Entwicklungsprozesses, und das heißt insbesondere den Prozeß der Installierung des DGB, seiner Strukturen und Personen in der DDR bzw. in den ostdeutschen Bundesländern zum Ausgangspunkt nehmen.

Besonderes Interesse dürften dabei folgende Fragen haben:

- Welche Bedeutung hatten die basisbestimmten gewerkschaftlichen Aktionen zwischen Dezember 1989 und Mitte 1990 für die Entwicklung der Gewerkschaften in den ostdeutschen Bundesländern?

- Wie entwickelte sich das Verhältnis des DGB zu den emanzipatorischen Elementen in der DDR-Gewerkschaftsbewegung im ersten Halbjahr 1990?

- Wie verhielten sich die westdeutschen Gewerkschaften zum Anschluß- und Regierungskurs 1990?

- Welche Vorstellungen hatten DGB und Arbeitgeber über die deutsche Einheit?

- Wie positionierte sich der DGB zu den (scheinbar spezifisch) ostdeutschen Interessen und deren Artikulation?

- Wie ist das Verhältnis zwischen DGB und Treuhand zu werten?

(DGB steht hier sowohl für den DGB als auch für die Einzelgewerkschaften - auch wenn hier Differenzierungen angebracht sein dürften.)

Dabei wird sich herausstellen,

a) daß die tiefe Eingebundenheit des DGB in die etablierten Strukturen der Machterhaltung und die totale Verflechtung mit CDU und SPD die Gewerkschaften politisch zunehmend paralyisiert hat;

b) daß die deutsche Einheit Katalysator für alle Probleme der gewerkschaftlichen Arbeit und der gewerkschaftlichen Strukturen geworden ist.

Im Rahmen dieses Beitrages wird es nicht möglich sein, alle Seiten dieses Prozesses auch nur annähernd gründlich zu untersuchen - so werden z.B. die Tarifaueinandersetzungen in Ostdeutschland weitgehend unbeachtet bleiben müssen. Es werden nur einige Marksteine und Tendenzen der Entwicklung der Gewerkschaften in den ostdeutschen Bundesländern herausgegriffen, an denen Grundprobleme deutlich werden.

Gewerkschaften in den letzten Monaten der DDR

Die Gewerkschaften und ihre Rolle waren einer der Hauptangriffspunkte in der öffentlichen Diskussion in der sterbenden DDR.

Betriebsräte entstanden, Initiativen und Plattformen meldeten sich mit eigenen Vorstellungen über die Zukunft der Gewerkschaften zu Wort. Das erste Halbjahr 1990 war der Zeitraum, in dem Betriebe auf Beschluß der Belegschaften aus Kombinatverbänden ausschieden, Leiter die Rechtsunsicherheit nutzten, um Formen von Alleinherrschaft zu entfallen und Widersprüche zwischen Leitern und Belegschaften eskalierten. Kernpunkte der Forderungen waren in dieser Situation parteipolitische Neutralität, wirkungsvolle Verteidigung der Rechte der Werktätigen, durchschaubare Strukturen und Verhinderung neuer Privilegien.

Auf einem Flugblatt, mit dem die "Gewerkschafter Berliner Betriebe" unter Führung von Peter Witte (IG Bergbau und Energie) zu einer Demonstration am 20. Januar 1990 aufriefen, werden als Ziele dieser Gruppe genannt:

- Erneuerung der Gewerkschaften von der Basis in einer souveränen DDR;
- starke unabhängige Industrie- und Einzelgewerkschaften, die sich in einer Vereinigung unabhängiger Gewerkschaften organisieren;
- echte Mitbestimmung in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft.

Auf der Pressekonferenz, auf der Witte über diese Aktion informierte, traten auch der Westberliner DGB-Vorsitzende Pagels und der CDA-Vorsitzende Fink auf. Insbesondere Fink machte deutlich, was er unter obigen Forderungen verstand: Der FDGB habe sich aus den Parlamenten, der Sozialverwaltung und der Verteilung öffentlicher Leistungen zurückzuziehen. Er plädierte für die Neugründung freier, unabhängiger Gewerkschaften.¹

Der Umbruchcharakter dieser Etappe fand seinen Ausdruck u.a. auch darin, daß innerhalb nur weniger Monate mehrere Entwürfe eines Gewerkschaftsgesetzes, von Gesetzen über betriebliche Interessenvertretungen, Satzungen für den FDGB bzw. Einzelgewerkschaften in die Diskussion gebracht wurden.

¹ Handelsblatt v. 10.1.1990.

Fast alle politischen Gruppierungen und Parteien formulierten ähnliche Forderungen und betonten die Rolle einer starken gewerkschaftlichen Interessenvertretung, wobei ebenfalls übergreifender Konsens das Ziel einer "sozialen und ökologischen Marktwirtschaft" war. Mit dem Beschluß der Volkskammer über die Grundlinien und Standpunkte der Sozialcharta wurde der Versuch unternommen, dieses unscharfe Gesellschaftsbild zu fixieren. Noch kurz vor den Märzahlen wurden darüber hinaus Veränderungen in der Verfassung vorgenommen, die die Rechte der Gewerkschaften festschrieben und ein Aussperrungsverbot kodifizierten. Ebenfalls noch angenommen wurde das Gesetz über die Rechte der Gewerkschaften in der DDR.² Neben der Festschreibung der Präsenz von Gewerkschaften im Betrieb wurde hier u.a. das verfassungsrechtliche Aussperrungsverbot ausgestaltet, einschließlich der Bestimmung der Lohnfortzahlung bei mittelbarer Betroffenheit von Arbeitskämpfen.

Aber bereits im März, das zeigten die Wahlergebnisse, hatten sich die Bedingungen auch für die Gewerkschaften entscheidend gewandelt. Während Anfang 1990 wenigstens verbal noch auf eine selbstständige DDR gesetzt wurde, hatte sich dieses Thema im März im Prinzip erledigt. Spätestens von diesem Zeitpunkt an war das Ziel "deutsche Einheit" für die meisten Menschen in der DDR eine aktuelle Forderung.

Ein gewisses Maß gesellschaftlicher Sensibilisierung für Fragen der Zukunft der Gewerkschaftsbewegung war also vorhanden, wurde aber, und das dürfte für die weitere Entwicklung von Bedeutung sein, durch verschiedene politische Stereotype und Wunschvorstellungen konterkariert. Gab es doch MfS und SED/PDS als Prügelknaben, waren doch tatsächliche oder vermutete Formen von Korruption und Amtsmißbrauch und natürlich die Perspektive "D-Mark", allemal für die meisten Menschen interessanter als die Frage nach zukünftigen gewerkschaftlichen Aufgabenstellungen.

Dies wurde sicher auch dadurch begünstigt, daß die Projekte zur Wirtschaftsreform kaum eine Nutzung der Potenzen gewerkschaftlichen Engagements vorsahen. Gewerkschaften und GewerkschafterInnen gerieten damit auch in Opposition zu den Regierungen Modrow und de Maizière; wichtiger jedoch war, daß auf politisch-konzeptioneller Ebene diese Fragen keine Rolle, zumindest keine erkennbare, spielten.

Klar war allerdings, wenigstens in den ersten Monaten des Jahres 1990, daß, egal welche Regierung, bei einem Weiterbestehen der DDR eine Politik gegen die Gewerkschaften und die Belegschaften kaum durchzusetzen gewesen wäre.

² Gbl. Teil I, Nr.15 v. 12.3.1990.

Parteien und Gewerkschaften in Ost und West unter Handlungszwang

Die Politik der nach März 1990 Herrschenden in DDR und BRD hatte von dieser Gegebenheit auszugehen; und hier hätte eine Chance für die deutsche Gewerkschaftsbewegung gelegen. Der Druck zur deutschen Einheit, wenigstens zur D-Mark, war groß. Gleichzeitig war gesellschaftliches Engagement noch vorhanden, wie auch eine eigentümliche Art von Selbst- oder besser Aufbruchbewußtsein. Sollte die Krise in der DDR genutzt werden, um aus ihr politisches Kapital zu schlagen und ein möglichst nahtloses Einfügen der Potentiale der DDR in Gesellschaft und Wirtschaft der BRD zu ermöglichen, mußte der Hebel gefunden werden, der dieses gesellschaftspolitische Engagement und die Elemente, die über die BRD-Realitäten hinausweisen, zu paralysieren. Die Herrschenden standen damit vor einem nicht einfach zu lösenden Widerspruch, da die gesellschaftspolitische Krise in der DDR durchaus auf die BRD hätte überspringen können.

Die Gewerkschaften auf der anderen Seite standen vor der Wahl, die in der DDR-Gewerkschaftsbewegung des Jahres 1990 entstandenen Tendenzen aufzugreifen und in die Auseinandersetzungen in der BRD einzuführen bzw. sie bei den Diskussionen um die Zukunft eines gemeinsamen Staates als Druckmittel einzusetzen oder die bundesdeutschen Gegebenheiten zu übertragen. Mit der Wahl der ersten Variante wären die Gewerkschaften zwangsläufig in Widerspruch zu den etablierten Parteien geraten. Auch hätte dies einen Klärungsprozeß innerhalb der Gewerkschaften in Gang gesetzt, den der DGB offensichtlich nicht wollte und dessen Ausgang ungewiß war. Man hätte neue Bündnisse schließen, Strukturen verändern und politische Neuorientierungen vornehmen müssen.

Die Wahl der Gewerkschaften ist bekannt. Es war eine klar politisch motivierte Wahl. Es ist wohl kaum als Zufall zu werten, wenn der DGB-Vorsitzende Breit Anfang Mai 1990 eine Vereinigung mit dem DGB definitiv ablehnte³ und wenig später mit der Konstituierung des Sprecherrates der Industriegewerkschaften und Gewerkschaften das Ende des FDGB besiegelt wurde⁴. In einem in diesem Zusammenhang geführten Gespräch bemängelte der Vorsitzende der IG Bergbau und Energie Peter Witte, daß der FDGB die Umstellung der Löhne im Verhältnis 1:1 nicht als Erfolg dargestellt habe. Dafür, so Witte in dem Gespräch, seien Gewerkschafter überall in der DDR schließlich auf die Straße gegangen.⁵ Soll man es Realismus, Sinneswandel, Schwerpunktverschiebung oder politischen Opportunismus nennen - die Entwicklung von Witte vom Januar 1990 bis Mai 1990, von Forderungen nach echter Mitbestimmung zur vorweggenommenen

³ Tribüne v. 8.5.1990.

⁴ Tribüne v. 10.5.1990.

⁵ Handelsblatt v. 10.5.1990.

Heiligsprechung von BRD-Realitäten ist symptomatisch für den dann prononciert einsetzenden Prozeß der Installierung von bundesdeutschen Gewerkschaftsstrukturen in der DDR. Nicht die emanzipatorischen Elemente wurden der Ausgangspunkt, sondern die durch den Staatsvertrag I diktierten Spielregeln - und natürlich Eigeninteressen des Apparates. Der Artikel, den der damals neugewählte DGB-Vorsitzende H.-W. Meyer in der DDR-Gewerkschaftszeitung "Tribüne" aus Anlaß der Währungsunion unter dem Titel "Neuanfang für Deutschland" veröffentlichte, hat unter dem Gesichtspunkt heutiger Realitäten etwas Naiv-rührseliges an sich, macht aber auch deutlich, wie sehr in der Psychologie der Führung der Gewerkschaften diese schon zu einem Selbstzweck mutiert waren. Den Neuanfang haben nicht die Gewerkschaften gemacht, sie laufen seit 1990 der Offensive von Kapital und Regierung hinterher.

Im Unterschied zu den Unternehmern und zur Regierungsbürokratie haben der DGB und seine Einzelgewerkschaften die Chancen der deutschen Einheit nicht genutzt bzw. dies noch nicht einmal versucht, sie haben die Offensive ersteren überlassen und wollten sich durch demonstrative Staats-treue vor Erschütterungen der errungenen Positionen (und Posten) schützen - heute sind sie dabei, wesentliche Positionen zu verlieren. Undank ist der Welten Lohn.

Partnerschaft bis zur Selbstaufopferung und Selbstbestätigung statt kritischer Selbstbefragung

Die Tolerierung der politischen Konditionen des Staatsvertrages I und der sich abzeichnenden staatlichen Einheit fanden ihre Fortsetzung in der Gemeinsamen Erklärung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und des Deutschen Gewerkschaftsbundes "Für mehr Beschäftigung in der DDR" vom 18. September 1990. In diesem Papier heißt es u.a.:

"DGB und BDA sind entschlossen, unterschiedliche Auffassungen zurückzustellen und alle Möglichkeiten einer Zusammenarbeit auszuschöpfen, um die Lage der Menschen in der DDR möglichst schnell zu verbessern ... Ansatzpunkte zur Beschäftigungs- und Lebenssituation in der DDR sehen BDA und DGB vor allem in

- der Förderung privater Investitionstätigkeit;
- öffentlichen Investitionen zur Verbesserung der Infrastruktur in der DDR;
- einer den besonderen Verhältnissen in der DDR gerecht werdenden Tarifpolitik;
- der begleitenden Anwendung arbeitsmarktpolitischer Instrumente zur sozialen Flankierung des wirtschaftlichen Wandels, wobei die Wirksamkeit von betrieblicher Personalpolitik und regionaler Strukturpolitik durch Abstimmung verbessert werden sollte."

Der DGB bekundete damit sehr viel "Standortbewußtsein" und Kooperationsbereitschaft. Zwar ist in diesem Papier sehr oft die Rede von Struktur- und Beschäftigungspolitik, von Einbettung der Sanierungsarbeit der Treuhand-Anstalt in die regionalpolitischen Förderkonzepte der zuständigen öffentlichen Stellen und von einem Mitspracherecht der Gewerkschaften in diesen Frage - aber von anderen gewerkschaftlichen Rechten, von Mitsprache der Belegschaften usw. usf. wird nicht gesprochen. Die renitenten Ideen von GewerkschafterInnen der DDR, die z.B. noch im Mai 1990 an einem neuen Betriebsverfassungsgesetz arbeiteten, sind überwunden. Und in der DDR schwanken die Menschen zwischen D-Mark-Euphorie und Angst vor einer neuen Erscheinung - der Arbeitslosigkeit; der Aufbruch läuft aus in Mallorca-Reisen und neuer Anpassung.

Das hohe Engagement der aus Westdeutschland entsandten Funktionäre konnte und kann diese strategischen Weichenstellungen nicht korrigieren; und es soll hier auch nicht darum gehen, persönliches Engagement zu diskreditieren.

DGB und Arbeitslosigkeit im Osten

Die eher konservative bzw. defensive Politik des DGB in dieser Phase zeigte sich z.B. im Verhältnis zum Problem der Arbeitslosigkeit.

Im ersten Halbjahr 1990 wurde in der DDR der Arbeitslosenverband gegründet. Der FDGB unterstützte diese Gründung neben den Gewerkschaften. Wenig später initiierte der Gründer des Verbandes, Dr. Klaus Grehn, den Runden Tisch Arbeitslosigkeit, an dem eine ganze Reihe von Parteien und Organisationen teilnahmen, auch GewerkschaftsvertreterInnen. In dem Maße, in dem ost- durch westdeutsche Funktionäre ersetzt wurden, verschwanden die Gewerkschaften, mit ein oder zwei Ausnahmen. An den letzten Tagungen des Runden Tisches im Jahre 1991, der im zweiten Halbjahr 1990 immerhin mit zwei ausgebauten und programmatisch angelegten Dokumenten zur Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit an die Öffentlichkeit trat, nahmen dann noch einige VertreterInnen der Bürgerbewegungen, die Vereinigte Linke, die USPD, die FDJ, die PDS und - wie bereits gesagt - ein oder zwei VertreterInnen von Gewerkschaften teil.

Das bedeutete aber keinesfalls, daß die dann neuen bzw. erweiterten Gewerkschaften mit neuen, in die Breite wirkenden Konzepten zum Umgang mit Arbeitslosigkeit aufwarteten. Eine von Annerose Alex und Hinrich Garms im Jahre 1992 vorgenommene Analyse der gewerkschaftlichen Erwerbslosenarbeit⁶ zeigte, daß alle Klischees im Umgang mit Arbeitslosigkeit weitgehend erhalten geblieben waren und sind.

⁶ Schriften des Vereins für welt- und regionalwirtschaftliche Studien e.V., Heft 2.

Der DGB betrachtete und behandelte den Arbeitslosenverband von da an als Konkurrenzorganisation und erwies sich in dieser Umbruchphase als unfähig, die Realitäten und den mit den Staatsverträgen bereits deutlich werdenden Charakter des Einigungsprozesses zu erfassen und neue Wege zu gehen. Während Unternehmer und Regierungsbürokratie mit der Treuhandanstalt ein staatsmonopolistisches Regulierungs- und Kampfinstrument neuer Art entwickelten, blieben die Gewerkschaften bei ihren alten Instrumentarien. Die in den achtziger Jahren entwickelten Versuche der Durchsetzung von mehr Beteiligung wurden nicht etwa entfaltet, sondern starben ab bzw. wurden nicht ausgeweitet. Die Problematik wird recht gut illustriert, wenn man sich an die Werbung der Gewerkschaften in Ostdeutschland erinnert - auf den neu entstehenden Werbeflächen prangte ein großformatiges Plakat der Gewerkschaften: "Unsere Stärke - mehr Lohn". Anbieterisch an die vorgebliche Volksmeinung und genauso die Brisanz der Lage verschleiern wie die "Sozialpartner".

Aber selbst dieses Versprechen konnten die Gewerkschaften nur bedingt einlösen - in fast allen Bereichen ist die Anpassung an die West-Tarife gegenüber ursprünglichen Plänen verschoben worden.⁷

Die Basis rebelliert nicht - sie ist aber noch da

Insbesondere das explosionsartige Anwachsen der Arbeitslosigkeit und die damit verbundenen regionalpolitischen Tendenzen waren es, die ab 1991 das Handeln der Gewerkschaften und von GewerkschafterInnen bestimmten. In einer von Heinz Kallabis 1993 vorgelegten Untersuchung zu Meinungen innerhalb der Berliner IG Metall ergab sich, daß 95,9% der Ostberliner IG-Metall-Mitglieder in der Sicherung der Arbeitsplätze die dringlichste Aufgabe gewerkschaftlicher Interessenvertretung sahen. Die gleiche Untersuchung zeigte aber auch, daß mit den Erfahrungen aus zwei Jahren deutscher Gewerkschaftseinheit immer mehr die Meinung griff, daß die IG Metall eher an Autorität verlieren als gewinnen und daß der DGB aus der Krise eher geschwächt als gestärkt hervorgehen wird.⁸ Die Unzufriedenheit mit der Rolle der Gewerkschaften und mit der Situation, der Treuhand und Privatisierern ausgeliefert zu sein, machte sich in Betriebsbesetzungen, Hungerstreiks und anderen Aktionen Luft - genannt seien der Kampf um die Sicherung der Arbeitsplätze in der Batteriefabrik Belfa in Berlin, die Aktion der Kumpel in Bischofferode und die Initiative ostdeutscher und Berliner Betriebs- und Personalräte.

Ein gemeinsames Merkmal dieser Aktivitäten war, daß sie von den Akteuren als gewerkschaftliche Aktionen verstanden werden wollten, die

⁷ Vgl. dazu K. Fiedler/H. Schneider, Tatsachen und Überlegungen zum sächsischen Metallarbeiterstreik (März bis Mai 1993), in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Heft 2/94, S. 75ff.

⁸ Heinz Kallabis, Gewerkschaften im Transformationsprozeß. Gewerkschaften in der Krise? In: BISS publik, Heft 11/93 S. 69ff.

Gewerkschaften jedoch grundsätzlich und sofort derartige Kämpfe als Konkurrenz und Spaltung ablehnten. Extreme Formen nahm dieser Widerspruch in der Haltung der IG Bergbau und der IG Chemie im Konflikt um den Erhalt der Kaligrube Bischofferode an.

Gleichzeitig zu diesen Aktionen wurden auf regionaler Ebene in den Gewerkschaften mit dem Aktionsbündnis "Thüringen brennt" sowie mit dem "Sachsen-Memorandum" Versuche unternommen, die dereinst mit den Arbeitgebern gemeinsam erklärte Verantwortung für Arbeitsplätze in Ostdeutschland von diesen einzufordern. Allerdings ohne sichtbaren Erfolg.

Eine weitere Gemeinsamkeit dieser Aktionen und Initiativen bestand darin, daß sie sich immer auch gegen die Politik der Treuhandanstalt richteten, damit auch auf Konfrontation mit der Regierung hinausliefen und politischen Charakter trugen, ohne daß die Beteiligten politische Ambitionen gehabt hätten. In den von der ersten Konferenz ostdeutscher Betriebs- und Personalräte am 20. 6. 1992 verabschiedeten "Zehn Forderungen" heißt es u.a.:

"Die Treuhandanstalt trägt das Ihre dazu bei, daß der Industriestandort Ostdeutschland fast vollständig abgewickelt wird, daß auch sanierungs- und konkurrenzfähige ostdeutsche Unternehmen im Interesse westdeutscher und europäischer Unternehmer als lästige Konkurrenten ausgeschaltet werden."

Die formulierten Forderungen waren weder "gewerkschaftsfeindlich" noch "betriebsegoistisch" oder im engen Sinne ostspezifisch. Abgesehen davon, daß sie die in der bereits erwähnten Gemeinsamen Erklärung von DGB und BDA formulierten Aufgabenstellungen aufgreifen, spiegeln sie die offensichtlichen Notwendigkeiten einer grundsätzlichen Wende in der Struktur- und Beschäftigungspolitik unter den Bedingungen anhaltender Massenarbeitslosigkeit und Strukturkrisen wider. Die in diesem Zusammenhang immer wieder gestellte Frage nach der Rolle der Gewerkschaften in Treuhandgremien harrt immer noch der Antwort...

Eine dritte Gemeinsamkeit ist der überwiegend gewerkschaftsübergreifende Charakter der Aktionen und Initiativen. Sicher, aus der FDGB-Erfahrung heraus war den GewerkschafterInnen hier die z.T. rüde Abgrenzung und Konkurrenz der Einzelgewerkschaften untereinander fremd. Wesentlich war die Betroffenheit von Problemen, die nur gemeinsam zu lösen waren.

Hat die deutsche Einheit die Gewerkschaften in die Krise gestürzt?

Die Entwicklung in den ostdeutschen Bundesländern stellte die Gewerkschaften und die GewerkschafterInnen vor Probleme, die ohne Frage in dieser Schärfe für Ost- und Westdeutsche neu waren. Der Aufbau der Rechtsberatung in den ostdeutschen Bundesländern, das große persönliche

Engagement west- und ostdeutscher hauptamtlicher wie ehrenamtlicher Funktionäre sowie die Tarifabschlüsse, die "Schlimmeres verhüteten", können die Gewerkschaften sicher als Pluspunkte verbuchen. An den Schnittstellen zur Gesellschaftspolitik, bei der Bestimmung künftiger Entwicklungslinien haben sie jedoch versagt. Wenn z.B. die Betriebsräteinitiative weitgehend zerfallen ist, so bestätigen sich damit keinesfalls die von den Gewerkschaften vorgebrachten Vorurteile, sondern primär die Unfähigkeit der gewerkschaftlichen Strukturen, derartigen Initiativen Raum zu geben. Damit jedoch verbauen sich die Gewerkschaften in einer Situation, in der ihr Spielraum sowohl durch politische Aktionen der Regierung als auch durch eine wachsende Aggressivität von Konzernstrategien unter Druck gerät, innovative Ansätze zur Aktivierung ihrer Mitglieder jenseits großer Apparate für konkrete Sachfragen. Anders ausgedrückt - die deutsche Einheit hat neue Fragen oder alte Fragen neu gestellt - die Gewerkschaften akzeptieren nur alte Antworten. Die gemeinsamen Positionen zum Standort Deutschland, die von der IG Metall und Gesamtmetall bzw. der IG Chemie und den Chemiearbeitgebern erarbeitet wurden, deuten darauf hin, daß zumindest diese Gewerkschaften die Entwicklungen in den ostdeutschen Bundesländern eher im Sinne einer weitergehenden Einbindung in die globale Standortkonkurrenz, denn in einer Suche nach adäquaten Inhalten und Formen gewerkschaftlichen Kampfes werten wollen. Sicher spielt dabei die Hoffnung eine Rolle, daß unter einer künftigen SPD-Regierung schon alles wieder gut werden wird. Allerdings eine trügerische Hoffnung.

Vorschau

Z - Nr. 20

erscheint Anfang Dezember 1994

mit dem Schwerpunktthema

Marxismus und Geschichte in der Restaurationsperiode

Beiträge zu: "Periphere Revolutionen" im Globalsystem, Zum geschichtlichen Platz von 1917, Zu den Ursachen des Scheiterns einer sozialistischen Alternative für Europa, Zur Herausbildung der europäischen Nachkriegsordnung, Neuere Arbeiten über Rosa Luxemburg zur Frage Sozialismus oder Barbarei, Zu Enttäuschungserfahrungen und -reflexionen bei Georg Forster (anlässlich seines 200. Todestages) u.a.m.

Der hohe Preis der "Politikfähigkeit"

oder wie Gewerkschaften es versäumen, rechtsextremistischen Ungleichheitsideologien wirksamer entgegenzuwirken

Voilà, der ideale Gesamtjüngliche der 90er Jahre: es ist der männliche Skinhead, grölendes enfant terrible und Personifizierung der Anti-Aufklärung. Nach den bärtigen Radaustudenten der sechziger, den ungewaschenen Kiffern der siebziger und den No-Future- sowie Wendejünglichen der achtziger Jahre konstruiert der mediale Zeitgeist seinen neuen Popanz, der seinen 68er Eltern Angst und Bange macht. Was uns die Medien hier tagtäglich als Augenschein präsentieren, entpuppt sich beim genaueren Hinsehen aber als Verdoppelung eines Einzelphänomens. "Der Anti-Diskurs der Fernsehbilder ist ein Mosaik kontextgereinigter Scheindrücke" (Meyer 1992, 110). Diese Art der sensationslüsternen Berichterstattung lädt zur Generalisierung ein und entbindet damit von Differenzierungspflichten. Denn schließlich sind weder alle Jünglichen rechtsextremistisch, noch sind rechtsextremistische Weltanschauungen ein primäres Problem der *Jugend*. Vielmehr sind sie ein generationenübergreifendes, konstitutives und konjunkturell schwankendes Element moderner Gesellschaften (vgl. Demirovic 1994, 29 ff.). Eine erstaunliche Parallele zu dieser massenmedialen Fokussierung findet sich im Bereich der Sozialwissenschaften. Rechtsextremistische Jüngliche sind unabhängig von den jeweiligen theoretischen Prämissen bevorzugtes Objekt der Mehrzahl der kritischen wissenschaftlichen Diskurse, die sich mit Jugend beschäftigen aber auch derjenigen, die den Rechtsextremismus zum Thema haben. Eine häufige Folge der Herauslösung dieses Einzelphänomens aus seinem relevanten historischen und sozialen Kontext ist die Naturalisierung der Beziehung der Jugend zum Rechtsextremismus, die z.B. als Entlastungs-Mechanismus in vielerlei Hinsicht Funktionalität gewinnt. Aus diesem Grunde wollen wir die Problematik des Rechtsextremismus aus diesem engen, rein jugendsoziologischen Betrachtungskonnex herauslösen und die Perspektive weiter fassen.

Theoretische Vorüberlegungen

Greift man sich aus der Schar der theoretischen Angebote zur Erklärung des *aktuellen* Rechtsextremismus exemplarisch drei weitverbreitete heraus, wird schnell deutlich: für sich genommen erschließen weder die Deklassierungsthese, noch die Annahmen zum Wohlstandschauvinismus, noch die Desorientierungsthese den Sachverhalt ausreichend. Verabsolutiert man den analytischen Kern dieser Ansätze, lassen sich schnell empirische Gegenargumente auftreiben, die die universellen Erklärungsansprüche ent-

kräften. Denn es sind weder homogene Horden von Arbeitslosen und Unterprivilegierten, noch allein die um ihren "Wohlstand" bangenden "Modernisierungsgewinner", noch die im Zuge einer Entstrukturierung ihrer lebensweltlichen Sozialisationskontexte Individualisierten die Träger des Rechtsextremismus. Wir denken dagegen, daß allein ein formations-spezifisch argumentierender ideologie- und diskurstheoretischer Ansatz dem Problem angemessen ist. Am Beispiel des Verhältnisses von Gewerkschaftsbewegung und Rechtsextremismus wollen wir im Anschluß an einige konzeptionelle Überlegungen einen derartig inspirierten Erklärungsversuch anbieten.

Dabei gehen wir von folgender Überlegung aus: Großen Teilen der ArbeiterInnenschaft fällt es offensichtlich nicht schwer, "gewerkschaftliches Bewußtsein" gleichzeitig mit Elementen rechtsextremistischer Ungleichheitsideologien zu verbinden. Mehr noch: Gewerkschaftliche Interventionen in bestimmte Diskurse tragen auch im Bereich der Mitgliederschaft zur Verfestigung und Verbreitung rechtsextremistischer Weltanschauungen bei. Anhand der Untersuchung einiger exemplarischer Diskurse soll in diesem Artikel versucht werden, diese These nachvollziehbar zu machen. Vorab bleibt festzuhalten: nicht nur die Teilnahme an, sondern auch die Abstinenz von gesellschaftlichen Diskursen ist von sozialer Relevanz. So entfaltet auch die kollektive Nicht-Partizipation großer Teile der Gewerkschaftsbewegung z.B. an Utopiediskussionen systemüberwindenden Typs alltagspraktische Wirkungen. Heitmeyer weist auf ein daran angelagertes Phänomen hin. Er führt die vielfache Beschränkung der Gewerkschaften auf ritualisierte Formen der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus auf deren eigenes Dilemma zurück: Während viele GewerkschafterInnen durchaus ernsthaft bestrebt sind, etwas gegen den Rechtsextremismus zu tun, sollen andererseits "jene Mitglieder nicht verprellt werden, die für autoritäre Vorstellungen anfällig sind" (Heitmeyer im HBV-Basisdienst, S. 9). Denn immerhin war fast jeder dritte Rep-Wähler bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg 1992 gewerkschaftlich organisiert. Die zelebrierten politischen Rituale garantieren nach Heitmeyer die "Folgenlosigkeit, die man benötigt, um die eigene Mitgliedschaft zumindest formal zu binden" (ebd.).

Krise der Regulation

Formationstheoretische Ansätze, die angetreten waren, für die Entwicklung und krisenförmige Transformation von Gesellschaft eine historisierende Erklärung zu finden, sehen in der Regulation des Klassenverhältnisses einen zentralen Bezugspunkt für die Differenzierung von Gesellschaftsformationen. Im Unterschied zu früheren (marxistischen) Ansätzen konstruieren sie zwischen ihren analytischen Grundkategorien Akkumulationsregime und Regulationsweise keinen zwingend funktionalen Zusammenhang, gestehen damit auch der ideologischen Entwicklung den Status

von relativer Autonomie zu. Indem man die Beziehung zwischen Akkumulationsregime und Regulationsweise als "Entsprechungsverhältnis" charakterisiert, begreift man westliche Gesellschaften als ökonomisch-politische Entwicklungsmodelle, die periodisch strukturellen Krisen ausgesetzt sind. Mit dem "Auseinanderbrechen" der zumindest temporär stabilen Einheit von Regulationsweise und Akkumulationsregime und ihrem jeweiligen internen Verlust an Kohärenz und Überzeugungskraft driften diese Gesellschaften in Phasen des Umbruchs ab. Im analytischen Areal des Akkumulationsregimes sind diese Einschnitte unübersehbar: forcierte Internationalisierung von Akkumulation, Allokation und Produktion gehen einher mit struktureller Arbeitslosigkeit und einer gestiegenen Varianzbreite betrieblicher Arbeitsorganisation. Schleichende Konsequenzen für die Gewerkschaften sind eine Beschränkung ihrer Handlungsfähigkeit, eine Pluralisierung ihrer Aufgaben und Differenzierungsanforderungen bzgl. ihrer gesellschafts-, tarif- und betriebspolitischen Strategien. Für die lohnabhängig Beschäftigten schlagen sich diese Umbrüche in konkreter Deklassierung oder deren Androhung nieder, was in besonderem Maße auf Jugendliche zutrifft.

Die Restrukturierung des historischen Blocks

Gleichzeitig erodieren im ideologischen Bereich die konventionellen Erklärungsangebote. Als dominante Fraktion des gesellschaftlichen historischen Blocks vertrauten die Neokonservativen zunächst auf die Trägerkräfte ihrer weiterziehenden Karawane. Auch die deutsche Einheit trug dazu bei, den Anschein von sachgerechter Regulationsfähigkeit aufrechtzuerhalten. Fünf Jahre nach dem Fall der Mauer aber schlägt die Krise des Akkumulationsregimes mit voller Härte zu. Damit geriet auch die vorherrschende neokonservative Ideologie¹ an einen Wendepunkt. Klar war, daß es ihr in ihrer überkommenen Form nicht mehr gelingen würde, "die ideologische Einheit des gesellschaftlichen Blocks zu bewahren, der ja gerade durch diese bestimmte Ideologie zementiert und vereinigt wurde" (Gramsci 1967, S. 137). Das bedeutete, daß sich der *historische Block als Kern der Regulationsweise* restrukturieren und sein Programmatik reformulieren mußte, z.B. mit einem Wechsel von weichen zu harten Themen. Der strukturellen Krise versuchte er also Herr zu werden, indem ausgewählte Diskurse (Nation, Asyl, Deregulierung, law-and-order etc.) verschärft wurden. Gleichzeitig gelang es im Rahmen der Desartikulation jenes Entsprechungsverhältnisses einem bislang marginalen ideologischen Projekt wie dem Rechtsextremismus, neue "Siedlungsflächen" innerhalb der Gesellschaft zu besetzen, indem er Regulationsfähigkeit vortäuschte

¹ Den Begriff "Ideologie" gebrauchen wir im Sinne von "Weltanschauung". Damit beziehen wir uns auf einen funktionalen, d.h. eher soziologischen denn epistemologischen Bedeutungsinhalt, der auf die Rolle von Ideologien für die Vergesellschaftung von Subjekten hinweist. Desweiteren wird unserem Verständnis nach die hegemoniale Ideologie in Diskursen konstituiert und ständig re-formuliert.

und die von den Neokonservativen geöffneten diskursiven Türen einrannte. Vormalig nicht gesellschaftsfähig, befinden sich die Rechtsextremisten plötzlich in gefährlicher Nähe zum historischen Block.

Für die Gewerkschaften als konstitutive institutionelle Form der ehemals fordristisch-korporativen Regulationsweise besteht auf der anderen Seite die Gefahr, im Zuge der Ausbildung eines neuen Entwicklungsmodells aus dem historischen Block vollends herauszufallen oder zumindest an systemischer, wie auch an normenschaffender Bedeutung zu verlieren. "Ohne historische Parallelen ist das Ausmaß, in dem gegenwärtig die politische Praxis und die sozialen Deutungsmuster der Gewerkschaften in Frage gestellt werden" (Müller-Jentsch 1993, S. 137). Die Transformation von Akkumulationsregime und Regulationsweise muß zwar als offener, politisch beeinflussbarer Prozeß ohne steuerndes Subjekt und ohne "Meisterplan" begriffen werden, aber zugleich ist davon auszugehen, daß dieser Formwandel wesentlich Ergebnis des diskursiven Kampfes der TrägerInnen unterschiedlicher Ordnungs- und Deutungsvorstellungen von Gesellschaft um die Hegemonie ist. In diesem Prozeß wird darüber entschieden, wer Regierungs-, Handlungs- und Integrationsfähigkeit bzw. überfraktionelle Glaubwürdigkeit auf allen Ebenen erlangen oder verteidigen kann.

Das Stockwerkmodell

Als Differenzierungsvorschlag wollen wir ein von uns in Anlehnung an Gramsci entwickeltes "Stockwerkmodell" anbieten. Wir unterscheiden in funktionaler Hinsicht drei Öffentlichkeiten:

- Das oberste Stockwerk umfaßt den wissenschaftlichen Diskurs konzeptiver Intellektueller, WissenschaftlerInnen und PhilosophInnen. Auf dieser Ebene werden theoretische Erklärungsansätze und Leitbilder entworfen, die sowohl auf die Gesellschaft als Ganzes als auch auf relevante Teilbereiche Einfluß ausüben können. In diesem Artikel werden wir auf einige Intellektuelle dieses Stockwerks verweisen, die sich in diesem Sinne auf Gewerkschaften beziehen.

- Im mittleren Stockwerk der (massen-) medialen Diskurse wird auf gesellschaftlicher Ebene die Programmatik des historischen Blocks von politischen Intellektuellen verhandelt. Bezugsgegenstand wird an diesem Schnittpunkt auf die beiden anderen Stockwerke in doppelter Hinsicht: Zum einen werden vorgetragene Anregungen aufgenommen, sofern sie anschlussfähig sind, d.h. keine weltanschaulichen Grundkonflikte initiieren. Zum anderen strahlt das mittlere Stockwerk der organischen Politik auf die beiden anderen Ebenen aus und modifiziert dort Überlegungen und weltanschauliche Ansätze. Unter dem Vorbehalt fließender Grenzen könnte man hier in gewerkschaftlicher Hinsicht von der Funktionärsschicht sprechen. Diese exekutive Ebene fungiert als mächtige Moderatorin und

verkörpert insbesondere für das untere Stockwerk auch die Funktion eines Sicherheitsventils, indem sie z.B. auf den "Druck der Straße" reagiert.

- HauptbewohnerInnen des untersten Stockwerkes sind die Mitglieder der Gesellschaft, bzw. im spezifischen Fall der Gewerkschaften. Ideologien sollen auf dieser Ebene der Alltagsdiskurse vereinheitlichend und damit zementierend wirken. Dies bedeutet, daß Ideologien als Weltanschauungen in sechsfacher Hinsicht funktional sind. Sie erfüllen Wahrnehmungs- bzw. Selektionsfunktionen, Orientierungs- und Erklärungsfunktionen, Evaluations-, Handlungsanleitungs- sowie Legitimationsfunktionen². Um nicht zu "gewollten Ideologien" (Gramsci) zu mutieren und damit ihre Plausibilität zu verlieren, müssen sie sich permanent auf die materielle Realität und die hiermit verbundenen Erfahrungen der Menschen beziehen.

U.E. spricht einiges für die Behauptung, daß in Gewerkschaftskreisen auf konzeptiver und organisch-politischer Ebene offensichtlich die Überzeugung vorherrscht, den erreichten fordistischen Status quo in die post-fordistische Zeit dadurch hinüberzuretten, indem man sich reaktiv und defensiv herrschenden Diskursen anschmiegt, auch wenn dies die Teilnahme an bipolaren Diskursen der Differenz und Ausgrenzungspraktiken bewirken kann. Um diese These zu belegen, wollen wir einen Blick in einige neuere gewerkschaftliche und gewerkschaftsnahe Publikationen werfen, wobei uns vor allem interessieren soll, inwieweit eine gewerkschaftliche Partizipation an naturalisierenden Diskursen (nationalen, Differenz-, Geschlechter-, Asyl-, Leistungs-, Etablierten-Diskursen) stattfindet, die erwiesenermaßen auch zur Konstitution von rechten und rechtsextremistischen Ungleichheitsideologien beitragen.

Die Standortdebatte

In ökonomischen Krisenzeiten wird von Unternehmerseite mit absehbarer Regelmäßigkeit die "Standortfrage" gestellt, wobei insbesondere zu hohe Lohn- und Lohnnebenkosten, gesetzliche und tarifliche Regulierungen mit dem Ziel ins Visier genommen werden, vor hohen Lohnabschlüssen in laufenden Tarifverhandlungen zu warnen. Ins gleiche Horn stießen auch Bundeskanzler Kohl ("Kollektiver Freizeitpark") und sein Wirtschaftsminister Rexrodt, dessen "Bericht der Bundesregierung zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland" ein düsteres Szenario zeichnete. Aber es geht uns an dieser Stelle weder um die unübersehbare Notwendigkeit industriepolitischer Maßnahmen, noch um die bereits oben erwähnte objektive Seite des sich globalisierenden Kapitalismus, der die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaftsbewegung einschränkt, obwohl wir gerade überzeugt sind, daß es ihr primäres Ziel sein muß, diese Aktionsfähigkeit im übernationalen Kontext zu konstituieren.

² Für detaillierte Informationen zu unseren ideologietheoretischen Konzept vgl. Brinkmann/Seifert 1993.

Statt einer solchen offensiven Reaktionsvariante dominiert aber die defensive Schneckenhausmentalität das gewerkschaftliche Verhalten: man läßt sich auf die "Standortdebatte" ein und akzeptiert damit bereits schweigend den zentralen und entscheidenden Referenzrahmen dieses Diskurses, den Nationalstaat.

Gefangen in diesen diskursiven Grenzen laufen dann auch die meisten Argumente auf die Beteuerung hinaus, daß die Gewerkschaften dazu beitragen (wollen), den "Standort Deutschland" zu sichern. Das Mitmischen zieht eine stillschweigende aber zwangsläufige Fokussierung des Nationalen mit sich, indem wirtschaftspolitische Diskurse mit nationalen Diskursen artikuliert werden. Andererseits garantiert es die Verankerung der Vertretung der Lohnabhängigen im historischen Block: man ist (immer noch) "politikfähig", da man die gesetzte Thematik eifrig reproduziert. Für die vom post-fordistischen Verteilungskampf besonders bedrohten und von Sozialängsten nicht gerade verschonten jungen ArbeitnehmerInnen bieten sich Gewerkschaften im Rahmen der "Standortdebatte" als Instrument an, um die eigene Statusposition zu verteidigen und mittels "politischen Druck(s) diese Statusposition in die Formierung eines neuen Kompromisses einzubringen" (Demirovic 1994, S. 46). Konkret sieht das so aus: der "Standort Deutschland" mit all seinen impliziten Konnotationen wird (z.B. in der "Mitbestimmung", 1/94, S. 3) nicht mehr distanzierend in Anführungszeichen gesetzt, vielmehr wird eine sachgerechte Debatte eingefordert. Der militärische Jargon dieser Debatte ist unübersehbar. So geht es um die "Überlebensfähigkeit" der Deutschen, die "Märkte erobern" müssen, denn nur durch "Neueroberung" sei diese zu erhalten (ebd., S. 42f.). Nationale Horrorszenarien zeichnet auch Prof. Dr. Utz-Hellmuth Felcht in der "Gewerkschaftlichen Umschau. Zeitschrift für die Funktionäre der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik" (1/94, S. 14), wenn er befürchtet: "Der Chemie-Standort ist ernsthaft in Gefahr", "Know-how und Wissenschaftler werden zunehmend Deutschland verlassen", "Deutsche Produkte werden aus dem Markt gejagt". Es liegt außerdem die Vermutung nahe, daß daneben auch ethnozentristische Elemente in diese Diskurse einfließen. In einem Beitrag in der gleichen IG-Chemie Funktionärszeitschrift (S. 11f.) berichtet Prof. Dr. Erich Häußer, Präsident des deutschen Patentamtes in München, in einem Text, der vor "wir", "uns" und abgeleiteten Personalpronomina nur so strotzt: "Seit Jahren ist zu beobachten, daß der Anteil inländischer Patentanmeldungen im eigenen Land rückläufig ist und zwischenzeitlich mehr als 60% der in Deutschland wirksamen Patente in fremder Hand sind, überwiegend aus den beiden Ländern, die unsere härtesten Konkurrenten auf dem Weltmarkt sind. Die ausländischen Patentmärkte - ich denke dabei vor allem auch an die aufstrebenden Volkswirtschaften in Asien, aber auch in Mittel- und Osteuropa - werden systematisch von Japan und den USA erobert, während sich die Deutschen weit abgeschlagen mit dem dritten oder überhaupt keinem Platz zufrieden geben." Deutschland werde technologisch, "wenn wir so

weitermachen", vom fünften auf den 18. Platz zurückfallen. Dies beunruhigt auch den IG-Chemie-Vorsitzenden Rappe. In einem Bericht zum ersten "Sozialpartnerforum Arbeitsplatz Chemie" berichtet die "Quelle" (4/94, S. 9): "IG-Chemie-Chef Rappe wies darauf hin, daß zwar die Hälfte der Chemie-Investitionen in Deutschland bliebe, bedenklich müsse jedoch stimmen, daß im Ausland die neuen, im Inland jedoch nur die Ersatzinvestitionen getätigt würden." Aus der Einsicht und Erfahrung der Internationalisierung der Kapitalströme zieht Rappe eindeutige Schlüsse: "Auch Sozialdemokrat Rappe setzt auf wirtschaftliche Deregulierung. Als Beispiel für zu viel bürokratische Hemmnisse führte er die Marburger Behring-Werke an, die in Deutschland zwei Jahre auf die Genehmigung für ein Gentechnik-Produkt hätten warten müssen. In Frankreich wäre das in acht Wochen erledigt gewesen." Die Metamorphose der ehemaligen Tarifparteien zu Sozialpartnern treibt erwartungsgemäß im nationalen Diskurs die eindrucksvollsten Blüten. Während Rappe auf jenem Sozialpartnerforum betont: "Wir wollen deutlich machen, daß wir die Chemie in Deutschland haben wollen. Wir müssen die Bundesrepublik als produzierenden und forschenden Industriestandort erhalten" (Gewerkschaftliche Umschau 2/94, S. 35), ergänzt sein Partner Justus Mische vom Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC): "Uns steht die Sorge im Gesicht geschrieben, was wird aus den Arbeitsplätzen in unserem Land" (ebd.). Von dieser gemeinsamen Sorge ist der Schritt zur Festungsmentalität nicht weit. *Ökonomische Antagonismen werden zurückgestellt, statt dessen wird national integriert*: "Zur Zukunft des Standorts Bundesrepublik bedarf es eines partnerschaftlichen Verhaltens", stellt die "Gewerkschaftliche Umschau" fest und schlußfolgert: "Unter langfristigen Aspekten des Chemiestandortes Deutschland - das heißt bei der Erhaltung von Chemieproduktionen und Arbeitsplätzen - stimmen die Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber prinzipiell überein" (ebd., S. 36). Hier findet sich jedoch die Konstruktion einer Interessengemeinschaft³ nach scheinbar sozialen, tatsächlich aber nationalen Gesichtspunkten in Reinform. Was noch fehlt, sind national-strategische Schlußfolgerungen und explizite Feindbenennungen. Dazu aus gleicher Quelle ein weiteres Zitat aus Rappes Referat: "Vor dem Hintergrund immer weiter steigender Arbeitslosigkeit - nicht nur in Deutschland - wird der Standortwettbewerb immer schärfer." Im Interesse des Industriestandortes Deutschland fordert er nationale Industriepolitik und nationale Energiekonsensgespräche. In die gleiche Richtung geht seine Kritik der angebotsorientierten Politik: "Wird diese verhängnisvolle Entwicklung nicht gestoppt, läuft der Industriestandort Bundesrepublik Deutschland Gefahr, seine entscheidenden Wettbewerbsvorteile gegenüber osteuropäischen Industriestaaten und ostasiatischen Schwellenländern einzubüßen". Damit dürften die Frontlinien klar sein. Anstatt die Veränderungsrichtung des historischen Blocks zu beeinflussen, sucht man nach An-

³ Damit soll kein prinzipieller Einwand gegen gewerkschaftliches Co-Management auf betrieblicher und industriepolitischer Ebene vorgebracht werden.

schlußmöglichkeiten und findet die Fokussierung des Nationalen. Auf diesem diskursiven Altar opfert man bereitwillig internationalistische Überlegungen: die "Dritte Welt" und ebenso die vormalige "Zweite Welt" werden lediglich als Billiglohnkonkurrenten thematisiert und konstruiert. Vor diesem nationalen Hintergrund steht auch die an sich gerechtfertigte Kritik an neoliberalen Wirtschaftsstrategien unter einem schlechten Stern: Hier scheint man den Teufel mit dem Beelzebub austreiben zu wollen. Ein letzter Blick auf das Gemeinsame Communiqué "Arbeitsplatz Chemie" von IGCPK und BAVC: "Die Chemie-Sozialpartner sind sich einig, daß gemeinsam alle Anstrengungen unternommen werden müssen, um den Chemie-Standort zu sichern und damit die Beschäftigung in einem möglichst großen Umfang zu fördern." (ebd., S. 36) Es bleibt offen, ob die gefährliche Fokussierung des Nationalen bereits "alle Anstrengungen" repräsentiert oder ob noch Ärgeres und Ärgerlicheres zu erwarten ist und ob die gewerkschaftliche Anpassung an profitorientierte Modernisierungs- und Rationalisierungsstrategien der Unternehmer tatsächlich neue Arbeitsplätze schafft.

Diskurs der nationalen Normalisierung

Während die (neokonservativen) Anstrengungen, die "Nation Deutschland" als "normal" zu konstruieren, in den 80er Jahren vornehmlich auf die "Normalisierung" der faschistischen Vergangenheit ("Historikerstreit") abzielten, ist es seit der deutschen Einheit eine Gepflogenheit des historischen Blocks, diese Normalisierung auch außenpolitisch einzufordern. Ein Sitz im Sicherheitsrat der UNO muß es schon sein, ebenso möglichst umfassende Beteiligung an Kampfeinsätzen von UNO und NATO: wie sollte man auch sonst seiner neuen Verantwortung gerecht werden? Diese diskursive Neudefinition von "Verantwortung" erfüllt im Rahmen der Normalisierungsdebatte u.E. den Zweck, zur Konstruktion nationaler Identität beizutragen, der dann mit "realistischen", klassisch autoritären Politikmustern entsprochen werden kann. Man möchte meinen, dieses sei nicht das Feld für gewerkschaftliche Affirmation, aber auch hier wird man vom obersten ideologischen Stockwerk eines besseren belehrt. So forderte z.B. der Mitarbeiter der Grundsatzabteilung beim IG-Metall-Vorstand W. Kowalsky in seiner 1992 bei Ullstein erschienenen Streitschrift "Rechtsaußen ... und die verfehlten Strategien der deutschen Linken" (Kowalsky 1992a) sowie in einem Interview mit der rechtsextremistischen Gazette "Junge Freiheit" (Kowalsky 1992b), die Linke müsse "ihr Verhältnis zur Nation überdenken", sprich diesen Referenzrahmen aktiv und offensiv ausfüllen.

Außenpolitisch gewendet wurde diese Anstrengung von H.-J. Schabedoth und W. Schroeder von der gleichen IG-Metall-Vorstandsabteilung (vgl. Schabedoth/Schroeder 1992). Das linke Engagement für internationale Solidarität drohe zur "Nichtpolitik" zu werden, sofern nicht der "mentale Immobilismus" eines Denkens aufgebrochen werde, das sich einer Ände-

zung des Asylrechts verweigere. Mehr noch: all jene "Verweigerer" leisten diesen Autoren zufolge der Politikverdrossenheit Vorschub, da sie die Politik ihrer Handlungsmöglichkeiten berauben. Politische Handlungsfähigkeit beschränken die Autoren hierbei bewußt und abwehrend auf das Terrain des klassischen Nationalstaats, während sie im Falle der von ihnen diskutierten Blauhelmeinsätze deutscher Soldaten aus dieser "Defensive" herauskommen wollen, um "alle Möglichkeiten international abgestimmter Aktionen, vom Embargo bis zum Militäreinsatz sorgfältig abzuwägen und zu diskutieren". Internationale Politik scheint sich in diesem Denkmuster vor allem auf klassische militärische Mittel zu beschränken. Das angestrebte Ziel der Wiederherstellung von Politikfähigkeit im historischen Block wird sodann auch traditionell *stockwerkübergreifend* durch Intervention in den Diskurs nationaler Normalisierung begründet: "Ist es moralisch gerechtfertigt und links, den gewachsenen Unmut in der Bevölkerung über den offenkundigen massiven Mißbrauch des Asylrechts pauschal als Ausländerfeindlichkeit abzustempeln (...)" (ebd.). Hier gibt das oberste Stockwerk seinen Segen nach dem Motto: 500 000 Stammtische können sich nicht irren ...

Mit der Absicht, "linke Ideale ... ein wenig realistischer" zu formulieren, klagt Kowalskys in gleicher Manier in einem späteren, gemeinsam mit W. Schroeder herausgegebenen Buch eine offene Diskussion darüber ein, "ob sich eine der weltweit stabilsten Demokratien, eine der größten Exportnationen, die auch weltpolitisch Verantwortung übernehmen muß und will, aus allen militärischen Auseinandersetzungen heraushalten kann" (Kowalsky/Schroeder 1993, S. 15). Dies nicht zuletzt deshalb, weil zu "unserem wohlverstandem Eigeninteresse" auch gehöre, "Schutz vor den Auswirkungen sozialer Konflikte in anderen Ländern" zu haben (ebd., S. 17). Ist es angesichts dieses, von ihnen selbst als "sozialpatriotisch" deklarierten Nationalbewußtseins glaubhaft, wenn die Autoren beteuern, keine Festung Europa zu wollen? Zumal sie vor dem Hintergrund ihrer These, daß "an die Stelle der polarisierenden Aspekte des Konzeptes von der Klassengesellschaft die Suche nach einer Stärkung der gesellschaftlichen Integrationsfähigkeit treten müsse" (ebd., S. 31), diese nationale Integration auch darüber erreichen wollen, daß die "Einwanderungspforte" nur "einen Spalt weit offen steht" (ebd., S. 19), also die Tür jederzeit wieder zugeschlagen werden kann, wenn die Einlaß Begehrenden zu viele werden oder unwillkommen sind.

Die Krux dieser Anstrengungen, sich unter dem Dach der nationalen Identität einzufinden, liegt auf der Hand: Real erfahrene gesellschaftliche Widersprüche des unteren Stockwerkes müssen ebenso wie Subalternitätserfahrungen auf alternative Erklärungsmuster zurückgreifen. Nachdem im nationalen Diskurs die sozialen Antagonismen weitgehend aufgehoben zu sein scheinen, bleibt noch der Rückgriff auf Diskurse der Differenz: als Auswege präsentieren sich Bodyismus, Sexismus, Ethnozentrismus, Rassismus. So ist der Weg von "Klasse" zu "Rasse" nicht so weit, wie diese Ka-

tegorien vermuten ließen. Vielleicht lassen sich die angesprochenen Wahlergebnisse wie auch Fragmente rechtsextremistischer Weltanschauungen im unteren Stockwerk nun leichter verstehen.

Dem ließe sich entgegenwirken, indem man konsequent die Konstruktion von Differenzen ablehnte. Aber auch hier offenbaren sich Schwächen, wie z.B. im Geschlechterdiskurs.

Geschlechterdiskurs

Eine konsequente Gleichberechtigungspolitik würde für die Gewerkschaften ein strukturelles Umdenken implizieren. Die bislang weitgehend unausgesprochene Orientierung am Leitbild des männlichen Durchschnittsarbeiters (vgl. Kurz-Scherf 1986, S. 537) müßte dazu radikal aufgebrochen werden. Dies bedeutet, daß frauenspezifische Forderungen zu Arbeitszeit, Lohn und Arbeitsbedingungen in Tarifverhandlungen thematisiert und durchgesetzt werden müssen, ohne "die Frauen" auf quasi-natürliche Zuschreibungen festzulegen. Aber schon die Vorbereitungen auf den diesjährigen DGB-Bundeskongress zeigten die Schwierigkeiten bei der Durchsetzung derartiger Forderungen. So berichtet die "Quelle" (6/1994, S. 11): "Widerspruch hat die Antragsberatungskommission angemeldet gegen den Frauen-Antrag, staatliche Subventionen 'ohne Einschränkungen' an frauenfördernde Auflagen zu bieten; sie schlägt vor, solche Auflagen nur zu 'berücksichtigen'." An gleicher Stelle findet sich eine Ablehnung der Forderung des DGB Bayern, "sich für einen Lohn- und Gehaltsausgleich von mindestens 90% des letzten Familieneinkommens für die Dauer des Erziehungsurlaubes einzusetzen": betroffen wären immer noch in der Mehrzahl Arbeitnehmerinnen.

Auch innerorganisatorisch ist umstritten, ob im Zuge der angestrebten DGB-Reform eine Frauenquote⁴ eingeführt werden "soll" oder "muß" (ebd., 6/94, S. 10), die dann auch nicht 50% betragen sondern lediglich den Anteil der weiblichen Mitglieder (DGB-weit ca. 33%) repräsentieren soll. Weitere Beispiele für den fragwürdigen Umgang mit der Geschlechterproblematik sind leicht aufzuzeigen: die Art und Weise, wie das Mai-Motto von 1993 "Frau geht vor" von Männern gekippt wurde; die offensichtliche Unvorstellbarkeit, daß eine Frau Vorsitzende des Gewerkschaftsdachverbandes werden könnte etc. Auch die Thematisierung von Sexismus in den eigenen Reihen läßt vielfach zu wünschen übrig.⁵ Insgesamt bleibt festzuhalten, daß die Lohnabhängigen-Vertretung sich auch in diesem Bereich nicht klar vom (neokonservativen) Zeitgeist abgrenzt, der "weiche" Themen wie die Geschlechterfrage ins Abseits verweist. Mit der Festschreibung patriarchaler Strukturen erfährt die vorherrschende Naturalisierung von Geschlechterdifferenzen so eine nicht zu unterschätzende Unterstüt-

⁴ Zu den Perspektiven gewerkschaftlicher Frauenpolitik vgl. von Camen 1993.

⁵ Vgl. z.B. den Sexismus-Artikel in der NGG-Zeitschrift "einigkeit" 2/94, S. 16ff.

zung. Die Alternative ist klar: Gewerkschaften müssen die Benachteiligung von Frauen radikal und konsequent als *soziale* Problematik thematisieren. Das bedeutet sicherlich eine Frontstellung nicht nur gegen weite Teile des historischen Blocks, sondern auch gegen beharrliche Widerstände in allen drei Stockwerken der eigenen Organisation. Hier aber liegt auch eine große Chance, sich dem gesellschaftlich dominanten Rechtsruck entgegenzustemmen.

Leistungsdiskurs

Die Teilhabe an Leistungsdiskursen konterkariert gewerkschaftliche Versuche, einer weitverbreiteten AusländerInnenfeindlichkeit entgegenzuwirken. Die Problematik liegt z.B. im Versuch begründet, die ökonomisch-formale Logik des Leistungsdiskurses für die Überzeugungsarbeit in anderen Diskursen verwenden zu wollen. Die Konstruktion von AusländerInnen als gute MitbürgerInnen, die schließlich Steuern und Beiträge zu den Sozialversicherungen zahlen, die ebenso mit ihrer tätigen Mithilfe zum Wirtschaftswachstum beitragen, welches wiederum Deutsche mit neuen Arbeitsplätzen versorgt (vgl. z.B. HBV Basisdienst 1/93, S. 4), baut zu sehr auf den Grundfesten des Utilitarismus auf. Diese Argumentation erweckt den Anschein, als seien Menschenrechte in irgendeiner Weise an individuelle Leistungsfähigkeit koppelbar. Außerdem liegt ein fataler Umkehrschluß nahe: Da AsylbewerberInnen nicht arbeiten (dürfen!), haben sie auch kein Recht auf Unterstützung durch "uns Deutsche"⁶. Aber nicht nur die Würde des Nettozahlers ist unantastbar!

Ein weiteres Problem der gewerkschaftlichen Involvierung in den Leistungsdiskurs ist die problematische Unterstützung von Kosten-Nutzen-Haltungen ihrer Klientel, die durch vorwiegend an quantitativen Maßstäben orientierte Tarifverhandlungen gefördert werden. Falls die Einlösung des fordistischen Versprechens immer größerer Teilhabe an konsumtiven Ausgaben ausbleibt, ist die Suche nach den Schuldigen daran nur noch eine Frage der Zeit. Heitmeyer betont: "Es gibt nach unseren Ergebnissen eine enge Korrespondenz der Akzeptanz von Ideologien der Ungleichheit und Gewaltakzeptanz mit instrumentalistischen Arbeitsorientierungen, die auch Solidarität untergräbt" (Heitmeyer 1992, S. 630). Kritisch hinterfragt werden müßten in diesem Zusammenhang also auch Tarifstrategien wie die diesjährige im Bankgewerbe, die unter dem Motto "Arbeit sichern, Leistung belohnen" stand (HBV 1994)⁷. Die Nähe zum neokonservativen Slogan der Wendezeit "Leistung muß sich wieder lohnen!" ist frappant.

⁶ Es drängt sich hier die Überlegung auf, ob es nicht auch ein Zeichen von internationaler Solidarität wäre, analog zum kontrovers diskutierten "Kirchenasyl" ein "Gewerkschaftsasyl" einzurichten.

⁷ An dieser Stelle kann auf den problematischen Zusammenhang von Leistungs- und Etabliertendiskursen und Wohlstandschauvinismus nur verwiesen werden, bei denen das eigene Klientel angerufen wird und diese Interpellation sich auf dessen raum-zeitliche Vor-

Wohlgemerkt: Es geht natürlich nicht darum, die Gewerkschaften pauschal in die Nähe rechtsextremistischen Gedankengutes zu rücken. Vielmehr tragen zahlreiche aktive GewerkschafterInnen in anti-nationalistischer und anti-faschistischer Arbeit zur Erhaltung von Zivilität bei. Wir halten dagegen eine erhöhte Reflexivität und Sensibilität insbesondere der gewerkschaftlichen Offiziellen bezüglich der Verortung in gesellschaftlich relevanten Diskursen und der Beurteilung ihrer Wirkung auch im Hinblick auf den Rechtsextremismus für unbedingt erforderlich.

Literaturverzeichnis:

- Brinkmann/Seifert 1993: Ulrich Brinkmann, Matthias Seifert, Jugend, Rassismus und Gewerkschaften, Diplomarbeit am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Philipps-Universität Marburg
- von Camen 1993: Gabriele von Camen, Zwei Schritte vor - ein Schritt zurück: Die Frauenpolitik des DGB in: Frankfurter Rundschau, 18.8.1993, S. 10
- Demirovic 1994: Alex Demirovic, Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, in: Institut für Sozialforschung (Hg.), Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Studien zur aktuellen Entwicklung, Frankfurt/M. 1994
- einigkeit, 2/1994
- Gewerkschaftliche Umschau. Zeitschrift für die Funktionäre der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik, 2/94
- Gramsci 1967: Antonio Gramsci, Philosophie der Praxis, Frankfurt/M. 1967
- HBV-Basisdienst, 1/1993, Hg. Pressestelle des Vorsitzenden
- HBV 1994: HBV, Der Nadelstich. Eine Information für Bank- und Bausparkassenangestellte, Januar 1994
- Heitmeyer 1992: Wilhelm Heitmeyer, Eine gewerkschaftliche Politik gegen Rechtsextremismus findet nicht statt, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 10/1992
- Meyer 1992: Thomas Meyer, Die Inszenierung des Scheins, Frankfurt/M. 1992
- Mitbestimmung 1/94
- Kowalsky 1992a: Wolfgang Kowalsky, Rechtsaußen ... und die verfehlten Strategien der deutschen Linken, Berlin/Frankfurt/M. 1992
- Kowalsky 1992b: Wolfgang Kowalsky, Die Linke muß ihr Verhältnis zur Nation überdenken, Interview in: Junge Freiheit, 11/92
- Kowalsky/Schroeder 1993: Wolfgang Kowalsky, Wolfgang Schroeder, Linke, was tun?, Nördlingen 1993
- Kurz-Scherf 1986: Ingrid Kurz-Scherf, Von der Emanzipation des Brunnenmädchens in Heilbädern, in: WSI-Mitteilungen 8/1986
- Müller-Jentsch 1993: Walther Müller-Jentsch, Gewerkschaftliche Antworten auf den gesellschaftlichen Wandel, in: Kowalsky/Schroeder 1993
- Die Quelle, DGB-Funktionärszeitschrift, 6/1994
- Schabedoth/Schroeder 1992: Hans-Joachim Schabedoth, Wolfgang Schroeder, Nichts ist so lähmend wie überholte Orientierungen, in: Frankfurter Rundschau, 7.11.1992, S. 16

rangstellung bezieht, eine Stellung, die es vor allem gegenüber vier Millionen Arbeitslosen auszeichnet.

Harald Werner

Der exemplarische Streit um das exemplarische Lernen

Erinnerung an alte Fronten in der Debatte um Gewerkschaftsbildung und ihre Neuaufgabe

Ausgerechnet in dieser für die Gewerkschaften nicht unproblematischen Situation ist in der IG Metall eine Debatte über die Ziele und Methoden gewerkschaftlicher Bildungsarbeit entbrannt.¹ Parallelen finden sich auch in anderen Gewerkschaften, wie etwa der IG Medien. Vieles in dieser Diskussion erinnert an Auseinandersetzungen in den 70er Jahren, als sich am Streit um den sogenannten Erfahrungsansatz Pole herausbildeten, die nur sehr vermittelt etwas mit Didaktik und Methodik zu tun hatten, sondern eigentlich in politischen Differenzen der Gewerkschaftslinken wurzelten. Der alte Streit ist vergessen, doch seine Verlaufsformen scheinen sich zu reproduzieren, so daß es lohnend erscheint, sie einer rückblickenden Kritik und wohl auch Selbstkritik zu unterziehen.

Es gehört zu den Besonderheiten der bundesdeutschen Gewerkschaftsgeschichte, daß sich ihre strategischen Kontroversen oder Wendepunkte häufig an methodischen Fragen der Bildungsarbeit festmachten. Das war in den 60er Jahren der Fall, als Oskar Negt den Begriff des exemplarischen Lernens der pragmatischen Funktionärsbildung entgegensetzte; das war auch in den 70er Jahren so, als der sich auf ihn beziehende Erfahrungsansatz in die Kritik geriet, und das scheint sich in der aktuellen Bildungsdiskussion der IG Metall zu wiederholen, wenn die Lernziele Interessengegensatz und Gestaltungskompetenz entgegengesetzt werden. Diskutiert wird über Ansätze und Lernziele, gemeint sind Strategien, und die Bildungsarbeit wird zum exemplarischen Fall gewerkschaftlichen Selbstverständnisses.

Im Grunde genommen ist das nicht nur negativ zu bewerten, weil es den hohen Stellenwert widerspiegelt, den die Gewerkschaftsbewegung hierzulande der gedanklichen Aneignung gesellschaftlicher Realität beimißt, aber andererseits dient das Austragen strategischer Fragen auf dem Feld der Bildungsarbeit weder der Strategiediskussion noch der Bildungsarbeit. Nicht, daß man beides voneinander trennen könnte oder gar sollte, denn eine Bildungsdiskussion ohne strategische Orientierung ist ebenso sinnlos, wie eine Strategiedebatte nutzlos ist, wenn sie an der Bildungsarbeit vor-

¹ Vgl. dazu: Richard Detje und Otto König, Politische Bildungsarbeit heute, sowie: Alfons Eilers, Bildung wofür?, in: Sozialismus 6/94, S. 46ff.

beiläuft. Aber beide Diskussionen haben eigene Fragestellungen, die zu kurz kommen, wenn sie am falschen Gegenstand diskutiert werden. So lange unterschiedliche strategische Orientierungen in der Verhüllung methodischer und didaktischer Probleme auftreten, bleiben sie unscharf, und wenn die Probleme der Bildungsarbeit mit strategischen Differenzen aufgeladen werden, verkümmert die methodische Diskussion zum ideologischen Schlagabtausch.

Wahrscheinlich ist es ein Stück deutscher Tradition, an Bildungsfragen gesellschaftliche Alternativen zu entwerfen, aber es ist auch typisch für die bundesdeutsche Gewerkschaftsgeschichte, in der die linke Intelligenz immer eine wichtige, aber mißtrauisch auf den Bildungssektor eingegrenzte Rolle spielte. Nach '68 war es zunächst die Jugendbildungsarbeit, später waren es auch alle anderen Bereiche, über die marxistisches Denken in die Gewerkschaften zurückkehrte, was schließlich auch dadurch verursacht wurde, daß der gewerkschaftliche mainstream spätestens seit dem Anfang der 60er Jahre ohne jedwede theoretische Begründung auskommen konnte, während sich in der Bildungsarbeit ein linker Diskursraum öffnete, in dem gewerkschaftliche Praxis neu durchdacht und mit Kapitalismuskritik verbunden werden konnte. Erst im Nachhinein veränderte sich damit auch das gewerkschaftliche Alltagsgeschäft, so daß auf die Wiederbelebung der Bildungsarbeit in den 70er Jahren schließlich auch eine allmähliche Linksentwicklung der Gewerkschaften folgte. Heute, nach dem Schock von 89 und den vielen klammheimlichen Seitenwechsellern, ist der intellektuelle Druck aus der Bildungsarbeit eher mäßig geworden, so daß sich die Frage aufwirft, ob das damalige Austragen politischer Differenzen anhand von Bildungskonzeptionen nicht ein Nullsummenspiel gewesen ist, denn die gegenseitigen Blockaden zeigen noch heute ihre Spuren, obwohl es in der Bildungsarbeit schon lange nicht mehr darum geht, auf welche Weise Kapitalismuskritik vermittelt wird, sondern ob überhaupt. Und insofern mögen sich zwar in der Kontroverse zwischen Interessengegensatz und Gestaltungskompetenz alte Formen der Bildungsdiskussion beleben, aber ihr Inhalt ist ein anderer. Während es im Streit um den Erfahrungsansatz noch um unterschiedliche Formen des Begreifens gesamtgesellschaftlicher Zusammenhänge ging, steht heute dieser Anspruch selbst zur Disposition.

So grundrichtig die Vorstellung ist, gestaltend in den kapitalistischen Entwicklungsprozeß einzugreifen und sich ihm nicht nur abstrakt entgegenzustellen, neu ist das alles nicht. Neu sind nur die Formen und Eingriffspunkte, die sich in den letzten eineinhalb Jahrzehnten mit dem Umbruch in der Produktionsweise herausgebildet haben. Vergleicht man diese Umbrüche, die mit neuen Unternehmenskonzepten, modernen Managementphilosophien und flexibilisiertem Arbeitskräfteeinsatz daherkommen, mit den Umbrüchen, die bei der Durchsetzung der fordistischen Produktionsweise entstanden, so zeigen sich nicht nur gravierende Unterschiede, sondern auch verblüffende Ähnlichkeiten: Damals wie heute bieten sich einerseits qualitativ neue Mitwirkungsmöglichkeiten, und der Zwang zur Ver-

mittlung neuer Handlungskompetenzen bewirkt eine sowohl quantitativ zunehmende als auch qualitativ verbesserte Zweckbildung, während andererseits die Differenzierung gesellschaftlicher Strukturen eigentlich eine Intensivierung des Begreifens von Gesellschaft verlangt. Auf der einen Seite bildet sich eine neue Elite von InteressenvertreterInnen heraus, die immer intensiver in den Gestaltungsprozeß betrieblicher Gegebenheiten eingreifen lernt, und auf der anderen Seite verebbt die Kapitalismuskritik, weil sich alles ins Konkrete flüchtet. Das Gelände wird vielfältiger und zugleich unübersichtlicher.

An diesem Punkt befanden sich die Gewerkschaften, als Oskar Negt am Ende der 60er Jahre seinen Band "Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen"² herausgab. Die DGB-Gewerkschaften standen nach fast 20jähriger Integration vor einer Legitimationskrise, die auch mit Loyalitätsverlusten gerade in der Gewerkschaftsjugend verbunden war. Zwar konnten die in den 50er Jahren erlittenen Niederlagen im Kampf gegen das BetrVG und für die Mitbestimmung von steigenden Masseneinkommen und vielfältigen sozialen Kompromissen überlagert werden, und den Gewerkschaften bot sich in Betrieb und Gesellschaft auch eine breite Palette erweiterter Gestaltungsmöglichkeiten, aber deren Begrenztheit wurde umso deutlicher, je schärfer die grundlegenden gesellschaftlichen Defizite hervortraten. Die Hauptkritik Negts an der damaligen Bildungsarbeit richtete sich gegen die "spezialisierte Funktionärsschulung"³, die er als Folge der Trennung zwischen ökonomischem und politischem Kampf der Arbeiterbewegung bezeichnete. Das exemplarische Lernen sollte das Politische in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit neu begründen und die Gestaltungsaufgabe der Funktionäre in einen gesellschaftskritischen Rahmen einbinden. Und soziologische Phantasie wurde als eine Fähigkeit verstanden, "die Praxis in größeren Zusammenhängen zu sehen und neue Informationen möglichst schnell zu verarbeiten."⁴ Die Parallelen zur heutigen Situation sind unübersehbar. Damals waren die mit der Durchsetzung von Fordismus und Sozialstaatskompromiß geschaffenen Gestaltungsmöglichkeiten so umfangreich geworden, daß ein Bildungsbedarf entstand, der mit "nur" politischer Bildung nicht zu bewältigen war. Auch heute haben sich die Anforderungen auf eine Weise gewandelt, daß die Festlegung von Lernzielen etwas differenzierter ausfallen muß, als bei der Bewußtmachung des Interessengegensatzes stehenzubleiben. Allerdings dürfte auch der Nachweis schwerfallen, daß sich die auf das Lernziel Interessengegensatz ausgerichteten Konzepte in der Vergangenheit darauf beschränkt hätten. Selbst Negt kritisierte seinerzeit nicht die auf Mitbestimmung und Mitwirkung gerichtete Funktionärsschulung, er kritisierte ihre Abkopplung

² Oskar Negt, *Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen - Zur Theorie und Praxis der Arbeiterbildung*, Frankfurt/Main 1969.

³ Ders., 2. Auflage der überarbeiteten Neuausgabe, 1971, S. 17.

⁴ Ebenda S. 18.

vom Begreifen des Ganzen, und auch heute stehen nicht "Gestaltungskompetenz" oder "Begreifen des Interessengegensatzes" gegeneinander, sondern die Verabsolutierung des einen gegen das andere. Gestaltungskompetenz ohne Einsicht in gesellschaftliche Grundtatbestände und Widersprüche würde früher oder später genau da landen, wo die aus dem Sozialstaatskompromiß geborene Funktionärsbildung am Ende der 60er Jahre angekommen war, bei SpezialistInnen, die immer mehr können und immer weniger verstehen.

Wenn es in einem Diskussionspapier der IG Metall heißt, "der Interessengegensatz vermittele ein geschlossenes Bild der kapitalistischen Gesellschaft, in dem Gestaltungsspielräume nur noch schwer erkennbar" seien⁵, so bleibt eben auch die Frage, ob nach dem Sichtbarmachen der Gestaltungsmöglichkeiten der Interessengegensatz noch kenntlich ist. Sicher, der allseits beklagten neuen Unübersichtlichkeit ist kaum mit Vereinfachungen beizukommen, und es ist obendrein fraglich, ob der reale Interessengegensatz in dieser Welt nicht ganz andere Konstellationen beinhaltet, als sie sich auf der Betriebsebene nachweisen lassen, doch verschwindet damit nicht die Notwendigkeit, ihn kenntlich zu machen. Klaus Dörre findet, der Interessengegensatz sei "kein zureichendes Analyseraster, um die betriebliche Dynamik, z.B. partizipativer Managementkonzepte angemessen zu erfassen."⁶ Das ist sicher richtig, aber ebenso richtig ist, daß das denkbare Analyseinstrument, mit dem man die betriebliche Dynamik partizipativer Managementkonzepte erfassen kann, völlig untauglich ist, um die sozialen Verwerfungen der Zweidrittelgesellschaft oder gar die ökonomischen Verwüstungen der Weltwirtschaft in den Blick zu nehmen. Wenn sich die gewerkschaftliche Bildungsarbeit vom Erkennen des gesellschaftlichen Interessengegensatzes löst, nur weil dessen Demonstration manchmal allzu schlicht ausgefallen sein mag, und sich stattdessen der Qualifizierung für das "kritische Co-Management" zuwendet, tut sie nichts anderes als beim Übergang zur auf Partizipation angelegten "sozialen Marktwirtschaft", sie konzentriert sich auf das Funktionieren der Funktionäre. Die andere Form des Funktionierens, wie auch die gewandelten Gestaltungsformen, können kaum darüber hinwegtäuschen, daß diese "Zweckbildung" in die ausgetretenen Fußstapfen der Funktionärsbildung tritt. Was bleibt, sind die gewandelten Methoden: Teilnehmerorientierung, Visualisierung, Planspiel, Metaplan und jede Menge Erfahrungsansatz.

So unsinnig die schematische Entgegensetzung von Funktionärsbildung und politischer Bewußtwerdung, so unsinnig ist eine Konfrontation zwischen den Lernzielen Gestaltungskompetenz und Fähigkeit zur Entwicklung von Gegenmacht, denn in der Praxis kommt Gestaltungswillen nicht ohne Gegenmacht aus. In der Bildungsarbeit läßt sich freilich beides von-

⁵ Diskussionspapier "Bildungsarbeit der IG Metall, Investitionen in eine andere Zukunft", zitierte nach Detje/König, a.a.O., S. 48.

⁶ Ebenda.

einander lösen, und so wie die Dinge liegen, setzt sich der Praxisdruck allemal durch, wenn nicht gegengesteuert und das gesellschaftliche Begreifen zum Ausgangspunkt aller Zweckbildung genommen wird. Deshalb besteht das Problem der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit grundsätzlich darin, die Fähigkeit zum konkreten Eingreifen in den betrieblichen Alltag mit dem Begreifen gesellschaftlicher Grundtatbestände zu verbinden. Wenn die Kapitalismuskritik diese Eingriffsfähigkeit nicht fördert, dann kann sie nicht auf dem Altar der Gestaltungskompetenz geopfert werden, man muß sie erneuern. Aber das ist eben nicht in erster Linie ein methodisches, sondern ein inhaltliches Problem. Wenn die schlichte Darstellung des Interessengegensatzes nicht geeignet ist, von ihm aus zum Begreifen der neuen Gestaltungsmöglichkeiten und Notwendigkeiten aufzusteigen, dann bleibt in erster Linie die Frage zu beantworten, wovon dann auszugehen ist, wenn man sich nicht mit dem Begreifen des sinnlich Konkreten begnügen will.

Bei allen Verdiensten, die sich Negt seinerzeit mit seinem Buch erworben hat, konnte auch der Erfahrungsansatz diesen Anspruch nicht befriedigend einlösen. Denn Negt hatte zwar die Notwendigkeit herausgearbeitet, den Zusammenhang zwischen Erfahrung und Begreifen wiederherzustellen, aber seine Hinweise, wie er denn zustandekommt, verblieben auf der wissenssoziologischen Ebene und drangen nicht zu den lerntheoretischen Problemen vor, die sich aus der Unterschiedlichkeit von empirischer und theoretischer Verallgemeinerung ergeben. In den konkreten Konzepten taugte die Erfahrungsdiskussion zu wenig mehr, als zur Motivierung der TeilnehmerInnen, und der "exemplarische Fall" erwies sich meistens als bloßer pädagogischer Einstiegsfall, weil nach der erfahrungsbezogenen Diskussion wie eh und je zur Theorievermittlung übergegangen wurde.⁷ Der Gerechtigkeit halber muß gesagt werden, daß sich die Beschäftigung mit den Erfahrungen der Lernenden dennoch als Fortschritt bemerkbar machte, denn die Lösung des Motivationsproblems und die Verbindung von Theorievermittlung mit ihrer Anwendung hat in der klassischen Arbeiterbildung vor Negt eine nur untergeordnete Rolle gespielt.

Die Kritik hätte sich damals eigentlich darauf richten müssen, Negts Ansatz aufzugreifen und weiterzuführen. Aber es ging, wie oben dargestellt, viel weniger um didaktische als um ideologische Probleme. Innerhalb der Gewerkschaftslinken und natürlich im besonderen Maße innerhalb der Bildungsarbeit, standen sich verschiedene Lesarten des Marxismus, oder besser gesagt: unterschiedliche Vorstellungen von sozialistischer Politik gegenüber, die sich gegenseitig blockierten und die beim anderen ausgemachte Defizite zum Nachweis grundsätzlicher Realitätsblindheit stili-

⁷ Am eindeutigsten bewies dies das Konzept der Jugendbildung in Oberursel. Vgl. Lothar Kamp, Hinrich Oetjen, Reinhard Reibsch, Heidi Riedel, Nikolaus Simon, Bericht aus der Praxis der DGB-Bundesjugendschule Oberursel, in: Brock, Müller, Negt, Arbeiterbildung, Reinbek 1978, S. 179f.

sierten.⁸ Aus heutiger Sicht, und die ist natürlich im Hinblick auf die eigene Rolle in dieser Debatte immer noch parteiisch, gibt es nach wie vor Kritikpunkte am Erfahrungsansatz, aber auch Bedenkenswertes, das seinerzeit bedenkenlos verworfen wurde. Der Erfahrungsansatz stand für seine Kritiker nicht für die Wertschätzung von Erfahrung in der Bildungsarbeit, sondern als Ausdruck des Spontaneismus, und umgekehrt wurden die VertreterInnen einer eher an der Genetik der marxischen Darstellungslogik orientierten Didaktik nicht mit ihrer Erkenntnistheorie indentifiziert, sondern mit ihrer Nähe zum realsozialistischen Modell.

Die Kritik am Erfahrungsansatz richtete sich eigentlich nicht gegen den Versuch, aus Alltagserfahrungen gesellschaftliche Einsichten zu entwickeln, sondern gegen die Beliebigkeit oder Unschärfe des geeigneten Erfahrungsbereichs, weil eben zum Beispiel auch Marx bei der Darstellung des Grundsachverhalts dieser Gesellschaft zwar bei alltäglichen und sinnlich konkreten Gegenständen beginnt, aber nicht bei beliebigen. Es kommt immer darauf an, den Gegenstandsbereich zu finden, in dem sich das Wesentliche eines Sachverhalts widerspiegelt und daran zu denken, daß jedes Wissen eine genetische Struktur hat, die sich einem nicht durch die Diskussion beliebiger Alltagserfahrungen erschließt. Im Gegenteil, wie schon Marx betonte, sind wissenschaftliche Einsichten für den Alltagsverstand meistens paradox, so daß sich das Naheliegendste, nämlich die eigene Erfahrung, mit ihrer Pseudokonkretheit dem theoretischen Begreifen in den Weg stellt. Deshalb wurde im Gegensatz zum Erfahrungsansatz der Vorschlag gemacht, wie bei Brecht von verfremdeter Wirklichkeit auszugehen, um die Wirklichkeit bis zur Kenntlichkeit zu verfremden. Anders als zum Beispiel im Oberurseler Konzept sollte nicht von den Erfahrungsberichten zur Tafelarbeit übergegangen werden, was letztlich nicht mehr als ein Übergang zum Lehrgespräch ist, sondern gesellschaftliche Grundtatbestände sollten anhand modellhaft konstruierter Wirklichkeit verdeutlicht werden. Dies sollte sich nicht an konkreten Erfahrungen vollziehen, die ja bereits Endpunkt von fehlerhaft verlaufenden Deutungsprozessen sind, und auch nicht auf der Grundlage konkretistisch erzählter Beispiele, sondern ähnlich wie bei Brecht, anhand aufs Wesentliche reduzierter Bilder.⁹ Erfahrungsdiskussionen sollten der Problemfindung und der Motivation dienen, aber anders als bei Negt wurde das Exemplarische auf eine Art Fabel reduziert, die konkret, aber nicht konkretistisch, und zugleich abstrakt, aber nicht gegenstandslos sein sollte.

Daß dieses Vorgehen als "abstraktes Theorielernen" denunziert wurde, verdankt sich der gleichen Blindheit, mit der im Gegenzug der Erfahrungsansatz in die Kiste des "Spontaneismus" und "subjektiven Idealismus" gestopft wurde. Eine wirklich fruchtbare Auseinandersetzung zwischen den

⁸ Dies gilt im besonderen auch für meinen Aufsatz: Das Prinzip des exemplarischen Lernens bei Oskar Negt, in: Demokratische Erziehung 4/75, S. 41f.

⁹ Vgl. dazu: Harald Werner, Alternatives Lernen, Frankfurt/M. 1984.

verschiedenen Ansätzen, deren Differenzen manchmal nur noch von SpezialistInnen verstehbar waren, kam nie zustande. Ob sie angesichts der heutigen Herausforderungen noch einmal versucht wird, bleibt abzuwarten. Damals jedoch haben die gegenseitigen Blockaden und Verdächtigungen einerseits dazu beigetragen, die gemeinsamen erkenntnis- und lerntheoretischen Fragen mit Weltanschauungsgeplänkel zuzudecken, und andererseits setzte sich in der Praxis eine Pluralität rein pädagogischer oder gruppenspezifischer Verfahren durch, die allesamt nützlich sein mögen, das eigentliche Problem aber nicht lösen konnten, das Problem nämlich, wie sich Erfahrung und Handlungszwang auf der einen und die Aneignung von Kapitalismuskritik auf der anderen Seite miteinander verbinden lassen.

erschient alle 2-3 Monate mit Texten und Analysen zu Deutschland und der marxistischen Diskussion. Antinational, antikapitalistisch, marxistisch.

BAHAMAS

Zirkular der Gruppe k

BAHAMAS 14

Italien und Deutschland Zwischen Nationalisierung und Faschismus

Italien: Faschismus ganz normal * Telecrazia - Politik als Spektakel * Revision Mussolinis.

Deutschland: 20. Juli - Vorbild fürs Vaterland * Alliierte Sieger weichen dem deutschen Sieg * Nationalisierung der Intelligenz.

Linke: PDS und ihre Unterstützer auf nationalem Trip * Neue linke Versuche, Antisemitismus zu relativieren

Wertebatte: Das Gespenst des "revolutionären Subjekts" * Was folgt jenseits des Wertgesetzes?

Noch erhältlich: BAHAMAS 11: Krise und Intervention: Somalia, Jugoslawien, Türkes Rassismus. * BAHAMAS 13: Neue Proletariat? Kritik an K.H. Roth

Einzelpreis DM 6,- (nur Vorkasse/Briefmarken). Abonnement: DM 18,- für drei Ausgaben

büro k, Postfach 306 237, 20328 Hamburg, Fon/Fax: 040-438846.
Konto: S.Roisch/K.Dreyer, HaSpa, BLZ 200 505 50, Kto. 1228/122 386.

Klaus Pickshaus

Medienbranche im Umbruch - Verschlafen die Gewerkschaften die digitale Revolution?

In den Wirtschaftsteilen der Tageszeitungen stößt man immer häufiger auf Notizen wie die folgende aus dem Handelsblatt vom 5.4.1994: "Die EDS Electronic Data Systems (Deutschland) GmbH, Rüsselsheim, wird sich ab April mit voraussichtlich 25 % an der VideoTel Infoservice GmbH & Co. KG in Hamburg beteiligen. VideoTel, ein Joint Venture des Springer-Konzerns und der Telekom, will einen interaktiven Multimedia-Dienst anbieten. EDS werde die informationstechnische Infrastruktur liefern, teilte das Unternehmen mit." EDS ist ein weltweites Datenverarbeitungsunternehmen von General Motors.

Spektakulärer noch war die Gründung der Media Service GmbH im Frühjahr 1994, hinter der sich die Mediengiganten Bertelsmann AG und Kirch-Gruppe in Kooperation mit Telekom verbergen. Das neue Unternehmen will technische, administrative und vertriebsbezogene Dienstleistungen für Multimedia-Programme anbieten und insbesondere das Pay-TV-Geschäft bestimmen.

Lizenzabkommen zwischen A und B, Beteiligungen von C an D, Kooperation zwischen Computerriesen, Verlagshäusern und Telefongesellschaften - Nachrichten dieser Art, bisher eher aus den USA gewohnt, kündigen einen tiefgreifenden Umbruch auch hierzulande an. "Wir stehen heute ... vor dramatischen Veränderungen der Kommunikations- und Medienlandschaft", erklärt Mark Wössner, Vorstandsvorsitzender der Bertelsmann AG.

Auf dem print&media-Kongreß des Bundesverbandes Druck Anfang 1994 in Düsseldorf prognostizierte ein Referent, Rudolf A. Paulini: "So entstehen schon seit einiger Zeit, unbemerkt von der Öffentlichkeit, neue Mediengiganten aus dem Zusammenschluß von Consumer-Electronic-Riesen, Computerherstellern, Telefongesellschaften und Filmunternehmen. Software- und Hardwarehersteller bereiten sich darauf vor, in das Verlagsgeschäft einzusteigen... Es warten die zukünftigen Mediengiganten auf dreistellige Milliarden-Umsätze. Und diese starten ab 1995 voll durch."¹

Seit 1993 häufen sich schlagartig Fachtagungen und Medienberichte zum Thema Multimedia und Digitalisierung. Die Stimmungen schwanken zu meist zwischen Goldgräberausch und Befürchtungen um die Zukunft der Print-Medien. Ernsthafte Prognosen und vor allem Analysen zu den

¹ Rudolf A. Paulini, Die Erstellung von digitalen Publikationen auf CD-Rom, Photo-CD, CD-I und Video-CD, in: Deutscher Drucker Nr. 18, v. 12.5.1994, w8ff.

möglichen wirtschaftlichen, sozialen, gesellschaftspolitischen und kulturellen Auswirkungen lassen auf sich warten.

Dieses Defizit müssen vor allem die betroffenen Gewerkschaften registrieren. So befaßte sich beispielsweise noch auf dem letzten Gewerkschaftstag der IG Medien 1992 kein einziger Antrag oder Diskussionsbeitrag mit diesem Thema. Auf dem 15. ord. Bundeskongreß des DGB im Juni 1994 haben nun die Deutsche Postgewerkschaft und die IG Medien gemeinsam einen Initiativantrag "Multimedia" eingebracht. Es wird festgestellt, daß "eine breite gesellschaftliche Debatte über Chancen und Risiken, über Gestaltungserfordernisse und -möglichkeiten bisher noch nicht in Gang gekommen" ist. Die betroffenen Gewerkschaften und der DGB werden aufgefordert, "ihre Befassung mit dem Thema 'Multimedia' zu intensivieren, gemeinsam gewerkschaftliche Analysen und Forderungspositionen zu erarbeiten und diese möglichst kurzfristig für die Programmdebatte des DGB nutzbar zu machen".

1. Digitalisierung - die neue technologische Basis

Der Begriff "Multimedia" und seine Verwendung sind sehr schillernd: Viele denken zuerst an interaktives Fernsehen wie Video auf Abruf, Home-Shopping am PC, elektronische Einkaufsberater oder auch Computerspiele mit einem Partner über große Distanz. Zum anderen werden auch elektronische Zeitungen, Nachschlagewerke oder Bildungsangebote auf CD-ROM u.a.m. als Erweiterung der klassischen Verlagsproduktpalette darunter subsumiert.

Ausgangspunkt der Begriffsprägung ist im Grunde eine bestimmte multimediale Präsentationstechnik: Ein Computer steuert (per Mausdruck) mehrere angeschlossene Medien wie Video-Beamer, Stereoanlage, Bildplattenspieler usw. Der in den letzten Jahren erreichte große technische Sprung besteht darin, daß über spezielle Digitalisierungs-Hardware sich heute Bilder, auch farbige und bewegte Bilder, sowie Sprache und Musik in CD-Qualität so aufbereiten lassen, daß alle diese Elemente in einem Computer gespeichert, verarbeitet und abgespielt werden können, also eigentlich "unimedial". Ermöglicht wird die Interaktion durch den Benutzer.

In der Regel verbirgt sich heute hinter dem Begriff Multimedia die Anwendung einer neuen Technologie, die genauer als digitales Produzieren bezeichnet werden kann. Im Unterschied zu herkömmlichen Produktionsmethoden erfolgt die Verarbeitung aller einzelnen Informationsdaten (Texte, Bilder, Filme, Sprache und Musik) komplett digital in einem Computer, und auch die Ausgabe erfolgt rein digital auf das jeweilige Vertriebsmedium.²

² Als digital (ursprünglich: ziffernartig) wird diejenige Darstellungsform von Daten (Buchstaben, Zahlen, Zeichen usw.) bezeichnet, die eine Bearbeitung auf den Computer ermöglicht.

Schon seit der zweiten Hälfte der 80er Jahre begann mit der Einführung einer neuen Generation von Computern für den Ganzseitenumbruch (DTP/Desktop Publishing) ein Prozeß, der die Erstellung von Druckmedien tiefgreifend verändert. Mit DTP hat die digitale Verarbeitung im Druck- und Verlagsgewerbe Fuß gefaßt und zugleich der jetzigen, noch umfassenderen Umwälzung der gesamten Medien- und Kommunikationsbranche den Weg bereitet.

Das Hauptproblem besteht in der Bewältigung der ungeheuren Datenmengen. Solche immensen Datenmengen entstehen vor allem bei der digitalen Verarbeitung von bewegten Bildern, die alle Kapazitäten eines PCs sprengen. Die Lösung, an der seit langem gearbeitet wird, ist die Datenkompression. Datenkompression und entsprechend leistungsfähige Datenetze sind die technischen Schlüsselfragen. Auf der CeBIT 1994 wurden Lösungsansätze demonstriert: Mit der neuen ATM-Technik (Asynchroner Transfer Modus) läßt sich die gleichzeitige Übertragung von Daten, Sprache und Bild mit hohen Übertragungsgeschwindigkeiten realisieren.

Die Modernisierung der Telekommunikationsnetze, insbesondere die Glasfaserverkabelung, wird deshalb in allen führenden Industrieländern mit Macht vorangetrieben. Zugleich beginnt der Kampf um die Kontrolle dieser Netze. In den USA sollen umgerechnet insgesamt 300 Mrd. DM in neue Kabelnetze investiert werden. Der Aufbau solcher "information highways", deren Träger private Telekommunikationsunternehmen sind, wird von der Clinton-Administration massiv unterstützt. Mit ISDN besteht eine deutsche bzw. europäische Variante der Glasfaser-Datenautobahn. Mit der Postreform II wird die Privatisierung der Kommunikationsnetze auch in Deutschland eingeleitet. Es ist absehbar, daß neben Telekom künftig auch andere Netzträger wie etwa der mächtige US-Multi AT&T auf den Markt drängen werden. Im digitalen Mobilfunkbereich ist die Tür schon für ehemals klassische Metallunternehmen wie Mannesmann und Thyssen offen.

2. Der Umbruch hat schon begonnen

In der Druckindustrie, in den Verlagen und Agenturen sowie in den öffentlich-rechtlichen wie privaten Rundfunkunternehmen - m.a.W. in zentralen Organisationsbereichen der IG Medien - sind die Auswirkungen der Digitalisierung schon in vielfältiger Weise spürbar. Sie sind auf zwei unterschiedlichen Ebenen wirksam:

Zum einen führt digitales Produzieren über die klassischen Printmedien hinaus zu ganz neuen Produkten und Dienstleistungs- wie Programmangeboten. Multimedia-Technik ist Querschnittstechnik und daher auf ganz unterschiedlichen Feldern anwendbar. Die künftigen Märkte sind hart umkämpft, und ein Verdrängungswettbewerb ist heute schon zu registrieren.

Zum anderen verändert die Digitalisierung, insbesondere als Netzwerktechnik, Produktions- und Arbeitsstrukturen. Dies führt zu starken Rationalisierungseffekten und verändert Arbeitsinhalte und Qualifikationsanforderungen.

Je nach Bereich ist das Niveau des technologischen Umbruchs, aber auch der gewerkschaftlichen Problemaufnahme recht unterschiedlich entwickelt. Einige Trends sollen angedeutet werden.

Im *Hörfunk- und Fernsehbereich* hat die Digitalisierung begonnen. Insbesondere die Qualität der Netzwerktechnik entscheidet über das Tempo, in dem sich eine multimediale Arbeitsweise durchsetzt. Die Hörfunktechnik wird von der Umwälzung zuerst und am schnellsten erfaßt, da die digitale Verarbeitung von bewegten Bildern im Fernsehbereich nach wie vor durch die erforderliche Datenkompression die größten Probleme bereitet. Dennoch werden auch in der Fernsehproduktion zunehmend digitale Filmbearbeitungsstationen (z.B. das AVID-System) eingeführt. Die IG Medien weist in einem Informationsblatt 1993 darauf hin, daß in der Folge einzelne Berufe verschwinden sowie Redaktion und Technik enger zusammenrücken werden. Dies führt insgesamt zu einem großen Qualifikationsbedarf.

Bei der Entwicklung von Multimedia-Anwendungen für die neuen Dienstleistungsangebote wird man auf Know-how, Inhalte, Gestaltungselemente und qualifiziertes Personal aus dem Bereich der Rundfunkanstalten und Studios zurückgreifen.

Die im privaten Fernsehmarkt engagierten Medienunternehmen wie Bertelsmann und die Kirch-Gruppe haben zusammen mit dem französischen Canal plus den ersten deutschen Pay-TV-Sender "Premiere" geschaffen und wollen diese strategische Allianz ausbauen - u.a. mittels der erwähnten Media Service GmbH -, um in Konkurrenz zu starken amerikanischen Kapitalgruppen den digitalen Fernsehmarkt mit Multimedia-Angeboten zu erobern.

Die *Druckindustrie und die Verlage* sind bereits heute sehr stark von den Auswirkungen der Digitalisierung betroffen. Wegbereiter sind die neuen DTP-Redaktionssysteme, die eine Integration aller Tätigkeiten "vor dem Druck" (v.a. Textfassung, Bildbearbeitung und Montage) erlauben. Desktop Publishing ermöglicht, belichtungsfertige Ganzseiten zu produzieren und beim Arbeitsprozeß gleichberechtigt Texte, Grafiken und Bilder auf eine Seite zu bringen und zu bearbeiten. Zunehmend werden auch integrierte Software-Lösungen angeboten, die bei der Seitenherstellung beispielsweise die direkte Übernahme von Agentur-Texten und den unmittelbaren Zugriff auf das Text- und Bild-Archiv erlauben und nicht zuletzt auch die Anzeigenverwaltung einbeziehen.³

³ Vgl. Dirk Jepsen, Umbruch in der Druckvorstufe. Gestaltung der Arbeitssysteme bei Einführung neuer Ganzseitenumbruch-Systeme, Schriftenreihe Gewerkschaftliche Betriebsarbeit, Heft 20, Stuttgart 1994.

Anfangs wurden DTP-Programme vor allem von kleinen Satzstudios und Werbeagenturen genutzt. Der erste flächendeckende Einsatz bei der Zeitungsherstellung erfolgte dann Anfang der 90er Jahre in Ostdeutschland. Nachdem die westdeutschen Verlagshäuser die ehemaligen DDR-Verlage übernahmen, wurden fast überall DTP-Systeme mit Erfolg eingeführt.

Da sich mit den neuen Systemen sämtliche Arbeiten der traditionellen Druckvorstufe durchgängig auf Arbeitsplatzrechnern im Rechnernetzwerk durchführen lassen, entsteht ein enormer Rationalisierungseffekt. Wenn die Verlage diese Möglichkeiten rigoros nutzen und diese Tätigkeiten in die Redaktionen verlagern, sind nach einer Schätzung der IG Medien ca. 10 000 Arbeitsplätze bedroht. Bei Gruner+Jahr wird derzeit ein unternehmensweites Kommunikationsnetz aufgebaut, um die neue Technik im Druckvorstufenbereich mit zentraler Reprotechnik in Dresden und Kopfstationen in Berlin und Itzehoe zu erproben.

Vielfältige Auswirkungen auf weitere Verlagstätigkeiten sind absehbar: Dies betrifft beispielsweise die Anzeigenerfassung und -bearbeitung, die Umstellung der Archive auf digitale Basis und die Entwicklung von Verlagsprogrammen von der Akquisition bis zur Distribution, die auch kaufmännische Tätigkeiten verändert. Gerade im Verwaltungsbereich bestehen aus Unternehmenssicht große Rationalisierungsreserven, die durch EDV-Vernetzung und neue arbeitsorganisatorische Konzepte erschlossen werden sollen.

Der vorläufig letzte Schritt bei der Computerisierung der Drucksachenproduktion besteht darin, daß durch die Computer des Seitenherstellungssystems die Daten direkt auf den Druckzylinder übertragen werden. "Die Digitalisierungskette in der Druckindustrie wird geschlossen, der letzte Baustein, der digitale Druck, ist mittlerweile zur Marktreife entwickelt worden", resümiert ein IG-Medien-Diskussionspapier.⁴ Im Bereich kleiner und mittlerer Auflagen können möglicherweise auch Unternehmen außerhalb der Druckindustrie wie Profi-Copy-Shops diesen Markt erschließen.

Zu *Electronic Publishing* gehört auch die Erweiterung der Produktpalette, die verschiedene elektronische Medienformen wie CD-ROM, Photo- und Video-CD usw. umfaßt, die zum Teil in Konkurrenz zu den klassischen Printmedien treten. Praktische Anwendungsgebiete sind elektronische Nachschlagewerke, Periodika, Zeitschriften und Zeitungen, Versandhauskataloge auf CD-ROM, Animations- und Präsentationsanwendungen, Lehr- und Trainingsprogramme sowie elektronisches Mailing. Insbesondere die CD-ROM etabliert sich schon gegenwärtig als neues Verlagsprodukt, das als Drucksache vorliegende Dokumente auch in elektronischer Form bereithält.

⁴ IG Medien (Hrsg.), Druckindustrie im Wandel - Herausforderungen für die Fachgruppenarbeit, Diskussionspapier des Bundesvorstandes der Fachgruppe Druckindustrie und Zeitungsverlage, Stuttgart, 17.2.1994.

Auf Fachtagungen wird den Unternehmen eine schnelle Diversifikation in solche neuen Dienstleistungen empfohlen: "Wenn Druckereien und Vorstufenbetriebe sich weiterhin nur auf das Bedrucken von Papier beschränken, werden sie zu den Verlierern im elektronischen Publizieren zählen, weil zu erwarten ist, daß sich neue Dienstleister zwischen Verleger und Druckereien etablieren werden."⁵

Chancen werden in mehrerer Hinsicht gesehen: Die für die Printmedien zur Verfügung gestellten digitalisierten Daten lassen sich auf mehrere Weise aufbereiten, eben auch auf elektronischen Massenspeichern wie CD-ROMs. Professionelle Handhabung von (Roh-)Daten und gestalterische Kompetenz sind ebenso wie das distributorische Know-how vorhanden, um auch in den elektronischen Massenmarkt einzusteigen. Dies gilt auch für Klein- und Mittelbetriebe, zumal der Investitionsaufwand beispielsweise für DTP-Systeme oder CD-ROM-Herstellungsanlagen begrenzt bleibt. Unternehmensberater halten es deshalb für realistisch, daß sich die Druck- und Verlagsindustrie auf dem expandierenden Markt für Multimedia als zentrale Institution behaupten kann.

Allerdings gilt die Druckbranche nicht als besonders innovationsfreundlich. Durch ihre klein- und mittelbetriebliche Struktur (94,4 % der Betriebe haben weniger als 50 Beschäftigte, 66,6 % sogar weniger als zehn, nur elf Unternehmen mehr als 1000 Beschäftigte) besitzen patriarchalische Verhältnisse eine starke Basis. Innovationsbedarf besteht insbesondere in Bezug auf neue Formen der Arbeitsorganisation und einer kontinuierlichen Qualifikationssicherung.⁶

Hier können sich durchaus gewerkschaftliche Vorschläge mit denen moderner Managementexperten treffen: "In Zukunft werden also zunehmend Modelle wichtiger, die einen innerbetrieblichen, fortlaufenden Qualifizierungsprozeß installieren und stabilisieren. Dabei geht es - vor dem Hintergrund der betroffenen Belegschaft - nicht nur um die Vermittlung von Fachwissen, sondern ebenso um die Motivierung der Mitarbeiter, sich den Herausforderungen der neuen Technik zu stellen."⁷ Ein solcher Prozeß kann nach Auffassung der IG Medien durch die Regelungen des Tarifvertrags zur Fortbildung und Umschulung in der Druckindustrie und im Verlagsgewerbe (1990) befördert werden.

Neue Gestaltungserfordernisse ergeben sich auch hinsichtlich der Arbeitsorganisation. Für Multimedia-Anforderungen "erscheint die Teamarbeit in Form heterogener Arbeitsgruppen unter Nutzung hochspezialisierten

⁵ Thomas Laukamm (Consulting Trust, früher Bertelsmann AG) in einem Referat auf dem print & media-Kongreß 94, vervielf. Manuskript.

⁶ Vorschläge aus Sicht der IG Medien entwickelt Frank Werneke, Arbeitnehmerbeteiligung zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Eine Betrachtung aus gewerkschaftlicher Sicht, unveröff. Manuskript (Stuttgart 1994).

⁷ Michael Schaffner, Multimedia in der Druckindustrie, o.O. (Bochum) o.J., vervielf. Manuskript.

Fachwissens als einzig gangbarer Weg".⁸ Ähnlich formuliert ein IG-Medien-Experte für DTP-Arbeitsplätze: "Die Zusammenarbeit von Spezialisten für Bild, Text, Grafik und Technik, gemeinsam Schreibtisch an Schreibtisch in einem Produktionsteam: das ist - kurzgefaßt - die Forderung der IG Medien für die Arbeitsorganisation an der bisherigen Schnittstelle zwischen Redaktion und Technik."⁹

Allerdings würde die Durchsetzung solcher Regelungen voraussichtlich nur zum Teil den Rationalisierungseffekt kompensieren. Der Abbau von Arbeitsplätzen bleibt das Hauptproblem. Zugleich droht bei der Entstehung von multifunktionellen Computer-Arbeitsplätzen eine Zunahme von neuen komplexen Belastungen. Der technische Vorteil digitaler Systeme, Informationen immer schneller und in komprimierter Form zu verarbeiten, kann zu einem erheblichen Streßfaktor und damit für die einzelnen Beschäftigten zu erhöhten Beanspruchungen führen. Psychische Belastungen werden zum vorrangigen Gesundheitsrisiko und verlangen eine wirksame Prävention durch humane Arbeitsgestaltung.

3. "Die digitale Revolution entläßt nur private Kinder"

Wer werden die Schrittmacher bei diesem Kampf um den neuen Multimedia-Markt sein und mit welchem Tempo ist zu rechnen? Einschätzungen und Prognosen der Medienexperten sind hier keineswegs einheitlich.

Zum Teil wird der aktive und bestimmende Anteil im klassischen Medienbereich gesehen, bei Unternehmen aus Film und Fernsehen, aus Verlagen und der Werbung. Deshalb die Prognose: "Der Verlag der Zukunft wird ein weltweit agierender und vernetzter Medienkonzern sein, ein Spezialist für Printmedien, kommerzielles Fernsehen, Videoproduktion sowie akustische und sonstige elektronische Medien."¹⁰ Sämtliche Attribute treffen etwa für die Bertelsmann AG zu.

Da die europäische Medienindustrie von dem Umbruch bislang kaum erfaßt sei, ist für den Medienwissenschaftler Horst Röper der Blick auf die neuen Formationen in den USA aufschlußreich, die die Dynamik bestimmen werden: "Schrittmacher sind dabei nicht länger die Medienunternehmen, denn selbst der weltweit größte Medienkonzern, Time Warner, verblaßt gegen ökonomische Riesen wie AT&T, US West, Sony, Matsushita, IBM, Apple oder Microsoft. Nur Konzerne dieser Größe verfügen über die liquiden Mittel, die heute im Kampf um die Märkte von morgen eingesetzt werden."¹¹ Diese global agierenden Kapitalgruppen werden künftig verstärkt auf den europäischen Markt drängen.

⁸ Ebenda.

⁹ Manfred Moos in: Page, Nr. 1/1994, S. 31.

¹⁰ Michael Schaffner, a.a.O.

¹¹ Horst Röper, Formationen deutscher Medienmultis 1993, in: Media Perspektiven, 3/1994, S. 125.

Übereinstimmung herrscht, daß derzeit weltweit elektronisches Multimedia-Publishing und die Kommunikationsbranche als zukunftsreichster Wachstumsmarkt angesehen werden. Überproportionale Zuwächse im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbereichen werden der Kommunikationsbranche vorhergesagt: "Bis zum Jahr 2000 werden sich in Deutschland die Investitionen in die Kommunikation von 90 Milliarden (1993) auf voraussichtlich 150 Milliarden Mark erhöhen", so Werner Ludwig, Präsident des Deutschen Kommunikationsverbandes.¹² Ulrich C. Häußler von der Argus Consulting prognostiziert, daß die Kommunikationsindustrie in Europa im Jahre 2000 mit 8 % des Bruttosozialproduktes die Automobilindustrie überholt haben wird.¹³ Im Entstehen sei eine Branche, so das internationale Unternehmensberatungsbüro Arthur D. Little, "die als Kern die künftige ökonomische Struktur Europas bestimmen kann".¹⁴

Die eigentliche Dynamik soll dieser technologische und ökonomische Umbruch durch die überall stattfindende Deregulierung erhalten. "Die digitale Revolution wird nur private Kinder entlassen", prophezeit der SAT1-Geschäftsführer Jürgen Doetz.¹⁵ Daß es sich bei den "Kindern" in der Regel um ausgewachsene international agierende Konzerne handelt, sei der Vollständigkeit halber ergänzt.

Mit Deregulierung ist die Aushebelung aller Gesetze und Verordnungen gemeint, die in der Telekommunikation wenigstens partiell die Marktgesetze einschränken. Solche Regelungen garantierten zumindest dem Anspruch nach einen allgemeinen Zugang zu den Nachrichtennetzen und sollten auch für einheitliche technische Standards sorgen.¹⁶ Mit dem neuen Deregulierungsschub in allen Industrieländern sollen jetzt in diesem Sektor sämtliche Schranken der Kapitalverwertung eingerissen und die riesigen Kapitalmengen für die aufwendigen Investitionen mobilisiert werden.

Der jüngste Bericht einer EU-Kommission fordert die "schnelle Beseitigung der noch bestehenden Telekom-Monopole - bisher durch einen EU-Ministerratsbeschuß auf 1998 festgesetzt - und die Zulassung des freien Wettbewerbs bei den Fernmeldetarifen ..., um der privatwirtschaftlichen Entwicklung der "Informationsgesellschaft" Platz zu schaffen".¹⁷ Wirksamer politischer Widerstand gegen diese Entwicklung ist nicht sichtbar.

¹² Nach dpa-Informationen v. 19.5.1994.

¹³ So im Referat auf den 4. Stuttgarter Transfertagen, in: Deutscher Drucker, Nr. 25 v. 7.7.1994, S. 10.

¹⁴ Frankfurter Rundschau vom 29.4.1994. Diese ökonomischen Strukturveränderungen erfordern eine gründlichere Untersuchung und Diskussion. Dies schließt auch die Frage ein, ob sich die herausbildende Kommunikations- und Medienbranche mit ihrem Produktions- und Konsumtionsmodell zu einem Schlüsselsektor einer postfordistischen Gesellschaft entwickelt - in ähnlicher Weise, wie dies die Autoindustrie für die fordistische Produktionsweise darstellte.

¹⁵ Nach w & v vom 20.5.1994.

¹⁶ Vgl. Wolfgang Müller, Schöne neue Medienwelt, in: Freitag v. 8.7.1994, S. 6.

¹⁷ Frankfurter Rundschau v. 4.6.1994.

Viele der sich derzeit häufenden Prognosen sind unübersehbar dadurch geprägt, daß Multimedia auch zum Schlachtruf einer gigantischen Werbekampagne geworden ist. Die reale Entwicklung wird allerdings durch mehr Widersprüche geprägt sein, als es die derzeitige Technikeuphorie erkennen läßt. "Die Propheten des interaktiven Medien-Zeitalters sind geblendet von den technischen Möglichkeiten und blind für die Bedürfnisse des Menschen."¹⁸

Damit wird auf das Problem der Entwicklung eines Marktes für Multimedia-Angebote, insbesondere eines privaten Consumer-Marktes, hingewiesen. Herbert Kubicek und Ulrich Schmid behaupten: "Die neuen Computermedien, soweit bereits im Einsatz, haben tendenziell das Problem, daß ihnen die Zielgruppe fehlt, indem sie sich mit allem an alle richten."¹⁹ Sie verweisen dabei auf die Erfahrungen mit dem Btx-Pilotprojekt in den 80er Jahren, das mit großen Ansprüchen angetreten nur bescheidene Erfolge zeigte. Nach Meinung der Autoren liegt einer der Hauptgründe "in der Technikfixierung der bisherigen Entwicklung... sie machte gewissermaßen blind für die weitergehenden organisationskulturellen Aspekte."²⁰

Das heißt vor allem, daß der Gebrauchs- und Handlungszusammenhang eines Mediums etabliert werden muß. Oder wie ein Autor fragt: "Wer will denn nachts um zwei Uhr schon die TAZ lesen? Oder wer kann vom Zugang zum Archiv der New York Times profitieren? ... Der Fortschritt der Kommunikationstechnik ist weit schneller als die Auffassungsgabe seiner Benutzer."²¹ Vorschnelle Abgesänge auf die Zukunft der Printmedien könnten sich deshalb als genauso falsch erweisen wie die Prognosen eines papierlosen Büros bei der Einführung der PCs.

In mehrerer Hinsicht werden allerdings zielgruppenspezifische Multimedia-Angebote entwickelt:

- Im Blick ist zum einen das gut verdienende Mittelschichtenklientel. Für VideoTel, das neugegründete Joint-Venture zwischen Springer-Verlag und Telekom, kündigte ihr Chef an: "Unsere Zielgruppe ist der gut verdienende private Haushalt mit PC, CD-ROM-Laufwerk und Modem für den Telefon-Anschluß. Dann bekommt er monatlich von uns eine CD-ROM mit aktuellen Daten, Informationen, Bildern und kleinen Chips. Diese werden mit den aktuellen Tagesinformationen über die Telefonleitung verbunden. So kann er den multimedialen Dienst zu allen möglichen

¹⁸ Peter Turi, Print gewinnt weiter in puncto Information. Sieben Thesen zur Zukunft der Printmedien, in: Horizont v. 22.4.1994.

¹⁹ Herbert Kubicek und Ulrich Schmid, Von den "alten" Medien lernen! Organisatorische und institutionelle Gestaltbarkeit von technischen Netzen, Vortrag auf der Konferenz "Kommunikationsnetze der Zukunft" des Wissenschaftszentrums Berlin am 3.6.1994, vielf. Manuskript.

²⁰ Ebenda.

²¹ Karl-Otto Saur, Kollisionen auf dem Daten-Highway. Über Sinn und Unsinn moderner Kommunikationsmittel, in: Bertelsmann-Briefe, Juni 1994, S. 7.

Zwecken nutzen...²² Der US-Medienkonzern Time-Warner will - mehrfach verschoben, jetzt ab Ende 1994 - ein interaktives TV-System für 400 Haushalte in Orlando realisieren. Für die Stuttgarter Region ist ein ähnliches Modellprojekt in Vorbereitung.

- Angesichts der zunehmenden Computer-Ausstattung von privaten Haushalten (bei fast 30 % in 1994) wächst vor allem unter den jüngeren Generationen mit veränderter Technik-Einstellung ein neues Marktsegment heran.

- Nutzbar ist Multimedia in erster Linie für die Neuorganisation bestehender betrieblicher und konzernweiter Zusammenhänge und Arbeitsstrukturen. Insbesondere multinationale Unternehmen werden dies mit ihren spezifischen Kommunikationsbedürfnissen etwa für globale Produktionssteuerungen einsetzen. Gerade EDV-Unternehmen spielen beim Aufbau dieser weltumspannenden Netze derzeit eine Vorreiterrolle. Horst Röper sieht hier die eigentlichen Antriebskräfte: "Die Bedeutung für den Datenaustausch im Wirtschaftsleben dürfte die Nutzung für den Transport von immer mehr Programmen allerdings in den Schatten stellen."²³

4. Berlusconi als Menetekel

Die Technikeuphorie bei Multimedia-Vertretern paart sich mit Visionen einer "interaktiven Informationsgesellschaft", in denen zugleich ein neues Beschäftigungswunder - nicht zuletzt durch Telcarbeitsplätze - vorhergesagt wird. So kündigt beispielsweise das Clinton/Gore-Aktionsprogramm an, "eine Informationsrevolution auszulösen, die ein für allemal die Art und Weise ändern wird, wie Menschen leben, arbeiten und miteinander interagieren. Die Menschen könnten beinahe überall leben, wo sie wollen, ohne ihre Chance für eine nützliche und erfüllende Beschäftigung zu beeinträchtigen, indem sie über die elektronischen Autobahnen in ihre Büros fahren. Die besten Schulen, Lehrer und Kurse wären für alle Studierenden verfügbar unabhängig vom Ort, der Entfernung, den finanziellen Mitteln ..."²⁴

Zweifellos erlauben die neuen Technologien auch eine Demokratisierung des Zugangs zu den Produktionsmitteln und lassen eine Verdichtung von horizontalen Vernetzungen zu. E-mailing beispielsweise kann auch von Gewerkschaften und oppositionellen Gruppen genutzt werden. Faktisch verstärkt sich angesichts der Deregulierung und wachsenden Kommerzialisierung allerdings die Monopolisierung der "Informationsanbieter" und macht sie zugleich unkontrollierbarer. Die Vision einer "neuen interaktiven Gesellschaft" bleibt unter diesen Bedingungen unrealistisch.

²² Interview mit Hans Buettner, Chef von VideoTel, in: text intern vom 4.2.1994.

²³ Horst Röper, Highway zur Zukunft, in: Journalist, Heft 5/1994, S. 14.

²⁴ The National Information Infrastructure, Agenda for Action, 1993, zit. n. Kubicek/Schmid, a.a.O., S. 1/2.

Hans J. Kleinsteuber, Politikwissenschaftler an der Universität Hamburg, wies auf dem 6. NRW-Medienforum nach, daß es eher "ganz kleine Führungseliten" seien, die die interaktiven Möglichkeiten nutzen können. Für den Rest der Bevölkerung werde es weitgehend bei der in eine Richtung gehenden Kommunikation - mit mehr Kanälen und Programmen als bisher - bleiben. Für Kleinsteuber bildet sich deshalb "eine Informations-Klassengesellschaft in neuer Art" heraus.²⁵

Die gesellschaftliche und politische Brisanz der neuen Kommunikationsmedien besteht in erster Linie darin, daß ihre Durchsetzung wesentlich Kapitalanlagestrategie ist und weitgehend von Verwertungskalkülen, nicht aber vom Anspruch einer Demokratisierung von Informationen bestimmt wird. Informationen werden nur noch unter ihrem Warencharakter behandelt - ein Prozeß, dessen brutalisierende Wirkungen in den letzten zehn Jahren schon in den privaten Rundfunkanstalten zu beobachten waren.

Die neuen Medien bewirken per Kommerzialisierung und Vermarktung einen erweiterten Zugriff auf den Reproduktionsbereich, eine "Kolonisierung der Lebenswelten" durch das Kapital. Die schon in der Arbeitssphäre durch die Informationstechnologien verstärkten Tendenzen einer Ausdünnung kommunikativ-sozialer Strukturen und Atomisierung drohen durch entsprechende Konsummodelle in den Privat- und Freizeitbereich hinein verlängert zu werden.

Angesichts dieser Prozesse bildet sich in den neuen Formationen der Multimedia-Unternehmen eine Kombination von ökonomischer und publizistischer Macht heraus, dessen politische Brisanz erst in Ansätzen erkannt wird. Umso bemerkenswerter ist, daß die privatmonopolistische Dominanz in diesem Schlüsselsektor gesellschaftlicher Hegemoniebildung kaum noch grundsätzlich infrage gestellt wird.²⁶

Immerhin hat die italienische Entwicklung aufgeschreckt.²⁷ Unter der Überschrift "Die Giganten. Die Deutschen haben keinen Berlusconi. Aber die Mittel, einen zu schaffen." berichtet "Die Woche" am 7.4.1994 über die Bertelsmann AG und die Kirch-Gruppe, die mit Berlusconi gemeinsam in einem Pay-TV-Sender engagiert ist. "Die geballte Meinungsmacht wird bei uns kaum genutzt. Noch nicht. Weder Bertelsmann-Inhaber Reinhard Mohn noch Leo Kirch drängt es in die Politik. Dazu laufen die Geschäfte - im Gegensatz zu denen Berlusconis - zu gut." Bertelsmann und Kirch be-

²⁵ Medien-Kritik Nr. 24, 13.6.1994, S. 15/16.

²⁶ Das trifft vor allem auf die medienpolitischen Positionen der größten Oppositionspartei, der SPD, zu.

²⁷ Vgl. hierzu Fred Schmid, Forza Italia. Vorwärts in die Vergangenheit! Ökonomische Hintergründe zur Rechtsentwicklung in Italien, isw-Spezial Nr. 7, München 1994.

herrschen heute 90 % des privaten TV-Marktes und sind auch im Printbereich dominierend.²⁸

Bisherige Kontrollmechanismen gegenüber dieser Medien-Konzentration und -Macht haben sich als wenig effektiv erwiesen, und der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist eher auf dem Rückzug. Berlusconi als Menetekel sollte zum Anlaß einer neuen Debatte über Medienmacht und ihre Kontrolle genommen werden. Hans-Wolfgang Heßler hält dies gerade angesichts der Digitalisierung für erforderlich: "Eigenart des digitalen Systems ist, daß sein Massenangebot nahezu alle bisherigen Prinzipien und Strukturen der Lizenzierung, der Kontrolle und der Belangbarkeit durchbricht. Neue Formen der Aufsicht und der kritischen Beobachtung werden zu entwickeln sein. Breit gefächerte Konzepte, die sich noch weniger als jetzt schon auf administrative Maßnahmen verlassen, sondern die letztendlich mehr mit den Wirkungen eines verstärkten allgemeinen Medienbewußtseins rechnen können."²⁹

In einem Plädoyer "für das Überleben einer Idee von gesellschaftlicher Kommunikation" weist Michael Tracey, Direktor des Centre for Mass Media Research an der Universität von Colorado, darauf hin, daß es bei der Verteidigung des öffentlich-rechtlichen Rundfunkprinzips im Kern um die Auseinandersetzung um die künftig dominierenden gesellschaftlichen Wertorientierungen geht. Diese dürften sich nicht "Gewinnmaximierungskategorien" unterordnen, die Kommunikation lediglich als Profitquelle verstehen, sondern sollten sich an Prinzipien einer öffentlichen Kultur und kollektiven Interessen ausrichten.³⁰

Einen solchen kultur- und medienpolitischen Diskurs zu befördern, wird mit zu den Aufgaben einer gewerkschaftlichen Strategie gegen die markt-radikale Ausformung der Medien- und Kommunikationsbranche gehören.³¹

5. Für die Gewerkschaften nur ein Rastplatz auf der Daten-Autobahn?

Es ist weniger Schlafmützigkeit, die eine zögerliche Haltung der betroffenen Gewerkschaften gegenüber den Herausforderungen der digitalen Revolution erklären könnte, als ihre existenzielle Inanspruchnahme durch er-

²⁸ Allerdings ist bspw. Kirch keineswegs politisch abstinent. Sein Medien-Imperium steht voll im Dienste konservativer Hegemoniesicherung. Kirch selbst rühmt sich seiner Freundschaft mit Helmut Kohl.

²⁹ Hans-Wolfgang Heßler, In Zeiten kreativer Beschädigung. Betrachtungen zur digitalen Zukunft, in: epd/Kirche und Rundfunk, Nr. 29 v. 16.4.1994.

³⁰ Michael Tracey, Für das Überleben einer Idee von gesellschaftlicher Kommunikation, in: Media-Perspektiven 3/1994, S. 145ff.

³¹ Ein Beitrag hierzu ist das Iserlohner Memorandum "Öffentlich-rechtlicher Rundfunk und kulturelle Vielfalt", das im Mai 1994 auf Initiative der Evangelischen Akademie Iserlohn, der IG Medien und der Heinrich-Böll-Stiftung als gesellschaftliches Bündnis zustande kam.

bitterte Defensivkämpfe. Immerhin mußte die Postgewerkschaft im Frühsommer 1994 angesichts der Privatisierung durch die Postreform II um die Verteidigung zentraler sozialer Standards und gewerkschaftlicher Rechte streiken, und die IG Medien führte einen über vier Monate dauernden Arbeitskampf gegen die Tarifabbau-Zumutungen des Unternehmerverbandes und für die Verhandlungsaufnahme über qualitative Arbeitsgestaltungsforderungen.³²

Auch wenn beide Gewerkschaften ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis stellten, deutet wenig darauf hin, daß sich an der grundlegenden Defensivsituation viel ändert. Insbesondere das von der EU versprochene Beschäftigungswunder (drei bis vier Millionen neue Arbeitsplätze in der europäischen Medien- und Kommunikationsindustrie bis zum Jahre 2000) wird sich als Seifenblase erweisen.

Nach der Privatisierung von Telekom ist in den nächsten Jahren mit einem weiteren Arbeitsplatzabbau zu rechnen. Neu entstehende - zumeist instabile - Arbeitsplätze bei Medienagenturen und ähnlichen Unternehmen werden den Beschäftigungsrückgang in den klassischen und hochorganisierten Bereichen der Druckindustrie nicht kompensieren.

Die Entstehung "gewerkschaftsfreier Zonen", insbesondere in den neu entstehenden Unternehmen des Mobilfunks und der Multimedia-Anbieter, ist eine reale Gefahr. Die auch aus diesem Grunde im Juni 1994 vereinbarte Kooperation zwischen IG Metall und Deutscher Postgewerkschaft ist eine notwendige Reaktion in einem ersten Teilsektor der Kommunikationsbranche.

Es ist aber auch daran zu erinnern, daß maßgebliche Kräfte des Medienkapitals die Ausschaltung des Gewerkschaftseinflusses in dieser Branche als politisches Kampfziel begreifen. Die "Schlacht um Wapping" - dem Druck- und Verlagszentrum von Rupert Murdoch bei London - markiert in den 80er Jahren eine solche international wirkende gewerkschaftliche Niederlage. "Aus der ganzen Welt, auch aus Deutschland, pilgerten Chefredakteure und Verlagsleiter nach Großbritannien, um das Zeitungswunder von Wapping zu bestaunen", schreibt die Zeit am 27.5.1994. Murdoch zeige, "wie die neue Welt aussehen wird. Eine Welt, in der unkontrollierte, transnationale Medienmacht wie der Niederschlag des explodierten Atommeilers in der Ukraine das Leben kontaminiert. ... In Rupert Murdochs information society sind Wissen und Nachrichten Handelsware, willkürlich verwertbar und allein den Gesetzen des Marktes unterworfen."

Ein Vorgeschmack des militanten Konfrontationskurses, wie er für den aggressiven Murdoch-Konzern charakteristisch ist, war im Tarifkonflikt 1994 spürbar, der vom Bundesverband Druck als Verteidigungsschlacht um die Marktwirtschaft stilisiert wurde.

³² Vgl. Sybille Stamm, Ein politischer Konflikt - Der Arbeitskampf der IG Medien, in: Sozialismus, Heft 7/1994, S. 50ff.

Diese Konstellation macht die Wahrnehmung der gewerkschaftlichen Schutzaufgaben und zugleich neuen Gestaltungsanforderungen, die sich aus den skizzierten Auswirkungen der Digitalisierung ergeben, nicht einfacher. In den einzelnen aktuellen Problembereichen der Druckvorstufe, des Rundfunks und der Verlage haben sich erste Handlungsansätze entwickelt, die aber längst nicht mit dem Widerstandsniveau vergleichbar sind, das nach dem Übergang vom Blei- auf den Fotosatz den Tarifkonflikt 1978/79 um die rechnergesteuerten Textsysteme (RTS) kennzeichnete.

Neben dem Rationalisierungsschutz könnten sich arbeitsinhaltliche und berufspolitische Interessen als wichtige Motivationskraft erweisen. Dies betrifft Konflikte sowohl um die Absenkung von Qualitätsstandards als Folge von "digitalen Rationalisierungskonzepten" (konkret DTP-Einführungen) als auch um die Verteidigung demokratisch-humanistischer Inhalte gegen die Kommerzialisierungslogik ("Kultur statt Kommerz" - so ein IG-Medien-Slogan).

Die IG Medien könnte einen idealtypischen Zusammenschluß aller für die Multimedia-Zukunft wichtigen Berufsgruppen darstellen. Allerdings darf eine solche Klassifizierung nicht darüber hinwegtäuschen, daß außerhalb der traditionellen hochorganisierten Sektoren der Druckbranche gerade in den künftig wichtigen Beschäftigtengruppen der Verlage und Agenturen organisationspolitische Leerstellen bestehen.

Strategisch steht die IG Medien damit vor der Aufgabe, neben der unverzichtbaren Wahrnehmung der klassischen Interessenvertretung organisationspolitisch gerade in diesen Defizitbereichen um Fortschritte zu ringen und zugleich die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen des Umbruchprozesses in der Medienbranche mitzubeeinflussen. Dies setzt notwendigerweise die Gewinnung gesellschaftspolitischer Bündnispartner voraus. Aus einer solchen Wahrnehmung des politischen Mandats einer Mediengewerkschaft, die kultur- und industriepolitische Gestaltungskompetenz einschließt, könnte aber auch für die Bewältigung der Tagesaufgaben Kraft erwachsen. Eine Nachdenkpause mit Strategie-Ratschlag auf einem Rastplatz kann für die Auseinandersetzung um die Gestaltung von Daten-Autobahn und Medienbranche möglicherweise Ressourcen mobilisieren.

Eine ganz neue Art Tageszeitung

Die Tageszeitung
JUNGE WELT

Täglich links
Jetzt im Test-Abo:

Ja ich bestelle
die "junge Welt"

für 4 Wochen zum Test-Preis von 15 DM
(nur Vorkasse/Scheck, Briefmarken, bar).

Name

Str./Nr.

PLZ/Ort

Unterschrift

Das Test-Abo darf einmalig wahrgenommen werden. Wird der Bezug nicht vor Ablauf der 3. Testwoche gekündigt, wandelt sich das Test-Abo in ein reguläres Abonnement um. Ich kann diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen nach Absendung (Poststempel) schriftlich widerrufen bei: Junge Welt-Vertrieb, Am Treptower Park 28-30, 12435 Berlin

Datum/
2. Unterschrift

Coupon und 15 DM einsenden an:
Junge Welt, Postfach 39, 12414 Berlin

Beschäftigtenbeteiligung - Risiko oder Chance?

Zur Einstellung der Interessenvertretung auf neue Managementkonzepte funktionalisierter Partizipation

Moderne Managementkonzepte und neue Unternehmungsführungsstrategien messen der Beteiligung der Beschäftigten einen zentralen Stellenwert zu. Innerhalb der "Ethik" von Unternehmenskulturen wird Partizipation als unabdingbar angesehen. Lean-Management-Konzepte z.B. greifen in bereichs- bzw. funktionsübergreifende Kooperationsbeziehungen ebenso ein wie in die gesamtbetriebliche Steuerung und die Beziehung zu Lieferanten und Kunden. Diese Flexibilität wird nur dadurch erreicht, daß die Beschäftigten ein hohes Maß an Handlungsspielräumen und Gestaltungs Kompetenzen besitzen. Dies impliziert eine veränderte Stellung der Arbeitskraft im Produktionsprozeß und setzt Beteiligung an der Gestaltung des Arbeitsprozesse voraus.

Sowohl in der wissenschaftlichen als auch der gewerkschaftlichen Diskussion existieren verschiedene Positionen zur Frage der Beteiligung der Beschäftigten in den neuen Managementkonzepten. Zugespitzt können zwei Pole in der Argumentation unterschieden werden:

- eine eher euphorische Position, die eine Vision von Sozialpartnerschaft und Co-Management näher gerückt sieht;
- und eine eher skeptische Position, in der Beteiligung als folgenreiche Fehlallokation eingeschätzt und Partizipation weder effektiv noch emanzipatorisch erfolgreich dargestellt wird.

Kritisch werden die real nicht abgesicherten Handlungspotentiale partizipativer Konzepte und die Gefahr der Aushöhlung kollektiver Interessenvertretung sowie ein Rationalisierungsrisiko hervorgehoben. Stattdessen wird auf die traditionellen Instrumente der Mitbestimmung in den Betriebs- und Personalvertretungsgesetzen verwiesen.

Elemente von direkter Beschäftigtenpartizipation - einst vehement von Befürwortern der industriellen Demokratie gefordert - werden nunmehr vom Management lanciert und zunehmend in die industrielle Arbeitsorganisation integriert. Diese Integration erfolgt im Rahmen der Realisierung neuer Managementkonzepte und ist vor dem Hintergrund der ökonomischen Krise und wachsendem internationalen Konkurrenzdruck zum unabdingbaren Bestandteil von Rationalisierungsmaßnahmen geworden.

Betrachtet man den Rationalisierungsprozeß unter kontrolltheoretischen Gesichtspunkten, lassen sich nahezu alle Rationalisierungsmaßnahmen abstrakt als Bemühungen des Managements bezeichnen, die die Anwendungsbedingungen von Arbeitskraft bestimmen. Rationalisierung als Herr-

schaftsstrategie des Managements verfolgt das Ziel, die relative Unbestimmtheit und Offenheit des Arbeitsvertrages im Interesse der Gewinnmaximierung zu erschließen und die prinzipielle Variabilität in der Verausgabung von Arbeitskraft im Sinne der Verwertungsinteressen zu begrenzen.

Neuer Wein in alten Schläuchen

Aus der Sicht der Industriesoziologen wird häufig argumentiert, die neuen Management-Konzepte seien neuer Wein in alten Schläuchen. Die Debatte um eine neue Arbeitspolitik, d.h. eine veränderte Stellung der Beschäftigten im Arbeitsprozeß, würde seit langem geführt. Selbst in tayloristischen Konzepten seien die Arbeitsvollzüge ohne gewisse Interpretationsspielräume durch die Beschäftigten nicht durchführbar.

Der Taylorismus läßt sich nicht auf ein primär arbeitsplatzbezogenes Konzept von Produktionsgestaltung reduzieren, das auf zergliederte Arbeit bei gleichzeitiger Leistungsintensivierung abzielt; Taylorismus meint weit mehr als ein Gestaltungskonzept für das unmittelbare Arbeitshandeln. Er steht für ein einflußreiches Deutungsmuster industrieller Arbeit, mit dem nicht zuletzt die Legitimation von Herrschaft gelang, ohne Herrschaft zu benennen. Er ist außerdem die Basis für eine neue soziale Betriebsstruktur, spezifische Organisations- und Kontrollstrukturen sowie Interessen- und Konfliktkonstellationen der betrieblichen Akteure. Ihm korrespondieren Vorstellungen darüber, wer, wie und was im Industriebetrieb rationalisiert bzw. rationalisiert wird.

Rationalisierung ist nach wie vor eine zentrale Aufgabe des Managements. Unterhalb des Top-Managements agieren die technischen Manager als Rationalisierungsexperten und -akteure im Unternehmen. Die Ingenieure, Arbeitsstudienleute oder Fertigungsplaner in den technischen Abteilungen bilden einen eigenen bürokratischen Apparat, der ausschließlich mit großen und kleinen Rationalisierungsmaßnahmen beschäftigt ist. Ihre Legitimation ziehen sie aus ihrem exklusiven wissenschaftlich fundierten Wissen. Der relativ kleinen Gruppe der Rationalisierungsexperten steht die breite Masse derer gegenüber, deren Arbeitshandeln der potentielle Gegenstand von Rationalisierungsmaßnahmen ist.

Die Technisierungs- und Organisationsmaßnahmen werden im Detail durchgeplant und unter der Kontrolle des technischen Managements realisiert. Die soziale Trennung von Planung und Ausführung im Arbeitsprozeß findet in der zeitlichen Trennung und Abfolge von Rationalisierungshandeln statt. Neue Aufgabendefinitionen und Handlungsanweisungen werden für die Ausführenden der Arbeit entworfen. Diese müssen die Anweisungen möglichst fehlerfrei und präzise umsetzen.

Nach durchgeführter Rationalisierung verbleiben für die Arbeitenden die notwendigen Anpassungsleistungen. Beteiligung der Beschäftigten beschränkt sich auf die Akzeptanz der ermittelten neuen Arbeitskonzepte.

Auch in den traditionellen Organisationskonzepten, z.B. dem bürokratisch-hierarchischen Modell nach Max Weber, sind Elemente von Partizipation enthalten: so z.B. die Interpretation von Vorschriften und Regeln. Wird diese individuelle Leistung verweigert, bricht der Arbeitsprozeß zusammen. Dies wird z.B. im Verhalten in Konflikten deutlich, wenn der Dienst nach Vorschrift geleistet wird.

Es gibt auch andere Einflußmöglichkeiten am Arbeitsplatz, z.B. die Filtrierung von Informationen, die Kontrolle über die Arbeitsausführung oder die Redefinition von Arbeitsaufgaben. Allerdings finden alle diese Abläufe informell bzw. zufällig statt.

Alte und neue Elemente

In den 60er Jahren und verstärkt in den 70er Jahren gab es Versuche, partizipative Elemente in die Arbeitsorganisation einzuführen. So waren z.B. Hans-Paul Bahrds Analysen über die Krise der Hierarchie ein erster Ansatz zur Problematisierung bürokratisch-hierarchischer Arbeitsstrukturen. Ebenso wie beispielsweise aus Unternehmenssicht das Harzburger Modell einen Wandel in den Kooperationsbeziehungen befördern sollte. Die Erscheinungen Marktsättigung, Kundenwünsche, Produktdiversifikation und Flexibilität und Innovationserfordernisse führten zu neuen Anforderungen an die Beschäftigten und sollten mit dem Schlagwort von der Delegation von Verantwortung gelöst werden. Ebenso wie Public-Relations-Maßnahmen oder die Diskussion um das subjektive Verhalten von Vorgesetzten blieben sie auf der Stufe der Problematisierung stecken und sind nicht in die Arbeitsorganisation umgesetzt worden. Die Beharrung bürokratisch-hierarchischer Strukturen war stärker. Mit der Debatte um die Humanisierung der Arbeit sind zum ersten Mal Veränderungen der sozioökonomischen betrieblichen Systeme in einzelnen Fällen auch in die Realität umgesetzt worden. Mit Job-Enrichment, Job-Enlargement und Gruppenarbeit sind Beteiligungsvorstellungen befördert worden. Ebenso wie in der anschließenden Debatte um die aus den USA und Japan übernommenen Qualitätszirkel und im folgenden darauf mit Gruppenarbeitskonzepten sind Elemente von Lean-Management-Konzepten angesprochen.

In der in den 80er Jahren geführten Debatte um neue Produktionskonzepte und systemische Rationalisierung war die theoretische Abkehr von nachtayloristischen Nutzungskonzepten von Arbeitskraft und Produktionstechnologie vollzogen. In der betrieblichen Praxis haben die Konzepte eine vergleichsweise untergeordnete Bedeutung gehabt.

Ausgelöst wurde die Debatte um die nachfordistische Steuerung von Produktions- und Dienstleistungsarbeit durch die japanische Herausforderung,

analysiert in der MIT-Studie. Die sogenannte schlanke Produktion steht für eine umfassende Restrukturierung sämtlicher Unternehmensfunktionen. Auf innerbetriebliche Strukturen bezogen werden bekannte Zielsetzungen und Instrumentarien ergänzt durch Marktprinzipien in der Arbeits- und Unternehmensorganisation. Dazu gehören Dezentralisierung von Entscheidungsprozessen, flachere Hierarchien, auf Beteiligung und Konsens ausgerichtete Führungsstile und Varianten von Gruppen und Teamarbeit. Ziel ist die flexible Abstimmung der einzelnen Funktionsbereiche untereinander. Hier interessieren nicht so sehr die Details sondern die Prinzipien der neuen Managementstrategien. Vor allem ist zu beobachten, daß partizipative und arbeitskraftzentrierte Konzepte in den verschiedenen Branchen in vielen Varianten entwickelt und erprobt werden. Drei Merkmale sind diesen Versuchen gemeinsam:

1. Die neuartige Kombination von erweitertem Zugriff auf Arbeitsvermögen und direkter Beschäftigtenpartizipation ist mit der Zielsetzung unternehmensbezogener Rationalisierung verbunden. Anders als im Taylorismus sollen die Beschäftigten zu aktiven Trägern kleinschrittiger aber kontinuierlich durchgeführter Rationalisierung von Arbeitsabläufen werden.
2. Vielfach zeichnen sich die Konzepte dadurch aus, daß sich das Management, insbesondere das mittlere Management, und die ihnen zugeordneten Abteilungen zum Objekt von Optimierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen machen. Die Dezentralisierung, die Umverteilung von Entscheidungskompetenzen und veränderte Kooperationsbedingungen greifen tief in tradierte Arbeitsstrukturen ein.
3. Die neuen aktiven Rationalisierungskonzepte beinhalten in ihren Austauschbeziehungen zwischen Management und Belegschaften einen modifizierten und erweiterten Basiskonsens. Bestand, grob vereinfacht, eine traditionelle Übereinstimmung darin, daß gegen zergliederte, mechanisierte und getaktete Arbeit und/oder bürokratische und hierarchische Organisationsstrukturen steigende Einkommen und kürzere Arbeitszeiten ausgehandelt wurden, so wird jetzt von seiten des Managements das Ansinnen gestellt, steigendes Produzentenwissen zu erlernen und dafür mehr Entscheidungskompetenz und partielle Eigenkontrolle zu gewähren.

Die neue Qualität der Managementkonzepte

Unter dem Begriff der neuen Managementkonzepte werden eine ganze Reihe betriebspolitischer Instrumente und Teilstrategien zusammengefaßt. Weitreichende Folgen entstehen aus der Verbindung von Formen direkter Beschäftigtenbeteiligung und Gruppenarbeit. Im Zentrum des nunmehr propagierten Unternehmensmodells sollen sowohl in der unmittelbaren Produktion als auch in Entwicklungs- und Planungsbüros Arbeitsteams entstehen. Diese sollen selbstständig die Verbesserung, Optimierung und kleinschrittige Rationalisierung ihres Arbeitsbereiches vorantreiben. Damit wird ein Organisationselement in den Vordergrund gerückt, das sich als

die zentrale Gelenkstelle eines sich allmählich herauschälenden veränderten Rationalisierungsparadigmas erweisen könnte. Unternehmerische Beteiligungsangebote - im Kontext der Einführung verschiedener Varianten von Gruppenarbeit - werden unmittelbar als Hebel zur Mobilisierung von Produktionsintelligenz und zur effizienzsteigernden Preisgabe von informellem Produzentenwissen eingesetzt. Damit hat die Abkehrbewegung vom Taylorismus eine neue Qualität erreicht. Aus passiven Rationalisierungsobjekten sollen aktive Rationalisierungsobjekte werden. Parallel zu dieser Entwicklung werden die mittleren Hierarchieebenen ausgedünnt und die Aufgaben des verbleibenden mittleren und unteren technischen Managements umdefiniert und effektiviert. Das vormals exklusive Rationalisierungsobjekt wird zum Rationalisierungsobjekt gemacht.

Die neuen partizipativen Managementkonzepte berühren zentral das Kapital-Arbeits-Verhältnis. Gegenseitiges Vertrauen soll an die Stelle von Anweisung und Kontrolle treten. Dabei lassen die Konzepte in der Regel offen, wie sich Beschäftigtenpartizipation auf betriebliche und gewerkschaftliche Interessenvertretung und auf das institutionelle Gefüge der industriellen Beziehung auswirkt. Es ist kaum verwunderlich, daß sowohl die neuen Managementkonzepte, als auch deren Auswirkung auf die betriebliche Interessenregulierung kontrovers beurteilt werden. Die Prognosen reichen von Demokratisierungshoffnungen bis zu der Vermutung, unternehmerische Beteiligungsangebote dienen der Intensivierung der Leistungsabforderung und hätten gravierende Optimierungs- und Rationalisierungsschritte zur Folge. Die geforderte Identifikation mit den Unternehmenszielen könnte bei ihrer Verinnerlichung zur Selbstausbeutung führen.

Anders als in Japan sind in den hierzulande sich herausbildenden Organisationsstrukturen tatsächlich ernst zu nehmende Elemente direkter Partizipation der Beschäftigten eingebaut. Man wähnt sich manchmal an Konzepte zur betrieblichen Demokratisierung erinnert, wie sie Ende der 60er und der 70er Jahre von einer etwas breiteren linken Öffentlichkeit erörtert wurden, die nun im Gewand managerieller Rationalisierungsstrategien eine ungewöhnliche Renaissance zu erleben scheinen. Seinerzeit wurden mit den Forderungen nach Mitbestimmung am Arbeitsplatz ähnliche Forderungen der Beschäftigtenpartizipation angestrebt. Freilich galt der Ansatz einer basisdemokratischen Erweiterung betrieblicher Mitbestimmungsrechte und der politischen Mobilisierung der Beschäftigten. Ruft man sich die ursprünglichen Intentionen der Mitbestimmung am Arbeitsplatz in Erinnerung, so muß die partizipative Wende in den Managementkonzepten auf den ersten Blick wie eine Verklärung arbeitspolitischer Vorstellungen erscheinen. Ausgerechnet jene Instrumente, die der Politisierung der Arbeitsorganisation von unten dienen sollten, werden gegenwärtig als integrale Bestandteile verwertungsorientierter Managementkonzepte eingeführt.

Funktionalisierte Partizipation und Interessenvertretung

Selbst funktionalisierte Partizipation kann reale Entscheidungs- und Handlungsspielräume schaffen. Dazu bedarf es allerdings einiger Voraussetzungen.

Wenn die Partizipationsangebote eine Wirkung erzielen sollen, müssen sie eine reale Verlagerung von Entscheidungskompetenzen beinhalten. Ein solcher Prozeß wäre eine Zurücknahme von direkter Kontrolle. Aus Managementsicht wird versucht, "selbstreflexive" Sozialisationsinstanzen zu installieren. Fremdkontrolle soll durch Selbststeuerung ersetzt werden. Umfangreiche Schul-, Aus- und Weiterbildungsprogramme sind dafür eine wichtige Voraussetzung. Der Einbau partizipativer Elemente in die Unternehmensorganisation erzeugt aus sich heraus einen Qualifikationsbedarf, dessen Befriedigung auch der Verpflichtung auf Unternehmensziele dienstbar gemacht werden soll. Schulungs-, Aus- und Weiterbildungsprogramme können jedoch nicht ausschließlich den Managementzielen unterworfen werden, wenn sie zur aktiven, d.h. auch selbständigen Beteiligung befähigen sollen.

Die Ermittlung des Qualifikationsbedarfs beinhaltet jedoch auch Gefahren der Gruppenkonkurrenz, der Selbstausbeutung, der Benachteiligung sogenannter schwächerer Gruppenmitglieder. Diese müssen in übergreifende betriebliche und/oder tarifliche Regelungen eingebunden werden. Im Kontext der rezessiven ökonomischen Phase werden Rationalisierung sowie Entlassungen nicht abgedefert werden können, geschweige denn langfristig geplant.

Voraussetzung für Vertrauen ist für die Beschäftigten eine Garantie, nicht Opfer des Optimierungsprozesses zu werden. Anders als in Japan (Stammbelegschaften) arbeiten die Unternehmen hierzulande nicht mit Beschäftigungsgarantien, sondern ganz im Gegenteil werden die Belegschaften mit Arbeitsplatzabbau konfrontiert.

Die neuen Konzepte stellen auf jeden Fall eine Herausforderung für eine betriebliche gewerkschaftliche Politik zentralistisch bürokratisierten Typs dar, die die Selbständigkeit der Beschäftigten durch Repräsentation und Interessendelegation zu ersetzen sucht. Diese Politikform entspricht den traditionellen Rationalisierungs- und Kontrollprinzipien. Die mit neuen Managementkonzepten auf die Tagesordnung gesetzten Probleme drängen darauf, sie in einer neuen Mitbestimmungsdiskussion zu thematisieren, die auch alte Ideen von einer Mitbestimmung am Arbeitsplatz wieder aufnehmen könnte.

Partizipatives Management eröffnet Verhandlungsfelder, in denen Personal- oder Betriebsräte nicht über gesetzlich fixierte Mitbestimmungsrechte verfügen. Die Festlegung z.B. von Lohn-Leistungs-Relationen sind bei leistungspolitischen Zielformulierungen auf die Kooperation und die Erfahrung der Arbeitsgruppenmitglieder angewiesen.

Der Prozeß der Reorganisation von Arbeit nach den Prinzipien von Lean-Management läuft in allen Produktions- wie Dienstleistungsbetrieben an. Es kommt darauf an, ihn gestaltend zu beeinflussen, gerade von seiten der betrieblichen und überbetrieblichen Interessenvertretung. Voraussetzung dafür ist ein umfangreiches Expertenwissen, ein hoher Aktivierungsgrad und ein freier verfügbares Zeitbudget auch für Personal- und Betriebsräte.

Je stärker sich Personal- oder Betriebsräte auf die Kooperationsangebote von seiten des Managements einlassen, um so unübersichtlicher werden in der Wahrnehmung der Belegschaften die betriebspolitischen Konfliktlinien. Dadurch entsteht die Gefahr, daß Personalräte für Managementfehler mitverantwortlich gemacht werden. Dieser Politikstil setzt daher umfassende Informationspolitik und aktive Belegschaften voraus. Gestaltungsalternativen sichtbar zu machen, ist ein wichtiger Bestandteil dieser Partizipation und Politisierung von oben. In der Kritik an einer Beteiligung der betrieblichen und überbetrieblichen Interessenvertretung wird darauf hingewiesen, daß die kooperativen Zusammenhänge zwischen betrieblicher Interessenvertretung und Gewerkschaften gelockert und sie in ihrer tradierten tarif- und verteilungspolitischen Arbeit geschwächt werden könnten.

Ein weiterer Problembereich kann entstehen, weil einerseits die Rationalisierungskonzepte immer umfassender werden und damit die Komplexität von Planung und Implementationsprozessen unübersichtlicher. Andererseits bestehen Tendenzen der Dezentralisierung von Entscheidungen in sachlich und sozial kleinere Einheiten. Die Einführung von Arbeitnehmerpartizipation bedeutet in diesem Kontext eine Etablierung schwacher Möglichkeiten, die zu Lasten starker, rechtlich fixierter Mitbestimmungsforderungen gehen können. Es könnte auf diesem Wege zu einer schleichenden Aushöhlung des dualen Interessenvertretungssystems kommen. Dem könnte langfristig nur durch eine Anpassung des Betriebsverfassungsbzw. der Personalvertretungsgesetze an die neue betriebliche Situation Rechnung getragen werden. Dazu fehlen allerdings inhaltliche Gestaltungskriterien, die an die Interessen der Beschäftigten anknüpfen und den Umbau als partizipativen Organisations- und Lernprozeß fördern.

Interessenvertretungen können ihre Rolle als arbeitspolitische Korrektive langfristig nur erfüllen, wenn sie den Tendenzen entgegenwirken, gesellschaftliche Erfordernisse auszuklammern. Die Mitbestimmungsfrage wird neu gestellt und der Prozeß der Institutionalisierung der Rechte von Beschäftigten, die sich aus den Beteiligungskonzepten ergeben, muß weiterentwickelt werden.

Kyôichi Maekawa

Die Situation der Arbeiterklasse und die Gewerkschaftsbewegung in Japan

1. Die Situation der Arbeiterklasse

1.1 Entwicklungstendenzen der arbeitenden Bevölkerung

Nach der vom Statistischen Büro der Kanzlei des Ministerpräsidenten (*Sômu chô*) durchgeführten *Arbeitskrafterhebung* betrug 1992 in Japan die Zahl der abhängig Beschäftigten 51,190 Mio. Personen. Unter allen 64,360 Mio. Erwerbstätigen lag ihr Anteil damit bei 79,5 Prozent. Davon waren 31,450 Mio. Männer und 19,740 Mio. Frauen. Insofern die in dieser Erhebung als Angestellte bezeichneten Personen auch das Firmenführungspersonal einschließen, kann man nicht unbedingt von einer Statistik der Lohnabhängigenzahl im strengen Sinne sprechen. Andererseits aber sind in ihr die Vollarbeitslosen, die zum überwiegenden Teil zur Arbeiterklasse zählen, nicht enthalten. Rechnet man dies gegeneinander auf, kann man davon ausgehen, daß der genannte Wert der tatsächlichen Zahl der Lohnarbeiter nahekommt.

Tabelle 1 - Arbeitskraft in reellen Zahlen¹

Jahr (durchschnittl.)	(Männer und Frauen)		Arbeitende Bevölkerung						(in Mio.)	
	Berö- kerung gesamt	Berö- kerung über 15 Jahre (A)	gesamt (B)	Berufstätige			Arbeits- lose (C)	Beschäf- tigungs- rate (B)/(A)	Arbeitslo- senrate (C)/(B)	
				gesamt	Selbstän- dige	Familien- angestellte				
1960	93,26	65,20	45,11	44,36	10,06	10,61	23,70	0,75	69,2	1,7
1970	103,57	78,85	51,53	50,94	9,77	8,05	33,06	0,59	65,4	1,1
1980	116,83	89,32	56,50	55,36	9,51	6,03	39,71	1,14	63,3	2,0
1990	123,54	100,89	63,84	62,49	8,78	5,17	48,35	1,34	63,3	2,1
1991	123,98	101,99	65,05	63,69	8,59	4,89	50,02	1,36	63,8	2,1
1992	124,31	102,83	65,78	64,36	8,43	4,56	51,19	1,42	64,0	2,2

Betrachtet man die Veränderung der Zahl der Lohnarbeiter nach Wirtschaftszweigen, läßt sich im Zeitraum 1992 besonders in folgenden Sektoren eine Zunahme feststellen: im Dienstleistungsgewerbe um 370.000 (gegenüber dem Vorjahr ein Zuwachs von 3,1 %) auf 12,310 Mio. Beschäftig-

¹ Aus: Arbeitskraftuntersuchung, hrsg. v. Statistischem Büro in der Kanzlei des Ministerpräsidenten.

te, in der verarbeitenden Industrie um 250.000 (1,8 % Zuwachs) auf 13,820 Mio. Beschäftigte und im Großhandels-, Einzelhandels- und Gastronomie-gewerbe um 220.000 (2,0 % Zuwachs) auf 11,020 Mio. Beschäftigte.

Ein Blick auf die Bewegung der Arbeitslosenrate zeigt, daß diese laut der Untersuchung vom Februar 1994 infolge der Verschärfung des Konjunktur-rückgangs bis auf 2,9 % angestiegen ist, wobei diese Quote bei den Frauen bei 3,2 % lag. Dies markiert den bislang schlechtesten Wert über-haupt.

1.2 Zunahme der Lohnabhängigen in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen (fu anteí koyô sha)

In den letzten Jahren haben die Lohnarbeiter in unsicheren Beschäfti-gungsverhältnissen wie Teilzeitarbeiter oder Leiharbeiter - Frauen stehen dabei im Mittelpunkt - jährlich zugenommen.

Rasche Zunahme der Teilzeitarbeiter (pâto rôdô sha)

Orientiert man sich für die Lage bei den Teilzeitarbeitern an den Zahlen der *Arbeitskraftherhebung* im Bereich der Kurzzeitbeschäftigten (Arbeiter mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von weniger als 35 Stunden) außerhalb des Land- und Forstwirtschaftssektors, so lag deren Zahl 1991 bei 8,02 Mio. (16,8 % aller Arbeiter), was einer Steigerung um 800.000 gegenüber dem Vorjahr gleichkam. Mit einem Anteil von 5,5 Mio. hatten die Frauen darunter gegenüber dem Vorjahr um 490.000 (9,8 %) zugenommen. Die Zahl der weiblichen Teilzeitarbeiter ist in den letzten zehn Jahren konstant gewachsen. Als Ergebnis dieser Entwicklung macht ihr Anteil an allen weiblichen Arbeitern außerhalb des Land- und Forstwirtschaftssektors - nicht mitgezählt dabei die in ihren Beschäftigungsverhältnissen vorüberge-hend Beurlaubten - 29,3 % aus.

Fragt man nach der Verteilung der weiblichen Teilzeitarbeiter auf die ein-zelnen Wirtschaftssektoren, so sind laut *Arbeitskraftherhebung* die im Groß-handels-, Einzelhandels- und Gastronomie-gewerbe Beschäftigten mit 1,89 Mio. (34,4 % aller weiblichen Teilzeitarbeiter) am zahlreichsten. Es folgen der Dienstleistungssektor mit 1,57 Mio. (28,5 %) und die verarbeitende Industrie mit 1,2 Mio. Beschäftigten (21,8 %). Diese drei Wirtschaftssekto-ren zusammen machen einen Anteil von 82,7 % aus. Gemessen an der Größe der Unternehmen sind die weiblichen Teilzeitarbeiter in Unter-nehmen von 1 bis 29 Mitarbeitern mit 2,48 Mio. Beschäftigten (29,1 %) am zahlreichsten, gefolgt von 1,08 Mio. Beschäftigten (19,6 %) in Unterneh-men mit mehr als 500 Mitarbeitern.

Die Gründe für den Zuwachs der Teilzeitarbeiter lagen nach einer Unter-suchung des Ministeriums für Arbeit auf Seiten der Arbeiter wie folgt: Er-

gänzung des Haushaltsgeldes (50,9 %), Haupteinnahmequelle (15,4 %), Verbesserung des Lebensstandards (13,0 %) etc. In jedem Fall bestand die Notwendigkeit zu arbeiten, um die Mittel für den Lebensunterhalt zu ver-dienen. Auf Unternehmensseite wurden als häufigste Gründe "relativ nied-rige Personalkosten" und "einfache Personalverwaltung" angegeben. Ge-genwärtig verfolgen Regierung und Monopolkapital eine Politik, die darauf abzielt, Teilzeitarbeiter nicht nur bloß als ergänzende Arbeitskraft sondern vielmehr als die hauptsächliche Arbeitskraft der Unternehmen einzuset-zen.

Zunahme der Leiharbeiter (haken rôdô sha)

Ein weiteres Charakteristikum der Zunahme von Arbeitern in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen ist der Anstieg der Zahl von Leiharbeitern - solchen Arbeitern als, die von dem Arbeitgeber, mit dem der tatsächliche Arbeitsvertrag besteht (entsendendes Unternehmen), an ein anderes Un-ternehmen (entleihendes Unternehmen) ausgeliehen werden, und die nach den dortigen Anweisungen für das Fremdunternehmen arbeiten. Weil im Juli 1986 ein Gesetz zur Leiharbeit in Kraft gesetzt und Leiharbeit, die bis dahin rechtswidrig war, damit gesetzlich anerkannt wurde, sofern sie inner-halb der vom Gesetz festgelegten Tätigkeitsbereiche bestimmte Auflagen erfüllt, nimmt diese umso stärker zu. Nach dem *Bericht über Arbeiter aus-leihende Unternehmen (Rôdô sha haken jigyô hôkoku)* des Arbeitsministe-riums für das Jahr 1991 betrug die Zahl der Leiharbeiter 630.000 Personen (nicht mitgezählt dabei die Zahl der Arbeiter außerhalb der gesetzlichen Rahmenbedingungen) - ein Zuwachs von 23,7 % gegenüber 1990.

Letzten Endes ist der Anstieg von Lohnabhängigen in unsicheren Beschäf-tigungsverhältnissen wie Teilzeit- und Leiharbeitern auf das Bemühen der Großunternehmen um Gewinnmaximierung zurückzuführen: Auf der einen Seite werden Arbeiter in gewöhnlichen Beschäftigungsverhältnissen entlassen und eine auf Personalabbau zielende "Rationalisierung" forciert. Gleichzeitig wird dabei auf der anderen Seite ein Übergang zu Arbeitern in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen mit Niedriglöhnen und ohne Rechte verfolgt. In dem von der Regierung herausgegebenen Papier *In Richtung Jahr 2000 stark fluktuierender Arbeitsmarkt (Nisen nen ni mukete gekidô suru rôdô shijô)* wird davon ausgegangen, daß es im Jahr 2000 etwa 14,92 Mio. Teilzeit-, Leih- und andere Arbeiter in unsicheren Beschäf-tigungsverhältnissen geben wird, das sind von allen Werkträgern 33,1 %, so daß von drei Arbeitern einer ein Teilzeitarbeiter, ein Leiharbeiter oder ein anderer Arbeiter in einem unsicheren Beschäftigungsverhältnis sein wird. Das bedeutet, daß die Lohnarbeiter, die in unsicheren Beschäftigungsver-hältnissen zu den schlechtesten Arbeitsbedingungen arbeiten müssen, zu-nehmen werden. Gleichzeitig ist diese Entwicklung umso schwerwiegen-

der, als sie auch auf die Anstellung und die Arbeitsbedingungen der Arbeiter in regulären Beschäftigungsverhältnissen großen Einfluß ausüben wird.

Rasche Zunahme der Gastarbeiter

In den letzten Jahren hat die Einreise von Gastarbeitern bzw. deren Aufenthalt in Japan stark zugenommen.

Den Hintergrund für den raschen Anstieg der Gastarbeiterzahl bilden zunächst Probleme wie das Nord-Süd-Gefälle und die schwere wirtschaftliche Krise der Entwicklungsländer; dann der Umstand, daß die Finanzkreise in Japan aus Motiven der Gewinnmaximierung eine Politik betreiben, die sich Gastarbeiter zu Niedriglöhnen zunutze macht. Der Grund für die hohe Zahl von illegalen Arbeitskräften unter den Gastarbeitern erklärt sich aus folgendem Sachverhalt: Während die Regierung einerseits in einer für Großunternehmen günstigen Weise das Ausmaß, in dem einfache Arbeiter aus dem Ausland - hierbei handelt es sich hauptsächlich um Auszubildende und Arbeitskräfte mit japanischen Vorfahren - angestellt werden können, erweitert hat, verfolgt sie andererseits grundsätzlich eine Linie der Nichtaufnahme einfacher ausländischer Arbeiter und hat ihre Bemühungen um Aufdeckung und Kontrolle illegaler Arbeitskräfte verstärkt.

Der vom Justizministerium herausgegebene *Statistische Jahresbericht der Ein- und Ausreisekontrolle (Shutsunyū koku kanri tōkei nenpō)* zeigt, daß 1991 die Zahl der aus Arbeitsgründen erstmalig eingereisten Ausländer (ausgenommen Botschaftspersonal und andere Personen in öffentlichen Tätigkeiten) 113.599 Personen betrug, was einer Verdoppelung in den vorangegangenen fünf Jahren (54.736 Personen 1986) gleichkommt.

Die Zahl der 1991 von der Immigrationsbehörde aufgedeckten illegalen Arbeitskräfte lag bei 32.908 Personen. Das waren zweiundzwanzigmal so viele wie zehn Jahre und viermal so viele wie fünf Jahre zuvor.

Hält man sich für die Zahl der sich illegal in Japan Aufhaltenden an die Schätzungswerte des Justizministeriums für die Ein- und Ausreisekontrolle, so stieg diese Zahl zwischen dem 1.7.1990 und dem 1.11.1991 von 106.497 Personen auf den ungefähr doppelt so hohen Wert von 216.399 Personen an. Weil es sich bei einem Großteil von diesen um illegale Arbeitskräfte handeln dürfte, kann man davon ausgehen, daß auch die Zahl der illegalen Arbeitskräfte in großem Umfang zugenommen hat. Nach Nationalitäten betrachtet sind in absoluten Zahlen Zuwanderer aus Thailand, Korea und den Philippinen am zahlreichsten. An der Zuwachsrate gemessen liegen Iran, Malaysia, Thailand und Myamar an der Spitze.

Ein weiteres Merkmal ist, daß seit 1988 Gastarbeiter japanischer Abstammung aus lateinamerikanischen Ländern stark zugenommen haben.

Die Arbeitsbedingungen dieser Gastarbeiter sind in höchstem Maße schlecht, ihr Lohn liegt bei nur etwa 30 bis 80 % des Gehalts eines Ja-

paners. Es ist nicht auszuschließen, daß es eine noch größere Verschlechterung des Lebensstandards, der Rechte und der Arbeitsbedingungen auch der japanischen Arbeiter hervorrufen wird, wenn die besorgniserregende Situation der Gastarbeiter weiterhin mißachtet wird. In diesem Maße ist die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der sozialen Verhältnisse der Gastarbeiter und eine systematische Aufnahme derselben zu einem Problem geworden, an dem nicht vorbeizukommen ist.

1.3 Miserable Arbeitsbedingungen

Japan wird zwar als "Krösus Nippon" (*kanemochi Nippon*) oder als "wohlhabendes Land" (*yutakana kuni*) mit der zweitgrößten Wirtschaftskraft der Welt bezeichnet, doch die Arbeiter dort werden gezwungen, unter derart schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen zu leben, wie sie in keiner anderen Industrienation der kapitalistischen Welt zu finden sind.

Unverändert niedrige Löhne

Der japanische Unternehmerverband (*Nichikei ren*) behauptet zwar, daß die Löhne in Japan "auf dem weltweit höchsten Niveau" lägen. In Wirklichkeit aber reicht das Lohnniveau der japanischen Arbeiter auch weiterhin nicht an das ihrer Kollegen in Europa und Nordamerika heran, sondern liegt auf dem niedrigsten Stand unter den führenden Industrienationen.

Auch einer Schätzung des Arbeitsministeriums zufolge waren 1990 die Löhne in Japan gemessen an der realen Arbeitszeit unter den fünf führenden Wirtschaftsnationen selbst bei Umrechnung nach der offiziellen Umtauschrate am niedrigsten: Setzt man für Japan 100, ergab sich für Frankreich 111, für Großbritannien 107, für die USA 109 und für Deutschland 156. Gemessen am durchschnittlichen Kaufwert, vergrößert sich der Abstand noch: Japan als 100 gegenüber standen Frankreich mit 111, Großbritannien mit 123, die USA mit 144 und Deutschland mit 147. Weil bei dieser Berechnung des Arbeitsministeriums die Lohnstatistiken im Fall Japans unter Einschluß der Arbeitslosenunterstützung, im Fall der übrigen Länder ohne Einschluß derselben miteinander verglichen wurden, liegt das tatsächliche Niveau in Wirklichkeit noch um einiges niedriger.

Unter den japanischen Arbeitern sind besonders die Löhne der Arbeiter in Klein- und Mittelbetrieben sehr schlecht. Wenn nach der *Monatlichen Arbeitsstatistik (Maitsuki kyūryō tōkei)* des Arbeitsministeriums 1991 der Lohn in Unternehmen der verarbeitenden Industrie mit mehr als 500 Mitarbeitern 100 % entsprach, betrug er in Betrieben mit 100 bis 499 Mitarbeitern 80 %, in Betrieben mit 30 bis 99 Mitarbeitern 68,8 % und in solchen mit 5 bis 29 Mitarbeitern 64,9 %. Die Löhne in Kleinst-, Klein- und Mittelbetrieben liegen also in einer Höhe von etwa 60 % der Gehälter der Großunternehmen.

Auch der Abstand zwischen den Löhnen von Männern und Frauen ist unvermindert groß. Dem Ergebnisbericht einer statistischen Untersuchung zur Lohnstruktur des Arbeitsministeriums von 1992 zufolge ergab ein Vergleich der Gehälter von Frauen und Männern (tarifliche Gehälter), daß der Durchschnittslohn eines gewöhnlichen Arbeiters 313.500 ¥, der einer Arbeiterin 192.800 ¥ betrug. Das Gehalt einer Frau lag also nur bei 61,5 % des Gehalts eines Mannes.

Lange Arbeitszeiten

Eine Untersuchung des Arbeitsministeriums besagt, daß 1992 die tatsächliche jährliche Arbeitszeit der Arbeiter in Japan sich auf 1982 Stunden belief; damit wurde zum erstenmal seit Beginn regelmäßiger Erhebungen im Jahr 1926 die Zahl von 2000 Stunden unterschritten. Außer dem Trend hin zu einer Arbeitszeitverkürzung ist ein wesentlicher Grund für diese Entwicklung, daß unter dem Einfluß der Rezession die außertarifliche Arbeitszeit (Überstunden) abgenommen hat.

Nichtsdestotrotz ist in der Realität die Arbeitszeit in Japan auch weiterhin um einige hundert Stunden länger als in den Ländern Europas und Nordamerikas. Im *Arbeitsweißbuch (Rôdô hakusho)* des Arbeitsministeriums findet sich ein internationaler Vergleich der Arbeitszeiten. 1991 leistete ein japanischer Arbeiter (in Unternehmen der verarbeitenden und produzierenden Industrie) im Jahr an tatsächlichen Arbeitsstunden 2080 Stunden. Im Vergleich zu anderen Ländern arbeitet er 498 Stunden länger als sein deutscher Kollege, 398 Stunden länger als sein französischer, 178 Stunden länger als sein britischer und 137 Stunden länger als sein amerikanischer. Ein japanischer Arbeiter arbeitete also beinahe drei Monate mehr als ein deutscher.

Nicht nur stellen die schlechten Arbeitsbedingungen japanischer Arbeiter wie etwa Langzeitarbeitszeiten eine Ursache dar für die internationalen Wirtschaftsreibereien. Sie üben auch in vielfältiger Weise negativen Einfluß auf das Familienleben der Arbeiter aus.

Viele Überstunden, niedrige Überstundenzulage

Daß die Arbeitszeit in Japan im internationalen Vergleich länger ist, hat neben der Tatsache, daß die tarifliche Arbeitszeit länger ist, damit zu tun, daß auch die außertarifliche Arbeitszeit länger ist, weil Überstunden im § 36 der Arbeiterschutzgesetzgebung nicht entsprechend geregelt werden. 1991 betrug die jährliche außertarifliche Arbeitszeit eines japanischen Industriearbeiters 204 Stunden. Im internationalen Vergleich leistete er damit 121 Stunden mehr an Überstunden als ein deutscher, 41 mehr als ein britischer und 17 mehr als ein amerikanischer Arbeiter. In Japan sind

"Service-Überstunden" (*sâbisu zangyô*) überall fest etabliert, und in Wirklichkeit ist die außertarifliche Arbeitszeit noch länger als in der Regierungsverwaltung angegeben.

Daß japanische Arbeiter so viele Überstunden leisten, steht in enger Verbindung zum niedrigen Lohnniveau. Daß der Abhängigkeitsgrad von den Einkünften aus Überstunden sehr hoch ist, stellt ein Charakteristikum des Arbeiterlebens dar. Dabei liegt die Überstundenzulage auf dem niedrigsten Niveau der wichtigsten Länder der westlichen Welt.

Kurzer Jahresurlaub

Unter den führenden Industrienationen ist der garantierte Jahresurlaub in Japan am kürzesten. International wurde 1970 der ILO-Paragraph angenommen, der den garantierten Jahresurlaub auf drei Arbeitswochen festlegte. Bald darauf wurden in den führenden kapitalistischen Ländern vier Arbeitswochen üblich, in Dänemark und Frankreich sogar fünf. Seit einigen Jahren wird auch in anderen Ländern die Forderung nach fünf Wochen immer lauter. Dagegen betrug der garantierte Jahresmindesturlaub eines japanischen Arbeiters bis 1987 sechs Tage. 1987 ergab eine Änderung der Arbeiterschutzgesetzgebung, daß der Jahresmindesturlaub in Unternehmen mit mehr als 300 Mitarbeitern auf 10 Tage erhöht wurde und mit Länge der Betriebszugehörigkeit jeweils um einen Tag weiter anstieg. Für Unternehmen mit weniger als 300 Mitarbeitern galten zumindest acht Tage; am 1.4.1994 sind daraus endlich 10 Tage geworden. Dem Anstieg mit Länge der Betriebszugehörigkeit wurde allerdings eine Obergrenze gesetzt, die bei 20 Tagen liegt. Zudem ist es in Japan auch weiterhin so, daß der garantierte Jahresurlaub nicht voll ausgeschöpft wird. 1991 wurden nur 54,6 % des garantierten Jahresurlaubs tatsächlich genommen. Der wichtigste Grund für diese niedrige Rate besteht darin, daß die Unternehmen derart hohe Produktionspläne aufstellen, daß sie nicht zu erfüllen sind, solange die Anwesenheitsrate aller Arbeiter am Arbeitsplatz nicht bei 90 bis 100 % liegt.

Tod durch Überarbeitung (karô shi) und Gesundheitsprobleme der Arbeiter

Nicht nur ist die Arbeitszeit in Japan lang, den Arbeitern wird auch eine extreme Arbeitsintensität abverlangt. Beispielsweise sind sie in einem Automobilherstellungswerk von Toyota zu einer in Sekundeneinheiten berechneten Arbeit gezwungen, die es nicht nur nicht erlaubt, während der Arbeit zur Toilette zu gehen, sondern sich sogar den Schweiß abzuwischen. Dies ist eine Arbeitsintensität, die in anderen Ländern ihresgleichen sucht. Und sie gilt für die Arbeiter in den Zulieferbetrieben in noch stärkerem

Maß. Diese lange und intensive Arbeit ist die Ursache für zunehmende Todesfälle durch Überarbeitung (*karô shi*); und zwar in einem solchen Umfang, daß der Ausdruck *Japanese karôshi* unübersetzt weltweit ein Begriff geworden ist.

Nach einer landesweiten Umfrage der Zeitung *Yomiuri Shinbun* zwischen dem 23. und 24. Januar 1993 denken zwei von drei Japanern, daß in Japan zuviel gearbeitet wird, und es wurde deutlich, daß fast die Hälfte aller Befragten unvermindert Angst vor *karô shi* hat.

Daß gerade unter Japanern Tod durch Überarbeitung häufig ist, hat mit den Arbeitsbedingungen zu tun. Ein Vergleich zahlreicher *karô shi*-Fälle ergab als übereinstimmendes Merkmal einen Aufstau von körperlicher und psychischer Erschöpfung und eine Zunahme von Streß infolge von zu langer und intensiver Arbeit.

Auch die Zahl der Arbeitsunfälle und berufsbedingten Krankheiten ist bedenkenswert. Eine Untersuchung des Arbeitsministeriums zu der Ursache von Arbeitsunfällen aus dem Jahr 1991 zeigt, daß die Zahl von Verletzten, die aufgrund von Arbeitsunfällen mehr als vier Tage arbeitsunfähig geschrieben waren, auf 200.633 angestiegen ist. Die Zahl der Todesfälle betrug 2.489. Es heißt zwar, daß diese Zahl in letzter Zeit in Abnahme begriffen sei, doch ist der Stand von 1986, als mit 2.318 Todesfällen der bis dahin niedrigste Wert verzeichnet wurde, noch nicht wieder erreicht. Nach Wirtschaftszweigen betrachtet sind Todesfälle im Baugewerbe mit 1.047 Opfern am zahlreichsten, gefolgt von der verarbeitenden Industrie mit 448 Opfern.

Ein weiteres Merkmal der letzten Zeit ist die Zunahme von "neuen Berufskrankheiten", die ihre Ursachen in der auf Personalabbau abgestellten "Rationalisierung" durch die Einführung von Mikroelektronik am Arbeitsplatz und in der wachsenden Arbeitsintensivierung haben. So nimmt beispielsweise besonders die psychische und nervliche Erschöpfung der Arbeiter zu, und psychische bzw. nervliche Leiden wie psychosomatische Erkrankungen oder die als "Technostreß" bezeichnete Krankheit sind im Anstieg begriffen. Besonders bei Arbeitern, die am Bildschirm arbeiten und deren Sehnerven in erheblichem Maß strapaziert werden, steigen Fälle von Sehkraftabnahme oder -beeinträchtigung, Schultermuskelverhärtung (*katakori*) und Kopfschmerzen stark an.

Beeinträchtigung der Grundrechte

In den japanischen Großunternehmen werden in einem solch erstaunlichen Maß die menschlichen Grundrechte beschnitten, daß der Slogan "Am Arbeitsplatz gilt die Verfassung nicht" mittlerweile zum Allgemeinwissen gehört.

Ganz offen wird in einer vormodern anmutenden Weise, wie sie in anderen Ländern des Westens kaum vorstellbar ist, Druck ausgeübt: Versetzungen und Entlassungen aus Meinungs- oder Glaubensgründen, als "Service-Überstunden" (*sâbisu zangyô*) kaschierter Arbeitszwang, inhumane Strafmaßnahmen gegenüber Arbeitern, die Menschenrechte fordern, der Zwang, von der Familie getrennt beim Arbeitsplatz zu leben (*tanshin funin*), was die Gefahr einer Zerrüttung der Familienbande in sich birgt.

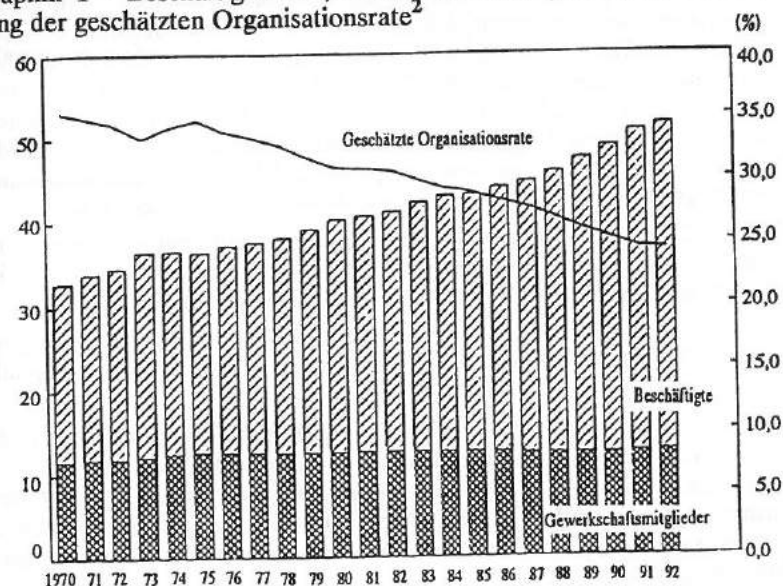
In diesem Despotismus in den Großunternehmen, der die Grundkoordinaten von Freiheit und Demokratie negiert, liegt die Wurzel für den weit grassierenden unmenschlichen Druck, der mitunter eine Ursache für *karô shi* ist.

2. Organisation und Aktivitäten der Gewerkschaften

2.1 Die Organisation der Lohnarbeiter

Im Juni 1992 betrug die Zahl der Einzelgewerkschaften in Japan 33.047 mit insgesamt 12.541.000 Mitgliedern. Die Organisationsrate der Arbeiter bzw. der Lohnabhängigen lag bei 24,4 %, und sie sinkt jährlich weiter. Verglichen mit dem Vorjahr nahm die Zahl der Einzelgewerkschaften gerade einmal um 32 neue Vereinigungen zu, und es wurden nur 144.000 neue Mitglieder (Zuwachs von 1,2 %) gewonnen (laut *Untersuchung zu den Grundlagen der Gewerkschaften*).

Graphik 1 - Beschäftigtenzahl, Gewerkschaftsmitgliederzahl und Bewegung der geschätzten Organisationsrate²



² Aus: *Untersuchung zu den Grundlagen der Gewerkschaften*, hrsg. v. Arbeitsministerium.

Betrachtet man die Mitgliederzahlen der Einzelgewerkschaften nach Wirtschaftssektoren, liegt die verarbeitende Industrie mit 4.123.000 Mitgliedern - das sind 32,9 % aller Gewerkschaftsmitglieder - an erster Stelle. Es folgt das Dienstleistungsgewerbe mit 1.714.000 Mitgliedern (13,7 %), das Transport- und Informationswesen mit 1.689.000 (13,5 %) und der öffentliche Dienst mit 1.420.000 (11,3 %).

Für die Organisationsrate nach Wirtschaftssektoren ergeben sich folgende Zahlen: Hoch ist die Rate beim öffentlichen Dienst (72,1 %), beim Energie- und Wasserversorgungswesen (68,1 %), beim Banken-, Versicherungs- und Immobiliengewerbe (48,8 %) und beim Transport- und Informationswesen (46,7 %). Bei weniger als 20 % liegt sie beim Großhandels-, Einzelhandels- und Gastronomiegewerbe (9,0 %), beim Landwirtschafts-, Forstwirtschafts- und Fischereigewerbe (11,5 %), beim Dienstleistungsgewerbe (13,7 %) und beim Baugewerbe (18,1 %).

2.2 Gründe für die rückläufige Organisationsrate

Nach dem Krieg, als die Alljapanische Konferenz der Industriearbeitergewerkschaften (*Sanbetsu kaigi*) - diese bildete das Nationale Zentrum der Gewerkschaften, die auf einem klassenkämpferischen Standpunkt standen - eine zentrale Funktion der Gewerkschaftsbewegung ausübte, erreichte die Organisationsrate der japanischen Lohnarbeiterschaft den Rekordwert von 55,8 % (1949). Nachdem sich jedoch die Konferenz unter dem Druck der amerikanischen Besatzungsmacht und des Monopolkapitals auflöste, nahm die Organisationsrate unter der nachfolgenden sozialdemokratischen Gewerkschaftsleitung jährlich ab. Die auf Entlassungen und Personalabbau zielenden "Rationalisierungsmaßnahmen" in den privaten Großunternehmen, in denen die Organisationsrate vergleichsweise hoch ist, und die "Rationalisierungen" infolge von temporären "Reformen des staatlichen Verwaltungsapparates" taten ein übriges, diesen Trend zu verstärken.

Die vermutliche Organisationsrate in allen Wirtschaftssektoren zusammen sank in den vergangenen zwanzig Jahren um mehr als 10 %; von 35,4 % im Jahr 1970 auf 30,8 % im Jahr 1980 und auf 25,2 % im Jahr 1990.

Die Frage nach den Ursachen für die sinkende gewerkschaftliche Organisationsrate liefert für Tendenzen der letzten Jahre folgende Anhaltspunkte:

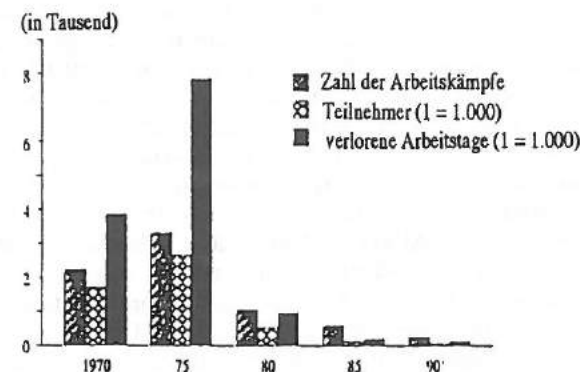
Ein denkbarer Grund für die rückläufige Organisationsrate ist der Wandel des Wirtschaftsgefüges. Das Gewicht an der Gesamtwirtschaft von Sektoren mit einer relativ hohen Organisationsrate wie Bergbau, Transport- und Informationswesen und die verarbeitende Industrie ist gesunken, während etwa der Anteil des Dienstleistungsgewerbes mit einer niedrigen Organisationsrate gestiegen ist.

Seit dem Ölschock hat sich die Teilzeitanstellung - Frauen machen dabei den Hauptanteil aus - fest etabliert. Außerdem hat das aktive Bestreben der Unternehmen, für immer mehr Arbeiten Subkontraktoren und Fremdunternehmen heranzuziehen, zusammen mit Beschäftigungsformen, die auf Leiharbeit basieren, die Zahl von Arbeitern anschwellen lassen, denen der Status fehlt, um in eine Gewerkschaft eintreten zu können. Auch hierin ist eine wesentliche Ursache für die sinkende Organisationsrate zu sehen.

Als Ergebnis des Wandels der Wirtschaft hin zu Dienstleistungen und "weichen" Geschäftsformen sind neue Serviceunternehmen herangewachsen, die sich an andere Unternehmen oder den Einzelverbraucher wenden. Den Hauptanteil dieser neuen Unternehmen stellen vergleichsweise kleine Betriebe. Während laut *Basisuntersuchung der Gewerkschaften* die Organisationsrate in privaten Unternehmen mit mehr als 1.000 Mitarbeitern 60 % übersteigt, ist sie in Betrieben von 99 oder weniger Mitarbeitern mit 2 % extrem niedrig. Auch in diesem Punkt hat man einen Grund für das Sinken der Organisationsrate zu sehen.

Eine Betrachtung der Entwicklung der Arbeitskämpfzahlen zeigt, daß von Beginn bis Mitte der 70er Jahre mit Schwerpunkt in der verarbeitenden Industrie sehr viele Arbeitskämpfe ausgetragen wurden und die Teilnehmerzahlen zeitweise pro Jahr bei mehr als 2 Mio. lagen. In der Folgezeit jedoch nahm unter der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung und der sinkenden Organisationsrate die Zahl der Arbeitskämpfe rasant ab. Mit 145.000 Tagen lag die 1990 durch Arbeitskämpfe verlorene Zahl von Arbeitstagen bei weniger als einem Fünfzigstel der Zahl von 1975.

Graphik 2³



³ Aus: Statistische Untersuchung der Arbeitskämpfe, hrsg. v. Arbeitsministerium.

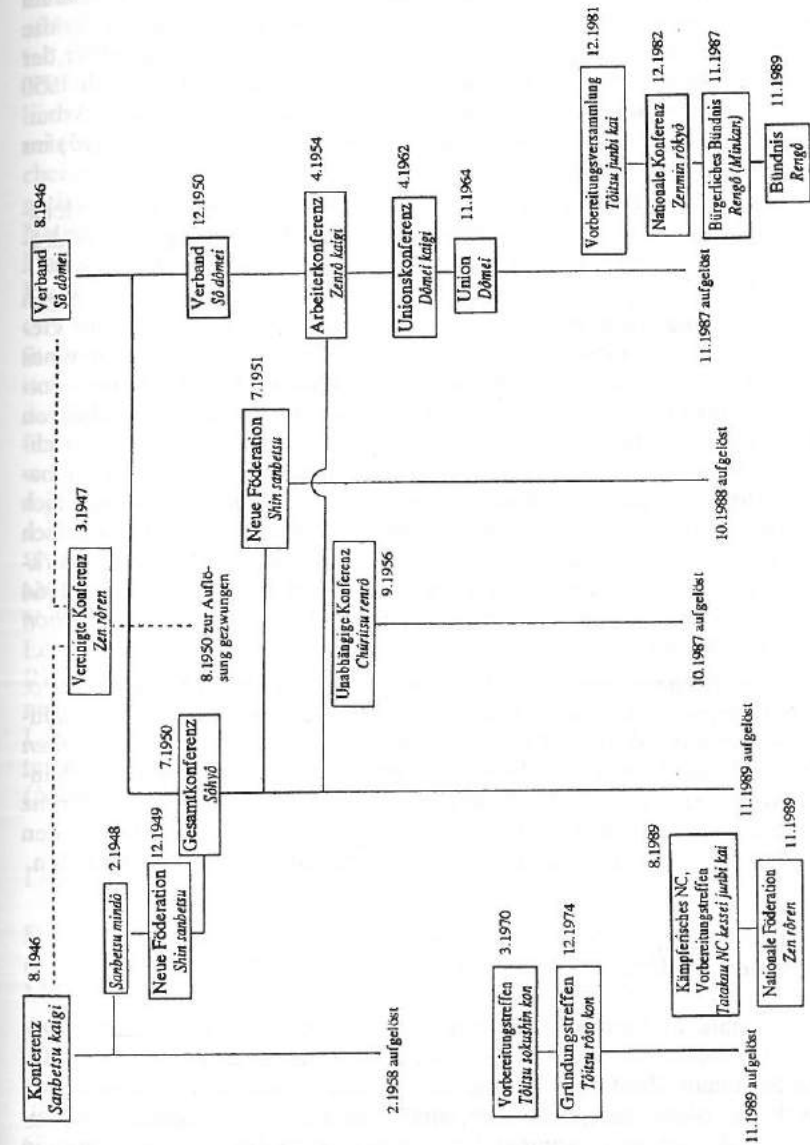
2.3 Zusammenschluß des klassenkämpferischen Nationalen Zentrums und seine gegenwärtige Situation

Zentrale Organisation für ganz Japan nach dem Krieg

Vor dem Hintergrund der Nachkriegssituation - restriktive gesetzliche Bestimmungen wie das *Gesetz zur Bewahrung der öffentlichen Ordnung (Chian iji hô)* waren aufgehoben worden, und es herrschten eine nie dagewesene Inflation und ein Mangel an Lebensmitteln und täglichen Gebrauchsgütern - schritt die gewerkschaftliche Organisation rasch voran. Der Wiederaufbau einer zentralen Organisation für das gesamte Land begann. Doch kehrte die Führung des alten Gewerkschaftsverbandes (*Sô dômei*) der Hoffnung auf Etablierung einer zentralen einheitlichen Organisation den Rücken zu und gründete am 1.8.1946 unter den Maximen Antikommunismus, Kooperation zwischen Kapital und Arbeit und Unterstützung allein der Sozialistischen Partei den Japanischen Arbeitergewerkschaftsverband (*Nihon rôdô kumiai sô dômei*; kurz *Sô dômei*, 855.399 Mitglieder). Demgegenüber schlossen sich die Kräfte mit einem ausgeprägten Klassenbewußtsein am 19.8. desselben Jahres zur Alljapanischen Konferenz der Industriearbeitergewerkschaften (*Zen Nihon sangyô betsu rôdô kumiai kaigi*; kurz *Sanbetsu kaigi*, 1.559.619 Mitglieder) zusammen. Letztere erklärte zusammen mit der Freiheit der Gewerkschaftsbewegung, dem Mindestlohnsystem und der Verkürzung der Arbeitszeit den Zusammenschluß der Arbeiterklasse zu seinen Zielen. Die Konferenz bildete das klassenkämpferische Nationale Zentren, das in seiner Grundsatzklärung die Gewerkschaftsorganisation als "Institution des gemeinsamen Kampfes" verstand und sich für die "Freiheit von der Unterstützung einer politischen Partei" aussprach.

Der Arbeitskampf im Herbst 1946, der unter Führung der Konferenz ausgetragen wurde, brachte Lohnerhöhungen und den Abschluß eines einheitlichen Arbeitsabkommens für die einzelnen Industriebereiche. Und in Vorbereitung des Generalstreiks vom 1.2.1947, bei dem der gemeinsame Kampf der Gewerkschaften der öffentlichen Einrichtungen im Mittelpunkt stand und der die Überwindung der katastrophalen Lebensumstände der Bevölkerungsmehrheit zur Hauptforderung machte, fand der Zusammenschluß zu einer geeinten Kampforganisation statt, an der sich auch Konferenz und Verband beteiligten. Der 1.2.-Generalstreik wurde auf Befehl des Oberbefehlshabers der Alliierten Streitkräfte, MacArthur, abgebrochen, und die gemeinsame Kampforganisation mußte sich auflösen. Aber im März 1947 schlossen sich etwa 40 Gewerkschaftsorganisationen - angefangen bei Konferenz und Verband - mit 4,46 Mio. Mitgliedern zur Vereinigten Konferenz der nationalen Arbeitergewerkschaften (*Zenkoku rôdô kumiai renraku kyôgi kai*; kurz *Zen rôren*) zusammen. Die Vereinigte Konferenz war mit der Beschränkung, nur eine gemeinsame Koordinierungsstelle zu sein, gegründet worden. Aber in ihr waren 84 % aller gewerk-

schaftlich organisierten Arbeiter zusammengeschlossen. Sie stellte einen großen Schritt hin auf eine geeinte Arbeiterklasse dar. Graphik 3 - Entwicklung der Gewerkschaftsverbände⁴



⁴ Aus: Handbuch der Politik und Wirtschaft 1993 (Seiji keizai sôran), Die Vorhut (Zenei), Sonderausgabe, Nr. 636, S. 399.

Doch blieben *Zen rôren* Rückschläge nicht erspart: Unter dem Wandel der amerikanischen Politik gegenüber Japan und der Verhärtung der Fronten zwischen den amerikanischen und japanischen Finanzeliten zog sich der Verband im Juni 1948 aus der gemeinsamen Organisation zurück, und im August 1950 wurde *Zen rôren* unter dem Druck der Besatzungstreitkräfte aufgelöst. Zudem wurden die antikommunistischen Angriffe gegenüber der Konferenz immer heftiger. In diesem Zusammenhang wurde im Juli 1950 auf Initiative der Besatzungstreitkräfte die Gesamtkonferenz der Arbeitergewerkschaften Japans (*Nihon rôdô kumiai sô hyôgi kai*; kurz *Sôhyô*) ins Leben gerufen.

Die Themen der nächsten Jahre - die nach einem vollständigen Friedensvertrag rufende Bewegung, die Opposition zum Koreakrieg, die Widerstandsbewegung gegen eine Wiederaufrüstung Japans und die sich verschärfenden Kämpfe an den Arbeitsplätzen, die sich gegen "Rationalisierung" richteten - hatten Einfluß auf die Entwicklung der Gesamtkonferenz. Vor diesem Hintergrund lehnte *Sôhyô* 1951 den Plan eines Beitritts zum Internationalen Bund Freier Gewerkschaften ab und entschied sich für eine politische Linie, die auf den vier Friedensgrundsätzen (vollständiger Friede, strikte Neutralität Japans, Opposition zur Einrichtung von Militärbasen und Widerstand gegen die Wiederaufrüstung) basierte. Infolge dieser wachsenden kämpferischen Haltung spalteten sich vier rechte Einzelindustriegewerkschaften von *Sôhyô* ab und schlossen sich mit dem Verband 1954 zur Alljapanischen Konferenz der Arbeitergewerkschaften (*Zen Nihon rôdô kumiai kaigi*; kurz *Zenrô kaigi*) zusammen. 1964 änderte diese ihren Namen in Alljapanischer Arbeiterverband (*Zen Nihon rôdô sô dômei*) um und wurde zum Zentrum der rechten Kräfte.

In der Zwischenzeit waren 1951 die Neue Föderation (*Shin sanbetsu o. Zenkoku sangyô betsu rôdô kumiai rengô*; Nationale Föderation der Industriegewerkschaften) und 1956 die Unabhängige Konferenz (*Chûritsu rôren o. Chûritsu rôdô kumiai renraku kaigi*; Vereinigte Konferenz der unabhängigen Arbeitergewerkschaften) entstanden. 1958 löste sich die Konferenz (*Sanbetsu kaigi*) auf, während die vier übrigen Dachverbände bis zu den folgenden Veränderungen in der jüngsten Vergangenheit weiterbestanden.

Der klassenkämpferische und demokratische Standpunkt der Nationalen Föderation (*Zen rôren*)

Die Nationale Föderation (*Zen rôren* o. *Zenkoku rôdô kumiai sô rengô*; Nationale Föderation der Arbeitergewerkschaften) ist das klassenkämpferische Nationale Zentrum, das die aktivistische Tradition der japanischen Gewerkschaftsbewegung erbt; als wirklicher Kern einer geeinten Arbeiterklasse nahm sie im November 1989 ihren Anfang. Im Mai 1993 waren in ihr 28 Einzelindustriegewerkschaften und 46 regionale Gewerkschaften mit 1,4 Mio. Mitgliedern organisiert.

Zu den Kernpunkten ihrer Aktivitäten erhob es die "Nationale Föderation", alle Kraft daranzusetzen, die dringlichen Forderungen der Arbeiter und der übrigen Bürger zu erfüllen. Dabei verschrieb sie sich einer strikten Einhaltung der drei Grundsätze der Gewerkschaften, die den Zusammenschluß der Arbeiterschaft garantieren sollen ("Unabhängigkeit vom Kapital", "Unabhängigkeit von den politischen Parteien", "Vereinigung aller Aktivitäten unter dem Primat der gemeinsamen Forderungen"). Darüber hinaus machte sie es sich zum Ziel, die Funktion einer Festung wahrzunehmen im Kampf um die Bewahrung von Frieden, Demokratie, gesichertem Lebensunterhalt und verfassungsmäßigen Rechten - den großen nationalen Zielen also. Zur Realisierung dieser Forderungen strebt die Nationale Föderation danach, einen einheitlichen Kampf auf nationaler Ebene zu organisieren und als ein Flügel der reformerischen Kräfte des Landes eine einheitliche Front im Kampf um Reformen aufzubauen.

Organisatorisch gesehen weist die Nationale Föderation Strukturen und Statuten auf, wie sie für ein klassenkämpferisches Nationales Zentrum notwendig sind, das die Aufgabe übernimmt, die einzelnen Kampffaktionen der Gewerkschaften auf einer nationalen und alle Industriesektoren überspannende Ebene zu vereinigen und zu koordinieren. Industriegewerkschaften aus dem ganzen Land und Gewerkschaften auf Ebene der regionalen Verwaltungspräfektoren (Lokale Zentren) sind an ihr gleichberechtigt beteiligt; neben der allgemeinen Wahl der Delegierten gibt es Wahlen auf der Basis der einzelnen Gewerkschaften, um so die Rechte der kleinen Gewerkschaften zu garantieren. Auf ihrer fünften turnusmäßigen Versammlung 1991 faßte die Nationale Föderation die Forderungen aller Lohnarbeiter ins Auge und schlug zu deren Verwirklichung eine neue Richtung ein. Diese verfolgt auf der Basis aller Arbeitsplätze und Regionen einen übergreifenden gemeinsamen Kampf im Verbund mit den Lohnarbeitern und anderen Gewerkschaftsgruppen aller Richtungen - unter Einschuß des Alljapanischen Bündnisses der Arbeitergewerkschaften (*Nihon rôdô kumiai sô rengô kai*, kurz *Rengô* o. Bündnis).

Der sozialpartnerschaftliche Standpunkt des Bündnisses

Das Bündnis - gegründet im November 1989 - ist das Nationale Zentrum der rechtsgerichteten Strömungen unter den Gewerkschaften Japans. Im Mai 1993 umfaßte es 78 Einzelorganisationen mit 7.846.568 Mitgliedern.

Als Ergebnis einer nach rechts gerichteten Restrukturierung der Gewerkschaften verfolgt das Bündnis eine Grundlinie 1. der Kooperation zwischen Arbeit und Kapital und 2. des Antikommunismus. Es ist die Dachorganisation ausschließlich derjenigen Kräfte, die mit dieser Politik konform gehen. Nach seiner Gründung trat das Bündnis geschlossen dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften bei.

In dem Grundsatzpapier *Der Kurs des Bündnisses (Rengô no shinro)* propagiert das Bündnis einen Antikommunismus, der den Kommunismus unter dem Motto "Ablehnung jeglichen Totalitarismus von links und rechts" mit dem Faschismus in eine Linie stellt und kritisiert. Den Grundton des Papiers bildet eine Politik der Kooperation zwischen Arbeit und Kapital, die sich selbst für die kooperative Haltung gegenüber Lohnkontrolle und "Rationalisierung" lobt. Durch diese "angemessene Reaktion der Gewerkschaften" seien die Ölkrise und die Probleme, die durch den hohen Kurswert des Yen entstanden, überwunden worden. Mit dem Anspruch, eine "explosive Funktion bei einem Richtungswechsel der Politik zu spielen", will das Bündnis an der politischen Front eine Neuformierung der politischen Verhältnisse vorantreiben. Diese sieht eine Beteiligung der bisherigen Oppositionsparteien mit antikommunistischer Ausrichtung an der Politik und die Bildung einer großen Koalition unter Einschluß der Liberaldemokratischen Partei vor. Das Bündnis unterstützt das japanische Monopolkapital und die Grundlagen der reaktionären Politik der liberaldemokratischen Regierung und leistet diesen Vorschub. Außerdem besitzt das Bündnis mit dem "Bündnis im Oberhaus" eine eigene politische Vertretung im Oberhaus. Ein wesentlicher Punkt ist noch, daß auch laut Statuten im Bündnis den Gewerkschaften der Großunternehmen eine dominante Rolle zuerkannt wird. Das läßt sich etwa erkennen an der Wahl der Vertreter nach dem Verhältniswahlrecht, das sich nach der Zahl der beitragszahlenden Mitglieder der im Bündnis organisierten Einzelgewerkschaften richtet.

Im Bündnis haben sich die Gewerkschaften der wichtigsten japanischen Unternehmen der Automobil-, Elektronik-, Schwermetall-, Schiffsbau- und Stromversorgungsbranche sowie der halbstaatlichen Eisenbahngesellschaft JR (Japan Railways) und der privaten Eisenbahnlinien vereinigt. Es bildet die Basis zur Unterstützung des "japanischen Unternehmens".

Quellen

Handbuch der Politik und Wirtschaft 1993 (Seiji keizai sôran). Die Vorhut (Zenei), Sonderausgabe No. 636.

Statistischer Führer - Gesellschaft und Wirtschaft (Tôkei gaido bukku), Tôkyô: Otsuki shoten 1992.

Lexikon der Sozialwissenschaften (Shakai kagaku jiten), Tôkyô: Shin Nihon shuppan sha 1992.

Achtung !!!

An alle, die schon jahrelang danach gesucht haben

Europastrategien des deutschen Kapitals 1900 bis 1945

Herausgegeben von
Reinhard Opitz
Pahl-Rugenstein

**1070 Seiten, geb. 68,00 DM,
ISBN 3-89144-198-3**

Dieses Quellenwerk von wahrhaft gigantischem Umfang ist seit gut zehn Jahren vergriffen. Dabei ist es für die heutige Diskussion und Beurteilung von Kontinuität und Diskontinuität deutscher Außen- und Innenpolitik absolut unverzichtbar.

190 Dokumente, die entweder nur in Archiven liegen oder in schwer zugänglichen Einzelveröffentlichung verstreut sind, sind in diesem Quellenwerk in einer sorgfältigen Edition mit einem umfangreichen Anmerkungsapparat veröffentlicht.

Die Zeitraum reicht vom Deutschen Zollverein, über die Kriegszielplanung vor und während des 1. Weltkriegs, die Weimarer Zeit, den 2. Weltkrieg bis zum Übergang in die Bundesrepublik. Jede Diskussion über die Fragen: Primat der Politik, Verflechtung oder gar Verschmelzung der Macht der Monopole mit dem Staat oder die relative

Selbstständigkeit der politischen Entscheidungsträger beim zweimaligen deutschen Griff zur Weltmacht ist ohne solide Quellenlage Makulatur. Auch für die Beurteilung der Fragen, Deutschland als Mittelmacht oder als Führungsmacht eines westeuropäischen Staatenbundes in Vergangenheit und Gegenwart lassen sich ohne die strategischen Planungen der Spitzen aus Politik und Wirtschaft schlecht diskutieren.

Wer sich heute einen Kopf macht, wohin die Reise dieses neuen Groß-Deutschland geht (Bundeswehr als schnelle Eingreiftruppe, Europäische Zentralbank mit Sitz in Frankfurt, Ablösung nationaler Währungen durch eine europäische Währung etc.) sollte einmal nachlesen, wie derartige Pläne schon mehrfach in Deutschland mit ganz unterschiedlichen Mitteln versucht wurden umzusetzen.

Ohne Vorbestellungen kein Nachdruck

Der Nachdruck dieses Opus Magnum kostet mehrere Zehntausend Mark. Es gibt keine Filme und Druckplatten mehr und der Druck ist auch nicht preiswert.

Wer also will, daß er jemals dieses Buch in Händen hält, ist hiermit verschärft aufgefordert: Bitte jetzt bestellen!!! Nur bei einer ausreichenden Zahl von Vorbestellungen (ca. 400 Ex.) sind wir in der Lage, diesen Titel Ende September zu bringen.

Bitte schickt jetzt kein Geld! Eine verbindliche Bestellung reicht uns.

Ich bestelle:

.... Ex. "Europastrategien" 68,00

.... Ex. Sonderprospekt (kostenlos)

Pahl-Rugenstein Verlag Nf.

Breite Str. 47 53111 Bonn

Zur Geographie des Kapitalismus 1989 - 1993 (II)

Fortsetzung von Teil I aus Z 18, Juni 1994, S. 149 - 160. Teil I behandelte: 1. Die Wiederentdeckung des Raumes; 2. Räumliche Verteilung der Arbeitslosigkeit; 3. Deutschland verändert seine Lage; 4. Mezzogiorno in Deutschland: die regionale Differenzierung; 5. Der europäische Großraum.

6. Die Grenzen Europas

Der Rückzug Rußlands in den eurasischen Kontinent hat "Westeuropa eine zusätzliche Sicherheitsmarge von etwa tausend Kilometer räumlicher Tiefe eingeräumt".¹ Innerhalb weniger Jahre haben sich neue Konfliktlinien herausgebildet: eine östliche vom Baltikum durch Osteuropa - den Kaukasus und Mittelasien; eine südliche durch Nordafrika und den Nahen Osten bis in den asiatischen Südwesten.² Die wirtschaftlichen Erwartungen, die Estland, Lettland, Litauen sowie Weißrußland, die Ukraine und Moldavien mit ihrer Selbständigkeit verbunden haben, sind unerfüllt geblieben. Im Baltikum macht man sich die berechtigte Sorge, daß die für Deutschland und Europa angeblich "so wichtige Rolle des Baltikums und seines Kernlandes Lettland übersehen werden könnte".³ Die Ukraine als bei weitem wichtigstes Land des osteuropäischen Gürtels stellt sich inzwischen schlechter als Rußland selbst.⁴ Daran ändern auch die Komplimente nichts, die die Ukraine als "europäischste" aller ehemaligen Sowjetrepubliken regelmäßig erhält.⁵ Zwar hat man sich im östlichen "Zwischeneuropa" vom "asiatischen und islamischen Ballast"⁶ der Ex-UdSSR getrennt, aber deswegen ist Minsk noch lange kein "Brüssel des Ostens".⁷ Eine Landschaft aus Bauruinen entsteht: Allein in der Ukraine gibt es 3.000 "stillgelegte Objekte"⁸: "Dahin ist ... der Glaube, der Westen werde die Abwendung von Rußland mit massiven Krediten und Investitionen lohnen ..."⁹ Noch Anfang 1991 gab es im Südosten Europas weitreichende Pläne. Eine "Pentagonale" aus Italien, Österreich, Ungarn, der CSFR, Albanien und den westlichen Provinzen Griechenlands sollte ent-

¹ L. Rühl, in: Die Welt 30.8.93.

² International Herald Tribune (IHT) 28.8.93.

³ M. Vufsons, in: Die Welt 24.2.92.

⁴ Weltwoche 4.2.93.

⁵ Die Welt 8.2.92.

⁶ Libération 17.1.92.

⁷ FAZ-Länderanalyse, GUS 8/992.

⁸ Ukrainische Wirtschaft 1/93.

⁹ NZZ 6.2.93.

stehen.¹⁰ Der Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien hat alle Hoffnungen zerstört. Mühsam versucht sich Kroatien durch die Wiederbelebung des Tourismus zu stabilisieren: "Während im wenige Kilometer entfernten Bosnien die Menschen verhungern, wird auf Rab geschlemmt ..."¹¹ 1990 streute das BIP/Kopf (in Tsd. Dollar) von Nord nach Süd um das Achtfache: Slowenien 5,5, Kroatien 3,4, Serbien 2,2, Kosovo 0,7. Der Krieg vertieft die Ungleichheit mit jedem Tag mehr.¹² Die politische Krise ist "ein Nebel, der die wirtschaftliche Katastrophe verschleiert".¹³ In Rumänien ist sie offenkundig. Zwischen 1990 und 1992 hat die Industrieproduktion Jahr für Jahr zwischen 17,8 und 21,8 Prozent abgenommen.¹⁴ Am schwersten tragen die 600.000 Sinti und Roma an der Verelendung Rumäniens. Experten, die im Dezember 1992 ihre Lager besuchten, kamen zu der trockenen Feststellung, "daß ein Teil von ihnen an Hunger und Kälte sterben wird".¹⁵ "Der Hunger wirft die Rumänen auf das türkische Pflaster" und die rumänischen Mädchen in die Bordelle von Istanbul.¹⁶ Wenige Jahre nach der Öffnung Osteuropas bildet der Südosten von Kroatien bis Nordgriechenland und von der Adria bis zur rumänischen Ostgrenze einen "sicherheitspolitischen Hohlraum" (Teltschik), der den Krieg so nahe wie nie zuvor an das europäische Zentrum herangebracht hat. Der bosnische Kriegsschauplatz ist jedoch nur der westlichste einer ganzen Kette, die sich von der österreichischen Ostgrenze bis zur chinesischen Westgrenze erstreckt: Bosnien, Moldavien, Abchasien, Georgien, Armenien, Aserbaidschan, Kurdistan, Tadschikistan, Afghanistan. Die Türkei hat - bisher mit wenig Erfolg - versucht, die Funktion einer regionalen Hegemonialmacht zu erfüllen. Die Türkei ist, wie Israel, ein Brückenkopf Europas, das seine "Verteidigung am Tigris"¹⁷ organisiert, was die türkischen Verbrechen in Kurdistan natürlich minder wichtig erscheinen läßt. Über die Opfer des Kurdenkrieges gibt es keine genauen Zahlen. Polizei und Militär töten und foltern nach der Devise: "Blut für Blut". In der Bundesrepublik steht die Türkei aber auf der Liste der Länder, in denen es "keinerlei Verfolgung" gibt.¹⁸ Wenn der türkische Ministerpräsident Turgut Özal 1990 sein Land "einen Brückenkopf zwischen Europa und der islamischen Welt" nannte,¹⁹ so bezeichnet dieses schiefe Bild das Dilemma der türkischen Politik: Sie will Brücke scheinen und ist doch nur Brückenkopf. Der Entwurf einer

¹⁰ Ebd. 22.3.91.

¹¹ Weltwoche 19.8.93.

¹² NZZ 16.4.92.

¹³ M. Stimach, in: FR 6.9.91.

¹⁴ NZZ 24.2.93.

¹⁵ Die Welt 31.12.92.

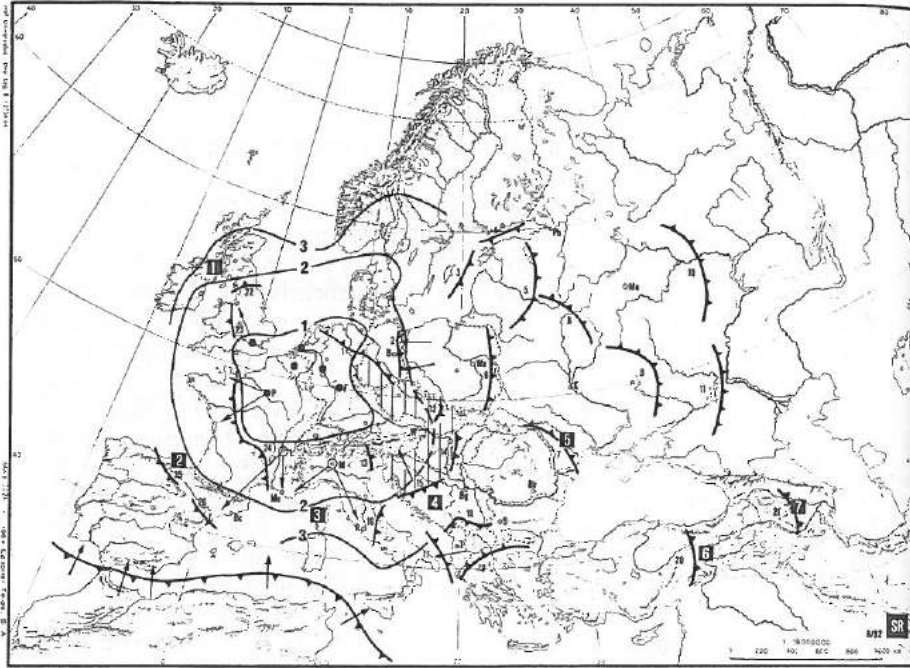
¹⁶ Libération 19.9.92.

¹⁷ Die Welt 18.12.90.

¹⁸ Weltwoche 12.11.92, 14.1.93, 25.3.93.

¹⁹ Die Welt 23.8.90.

Wirtschaftszonen, Bruchlinien und Konfliktherde in Europa, August 1992



Zeichenerklärung: Durchgezogene bzw. gestrichelte Linien 1-3: Transitzeiten für Direktlieferungen (1990). Schwarze Quadrate: Schauplätze gewaltsamer Auseinandersetzungen (Anschläge, Überfälle, Kriege): 1 Nordirland, 2 Baskenland, 3 Korsika, 4 Jugoslawien, 5 Moldavien, 6 Kurdistan, 7 Armenien/Aserbaidschan. Zahnlinie im Mittelmeer: Südgrenze der EG mit Hauptrichtungen der illegalen Einwanderung. Übrige Zahnlinien: Sozioökonomische Bruchlinien: 1 Nordostdeutsche, 2 Ostdeutsche, 3 Skandinavisch-baltische, 4 Finnisch-baltische, 5 Baltisch-russische, 6 Ostpolnische, 7 Moldavisches, 8 Weißrussische, 9 Ukrainische, 10 Russisch-tatarische, 11 Russisch-kasachische, 12 Slowakische, 13 Friulische, 14 Ostungarische, 15 Kroatische, Italienische, 17 Adriatische, 18 Mazedonische, 19 Nordgriechische, 20 Ostanatolische, 21 Armenische, 22, Schottische, 23 Walisische, 24 Französische, 25 Baskische, 26 Katalanische. Pfeile ab London, Paris, Lyon und Mailand: Hauptrichtungen der strukturellen Expansion. Senkrechte Schraffur: Hauptanlageregionen des Westkapitals im Osten. Schwarze Punkte: Hauptorte der nordwesteuropäischen Kernregion. Abkürzungen: B Berlin, Bc Barcelona, Bg Belgrad, Bk Bukarest, F Frankfurt, K Kiew, L Lyon, M Mailand, Me Marseille, P Paris, Pb Petersburg, R Rom, S Sofia, T Tirana, W Wien, Wa Warschau.

"Schwarzmeer-Initiative" aller mittelbaren und unmittelbaren Anrainer dieses Meeres von Bosnien bis Aserbaidschan hat bisher wenig Anziehungskraft ausgeübt: "Tatsächlich handelt es sich um eine Verbindung ... all jener Länder, die sich bewußt seien, daß sie ... vielleicht für immer im Vorhof Europas bleiben müßten".²⁰ Ein immer wiederkehrendes Motiv der geopolitischen Träumereien im Kaukasus und in Mittelasien ist die Wiederherstellung der Seidenstraße zwischen Westchina und dem Mittelmeer. "Transasiatische Bahnlinien" sollen gebaut werden.²¹ Man erwartet sich davon eine "gigantische freie Wirtschaftszone".²² Die triste Wirklichkeit spiegelt sich einstweilen eher auf dem "Russenbasar" des türkischen Schwarzmeerhafens Trabzon, der nach der Öffnung der türkisch-georgischen Grenze 1988 entstanden ist.²³ In Armenien sind die Löhne um die Hälfte oder sogar zwei Drittel niedriger als in Rußland.²⁴ Zur eigentlichen Hauptfront des europäischen Großraumes ist seit dem Golfkrieg 1991 der Mittelmeerraum mit seinen "ungeheuren demographischen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Ungleichgewichten"²⁵ geworden. Das Feindbild des "Fundamentalismus" hat das des "Bolschewismus" abgelöst. Hintergrund der wachsenden Spannungen ist das Erbe des Kolonialismus und Neokolonialismus, der in diesem Raum eine sehr lange, bis zu den Kreuzzügen zurückreichende Geschichte hat. Hinzu kommen die besonderen Umstände der Schaffung des Staates Israel. Die Verhältnisse im sog. Gaza-Streifen sind ein Modell der sozialen Differenzierung, die den ganzen Raum kennzeichnet. Auf 380 Quadratkilometern wohnen dort 750.000 Palästinenser, durchsetzt von 5.000 israelischen Siedlern. Die Wirtschaftsleistung liegt bei 590 Dollar/Kopf. In Israel beträgt sie das 19,2 fache: 11.330.²⁶ Im August 1993 hat Israel den Palästinensern im Gaza-Streifen eine "begrenzte Selbstverwaltung" zugestanden.²⁷ Aus einer ghettoartigen Zone mit extrem hoher Arbeitslosigkeit soll nach jüngsten Versprechungen ein "Singapur des Nahen Ostens" werden.²⁸

²⁰ FAZ 20.2.92.

²¹ Ebd. 25.2.92.

²² Moskau News 2/92.

²³ Die Welt 15.4.93.

²⁴ Moskau News 3/93.

²⁵ Chevènement, in: SZ 17.7.90; vgl. A. Schmillen, Mare Nostrum. Hegemoniale Moderne: Der Mittelmeerraum als Fixpunkt europäischer Politik, in: Vorgänge, 3/1992, S. 9-13.

²⁶ Die Welt 4.3.93.

²⁷ Ebd. 30.8.93; zur geopolitischen Struktur des "neuen Europa" vgl. Ingrid Haller, Festung Europa, in: Sozialist 6/1991, S. 9-14; Massimo Pastore, in: Widersprüche 42/1992, S. 37-47; Klaus Peter Weiner, Der Magnet: Die konzentrischen Kreise der EG, in: Sozialismus 1/1992, S. 9-11; ebd. 10/1991, S. 61 Kartenskizze. Vgl. auch Jean-Christophe Rufin, Das Reich und die neuen Barbaren, Berlin: Volk und Welt 1993 (Paris 1991).

²⁸ Die hohlen Versprechungen gleichen sich: Ansgar Graw, Königsberg morgen: Luxemburg an der Ostsee, Asendorf 1993.

7. Rußland

Zeitweilig schien es nach 1945, als sei die Sowjetunion in der Lage, das Schicksal der Peripherie zu durchbrechen und einen eurasischen Großraum eigener Idee und Tendenz zu schaffen, der den ganzen Kontinent zwischen der Ostsee, dem Pazifik und dem Chinesischen Meer umfaßte. Das Zentrum dieses neuen Gefüges schien sich im Ural zu entfalten.²⁹ Seit dem Zusammenbruch der sowjetischen Politik 1989/90 machen sich die "Konstanten in der Tradition des Rückstandes" geltend, die bereits das Rußland des 19. Jahrhunderts kennzeichneten:³⁰ Forcierter Rohstoffexport, Abwanderung der Fachkräfte, Einschränkung der privaten Nachfrage, überproportionale Rüstung, geringe Innovationsbereitschaft. Mit einem geschätzten Einkommen von 1.780 Dollar pro Kopf und Jahr lag die Sowjetunion 1989 auf dem Niveau von Algerien.³¹ Die Wirkungen der "uneingeschränkten Öffnung eines bis dahin hermetisch abgeriegelten Landes" war abzusehen: Der Weltmarktmechanismus "konterkariert ... jeden Versuch einer binnenorientierten Strategie. Wir können eine Lateinamerikanisierung beobachten".³² Schon bald wurde deutlich, daß die Schocktherapie ein schlecht funktionierendes System durch ein solches ersetzt hatte, das überhaupt nicht funktionierte. K. Biedenkopf nannte es im März 1992 "reinste Illusion", daß sich in Rußland in absehbarer Zeit eine funktionsfähige, marktwirtschaftliche Ordnung entwickle.³³ Im September 1992 bekannte der Ostausschuß der deutschen Wirtschaft angesichts des schrumpfenden Handels mit Rußland seine "Ratlosigkeit".³⁴ Anfang August 1993 stoppte die Bundesregierung die Hermes-Bürgschaften für Exporte nach Rußland "bis auf weiteres".³⁵ Insbesondere die Erdölwirtschaft ist zum Gradmesser des Niedergangs geworden: Die Fördermenge fiel zwischen 1988 und 1993 von 624 auf 350 Mio. Tonnen.³⁶ Damit ist das Produkt, "das die harte Währung" Rußlands hätte sein sollen, vom Weltmarkt fast verschwunden und wird durch vermehrte saudische Förderung ersetzt. Die Preisgabe des selbstbestimmten Großraumes führt zu einer Um- und Entwertung der Bodenschätze: "Zwar verfügt die ehem. UdSSR über reiche Vorkommen an Brennstoffen ... Sie liegen aber vorwiegend im asiatischen Teil Rußlands sowie in Zentralasien, wodurch ihr wirtschaftlicher

²⁹ Walter Christaller, Das Grundgerüst der räumlichen Ordnung in Europa, Frankfurter Geographische Hefte, 1/1950, S. 16.

³⁰ Hans Heinrich Nolte, Tradition des Rückstandes: ein halbes Jahrtausend "Rußland und der Westen", in: Vierteljahresschrift f. Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 1991, S. 363.

³¹ FR 24.1.92.

³² Michael Bonder u.a., Deutschland in einer neuen Weltära, Opladen 1992, S. 126.

³³ Weltwoche 5.3.92.

³⁴ W. v. Amerongen, in: FR 8.9.92.

³⁵ Die Welt 7.8.93.

³⁶ Weltwoche 17.10.91; NZZ 20.1.93, 18.2.93.

Wert z.T. erheblich relativiert wird."³⁷ Derselbe Entwertungsprozeß betrifft auch Produktionsanlagen. Was bei binnenwirtschaftlicher Orientierung brauchbare Kapazität war, wird bei Weltmarktorientierung zu Schrott. Wenige sehen ein, daß die Planwirtschaft mit all ihren Schwächen "der historische Preis dafür war, daß sie überhaupt eine Zeitlang in den Strukturen einer modernen Industriegesellschaft und deren Bedürfnishorizont existieren konnten".³⁸ Die illegale Schattenwirtschaft reicht von den Unternehmen, die 1991 rd. 14 Mrd. Dollar Exporterlöse auf ausländischen Konten in Sicherheit gebracht haben,³⁹ bis zu "Unternehmern", die sich darauf spezialisiert haben, Pipelines anzubohren.⁴⁰ Der Ausverkauf der Sachwerte vor dem Hintergrund einer Hyperinflation ist auch die Triebfeder von Unabhängigkeitsbestrebungen und Streiks: Jeder, der Anspruch auf Rohstoffe zu haben meint, verlangt das Recht, sie möglichst direkt gegen Dollar oder D-Mark verkaufen zu können. Regionen, die das Bild der Scheichtümer am Golf vor Augen haben, sind Aserbaidschan, Tatarstan und Jakutien.⁴¹ Die geopolitische Zuordnung der auseinanderstrebenden asiatischen Teile der ehem. UdSSR ist nicht entfernt abgeschlossen. Deutlich ist aber schon jetzt, daß der Zusammenbruch des osteuropäischen Sozialismus Europa in breiter Front mit den Verhältnissen der äußeren Peripherie in Berührung bringt, die bis dahin überseeischen Kontinenten vorbehalten waren.

8. Migration in Europa

In der Bundesrepublik arbeiten (1993) schätzungsweise eine halbe Million legale und illegale "Kontraktarbeiter".⁴² Allein im "Einfallstor" Berlin vermutet die Polizei 100.000 illegal Beschäftigte.⁴³ Die Lohnskala beginnt bei 2 Mark Stundenlohn.⁴⁴ Hintergrund des Lohn-Dumpings ist der Zerfall der Peripherie vor allem in Osteuropa. Von den 256.112 Asylbewerbern 1991 kamen 59 Prozent aus dem südosteuropäischen Krisengebiet und der Türkei.⁴⁵ Die Remigration in die Metropolen ist ein weltweites Phänomen, das u.a. auch bei den Italienern in Argentinien und selbst bei den Japanern in Brasilien⁴⁶ festzustellen ist. Kann hier noch in gewissem Umfang von freier Entscheidung die Rede sein, so ist die Migration in den meisten Fällen der einzige Weg, den unerträglichen Verhältnissen der zerfallenden

³⁷ NZZ 27.5.92.

³⁸ Robert Kurz, Der Kollaps der Modernisierung, Frankfurt/M. 1991, S. 223.

³⁹ NZZ 14.2.92.

⁴⁰ Spiegel 38/92.

⁴¹ Die Welt 20.3.92, IHT 25.3.92.

⁴² Stg.Ztg. 28.7.93.

⁴³ Neue Ruhr-Ztg. 23.7.92.

⁴⁴ Stg.Ztg. 22.4.93.

⁴⁵ Bulletin der Bundesregierung 9.1.92, S.19.

⁴⁶ NZZ 13.12.91.

Peripherie zu entkommen. Dem Migrationsdruck aus dem Osten werden elektronische Grenzsicherungsanlagen, "Rückführungsabkommen" und die Konstruktion des sog. "sicheren Drittlandes" entgegengesetzt, die darauf abzielt, vor allem durch Absprachen mit Polen und der Tschechischen Republik der deutschen Ostgrenze ein kontrollierbares Vorfeld zu schaffen: "Die ... forcierte Militarisierung des Flüchtlingsproblems führt in letzter Konsequenz wieder zu Schußanlagen. Der Eiserner Vorhang wäre dann nur ... nach Osten verschoben."⁴⁷ Die geopolitische Ringstruktur Mittel- und Osteuropas legt den Gedanken der "Kettenabschiebung" nahe. "Jeder Staat schiebt und stößt die Flüchtlinge ein Stück weiter: Nach Osten, nach Osten."⁴⁸ Wie Deutschland auf Polen und die Tschechei, so rechnet Polen auf Litauen, Weißrußland und die Ukraine.⁴⁹ Die Arbeitsmigration aus der ehem. Sowjetunion hat bisher erst Polen erreicht. 1991 arbeiteten schätzungsweise 60.000 Illegale. Das deutsch-russische Abkommen über den "Austausch" von 2.000 Arbeitern für 18 Monate⁵⁰ hat eher symbolischen Charakter. Als 1990 von russischer Seite das Gespenst einer Massenauswanderung in Richtung auf Westeuropa an die Wand gemalt wurde, gehörte dazu auch der Hinweis, Deutschland "könne 5 Mio. Russen gut gebrauchen: Sie seien besser ausgebildet als die Türken".⁵¹ Die französische Tageszeitung "Libération" formulierte Ende 1992 angesichts der ausländerfeindlichen Stimmung: "Die Berliner Mauer ist auf die Türken gefallen."⁵² 1,8 Mio. Türken arbeiteten Ende 1992 in Deutschland, davon rd. 140.000 in Berlin.⁵³ Insgesamt arbeiten bei einer Gesamtbevölkerung von 56,5 Mio. 2,5 Mio. Türken im Ausland. Die "deutschen" Türken befinden sich trotz des hohen Grades der Integration in einer prekären Situation, wie zuletzt die Weisung des Arbeitsministeriums zeigte, nach der Arbeitsplätze vorrangig an Deutsche oder ihnen gleichgestellte EG-Ausländer vermittelt werden müssen.⁵⁴ Die wohl rücksichtsloseste Behandlung unter den europäischen Arbeitsmigranten wird den Albanern zuteil. Als "sozialverträglich, fleißig, sauber, hoch belastbar und ohne hohe Ansprüche an das Einsatzumfeld" wurden sie schon 1991 von einer Agentur deutschen Unternehmern zu einem Monatslohn für Metallfacharbeiter von 100 Mark angeboten.⁵⁵ Bekannt ist die Abschiebung von 3.000 arbeitssuchenden - Albanern in Bari um August 1991.⁵⁶ Im Februar 1993 wurden in Griechen-

⁴⁷ SZ 9.1.93.

⁴⁸ Ebd. 1.3.93.

⁴⁹ FAZ 19.10.91.

⁵⁰ SZ 25.3.93.

⁵¹ Spiegel 50/90.

⁵² Libération 30.11.92.

⁵³ SZ 18.2.93.

⁵⁴ FR 9.3.93.

⁵⁵ taz 28.8.91.

⁵⁶ FAZ 12.8.91.

land brutale Abschiebeaktionen gegen rd. 200.000 illegale Albaner durchgeführt. Den Kontakt zu den Hungerregionen der südlichen Peripherie stellen die Einwohner aus dem Maghreb und der Sahelzone her. Die Bedingungen des Transports der Illegalen aus Afrika stellen alle Härten der osteuropäischen Migrationswege in den Schatten. Auf einer 160 km langen Strecke zwischen Marokko und Spanien erstickten 20 von 250 Arbeitern. Die Leichen wurden ins Meer geworfen.⁵⁷ Motiv der Migration ist ein Lohngefälle zwischen Andalusien und Nordafrika von 1:13. Die neue "Mauer des Südens"⁵⁸ gegen die *espaldas mojadas* ("Naßrücken") ist Gegenstand ähnlich repressiver Ausgestaltung wie die neue Mauer des Ostens. Insgesamt arbeiten in der EG 2 Mio. Menschen aus Nordafrika, die Hälfte davon in Italien.

9. Jenseits der Lohnarbeit

Das Lohngefälle führt in der äußeren Peripherie zu einer Null-Linie, vor der nur noch ganz geringe Beträge und hinter der für die geleistete Arbeit nichts mehr bezahlt wird. Das Kriterium des außerwirtschaftlichen Zwangs ist nur bedingt anwendbar, da die wirtschaftliche Not (Hunger, Verschuldung) durchaus hinreichen, in ein der Sklaverei ähnliches Arbeitsverhältnis einzuwilligen. Umgekehrt sind die untersten Stufen der Lohnarbeit keineswegs frei von Gewalt. Betroffen sind von der Versklavung insbesondere Frauen und Kinder. Nomaden von der sudanesischen Grenze verkaufen ihre Kinder in Kenia: "Es sei besser, die Kinder in Sklaverei wegzugeben, als zusehen zu müssen, wie sie verhungerten".⁵⁹ In Pakistan arbeiten bei einer Bevölkerung von (1991) 115 Mio. 20 Mio. in Zwangsarbeitsverhältnissen, davon 7,5 Mio. Kinder. Die Zahl der versklavten Kinder in Indien wird vom Internationalen Arbeitsamt (ILO) auf 10 Mio. geschätzt, die der Erwachsenen auf 5 Mio. Jährlich geraten dort rd. 100.000 Kinder in die industrielle Zwangsarbeit.⁶⁰ Der Mindestlohn für ungelernete Arbeit in den indischen Steinbrüchen beträgt 35 Rupien/Tag (rd. 2 DM), bei Verschuldung nach dem "Bonded Labour System Act" (1976) 40 Pfennig. "Sklave ist nach diesem Gesetz jeder, der unter dem gesetzlichen Mindestlohn zu arbeiten gezwungen ist."⁶¹ Der Zusammenbruch des osteuropäischen und asiatischen Sozialismus hat u.a. in Sibirien und China zu einer spontanen Wiederbelebung der Sklaverei durch Verschleppung u.a. von Obdachlosen und Kindern geführt.⁶² Zwischen 1973 und 1993 sind rd. 30 Mio. Frauen aus Südostasien in die Industrieländer geschickt worden.⁶³

⁵⁷ FR 8.2.92.

⁵⁸ Ebd. 14.10.92.

⁵⁹ Die Welt 18.6.93.

⁶⁰ IHT 5.6.92.

⁶¹ FAZ 10.3.92.

⁶² NZZ 22.6.93.

⁶³ Stern 1.7.93.

In Thailand gibt es bei einer Bevölkerung von (1991) 58 Mio. 2 Mio. Prostituierte, davon 0,8 Mio. unter 16 Jahren.⁶⁴ 70.000 Thailänderinnen arbeiten als Prostituierte in Japan.⁶⁵ Ein weiteres Herkunftsgebiet ist Nepal, aus dem ein Fünftel der 300.000 Prostituierten in Bombay stammt. Auktionsmärkte für Nepalesinnen befinden sich in Benares, Lucknow und Agro.⁶⁶ Seit 1991 wächst die Bedeutung Osteuropas. Mit ihm werden nach Schätzungen des BKA 80 v.H. des Menschenhandels in der BRD abgewickelt.⁶⁷ In den Bergarbeiterlagern des Amazonasgebiets werden rd. 25.000 Mädchen zur Prostitution gezwungen.⁶⁸ Die Goldwäscher ("Garimpeiros") sind allerdings ähnlich rechtlos: "Brasilien Goldmafia ... hält über die Heere abgestumpfter, verrohter ... Analphabeten die totale Verfügungsgewalt."⁶⁹

10. Weltordnung

Die Globalisierung von Wirtschaft und Politik im Zuge der europäischen Expansion seit dem 16. Jahrhundert hat die Zentrum-Peripherie-Beziehung einzelner Großräume auf den ganzen Planeten übertragen. Der genetisch-historisch zusammenhängende industrielle Kernraum der Erde befindet sich zu beiden Seiten des Nordatlantik. Im Zuge der sozialistischen Industrialisierung wurde er seit 1917 tief in den eurasischen Kontinent hinein bis über den 80. Längengrad erweitert. Es scheint, als unterliege nach Anschluß an den Weltmarkt der ganze Bereich östlich des 20. Längengrades (etwa Bug-Linie) der Reduktion. Entlang der süd- und ostasiatischen Küste gibt es eine Reihe entwickelter Zentren, die sich jedoch alle nicht mit dem atlantischen Raum messen können. Der Europäische Wirtschaftsraum (EWR) und die USA umfaßten 1991 zusammen 605 Mio. Einwohner und erwirtschafteten nach Angaben des DIW ein BIP von 10.747 Mrd. Dollar. Asiatische Zentren sind bescheidener dimensioniert. Der asiatische Großraum wäre nur dann in der Lage, mit dem atlantischen gleichzuziehen und ihn zu übertreffen, wenn die Entwicklung Chinas und Indiens gelänge. Bisher ist nicht erkennbar, daß Sonderwirtschaftszonen, die sich sowohl am westlichen wie am östlichen Ende des eurasischen Komplexes bilden und eine küstengerichtete Migration in Gang setzen, die Grundlagen einer stabilen Industriestruktur abgeben. Sie sind vielmehr der typische Ausdruck eines halbkolonialen Zustandes, privilegierte Brückenköpfe der Zentren in einem fremden Raum, der durch die Sonderzonen nicht entwickelt, sondern geradezu erodiert wird. Eine der größten derartigen

⁶⁴ IHT 10.4.93.

⁶⁵ Welt 17.7.93.

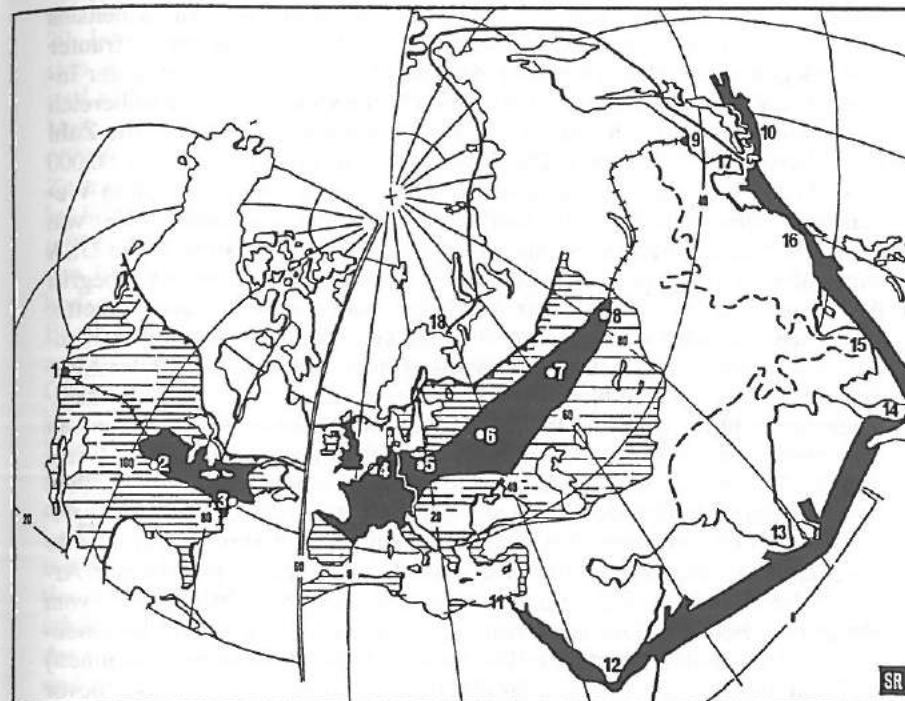
⁶⁶ Weltwoche 11.3.93.

⁶⁷ Ebd. 1.4.94.

⁶⁸ Menschenrechtsausschuß des US-Kongresses, nach: Die Welt 17.7.93; NZZ 16.2.92.

⁶⁹ NZZ 9.8.92.

Der industrialisierte Kernraum der Erde und sein agrarisches Umfeld, verändert nach Philbrick (1963)



Schwarze Fläche: "Urban-industrieller Weltkern". Schwarzes Band: Seeweg von Suez nach Fernost. Durchgezogene Linie: Nordostpassage. Enge Schraffen: Überwiegend Ackerland. Weitere Schraffen: Überwiegend Weideland. Pfeillinie: Norgrenze der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche. Gestückelte Linie: Kontinentalgrenze der intensiven Subsistenzlandwirtschaft im Bereich der süd- und ostasiatischen Bevölkerungskonzentration. Weiße Linien: Ehem. "Eiserner Vorhang". - 1 San Francisco, 2 Kansas City, 3 New York, 4 Rotterdam, 5 Warschau, 6 Moskau, 7 Swerdlowsk, 8 Nowosibirsk, 9 Wladiwostok, 10 Japan, 11 Suezkanal, 12 Aden, 13 Südindien, 14 Singapur, 15 Vietnam, 16 Taiwan, 17 Korea. - Im Interesse besserer Vergleichbarkeit ist der nordamerikanische dem eurasischen Kontinent um rd. 50 Längengrade angenähert.

Zonen ist die "Goldküste" von Guandong im Hinterland von Hongkong.⁷⁰ In Osteuropa scheint nicht einmal diese Form der Ausbeutung zu funktionieren, obwohl "freie Wirtschaftszone" zum Standardvokabular jedes Politikers gehört.⁷¹ Die "spektakulären Erfolge" in Chinas "goldenen" Regionen stellen die alten Differenzierungen wieder her: "Die Zeche der Reformen, bisher vor allem von der armen Landbevölkerung bezahlt, wird zunehmend auch den Arbeitern präsentiert." Das Einkommensgefälle zwischen Taiwan und China betrug 1991 1:24, zwischen China und Japan 1:73! Die Verarmung der bäuerlichen Bevölkerung - das sind (1991) rd. 60 Prozent - nimmt rasch zu. Die Zahl der Arbeitslosen wird auf mindestens 100 Mio. geschätzt.⁷² Andere Schätzungen gehen davon aus, daß die Dekollektivierung der Landwirtschaft allein 130-150 Mio. Bauern arbeitslos macht.⁷³ Die dagongcai, obdachlose Arbeitssuchende, sind ein vertrauter Anblick geworden. Hinzu kommen die abschbaren Entlassungen in der Industrie: allein im Kohlebergbau 400.000. Die Produktivität im Stahlbereich ist in Japan rd. 20 mal höher als in China. Entsprechend groß ist die Zahl der "überflüssigen" Arbeiter. Die Wuhan Iron & Steel Corp. plant 80.000 von 120.000 Beschäftigten abzubauen.⁷⁴ Die Migration auf den alten Wegen der chinesischen Kontraktarbeit hat bereits eingesetzt. Die von Schlepperbanden organisierte illegale chinesische Immigration in die USA wird auf rd. 100.000 pro Jahr geschätzt.⁷⁵ China war vor 1949 ein Inbegriff der Verelendung. Janusz Korczak schrieb 1942 im Warschauer Ghetto: "Nicht ich kam nach China, sondern China kam zu mir. Chinesischer Hunger, chinesische Mißachtung der Waisenkinder, chinesische Kindersterblichkeit."⁷⁶ Die Verelendung der Peripherie schreitet fort: "Mitte der achtziger Jahre litten weltweit mehr als eine halbe Milliarde Menschen an Unterernährung, und diese Zahl hat seither nicht abgenommen. Die Ursache hierfür liegt ... nicht so sehr beim Bevölkerungswachstum, als vor allem bei der Konzentration der Kontrolle über die Agrarflächen, die landwirtschaftlichen Investitionen und die Vermarktung der Nahrungsmittel."⁷⁷ In Lateinamerika vegetierten 1990 von 196 Mio. 22 Prozent in extremer Armut.⁷⁸ Im südlichen und östlichen Afrika waren Mitte 1992 18 Mio. vom Hungertod bedroht. Die konservative "Neue Zürcher Zeitung" kommentierte das Ende der Apartheid: "Die Weißen haben ... manche (Illusionen) verloren; bei den Schwarzen steht die große Ernüchterung erst noch bevor

⁷⁰ Die Welt 26.2.92. Ebd. 4.11.92.

⁷¹ NZZ 4.11.92.

⁷² v. Dohnanyi, in: Die Welt 27.7.93; NZZ 4.3.93.

⁷³ Libération 10.5.93.

⁷⁴ IHT 13.5.93.

⁷⁵ Ebd. 10.7.93.

⁷⁶ J. Korczak, Tagebuch aus dem Warschauer Ghetto 1942, Göttingen 1992, S.51.

⁷⁷ Weltwoche 25.3.93.

⁷⁸ NZZ 23.2.93 nach UNO-Angaben.

- dann nämlich, wenn klar wird, daß die politische Freiheit allein die sozialen Bedürfnisse noch lange nicht befriedigen wird."⁷⁹ Für den Verfall der Peripherie ließen sich viele Beweise anführen. Die Öffentlichkeit der Metropolen ist gegen die immer gleichen Bilder des Elends längst abgestumpft. Wenige sind sich im klaren, daß in den ironischerweise sog. "Entwicklungsländern" im Jahr 2025 84 Prozent der Menschheit leben werden.⁸⁰

11. Die räumliche Verteilung der Gewalt

Der mit dem Jahr 1917 einsetzende Weltbürgerkrieg, dessen Höhepunkt die Kämpfe an der deutsch-sowjetischen Front 1941-1945 waren, hat das 20. Jahrhundert, gemessen an der absoluten Zahl der Opfer, zum blutigsten Jahrhundert der bisherigen Geschichte werden lassen. Globalzahlen sind nicht einmal auf die Million genau anzugeben. Auch ein relativ kleines Volk wie das vietnamesische hat 1,5 Mio. Tote verloren. 13 Prozent der (1990) 65 Mio. Vietnamesen litten an den Folgen von fünf Kriegen im Zeitraum von 50 Jahren.⁸¹ Das starke Bevölkerungswachstum hat trotz aller Schäden die Verluste ausgeglichen und die Bevölkerung Vietnams von (1970) 42,7 auf (1991) 67,7 Mio. anwachsen lassen.⁸² Zu den schwersten von Bürgerkriegen gezeichneten Ländern gehören neben Vietnam Kambodscha, Afghanistan, Somalia, Angola, Guatemala und Nicaragua. Die Bürgerkriege der Peripherie stehen in einer Kontinuität der Gewalt, die bis zur kolonialen Eroberung zurückreicht und in Gestalt der Sklaverei die Gewalt zu einem festen Bestandteil der Produktionsverhältnisse gemacht hat. Die Tätigkeit von bezahlten Killerbanden gehört in vielen peripheren Ländern zum Alltag. Ein bekanntes Beispiel sind die Morde an Straßenkindern in Brasilien. Jährlich werden rd. 500 obdachlose Kinder ermordet.⁸³ 72 Prozent der Opfer in den Jahren 1992/93 waren Schwarze. Allein in Rio de Janeiro bestehen 15 Killer-Organisationen, die von Unternehmern bezahlt werden und sich überwiegend aus Polizei und Militär rekrutieren.⁸⁴ Die Zahl der obdachlosen Kinder wird auf sieben Millionen geschätzt. Die "Lateinamerikanisierung" Osteuropas, das Zusammenbrechen der sowjetischen Hegemonie bei gleichzeitiger Verelendung, hat den Krieg und alle übrigen Formen der Gewaltanwendung nahe an das europäische Zentrum herangeführt. Von Mai 1992 bis Februar 1993 forderte der Bürgerkrieg allein in Bosnien 130.000 Tote und trieb 1,7 Mio. Menschen in die

⁷⁹ Ebd. 20.3.92.

⁸⁰ Vgl. Rolf Krengel (DIW), Die Weltbevölkerung von den Anfängen des anatomisch modernen Menschen bis zu den Problemen seiner Überlebensfähigkeit im 21. Jahrhundert, Berlin 1994.

⁸¹ IHT 1.12.92; Die Welt 28.11.90.

⁸² Etat du Monde, Paris 1993.

⁸³ Weltwoche 18.4.91.

⁸⁴ NZZ 12.12.91.

Flucht.⁸⁵ Nachhaltiger als offener Bürgerkrieg wirkt die Gewalt-Hierarchie der organisierten Kriminalität: "Was sich spontan entwickelt, ist die Schattenwirtschaft, eine sehr primitive Form der Austauschwirtschaft, mit einer selbst aufgebauten und deshalb ebenso primitiven Rechtsordnung, die durch Faustrecht und Gewaltanwendung durchgesetzt wird ... Sie hat sich ... weiterentwickelt zu einer im wesentlichen durch das organisierte Verbrechen beherrschten, Knappheiten hortenden und die Bevölkerung ausbeutenden wirtschaftlichen Aktivität."⁸⁶ Ganze Branchen und Republiken befinden sich unter der Kontrolle krimineller Banden.⁸⁷ Auf dem Gebiet der ehem. UdSSR operieren Dutzende informeller Milizen.⁸⁸ Die FAZ faßt die Erfahrungen seit 1991 zusammen: "Experten ... halten die 'roten Paten' für die wirklichen Herrscher im Land. Ihre Organisationsform ... ist für die jetzige Zeit bestens geeignet ... Als einzige gesellschaftliche Gruppe vermögen sie aus der derzeitigen Anarchie in den GUS-Staaten Kapital zu schlagen".⁸⁹ Moskau hat sich in kurzer Zeit den Ruf eines "Chicago des Ostens" erworben.⁹⁰ Ähnliche Tendenzen werden aus China berichtet.⁹¹ Osteuropa und Mittelasien werden zunehmend in das internationale Drogenkapital integriert. Die Länder der GUS standen schon 1991 an der Spitze der Rauschgiftanbauerländer.⁹² Die Empörung über die Greuel des Bürgerkrieges in Bosnien hat die Tatsache in den Hintergrund gerückt, daß in Nordirland seit 1969 3.000 Menschen einem Krieg zum Opfer gefallen sind⁹³, der u.a. die vielgeübte Praxis des Six-Pack entwickelt hat: Schüsse in Knie, Ellenbogen und Fußgelenke. Allein 1992 wurde dieses barbarische Verfahren in 133 Fällen angewandt.⁹⁴ Eine spezifische Gewaltform in den Vorstädten der Zentren ist der rassistische Terror insbesondere von Jugendlichen. Von den ausländerfeindlichen Gewalttaten in Deutschland wurden 1992 43 Prozent von 18-20jährigen verübt. Die Gewalt gegen Minderheiten, die in Frankreich insbesondere die Nordafrikaner⁹⁵ und in den USA die Schwarzen zum Ziel hat, entwickelte sich in Deutschland seit der Vereinigung sprunghaft. Die Zahl rechtsextremisti-

⁸⁵ Die Welt 23.3.93.

⁸⁶ K. Biedenkopf, in: Weltwoche 5.3.92.

⁸⁷ Weltwoche 23.5.91.

⁸⁸ Moskau News 8/92.

⁸⁹ FAZ 28.5.93; ähnlich die NZZ über Kasachstan: Vorläufig sind die Westbetriebe ... de facto Komplizen der Staatsmafia." (6.2.94).

⁹⁰ Die Welt 2.9.93.

⁹¹ Weltwoche 22.7.93.

⁹² Die Welt 8.4.92; vgl. Jürgen Roth, Die Verbrecherholding, 2. Aufl. München 1992, und den Weltrogen-Bericht des "Observatoire géopolitique des drogues" (OGD), München 1993 (zahlr. Karten).

⁹³ IHT 29.8.92.

⁹⁴ Die Welt 16.7.93.

⁹⁵ Ebd. 10.12.90.

scher Gewalttaten hat sich dort zwischen 1990 und 1992 verzehnfacht.⁹⁶ Wie in den Städten, so nimmt auch weltweit die Gewalt zur Peripherie hin zu. Für den Zustand des relativ befriedeten Zentrums gab es im älteren Völkerrecht den Begriff der Freundschaftslinie: "Solche Linien grenzen ... einen umfriedeten Raum für rücksichtslose Machtkämpfe in der Weise aus, daß die innerhalb des ausgegrenzten Raumes ... sich abspielenden gegenseitigen Rechtsverletzungen und Schadenszufügungen für die europäischen Beziehungen ... Vertrag und Frieden nicht stören sollten."⁹⁷ Nach diesem Modell war es in den 70er Jahren möglich, trotz endloser Kriege in der äußeren Peripherie von "Weltfrieden" zu reden. Das Entsetzen über den bosnischen Krieg gilt im wesentlichen der Tatsache, daß es derartig dicht am Zentrum Europas und nicht beyond the line (jenseits der Linie) stattfindet. Seit dem Zusammenbruch der UdSSR ist die Gewaltbereitschaft deutlich gestiegen. Völkerrechtliche Formalien gelten wenig. George Bush erklärte während der Vorbereitungen zum Golfkrieg ungerührt: "Wir haben in der Geschichte zweihundertmal militärische Gewalt angewandt, und ich glaube, es gab fünf Kriegserklärungen."⁹⁸ Die Unterscheidung von Krieg und Weltkrieg hängt von der Definition ab. George Orwell schrieb im Mai 1942 über den Zweiten Weltkrieg: "Er begann strenggenommen 1931, als die Japaner die Mandschurei besetzten ..."⁹⁹ Ende 1993 zählte das Institut für Politik an der Universität Hamburg weltweit 43 Kriege.¹⁰⁰ Sie scheinen nicht auszureichen, die weltweite Arbeitslosigkeit zu beseitigen und einen Boom der Gewinne herbeizuführen. In der einen Welt des Kapitalismus ist dazu offenbar nur ein Weltkrieg in der Lage, oder wie die Weltbank es in einer Studie über Rußland ausgedrückt hat: "Eine militärische Auseinandersetzung würde unter Umständen wesentlich mehr Geld fließen lassen als eine friedliche Situation."¹⁰¹

⁹⁶ FR 8.2.93; vgl. Hans-Georg Betz, Aufstand auf der Wohlfahrtsinsel: Der Aufstieg des radikalen Rechtspopulismus in Westeuropa, Neue Gesellschaft 1992, S. 633-639.

⁹⁷ Carl Schmitt, Völkerrechtliche Großraumordnung, Berlin 1991 (1941), S. 71.

⁹⁸ Die Welt 4.1.91.

⁹⁹ George Orwell, Von Pearl Harbor bis Stalingrad, Wien 1993, S. 101.

¹⁰⁰ Die Welt 22.12.93.

¹⁰¹ taz 19.2.92.

Kontemplation als bürgerliche Ideologie

Karl Marx hat zwei Erfahrungsdimensionen unterschieden, nämlich Erkenntnis der "Welt, die wir nicht gemacht haben" (Natur) und der "Welt, die wir selbst gemacht" haben (Geschichte). Mit dem sozialen und historischen Erfahrungsbereich beschäftigt sich fast ausschließlich der Marxismus. Das objektive Naturgeschehen ist für ihn nur als formale Voraussetzung der gesellschaftlichen Prozesse von Interesse.

Aus der Tatsache, daß Gesellschaft und Geschichte Produkte des über das Denken vermittelten Handelns sind, ergibt sich für das gesellschaftsbezogene Erkenntnisbemühen eine besondere Situation. Anders als im Verhältnis zur Natur stehen sich erkennendes Subjekt und Erkenntnisgegenstand nicht in einem "Fremdverhältnis" gegenüber, sondern die gesellschaftstheoretische Reflexion repräsentiert einen Akt der "Selbsterkenntnis", denn das sozial eingebundene Denksubjekt ist gleichzeitig in den Konstitutionsprozeß des Sozialen involviert.

Gesellschaft wird deshalb im Historischen Materialismus als auf dem Boden des Bewußtseins sich vollziehend betrachtet, und nirgends wird der Rahmen des rein Menschlichen überschritten. Die Gesellschaft wird deshalb als "bewußtseinsbegabte" Einheit oder, was das gleiche bedeutet, als "Praxis" begriffen. Diese Einsicht ist von grundsätzlicher Bedeutung für das Ideologieproblem. Sie zeigt, daß es kein Bewußtsein (Denken) von einem nicht ideologischen Charakter geben kann. Wegen dieses Charakters aller Ideologie, nämlich zugleich an der Hervorbringung der gesellschaftlichen Umstände beteiligt und ihnen gleichzeitig unterworfen zu sein, "bestimmt" das gesellschaftliche Sein das Bewußtsein.

Sind diese Umstände durch einen Klassenantagonismus geprägt, wie in der bürgerlichen Gesellschaft, so machen sie jenes gesellschaftliche Sein aus, auf dem sich auch die Spaltung des ideologischen Bewußtseins vollzieht. Jeder weiß, daß entgegengesetzte Ideologien existieren, die sich verhärten, bald auflösen oder auch zähflüssig ihre gesellschaftliche Ursprungsbedingungen überdauern.

Von der gesellschaftlichen Gebundenheit allen Denkens kann nur um den Preis eines verzerrten Bewußtseins abstrahiert werden. Jedoch sind falsche Reflexionsformen, wie z.B. die Vorstellungen einer "freien" Subjektivität nicht aus individuellen Unzulänglichkeiten des Denkvermögens zu erklären. Für diese intellektuellen Verzerrungen existieren nachvollziehbare gesellschaftliche Ursachen.

Der primäre Grund für die im Kapitalismus typische Ideologie der sozialen Ungebundenheit (die sich in vielfältiger theoretischer, philosophischer, re-

ligiöser Weise äußert) ist das fundamentale Entfremdungsverhältnis zwischen dem Erkenntnisobjekt und der verdinglichten Objektivität, die im Einzelnen durch folgende Umstände bedingt ist: einerseits durch die Arbeitsteilung, und die darauf aufbauende Zergliederung des Gesamtprozesses in spezialisierte Einzelgebiete, die die Einsicht in die strukturellen Zusammenhänge des gesellschaftlichen Geschehens erschwert; andererseits durch die individualistische Anarchie, die in der bürgerlichen Gesellschaft als "Freiheit" erlebt wird. Es ist hierbei für das Verständnis des folgenden hervorzuheben, daß diese, der gesellschaftlichen Totalität gegenüberstehende, subjektive Freiheit ihrerseits bloßer Schein ist, weil hinter der bloß ideologischen Unvermitteltheit zum gesellschaftlichen Ganzen eine um so strengere Vermittlung steckt, je unvermittelter sich das Individuum als freie Subjektivität erlebt. Das Nichtbegreifen der gesellschaftlichen Totalität als dialektische Vermittlung von zielgerichteter (teleologischer) Tätigkeit, die als solche stets auch Denktätigkeit ist, und eines außerhalb der Subjektivität sich durchsetzenden Prozesses fällt zusammen mit dem scheinhaften ideologischen "Erlebnis", als ob eine unendliche Distanz zwischen der subjektiven Sicht und dem objektiven Geschehen bestünde. Dieses scheinhafte Verhältnis beider Seiten zueinander stellt sich in kritischer Perspektive als das der "Kontemplativität" (der distanzierten Trennung der Betrachtung von Gegenstand) dar. Sie besteht im Kern in der subjektiven Illusion, als ob der die gesellschaftliche Wirklichkeit betrachtende theoretische Geist von außerhalb, gleichsam aus der göttlichen Ferne, das Geschehen beobachten würde, obgleich er in Wahrheit selbst ein Element dieses Prozesses ist, eine Bewußtseinsform repräsentiert, die aus der gesellschaftlichen Praxis heraus spricht und nur sprechen kann.

Die Freiheit des Intellektuellen wie die Freiheit des naiven Alltagsmenschen stellt in der kapitalistischen Gesellschaft eine folgenreiche Täuschung dar. Neben anderen bereits aufgewiesenen Momenten ist es vor allem die kontemplative Trennung von Wirklichkeit und Betrachtung, die Zerreißen der Totalität in das sich als Gegenüber dieser Totalität erlebende Ich und diese von diesem Ich abgehobene Totalität, das ja in Wahrheit als Mitproduzent dieser Totalität ein integrierter Teil von ihr ist.

Diese Feststellungen - dies sei nur am Rande vermerkt - gelten auch für jene postmodernistischen Interpretationsmodelle, die den eklatanten Krisen- und Bedrohungserfahrungen der Gegenwart mit einem intellektualistischen Rückgriff auf das Einzelne und Überschaubare zu begegnen versuchen, denn "System" und "Lebenswelt" sind enger miteinander verbunden, als es der "alternative" Zeitgeist zur Kenntnis nehmen will. Die systematische Verdrängung des "Realitätsprinzips" und die Flucht in die Scheinwelten des "Fragmentarischen" und "Vorläufigen" bindet das Denksubjekt nur noch stärker an die repressive Eigendynamik der Totalität des herrschenden Reproduktionsprozesses.

Diese verschiedenen Formen der Selbsttäuschungen stellen ein Moment des (ideologiekritisch definierten) "falschen Bewußtseins" als einen Beitrag zur Selbstproduktion des Bestehenden dar. Zwar kann zu diesem Komplex noch die bewußte Interessenorientierung (oder auch die opportunistische Anpassung) hinzukommen. Jedoch ist das nicht zwingend. Denn aus den erwähnten ideologischen und methodologischen Schranken der Kontemplativität wird auch ein an der Wahrheitsfindung orientiertes Denken auf die undialektisch-positivistische Reflexionsebene abgedrängt.

Nur auf der Grundlage des reflektierten Wissens um das Einbezogensein des eigenen Denkens in die gesellschaftliche Praxis kann ein ideologischer und damit auch theoretischer Standpunkt bezogen werden, von dem aus die gesellschaftliche Totalität durchschaubar und "objektives Bewußtsein" möglich wird.

Hierbei kommt es auch darauf an, diesen Zusammenhang - gegen weitverbreitete Mißverständnisse - in einem begrifflichen System zusammenfassend deutlich zu machen. Indem nur aus der Perspektive der gesellschaftlichen Praxis, in der die theoretische Betrachtung als "eingebunden" mitgedacht wird, also als Ideologie im Sinne des "richtigen Bewußtseins", das wissenschaftlich gestellte Problem angefaßt wird, versteht sich die marxistische Geschichts- und Gesellschaftsauffassung als eine "materialistische". Die dialektische Bezogenheit auf die Totalität der Praxis macht das in der dogmatischen Theorie des Stalinismus so oft mißverständene "Materielle" aus - und nicht die "Materie", welcher Begriff einer andersgearteten theoretischen Welt angehört, nämlich der Philosophie oder philosophischen Erkenntnistheorie, die sich nicht mit der Gesellschaft beschäftigt, sondern mit der Frage der Erkennbarkeit der objektiven Naturwelt, jenen Sphären also, "die wir nicht gemacht haben" (Marx).

Sind Arbeitsteilung und Anarchie der gesellschaftlichen Beziehungen auch die primären Bedingungen für die Entfaltung der ideologischen Prozesse in der kapitalistischen Gesellschaft, so muß dieser Sachverhalt doch noch konkreter gefaßt werden. Es ist das Verdienst von Georg Lukács, bereits 1923 in "Geschichte und Klassenbewußtsein" den Nachweis des Entstehens der Verdinglichung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens aus der kapitalistisch-arbeitsteiligen Warenstruktur, "der Ware als universeller Form der Gestaltung der Gesellschaft", geliefert zu haben.

Ausgehend von Marxens berühmten Abschnitt über den "Fetischcharakter der Ware" im "Kapital" zeigt Lukács, wie "objektiv eine Welt von fertigen Dingen und Dingbeziehungen entsteht", obgleich sie letztlich nichts anderes ausdrücken als die "Unterworfenheit des Bewußtseins der Menschen unter Formen, die das gesellschaftliche Verhältnis der Produzenten selbst verdecken", und wie "subjektiv, indem bei vollendeter Warenwirtschaft die Tätigkeit des Menschen sich ihnen selbst gegenüber objektiviert, dabei zur Ware wird." Die immer strenger durchgeführte Arbeitsteilung erfaßt nicht nur den Gegenstand und den Akt der Produktion, sondern auch die

Gesamtpersönlichkeit des Arbeitenden (zu dem auch der Manager usw. gehört). Daraus ergibt sich, daß "die Persönlichkeit auch hier zum einflußlosen Zuschauer dessen wird, was mit seinem eigenen Dasein, als isoliertem, in ein fremdes System eingefügten Teilchen, geschieht." Bereits auf dieser tiefen Ebene der Reflexion wird also der Standpunkt der Kontemplation beherrschend.

Man gebe sich keiner Illusion hin, daß mit der Zunahme der Technisierung und Computerisierung sich etwas zum Besseren verändert. Im Gegenteil wird hier das gewonnene technische "Wissen" erst recht zum Ballast eines Denkprozesses, der sich letztlich als ein Element eines außerhalb der Persönlichkeit sich durchsetzenden mechanischen Geschehens erweist. Die naturwissenschaftlichen und technischen "Kenntnisse" werden zu einer geistigen Gefängnismauer, jenseits deren der Prozeß der sozialen Vermittlung abläuft, aber undurchschaut bleibt.

Unverzichtbar ist die Unterscheidung zwischen instrumentellen "Kenntnissen" und einer Bildung auf humanistischer Grundlage, die um die Probleme der Überwindung der Entfremdung, also der menschlichen Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung zentriert ist. Sie ist das Gegenteil einer instrumentalisierten Ausbildung, die zwar technische und formale Fertigkeiten vermittelt, nicht aber den Menschen rational und emotional auf eine höhere Artikulationsstufe befördert. Im Mittelpunkt einer solchen humanistisch-reflexiven Bildung, die sich nicht mit bloßer Wissensakkumulation begnügt, steht, um mit Thomas Mann zu sprechen, das "Ideal des schönen Menschen", das seinerseits das Augenmerk richtet auf die Ausbildung der Fähigkeit, mit den menschlichen Potenzen und Entwicklungsmöglichkeiten sinnvoll umzugehen; in diesem Sinne spricht Marx vom "Spiel der menschlichen Wesenskräfte".

Werner Seppmann

Normativität und Gesellschaftskritik

Anmerkungen zum Anthropologie-Komplex

Die Marxismus-Diskussion hat es sich bei der Verständigung über den Stellenwert der Anthropologie innerhalb des historisch-materialistischen Denksystems nicht eben leicht gemacht. Zwar wurde die Entdeckung der Marxschen "Frühschriften" in den zwanziger und dreißiger Jahren von den Opponenten gegen das ökonomistische und mechanistische Denken als ein intellektueller Befreiungsakt empfunden (Lorenz Knorr hat in Z 18, Juni 1994, plastisch darüber berichtet). Das Marxsche Werk in seiner Gesamtheit erschien in einem neuen Licht, und die oft wie Fremdkörper wirkenden "humanistischen" Aussagen in den ökonomischen Hauptwerken von Marx bekamen einen systematischen Stellenwert. Die von Marx vollzogene "Kopernikanische Wende" im sozialtheoretischen Denken konnte nun im vollen Umfang begriffen und die Gesetzmäßigkeiten des sozialen Geschehens konnten ebenso, wie die verändernden Handlungsmöglichkeiten der gesellschaftlichen Subjekte, in ihrem dialektischen Zusammenhang reflektiert werden. Deutlicher wurde auch der fundamentale Abstand des historisch-materialistischen Ansatzes zum frühbürgerlichen Materialismus mit seinen abstrakten Notwendigkeitsvorstellungen. Im Kontrast zur Idee des alten Materialismus vom Menschen als passives, einer objektiven Bewegung bedingungslos unterworfenen Moment reflektiert die Marxsche Wirklichkeitswissenschaft das Verhältnis des Menschen zur Welt als einen Prozeß des tätigen und konstituierenden Verhaltens: "Also ist der gesellschaftliche Charakter der allgemeine Charakter der Bewegung: wie die Gesellschaft den Menschen als Menschen produziert so ist sie durch ihn produziert." [MEW Erg.-Bd. I, S. 537]

Doch ist dieser Erkenntnisfortschritt nie Allgemeingut innerhalb des marxistischen Selbstverständigungsprozesses geworden. Die theoretischen Versuche auf der Basis des *ganzen Marx*, die anthropologische Frage theoretisch zu entfalten, die Entfremdungstheorie als zentrales Element der Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft einzusetzen, den Individualitätsbegriff historisch-dialektisch zu begründen, das Verhältnis von gesellschaftlichen Umständen, psychischen Strukturen und sozialen Handlungsmotivationen zu erforschen oder auch eine materialistische Theorie der Persönlichkeit oder der Bedürfnisse zu entwickeln, führten zwar zu teilweise eindrucksvollen Ergebnissen - ohne aber das traditionelle Marxismusverständnis entscheidend zu verändern. Die (berechtigten) theoretischen Anstrengungen zur Analyse objektiver Strukturgesetze und gesellschaftlicher Bewegungsformen standen *unvermittelt* den Untersuchungen subjektiver Wirklichkeitsmomente gegenüber. Aufgrund dieser Dichoto-

mie konnte auch der Eindruck einer "anthropologischen Lücke" innerhalb des marxistischen Theorie-Komplexes entstehen.

Es ist kein Geheimnis, daß von den Vertretern zweier einflußreicher Interpretationsschulen des Marxismus die "diskursive" Abwesenheit einer anthropologischen Perspektive nicht als Mangel empfunden wurde. Sowohl in den Systemen des staatlichen Legitimationsmarxismus als auch in den strukturmarxistischen Theorievarianten in der Nachfolge Althusser's wird mit unterschiedlichen Intentionen, aber teilweise übereinstimmenden Argumenten, die gleiche Schlußfolgerung gezogen: Mit der Kritik an der Feuerbachschen Anthropologie habe Marx ein für alle mal die Frage nach dem Menschen aus seinem Werk verbannt. In beiden Begründungskontexten wird die bürgerlich-ideologische Instrumentalisierung der Anthropologie als ein wesentlicher Grund angesehen, auf die Fragestellung (die im Kern auf die selbstbestimmten Handlungsmöglichkeiten der Subjekte zielt) in ihrer Gesamtheit zu verzichten. Bei Althusser wird die Positionsbestimmung folgendermaßen formuliert: "An den Menschen etwas erkennen kann man nur unter der absoluten Bedingung, daß der philosophische (theoretische) Mythos vom Menschen zu Asche reduziert wird" [L. Althusser, 1968, S. 197]; die Frage nach dem Menschen verbiete sich, weil das Fundament der Gesellschaft nicht "der Mensch, ja nicht einmal 'die Menschen', sondern ein Verhältnis, das Produktionsverhältnis" sei. [L. Althusser 1976, S. 31]

Daß eine solche Auffassung offensichtlich nicht viel mit der historisch-materialistischen Konzeption zu tun hat, soll zunächst nur durch zwei Marxsche Sätze (denen viele andere zur Seite gestellt werden könnten [Vgl. u.a. Schaff 1974; Seppmann 1980]) illustriert werden: "Der Mensch selbst ist die Basis seiner materiellen Produktion, wie jeder andre, die er verrichtet." [MEW 26.1, S. 260] Und deutlich hebt Marx hervor: "Es ist vor allem zu vermeiden, die 'Gesellschaft' wieder als Abstraktion dem Individuum gegenüber zu fixieren. *Das Individuum ist das gesellschaftliche Wesen.*" [MEW EB. I, S. 538] Bei einer vorurteilsfreien Beschäftigung mit den Klassiker-Texten ist es offensichtlich, daß Aussagen über den Menschen und seine gattungsmäßigen Merkmale das *gesamte* Marxsche Werk durchziehen: Eine genuin anthropologische Feststellung aus dem "Kapital" als Beispiel: "Wenn man z.B. wissen will, was ist einem Hunde nützlich? so muß man die Hundenatur ergründen. Diese Natur selbst ist nicht aus dem 'Nützlichkeitsprinzip' zu konstruieren. Auf den Menschen angewandt, wenn man alle menschliche Tat, Bewegung, Verhältnisse usw. nach dem Nützlichkeitsprinzip beurteilen will, handelt es sich erst um die *menschliche Natur im allgemeinen* und dann um die in jeder Epoche historisch modifizierte Menschennatur." [MEW 23, S. 637]

Solche Aussagen führen keine isolierte Existenz, sondern besitzen einen systematischen Stellenwert innerhalb des historisch-materialistischen Theorieansatzes. Über die Begründungsfunktion und das kategoriale Ra-

ster des Marxschen Menschenbildes herrscht deshalb in der seriösen Marxismus-Diskussion auch ein weitgehender Konsens, doch gibt es heftige Kontroversen, welche sozialtheoretischen Schlüsse aus ihnen gezogen werden müssen: Die Diskussion über die Anthropologie-Problematik steht deshalb erst am Anfang. [Vgl. u. a.: Fromm 1963; Heller 1976; Kofler 1985; Lichtman 1990; Lukács 1984f.; Marcuse 1962; Márkus 1981; Metscher 1989; Rückriem 1978; Schaff 1970; Sève 1972; Schmied-Kowarzik 1981; Seppmann 1993; Tomberg 1978]

Normative Funktion der Anthropologie für die Kapitalismuskritik bei Marx

Eine angemessene Darstellung der Marxschen Auffassung vom Menschen im Kontext des marxistischen Gesellschaftsverständnis würde den Rahmen dieses Textes sprengen. Ich muß mich deshalb auf skizzierende Andeutungen beschränken, die aber den systematischen Stellenwert der Anthropologie und deren normative Funktion verdeutlichen sollen: Das Marxsche Menschenbild ist irreversibel an die emanzipatorische Selbstverpflichtung seines Denkens geknüpft. Ohne einen anthropologischen Bezugspunkt (was bedeutet: einen Orientierungspunkt, der einen Kontrast zur entfremdeten Gegenwart bildet), wäre die "Kritik der Politischen Ökonomie" bloße Funktionsanalyse und Marx wäre bestenfalls ein immanenter Kritiker des Kapitalismus geblieben. "Gerade weil die bürgerliche Nationalökonomie nicht das Wesen des Menschen und seine Geschichte im Blick hat, im tiefsten Sinne also keine 'Wissenschaft vom Menschen' ist, sondern vom Unmenschlichen und einer unmenschlichen Ding- und Warenwelt - eben deswegen muß sie in der Kritik von Grund auf umgewälzt werden". [H. Marcuse 1969, S. 13]

Die entscheidende Frage, um die Notwendigkeit einer normativen Begründung der Gesellschaftskritik zu verstehen, lautet: Weshalb und auf welche Weise kritisiert Marx den Kapitalismus? Die Antworten in den ökonomischen Texten sind eindeutig: Weil der Kapitalismus das abstrakte Interesse der Kapitalverwertung über die konkreten Lebensinteressen der Menschen stellt, er "die persönliche Würde in den Tauschwert auflöst" [MEW Bd. 4, S. 465], und weil dieser Verwertungszwang ab einer bestimmten historischen Entwicklungsstufe zum 'absolutistischen', die menschlichen Gattungsbedürfnisse negierenden Selbstzweck geworden ist. Durch die Dominanz der "Wertvergesellschaftung" werden beständig und in zunehmendem Maße die Lebens- und Selbstverwirklichungsansprüche der Individuen bedroht. Die kapital- und verwertungsorientierten Organisationsformen der gesellschaftlichen Reproduktionsprozesse führen zu einem paradoxen Zustand: Trotz des kontinuierlichen Anwachsens des "nationalökonomischen Reichtums" (Marx) bleiben elementare psycho-soziale Bedürfnisse (Selbstbestimmung, Geborgenheit, Zuversicht) unerfüllt. Die kapitalistische Entwicklungsdynamik führt zu einer immer größeren

faktischen Abhängigkeit der Menschen voneinander, bewirkt aber gleichzeitig einen Prozeß der gegenseitigen Ausgrenzung und Instrumentalisierung.

Immer schneller entwickelt sich auch der Widerspruch zwischen den emanzipativen sozio-kulturellen Gestaltungsmöglichkeiten und der weiterhin vom Überlebenskampf geprägten Alltagswelt (von den Elendszuständen außerhalb der Metropolen gar nicht zu reden). Verlängert werden überflüssig gewordene Formen der Disziplinierung und Unterdrückung. Marx kritisiert die kapitalistische Gesellschaft, weil sie nur die Entwicklung des materiellen Reichtums fördert, während der "menschliche Reichtum" verkümmert, er beklagt, "daß die Produktion nur Produktion für das Kapital ist und nicht umgekehrt die Produktionsmittel bloße Mittel für eine stets sich erweiternde Gestaltung des Lebensprozesses für die Gesellschaft der Produzenten sind." [MEW 25, S. 321] Und er kritisiert den Kapitalismus darüber hinaus, weil er durch seine auf Verschleiß und Ausbeutung programmierten Lebensbedingungen nicht in der Lage ist, den Produktionsprozeß unter den der "*menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen*" [MEW 25, S. 828] zu organisieren.

Wenn dem Marxschen Theorie-Projekt nicht reflektierte normative Orientierungen zugrunde lägen, wie könnten sich dann solche qualitativen Kritik-Dimensionen legitimieren? Welche Begründung gäbe es es dann auch für politische Präferenzen (etwa für die Parteinahme gegen Rechtsradikalismus und Rassismus)? Und weiter gefragt: warum sollten dann "die Verhältnisse der Erniedrigung, Knechtung und Verlassenheit und Würdelosigkeit des Menschen umgeworfen, also in ihr Gegenteil verwandelt werden? [...] Warum sollen wir ein reiches Leben für alle wollen, volle Emanzipation menschlicher Sinne und Vermenschlichkeit der Sinne? Warum soll denn die durch die proletarische Revolution zu gewinnende Welt eine solche sein, in der die 'freie Entwicklung eines jeden' die Bedingung ist für 'freie Entwicklung aller'?" (Kommunistisches Manifest) Warum nennt noch das 'Kapital' die 'volle, freie Entwicklung jedes Individuums' den Dreh- und Angelpunkt der neuen Gesellschaft? Hier werden Voraussetzungen gemacht - begründbare Voraussetzungen - die solche einer politischen Ethik sind." [T. Metscher 1993, S. 59f.] Unverzichtbar angesichts der Hegemonie resignativer Alltagsorientierungen und wirkungsmächtiger Verfallsmythologien in der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft ist ebenfalls eine Verständigung darüber, ob die Menschen prinzipiell zu solidarischen Vergesellschaftungsformen fähig sind und überhaupt jenseits von Konkurrenz, Herrschaft und Unterdrückung ihr Leben organisieren können. [Vgl.: Marx-Engels-Stiftung 1992]

Wenn die humanistische Perspektive im marxistischen Kontext ihre Existenzberechtigung aus einem einzigen Grunde nachweisen müßte, könnte sie ihn in der negativen Anthropologie des herrschenden Menschenbildes finden: Angefangen von den ideologischen Reflexen des Alltagsbewußt-

seins, in denen von der Universalität der Herrschaft ("Immer hat es Herren und Knechte gegeben") die Rede ist oder davon, daß "sich jeder selbst der Nächste" sei, bis hin zu den modephilosophischen Feststellungen über den "Tod des Subjekts" wird ein resignatives Sozialbewußtsein festgeschrieben, welches in den alltäglichen Verhaltensformen in der kapitalistischen Gesellschaft ihre "Bestätigung" findet. Dieses "repressive Menschenbild" (Kofler) und seine aktuellen Varianten sind die letzte (und außerordentlich sichere Bastion), auf die sich das herrschende Denken zurückziehen gelernt hat.

Konstitutiv für das bürgerliche Selbstbewußtsein sind darüber hinaus die auf der "philosophischen" Ebene angesiedelten Überzeugungen über die asoziale Konditionierung der Menschen. Unterstellt wird, daß die Individuen nur im Gegensatz zueinander existieren können, sie an den Mitmenschen die Grenze ihrer Persönlichkeitsentwicklung finden, daß Selbstverwirklichung nur außerhalb sozialer Bindungen möglich sei. Marx hat diesem wirkungsmächtigen Weltbild die Erkenntnis entgegengesetzt, daß menschliche Selbstentfaltung nur innerhalb des sozialen Beziehungsgeflechts realisierbar ist: "Erst in der Gemeinschaft [mit Anderen besitzt das] Individuum die Mittel, seine Anlagen nach allen Seiten hin auszubilden; erst in der Gemeinschaft wird also die persönliche Freiheit möglich." [MEW Bd. 3, S. 74]

Diese Beispiele zeigen, in welcher fundamentalen Weise theoretische Reflexionen von inhaltlichen Prämissen, und darin eingeschlossen auch Wertentscheidungen über den Menschen, ausgehen. Meistens bleiben diese Wertmuster jedoch unbewußt, können aber deshalb um so wirkungsvoller das Denken untergründig beeinflussen. Durch diese Konstellationen des "ideologischen Klassenkampfes" wird deutlich, daß Marxismus überhaupt nur einen Existenzanspruch als kritische und radikale Theorie besitzt, wenn diese Theorie sich inhaltlich gegenüber den herrschenden Selbsttäuschungen und Bewußtseinsverzerrungen profiliert. Der "anthropologisch" argumentierende Marx setzt der bürgerlichen Ideologie von der historischen Permanenz der entfremdeten Lebensformen eine Reihe von Feststellungen entgegen, die den dynamischen Charakter aller Sozialverhältnisse und die prinzipielle Fähigkeit des Menschen zum selbstbestimmten Handeln betonen und auch deutlich werden lassen, weshalb der Mensch als "das höchste Wesen für den Menschen" [MEW Bd. 1, S. 385] anzusehen ist.

Die Grundlagen der menschlichen Existenz bestehen u.a. aus der Anlage zur reflektierten, zielgerichteten Auseinandersetzung mit der Natur. Diese Fähigkeit zur Arbeit ist wiederum an kooperative Handlungsformen gebunden, die den Menschen in die historische Subjekt-Objekt-Beziehung einbinden. Durch die tätige Auseinandersetzung mit ihren Lebensumständen, die Fähigkeit zum antizipierenden Denken und verändernden Handeln bringen die Menschen die soziale Welt mit ihren spezifischen Ge-

setzmäßigkeiten hervor. Weil der Mensch durch seine gesellschaftliche Praxis gleichzeitig die Bedingungen seiner eigenen Entwicklung produziert und reproduziert, ist er prinzipiell zur Erkenntnis gesellschaftlicher Zusammenhänge und zur Realisierung einer vernunftzentrierten Praxis fähig. "Indem er durch diese Bewegung auf die Natur außer ihm wirkt und sie verändert, verändert er sogleich seine eigene Natur. Er entwickelt die in ihr schlummernden Potenzen und unterwirft das Spiel ihrer Kräfte seiner eigenen Botmäßigkeit." [MEW 23/197]

Zusammengefaßt definiert sich für Marx die menschliche Existenz durch sozial-ontologische Begriffe wie Bewußtsein, entäußernde Tätigkeit (erst durch das entäußernde Verhalten zu seinem Arbeitsgegenstand gewinnt der Mensch auch ein Verhältnis zu sich selbst!), Kooperation, Selbstreflexivität (was in unserem Zusammenhang gleichermaßen Selbsterkenntnis und Vernunft einschließt); aber auch durch jene aus der "menschlichen Naturgeschichte" resultierenden Faktoren, wie den körperlichen und psychischen (der "Triebstruktur") Organisationsformen. Doch existieren diese "natürlichen" Voraussetzungen immer schon in einer sozial transformierten Weise. Die Triebkonstanten werden durch sozio-ökonomische Verhältnisse überlagert, die ontogenetischen Voraussetzungen "durch den Prozeß der Produktion selbst... aus naturwüchsigen in geschichtliche verwandelt". [Grundrisse 18]

Charakter ontologischer Kategorien im Marxismus

Gegenüber den "Anthropologie-Kritikern" muß betont werden, daß diese ontologischen Kategorien keine abstrakten "Wesensbestimmungen" sind, die willkürlich ("idealistisch") an den Anfang der Reflexion gesetzt werden, sondern generalisierende, aus der Beobachtung der historischen Realität gewonnene Feststellungen über die grundlegenden Bedingungen der menschlichen Existenz. Charakteristisch für den Marxschen Umgang mit diesen "unveränderlichen Voraussetzungen der menschlichen Veränderbarkeit" [Vgl.: L. Kofler 1973] ist die anthropologisch-ontologische Definition der Arbeit aus dem 1. Band des "Kapitals": "Die Arbeit ist die allgemeine Bedingung des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur, ewige Naturbedingung des menschlichen Lebens und daher unabhängig von jeder Form dieses Lebens, vielmehr allen seinen Gesellschaftsformen gleich gemeinsam" [MEW 23/198]. Natürlich sind solche Aussagen theoretische Verallgemeinerungen und gedankliche Fixierungen. Aber: Auf Abstraktionen kann auch dialektisches Denken nicht verzichten, nur besitzt es klare Vorstellungen über deren theoretischen Stellenwert. Als "Zusammenfassung vieler Bestimmungen" sollen sie nicht die historische Entwicklung "erklären", sondern ihre wesentlichsten Eigenschaften und Strukturmerkmale ausdrücken; als "verständige Abstraktionen" (Marx) besitzen sie eine zentrale Rolle im intellektuellen Aneignungsprozeß der menschlichen Realität.

Was das normative Grundraster der Marxschen Sozialtheorie von den Wertentscheidungen anderer Systeme unterscheidet, ist ihre historische Verankerung. Die Aussagen über die Konstanten der menschlichen Existenz sind keine "Wesensbestimmungen", die außerhalb des sozio-ökonomischen Handlungsfeldes ihre Begründung finden. Ebenso wenig fungieren sie als abstrakter "Maßstab" - gefragt wird nach den konkreten Realisierungsmöglichkeiten der menschlichen Anlagen und Gattungspotenzen. Humane Geltungsansprüche und das gesellschaftliche Entwicklungsniveau sind im Marxschen Verständnis unauflöslich miteinander verbunden: "Damit die Menschen ihre Wesenskräfte als Motiv ihres Handelns erfahren, muß die abstrakte Fähigkeit zur Überschreitung der eigenen Grenzen auf eine spezifische Produktionsweise treffen, in der die Betätigung dieser Kräfte als immanente Tendenz vorhanden ist." [R. Lichtmann 1990, S. 116f.] Die Reflexion dieses (wechselseitigen) Abhängigkeitsverhältnisses markiert auch die entscheidende Differenz zwischen dem *marxistischen* und dem *bürgerlich-idealistischen Humanismus*. Wegen seiner historisch-materialistische Fundierung wendet er sich nicht von der Realität ab, sondern konfrontiert sie mit den menschlichen Selbstverwirklichungsansprüchen und fragt nach ihren konkret-historischen Entfaltungsmöglichkeiten.

Die angeführten *allgemeinen* Bestimmungen menschlicher Existenz sind zwar grundlagentheoretisch von großer Bedeutung, sie erklären aber noch nicht, warum die bestehenden Verhältnisse veränderungswürdig, warum der Mensch in ihnen "ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen" [MEW 1, S. 385] ist. Dazu müssen diese menschlichen Eigenschaften in ihrer Funktionalität innerhalb des konkreten Vergesellschaftungsprozesses untersucht werden. Betrachten wir unter diesem Gesichtspunkt einmal näher den für die Marxsche Theorie zentralen Tätigkeitsbegriff, der mehr als Arbeit umfaßt, auch wenn diese die Grundlage jeder anderen menschlichen Existenzweise ist. Durch sein tätiges Verhalten leistet der Mensch nicht nur einen Beitrag zu sozialen Reproduktion, sondern eignet sich im gleichen Maße ebenso die Realität an, wie er Selbstbewußtsein und soziale Handlungskompetenz realisiert. Tätigkeit schließt ästhetische Produktion ebenso ein, wie die zwischenmenschlichen Verkehrsformen jenseits der "zweckrationalen" Handlungsebenen. Arbeit im *gattungsmäßigen* Sinne ist nach den Marxschen Worten "Selbstverwirklichung des Individuums ..., was keineswegs meint, daß sie bloßer Spaß sei, bloßes Amusement ... Wirklich freies Arbeiten, z.B. Komponieren ist gerade zugleich verdammtester Ernst, intensivste Anstrengung." [Grundrisse, S. 505] Sie ist der Ausdruck des universalen Verhältnisses des Menschen zur Welt und sie impliziert die Möglichkeit einer Veränderung der Lebensverhältnisse: "*nur darum* ist seine Tätigkeit freie Tätigkeit". [MEW EB I, S. 516]

Gesetzmäßigkeit und selbstbestimmtes Handeln

In diesem Spannungsfeld ist auch die Dialektik von historischer Gesetzmäßigkeit und selbstbestimmtem Handeln (Freiheit) angesiedelt. In welcher Weise die Autonomie der Handlungssubjekte trotz ihrer irreversiblen Gebundenheit an objektive "Umstände" und Gesetzmäßigkeiten möglich ist, beschreibt Gottfried Stiehler in einem bemerkenswerten Aufsatz über "Subjektautonomie und Staatssozialismus": "Die Wege gesellschaftlich-geschichtlicher Entwicklungen sind in den Bedingungen - den geschichtlichen Umständen und dem Charakter der gesellschaftlichen Verhältnisse - angelegt; dadurch ist die Autonomie der Subjekte, der gesellschaftlichen Akteure begrenzt. Aber innerhalb dieser Begrenzung kommt ihnen potentiell die Fähigkeit des Selbsthandelns zu, gegründet auf Selbstkritik, Selbstkontrolle und Selbstveränderung." [G. Stiehler 1993, S. 12]

Die Konstitution von Sinn (und Normativität) ist untrennbar mit den Organisationsformen des menschlichen Lebens verbunden. In jeden konkreten Reflexions- und Handlungsakt gehen subjektive Lebensansprüche, Sinnlichkeit und Bewußtsein ein. In der Marxschen Konzeption der "sinnlich-praktischen Tätigkeit", realisiert sich das in der Feuerbachschen Anthropologie uneingelöste Programm, Rationalität und Emotionalität theoretisch zu verbinden. Das tätige Verhalten wird von Marx als die lebenspraktische Äußerung menschlicher Sinnlichkeit erkannt. Einen normativen Stellenwert erlangt diese Einsicht, weil durch den Akt der tätigen Entäußerung die Menschen mit ihren individuellen Lebensansprüchen tendenziell auch Gattungsinteressen zum Ausdruck bringen [Vgl. MEW, Erg.-Bd. I, S. 517] und gleichzeitig evident wird, daß sie nur durch Kooperation, im sozialen Zusammenhang realisiert werden können.

Obwohl die Tätigkeit, das verändernde und gestaltende Verhalten den Menschen selbst ein unmittelbares Lebensbedürfnis ist ("Der *reiche Mensch* ist zugleich der einer Totalität der menschlichen Lebensäußerung bedürftige Mensch" [Ebd. S. 544]), liegt ihr in elementarer Weise ein Komplex von Triebkonstanten zugrunde, die aber nicht unmittelbar die individuellen Motivationen hervorbringen. Durch ihre sozio-kulturelle Überlagerung werden die Triebe zu Bedürfnissen transformiert, die erst die unmittelbare Grundlage der Handlungsintentionen darstellen: "Unsere Bedürfnisse und Genüsse entspringen aus der Gesellschaft; wir messen sie daher an der Gesellschaft; wir messen sie nicht an den Gegenständen ihrer Befriedigung. Weil sie gesellschaftlicher Natur sind, sind sie relativer Natur." [MEW Bd. 6, S. 412] Menschliche Bedürfnisbefriedigung ist somit unauflösbar zum Tätigkeitskomplex und den Erfordernissen der Vernunft [Vgl. F. Tomberg 1982, S. 132] zurückvermittelt.

Diese "Dialektik von Eros und Tätigkeit" hat Leo Kofler folgendermaßen beschrieben: "Indem die tätige Seite in der menschlichen Erscheinungsweise ihre Impulse aus dem alle Lebensbedürfnisse umfassenden Eros

empfängt und andererseits der Eros sein Maß und seine Entwicklung aus dem Reich der menschlichen Tätigkeit, entsteht ein harmonisches Zusammenwirken beider, das Marx im 'Kapital' und in den 'Grundrissen' als 'Spiel' [der menschlichen Sinne und Kräfte] bezeichnet" hat. [Kofler 1973, S. 18] In jeder Handlungsintention ist somit ein Moment von menschlicher Selbstverwirklichung präsent - so gebrochen und marginal unter den Bedingungen des klassengesellschaftlichen Lebens dessen Anteil auch immer sein mag. Auf Grund dieser erotisch durchdrungenen Motivationsstruktur sind die Menschen auch bestrebt, nach dem "Maße der Schönheit" (Marx) zu produzieren und in diesem Sinne sind ästhetischer Gestaltungswille und Emanzipationsstreben komplementäre Begriffe.

In dem gleichen Maße, wie der Mensch zur Befriedigung seiner Bedürfnisse an die Mitmenschen verwiesen ist, werden ihm durch die bestehenden Vergesellschaftungsformen, den Stand der Produktivkräfte sowie die Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen objektive Grenzen gesetzt. Doch erscheint diese soziale "Begrenzung" und Gebundenheit nur dann als Zwangsverhältnis, wenn historisch überholte Unterdrückungsmechanismen perpetuiert, überlebte Formen repressiver Arbeit und entfremdeten Existierens künstlich am Leben erhalten werden und Rationalität und Vernunft in der Lebenspraxis in einen unüberbrückbaren Gegensatz geraten.

Scheitert eine Epoche an der Aufgabe, die historisch produzierten Entwicklungsmöglichkeiten zu realisieren, befindet sie sich tatsächlich in der Gefahr, in die Barbarei zu versinken. Auch den positiven Errungenschaften der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsformation (die "die materielle Grundlage einer neuen Welt geschaffen" hat [MEW Bd. 9, S. 226]) droht der Zerfall, wenn das "Gleichgewicht" zwischen den sozialen Zwangsformen und den realen Entwicklungspotentialen erodiert, wenn das komplizierte Beziehungsgeflecht von Triebmodulation, sozialen Kooperationsformen, psychischen Antriebskräften und Zielprojektionen aus den Fugen gerät. Immer größere psychische und intellektuelle Kräfte müssen zur sozialen Restabilisierung aufgewandt werden. Eine der unmittelbaren Folgen ist der Umschlag von Selbstzwang in Selbstdestruktivität und damit längerfristig auch die Entstehung von nach außen gerichteten Aggressionsneigungen - die Regression der "zivilisatorischen" Verhaltensstandards und die Zunahme der Gewaltbereitschaft sind Indizien für diesen Prozeß.

Alle Probleme, die mit den Begriffen Bedürfnismanipulation und Triebunterdrückung umschrieben werden können, gehören in diesen Komplex, der auf die normativen Grundlagen der Marxschen Kapitalismuskritik verweist: Der kapitalistische Akkumulationsprozeß "vermindert die Arbeitszeit ... in der Form der notwendigen, um sie zu vermehren in der Form der überflüssigen". [Grundrisse, S. 593] Verlängert wird dadurch die Unterdrückung der Individuen, gesteigert die Fremdbestimmung; reale

Chancen zur Humanisierung der Lebensverhältnisse bleiben durch die Vorherrschaft des kapitalistischen Verwertungsimperativs ungenutzt. Menschliche Notdürftigkeit und soziale Gegensätzlichkeit dominieren, obwohl die gesellschaftlichen Voraussetzungen der "freien Entwicklung der Individualitäten" [Grundrisse, S. 593] durch die "Reduktion der notwendigen Arbeit der Gesellschaft zu einem Minimum, der dann die künstlerische, wissenschaftliche etc. Ausbildung der Individuen durch die für sie alle freigeordnete Zeit und geschaffenen Mittel entspricht" [Ebd.] längst vorhanden sind.

Literatur

- L. Althusser, Für Marx, Frankfurt/M. 1968
 L. Althusser, Ist es einfach, in der Philosophie Marxist zu sein?, in: SoPo H. 34/35, 1976
 L. Althusser, Ideologie und ideologische Staatsapparate, Hamburg 1977
 E. Fromm, Das Menschenbild bei Marx, Frankfurt/M. 1963
 Grundrisse: K. Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin/DDR 1953
 A. Heller, Theorie der Bedürfnisse bei Marx, Westberlin 1976
 L. Kofler, Perspektiven des revolutionären Humanismus, Reinbek 1968
 L. Kofler, Aggression und Gewissen. Grundlegung einer anthropologischen Erkenntnistheorie, München 1973
 L. Kofler, Eros, Ästhetik, Politik. Thesen zum Menschenbild bei Marx, Hamburg 1985
 R. Lichtmann, Die Produktion des Unbewußten. Die Integration der Psychoanalyse in die marxistische Theorie, Hamburg 1990
 G. Lukács, Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins, 2 Bd., Darmstadt und Neuwied 1984f.
 H. Marcuse, Vernunft und Revolution, Darmstadt und Neuwied 1962
 H. Marcuse, Neue Quellen zur Grundlegung des historischen Materialismus, in: Ders., Ideen zu einer kritischen Theorie der Gesellschaft, Frankfurt/M. 1969
 Marx-Engels-Stiftung (Hg.), Marxistisches Menschenbild - eine Utopie?, Bonn 1993
 G. Márkus, "Anthropologie" und Marxismus, Hamburg 1981
 MEW: Marx-Engels-Werke, Berlin DDR 1956ff.
 T. Metscher, Ontologie, Kulturtheorie, Ästhetik, in: Ders., Herausforderung dieser Zeit, Düsseldorf 1989
 T. Metscher, Argumente für eine materialistisch-dialektische Anthropologie, in: Marx-Engels-Stiftung (Hg.), Marxistisches Menschenbild - eine Utopie?, Bonn 1993
 G. Rückriem (Hg.), Historischer Materialismus und menschliche Natur, Köln 1978
 A. Schaff, Marxismus und das menschliche Individuum, Reinbek 1970
 A. Schaff, Marxismus und Strukturalismus, Wien 1974
 W. Schmied-Kowarzik, Die Dialektik der gesellschaftlichen Praxis, Freiburg und München 1981
 W. Seppmann, Subjekt und System. Zur Kritik des Strukturmarxismus, Lüneburg 1993
 W. Seppmann, Kritik des Objektivismus, in: E. Bloch/D. Garstka/W. Seppmann (Hg.), Marxismus und Anthropologie, Bochum 1980
 L. Sève, Marxismus und Theorie der Persönlichkeit, Berlin/DDR 1972
 G. Stiehler, Historische Subjektautonomie und Staatssozialismus, in: Hintergrund. Marxistische Zeitschrift für Gesellschaftstheorie und Politik, H. IV, 1993
 F. Tomberg, Menschliche Natur in historisch-materialistischer Definition, in: G. Rückriem (Hg.), Historischer Materialismus und menschliche Natur, Köln 1978
 F. Tomberg, Der Mensch - ganz allgemein. Bemerkungen zu einem Forschungsproblem des historischen Materialismus in Auseinandersetzung mit Althusser, Sève, Lorenzer, Kofler, Holzkamp, in: Forum Kritische Psychologie 9, 1982

Peter Degkwitz

Modellvorstellungen zur Drogenproblematik

Anforderungen an einen ganzheitlichen Zugang

Zur Fragestellung

Die Annäherung an die Frage nach dem Menschenbild und einer ganzheitlichen Vorstellung vom Menschen erfolgt hier nicht als Debatte über "den Marxismus", sondern bezogen auf das konkrete Phänomen "zwanghaft drogenkonsumierender" (oder "abhängiger") Menschen. Die Erörterung geht von den praktischen (gesellschaftlichen und individuellen) Problemen der Überwindung der Drogenbindung im Sinne eines Gewinns an Autonomie und darauf gerichteter Präventions- und Interventionsformen aus, die dies Problem (individuell und gesellschaftlich) handhabbarer machen. Thema ist aber nicht eine spezielle Drogentheorie. Mir geht es um die Relevanz eines historisch-materialistischen Menschenbildes in Hinblick auf ein dieses Feld bearbeitendes praxisrelevantes "Forschungsprogramm". Peter Ruben hat in "Initial" sinngemäß als die eigentliche Frage nach der Bedeutung des "Marxismus als Theorie sozialer Verhältnisse und Beziehungen" nach dem Zusammenbruch benannt: Was trägt der Marxismus bei, um Struktur und Gesellschaft zu verstehen, in der wir leben? Die bestehenden erkenntnisaufschließenden Potentiale muß man sich für jeden Gegenstand erneut erobern, sie ergeben sich nicht "wie der Morgen nach durchschlafener Nacht". In diesem Sinne geht es zum einen um die Frage der Relevanz des historischen Materialismus für eine adäquatere Annäherung an einen solchen Gegenstand und zum anderen auf diesem Hintergrund um die Einbindungs- und Reinterpretationsmöglichkeiten verschiedener einzelwissenschaftlicher Theorien, Kategorien und Methoden im Hinblick auf ein konkretes Forschungsprogramm. Also ist nicht das Ziel, das "Verständnis vom menschlichen Wesen" bis zum Junkie am Hamburger Hauptbahnhof "durchzudeklinieren" oder ihn vor diesem Hintergrund endlich zu verstehen. Das könnten nur Kurzschlüsse werden.

Die "Drogenproblematik" als ein Beispiel

Die "Drogenproblematik" ist ein Beispiel (für mich aktuell zentral, weil ich mich damit beruflich befasse) für die grundlegende Thematik, ob und wie die Verbindung von gesellschaftlichen Verhältnissen (in ihren vielfältigen Aspekten), individuellen psychischen Strukturen (von Verhältnissen und Verhalten), Intentionalität des Subjektes, der Biographie und dem Menschen als biologischem Organismus im Sinne einer genaueren gedanklichen Rekonstruktion von Realität gelingen kann. Wolfgang Jantzen, der ausgehend von Problemen der Behindertenpädagogik die sozialwissen-

schaftlichen, psychologischen, psychiatrischen und neuropsychologischen Wissenschaften durcharbeitet (Jantzen 1987, 1990), um zu einem vertieften Verständnis der Pädagogik bei Behinderung zu kommen, ist mir hier Vorbild.

Das Drogenthema ist als Beispiel gut geeignet (insofern nicht beliebig), weil die Grenzen der "aufschließenden Kraft" des jeweils einzelwissenschaftlichen Zuganges (bei unbestrittener Effektivität im Einzelnen) allenthalben praktisch spürbar sind. Sowohl das Debakel der Gesellschaft im Umgang mit ihren eigenen Problemen, die Kontraproduktivität bestimmter Interventionen (etwa die direkten und indirekten Wirkungen der Ausgrenzung, der Kriminalisierung und ihrer gesundheitlichen "Nebeneffekte"), als auch die offenen Fragen einer Kombination sinnvoller Interventionen in einer aktuellen biographischen Situation, haben neben der Verleugnung auch mit dem begrenzten Verständnis der Problematik zu tun.

Dabei fehlt es nicht an Einzelwissen. Dieses Einzelwissen ist für den jeweiligen Bereich adäquat. Die Vertiefung etwa des pharmakologischen Verständnisses hat die Substitutionspraxis ermöglicht (allerdings ist schon der Erfolg der Ersatzdroge auf der pharmakologischen Ebene nicht begreifbar). Eine Sichtweise auf verschiedene Entwicklungsdefizite (persönlicher oder sozialer Art) hat therapeutische Praktiken (etwa therapeutische Wohngemeinschaften) ermöglicht etc. Die Schwierigkeiten bestehen in einer systematischen theoretischen und praxisbezogenen Durcharbeitung des jeweiligen Einzelwissens in Richtung ganzheitlicher Vorstellungen. Dafür sind gesellschaftliche, personale und biologisch/pharmakologische Aspekte der Sucht nicht einfach nur zu konstatieren, sondern die Übergänge zwischen diesen Ebenen zu erfassen.

Das Verständnis vom "menschlichen Wesen" als Ausgangspunkt

Die Forderung nach einer gedanklichen Rekonstruktion des ganzheitlichen Menschen ist ein anspruchsvoller und produktiver Ausgangspunkt. Dies ist die Forderung nach Erfassung der je eigenständigen Dimension der biologischen, psychologischen und sozialen Ebene der Lebensprozesse des Menschen wie ihrer wechselseitigen Zusammenhänge.

Was ist Drogenkonsum als Verhalten einer Person? Zunächst ist es eine Möglichkeit menschlichen Lebens oder eine Lebensäußerung, die keinen gesonderten Zugang erfordert, sondern genau wie jede andere Verhaltensweise unter den Gesichtspunkten der "Verbesserung des Allgemeinen" zu begreifen ist. "Süchtiges Verhalten" ist weder (verdinglichte) Eigenschaft des Subjektes (der "Drogenabhängige"), noch einfache Folge gesellschaftlicher Verhältnisse (etwa: die Entfremdung "bedingt" den in die Sucht Flihenden).

Der exzessive Konsum psychotroper Substanzen wird als "Sucht" oder "Abhängigkeit" verstanden, wenn es in seinem Zusammenhang zu einer andauernden Beeinträchtigung des Realitätsbezuges im Sinne von Störungen bezogen auf die soziale Umwelt und die eigene Person (ihren psychischen und körperlichen Zustand) kommt. Wo der Übergang zur "Störung" ist, unterliegt (ebenso wie im Bereich psychischer Probleme) kulturellen Bewertungen. Die Herausbildung dieser spezifischen Störung (spezifisch ist der Konsum bewußtseinsändernder Substanzen) ist wie bei anderen Störungen des Realitätsbezuges ausgehend von der "Vermittlung von Subjekt und Objekt in der Tätigkeit" (Leontjew 1979) zu betrachten.

Für das Verständnis dieser Vermittlungen ist die marxistische Auffassung vom "menschliches Wesen" ein produktiver Ausgangspunkt zur Vermeidung mechanistischer Verkürzungen: Die Menschen sind im System "Subjekt-Tätigkeit-Objekt" mit ihrem Gattungswesen verbunden, das ausserhalb von ihnen im "Ensemble gesellschaftlicher Verhältnisse" liegt. Das "menschliche Wesen" ist nicht als innere Substanz, die sich biologisch oder psychologisch aus sich heraus entfaltet, nicht als "inneres Abstraktum" (Feuerbach-Thesen) zu begreifen, sondern als in der Tätigkeit gewonnene innere Konkretion dieses "Ensembles gesellschaftlicher Verhältnisse". Der Mensch wird zum Menschen also nur durch seine Tätigkeit, die grundsätzlich gesellschaftliche Tätigkeit ist. Bei diesem Prozeß ist er nicht nur Objekt, sondern Subjekt seiner Selbstentwicklung, der Herausbildung seiner schöpferischen Anlagen. Er kann sein Wesen nicht entfalten, ohne den kolossalen objektiven Körper der Menschheit, der in den gesellschaftlichen Verhältnissen vorliegt, zu durchlaufen. Nicht, daß er sich mit diesem Gattungswesen vermitteln muß, um Mensch zu sein, so Jantzen (1987, 109), sei die eigentliche Frage, "sondern, ob und inwieweit dies historisch jeweils gelingt". Um die historisch-konkreten, milieuspezifischen Schwierigkeiten dieser Vermittlung und ihren Zusammenhang zu Störungen genauer verstehen zu können, bedarf es eines tieferen Verständnisses der Vermittlung.

Wygotzki (1986) hat das Verständnis für die Rolle des Sozialen (der gesellschaftlichen Verhältnisse) zwischen biologischer Ausstattung und Psyche auf menschlichem Niveau entscheidend erweitert, indem er die Vermittlung zwischen der Möglichkeit der vorgreifenden Widerspiegelung des Gehirns mit der Sozialhistorie präziserte. Die von Wygotzki vorgeschlagene Lösung ist die, daß das "Werkzeug als Träger der Bedeutungen menschlicher Praxis" zwischen diesen Bereichen vermittelt. Insbesondere ist es das sprachliche Werkzeug als Zeichen und damit als Träger von Bedeutungen, die in der Sozialgeschichte entstanden sind. Sie organisieren sich, vermittelt über das Zeichen, in neuer Weise im Psychischen in der Form von Sinnfeldern, semantischen Feldern. (zusammenfassend vgl. Jantzen 1987, 117) Die Vermittlung der Bedeutung über das Zeichen in die psychischen Prozesse ist jedoch nur in der Tätigkeit möglich. Tätigkeit, Lebenspraxis,

Handlungen sind als Prozeß zu verstehen, in dem sich die subjektive Struktur (unter gegebenen Bedingungen) konstituiert.

Die Konsequenzen dieser Sichtweise des Menschen sind in den Humanwissenschaften bestenfalls in Ansätzen gezogen. Wygotzki präziserte die Richtung der Betrachtung der Vermittlung des einzelnen Menschen mit der Sozialhistorie. Der einzelne Mensch muß dies unter Bedingungen, in die er gestellt ist und die er selbst gestaltet, leisten. Die Belastungen und Widersprüche dieser Vermittlung (die Drogenabhängigkeit als "Vermittlungsstörung" wird als ein spezifischer Ausdruck von Belastungen verstanden) sind von verschiedenen Seiten zu betrachten.

Die psychische Ebene - Erfassen der subjektiven Seite

Bei der Untersuchung der subjektiven Seite des Systems Subjekt-Tätigkeit-Objekt (also der Probleme der inneren Zusammenhänge und der Entwicklung des Psychischen) stellt die Tätigkeit das übergreifende Moment dar. Politzer (nach Seve 1977) hat daher - hinsichtlich seines Anliegens einer Wissenschaft vom konkreten Individuum - gefordert, Individuen nur in ihren Tätigkeitsverhältnissen zu untersuchen.

Ein solcher Ansatz grenzt sich von der vorherrschenden Außenperspektive der Psychologie ab. Äußere Ereignisse erscheinen darin nicht als kausale Bedingungen für subjektive Ereignisse, sondern in ihrer "Bedeutungshaftigkeit als 'Prämissen' für Handlungsbegründungen". "Die Begründungen stehen zu den Prämissen (objektive Bedingungen, personale Situation - PD) nicht im Verhältnis empirischer Kontingenz, sondern *diskursiver Schlüssigkeit*: Sie ergeben sich für mich in Ansehung meiner Interessen (wie ich sie wahrnehme) als *'vernünftige' Konsequenz aus den Prämissen*". (Holzkamp 1993, 28f.)

Für Holzkamp hat die Perspektive des Subjektstandpunktes "intentionalen Charakter": Das Subjekt bezieht sich mit seinen Plänen und Absichten bewußt auf die Welt und sich selbst. Mit meinem Standpunkt stehe ich nicht neutral in der Welt, "sondern verhalte mich zu ihr als ein sinnlich-körperliches, bedürftiges, *interessiertes* Subjekt. Meine Absichten, Pläne, Vorsätze als Charakteristika meiner Intentionalität sind *inhaltliche Stellungnahmen und Handlungsentwürfe vom Standpunkt meiner Lebensinteressen*". (ebd., 21)

Die Welt, auf die ich mich aus meiner Perspektive mit Handlungen richte, "ist aufgrund der in ihr durch gesellschaftliche Arbeit produzierten allgemeinen Gebrauchszwecke (...), sowie der dadurch konstituierten sozialen Verhältnisse für uns objektiv *bedeutungsvoll*" - dies nicht nur im Sinne sprachlicher Bedeutungen, sondern im Sinne "sachlich sozialer Gegenstandsbedeutungen".

Die *sachlich sozialen Bedeutungen stellen eine Vermittlungsebene zwischen gesellschaftlichen Lebensbedingungen und individuellem Handeln* dar. Sie

sind handlungsrelevant, aber die Handlungen werden dadurch nicht determiniert. Sie sind in der Art, wie sie das Subjekt erfährt, "Prämissen" für die Begründung meiner Handlungsvorsätze". (ebd., 21ff.)

In der Anwendung auf den "exzessiv drogenkonsumierenden" Menschen ginge es um eine Rekonstruktion der "Handlungsbegründungen" für sein Drogenkonsumverhalten. Auf dieser Ebene ist der "Sinn" dessen zu enthüllen, was getan wurde (etwa die Intensivierung des Konsums im Übergang zur "Drogenkarriere"). "Das Ziel derartiger Erklärungen besteht darin, zu zeigen, daß das, was getan wurde, das war, was bei den gegebenen Gründen zu tun war, und nicht bloß das, was normalerweise in solchen Situationen getan wird". (Dray nach Holzkamp 1987, 26) Dabei bestehen offenbar Kriterien unterschiedlich weitgehender Voraussetzungen, unter denen Handlungen als begründet/verständlich erscheinen. Der einfache Fall ist: "Ich finde die Handlung verständlich - das ist genau das, was ich auch getan hätte". Von da ist es ein kleiner Schritt zu dem Fall, in dem wir eine Handlung verstehen können, wenn wir sehen, daß sie das war, was im Hinblick auf die besonderen Umstände des Handelnden zu tun war. In einem solchen Fall würde die Erklärung aus einer Darstellung dieser Umstände bestehen; sie sind die fehlenden Daten, die die Konstruktion einer Überlegung gestatten, welche die Handlung als angemessen erweist. (Dabei kann der Handelnde sich über die Tatsachen auch geirrt haben.) (Holzkamp 1987, 27)

Insofern ginge es zunächst um die Rekonstruktion der "guten Gründe" für die Aufrechterhaltung abhängigen Heroinkonsums unter "extrem eingeschränktem Realitätszugang" und demgemäß "verengten Handlungsalternativen". Welche (typischen) Bedingungen schränken die Einsicht "in sachliche und soziale Bedeutungsunterschiede" (Prämissen und Handlungskonsequenzen) so ein, daß dies Handlungsmuster als das unter diesen Umständen "vernünftige" anzusehen ist. (Der weitere Schritt bestünde dann darin, den Punkt genauer zu bestimmen, an dem das mit "gutem Grund" intensivierte und im Sinne der Lebensbewältigung funktionale Drogenkonsumverhalten umkippt und den Realitätsbezug untergräbt - vgl. die Anmerkungen unten zur "Stereotypenbildung").

Um die jeweils subjektive Sicht zu rekonstruieren, sind in der Sozialforschung interessante Untersuchungsansätze entwickelt worden, die sich etwa beim Drogenkonsum auf die "Innenseite" von Gebrauchsmustern aus der Sicht der Betroffenen konzentrieren. Diese werden anhand von Texten - etwa narrativen Interviews - im Verlauf rekonstruiert. Mit Ansätzen einer interpretativ orientierten Sozialforschung ist es möglich, etwa "Maturing-Out-Prozesse" (Herauswachsen aus der Sucht mit zunehmendem Alter), die nicht solipsistisch zu verstehen sind, im lebensgeschichtlichen Kontext zu verfolgen und damit auch die Ausstiegsmotive und die diese unterstützenden personalen und sozialen Ressourcen *subjektbezogen* zu erfassen. (Weber u. Schneider 1992, 90ff.)

In diesen Ansätzen wird die psychosoziale Wirklichkeit als symbolisch vermittelte Welt, "und damit als eine sinnhaft strukturierte Praxis, in der das Handeln der interagierenden Subjekte an permanente Prozesse des Deutens und Verstehens gebunden ist" (Straub 1990, 169), angesehen. Da jedes einzelne Subjekt trotz gegebener Grundstrukturen seine ihm eigene Lebenswelt subjektsspezifisch konstruiert und rekonstruiert, wird der je eigene subjektive Erfahrungsraum in seiner Wandelbarkeit und Ausdifferenzierung zum Forschungsgegenstand. Der interpretative Nachvollzug oder erklärende Verstehensprozeß soll an der Handlungs- und Erfahrungsaufschichtung im lebensweltlichen Kontext ansetzen. (Bonß 1991, 37)

Die Grenzen dieser ausgearbeiteten Verfahren liegen zum einen darin, daß hier die Rekonstruktion ohne das oben angedeutete kategoriale System vorgenommen wird, und zum anderen darin, daß diese Rekonstruktion nicht bewußt mit beispielsweise dem Drogenabhängigen vorgenommen wird, mit dem eine vertiefte Verständigung über "seine Gründe" angestrebt wird (wie dies im Ansatz im therapeutischen Prozeß geschieht).

Entwicklungsorientierte Perspektiven

Über welche Schritte erfolgt in der Ontogenese die jeweilige Aneignung der Sozialhistorie? Hier sind hinsichtlich des Drogenkonsums die Entwicklungstheorien bezogen auf ihr Verständnis der psychischen Prozesse des Jugendlichen im Übergang zum Erwachsenen von besonderem Interesse.

In der Ontogenese werden unterschiedliche "Abbildniveaus" erreicht. Dabei geht es auf jedem Niveau um eine Neuorganisation des sinnhaften und systemhaften Baus der psychischen Prozesse in der Tätigkeit. Für das spezifisch menschliche Verhältnis zur Welt werden Bedeutungsebene für Bedeutungsebene erweiterte Voraussetzungen geschaffen. Mögliche Schwierigkeiten beginnen dabei nicht mit der Pubertät. In diese schwierige Übergangsphase gehen die Weichenstellungen der frühkindlichen und schulischen Entwicklung (etwa reichhaltige oder verengte sprachliche Umgebung für den Aufbau von Bedeutungen) ein. Um das Wesen jener Störungsprozesse zu begreifen, die erst mit Pubertät und Adoleszenz und später auftreten, erscheint es sinnvoll, mit Jantzen von den Besonderheiten der psychischen Umorganisation in diesem Alter ausgehen. In ihrem Mittelpunkt stehen die Entdeckung der Innenwelt und damit die "Herausbildung des Ichs als 'Du', d.h. die Bildung des 'reflexiven Ichs', die Entdeckung und Justierung der eigenen Motive und später des persönlichen Sinns in der Innenwelt und in diesem Zusammenhang die Neubildung von Selbstachtung und Selbstbestimmung". (Jantzen, 335) Und gerade jene Prozesse erweisen sich als jeweils zutiefst gestört bei den erst ab dieser Stufe auftretenden Störungen wie etwa den schizophrenen Psychosen, Depressionen des Jugend- und Erwachsenenalters.

Mit der Pubertät und der Entdeckung der Innenwelt werden viele beunruhigende und dramatische Emotionen hervorgerufen. Mit der Erfassbarkeit der eigenen Motive werden die Widersprüche zwischen Ansprüchen und Möglichkeiten außerordentlich groß. Ihre harmonische Bewältigung führt zu einer eigenen Lebensperspektive und Persönlichkeit im Kontext der sozialen Möglichkeiten. Aber dies ist ein lebenslanger Kampf und eine produktive Lösung ist insbesondere in der Übergangsphase schwer herzustellen. Für Jantzen ist der Kern dieser Übergangsphase "die *Justierung der eigenen Motivations-Bedürfnis-Sphäre in der inneren Welt* vermittelt über das Begreifen der hinter den Taten der Menschen liegenden Motive wie des Sinns ihrer Tätigkeit. Psychologisch ist damit das Wesen des Entstehens der *sozialen Tätigkeitsbedeutungen* das Entdecken der *inneren Motive*: Bei sich selbst wie bei anderen Menschen". (Jantzen 1987, 249f.)

In einer mehr sozialisationstheoretischen Sichtweise versucht Hurrelmann (1989) die "Vermittlungsstörungen" oder in einer entsprechenden Begrifflichkeit die "gelingende oder mißlingende Sozialisation" über die Begriffe "Handlungskompetenz" und "Identitätsbildung" zu fassen. Dabei versteht er "Handlungskompetenz" als "Zustand der individuellen Verfügbarkeit und der angemessenen Anwendung von Fertigkeiten und Fähigkeiten zur Auseinandersetzung mit der äußeren Realität, also den sozialen und dinglich-materiellen Lebensbedingungen". (Hurrelmann 1989, 169) Zu einem handlungsfähigen Subjekt wird der Mensch aber erst über den Aufbau eines reflektierten Selbstbildes. "Ein nicht nur realistisches, sondern zugleich auch identitätsstiftendes Selbstbild muß als die Voraussetzung für die Fähigkeit flexiblen und situationsangemessenen sozialen Handelns im Verlauf des Lebens angesehen werden. Mit Identität ist dabei die Kontinuität des Selbsterlebens auf der Basis des Selbstbildes gemeint." (Hurrelmann 1989, 167)

Auch in dieser sozialisationstheoretischen Perspektive wird angenommen, daß erst mit dem Erreichen des Jugendalters von einer bestimmten Qualität der Verarbeitung der äußeren und inneren Realität mit dem nötigen Grad an Bewußtheit und Reflektiertheit auszugehen ist, die es ermöglicht, die eigene Person als mit sich selbst identisch zu erleben.

Entwicklung als "Handlung im Kontext" (Silbereisen et al. 1986) vollzieht sich durch gesellschaftlich festgeschriebene Erwartungsmuster. Der einzelne Lebenslauf ist durch "institutionelle Ablaufmuster" (Schütze 1981, 67) normativ gegliedert und markiert. Entwicklungsaufgaben sind zu bestimmten Zeiten im Lebenslauf auftretende und zu meistern Anforderungen, die sich aus biologischen Veränderungen, kulturellen Erwartungen der Gesellschaft, individuellen Erwartungen und Wertvorstellungen ergeben. Nach Brandstätter (1985) läßt sich die Jugendphase als eine produktiv realitätsverarbeitende Periode des Aufbaus von Handlungsorientierungen auf der Grundlage des spezifischen Ausgesetztseins innerhalb wider-

sprüchlicher Entwicklungsanforderungen begreifen. Diese Phase ist durch verschiedene Typen von Orientierungsproblemen charakterisiert:

- Diskrepanzprobleme als mangelnde Passung zwischen Entwicklungsanforderungen und subjektiven Entwicklungsmöglichkeiten,
- Konfliktprobleme als Unverträglichkeitsbeziehungen zwischen handlungs- und entwicklungsbezogenen Zielorientierungen,
- Verständigungsprobleme als Auseinanderdriften unterschiedlicher Wertorientierungen,
- Sinngebungsprobleme als Verlust subjektiver Orientierungsbasis.

Um solche Orientierungsprobleme für die Untersuchung von Ein- und Ausstiegsprozessen aus der Drogenbindung verstehend zu rekonstruieren, ist eine entwicklungsdynamische Perspektive von besonderem Interesse. Dies insbesondere deshalb, weil die Erfassung des wechselseitigen Verhältnisses von drogenspezifischen und drogenunspezifischen Lebenskontexten und Lebensereignissen wesentliche Aufschlüsse über die psychosoziale Bedeutung des Drogengebrauchs geben kann. Da der Drogengebrauch als eine Handlungsmöglichkeit neben vielen anderen Handlungsformen zur Lösung von Orientierungsproblemen einsetzbar ist, gilt es, *Verlaufsmuster der Bewältigung von Entwicklungsaufgaben* unter Einschluß der Bedeutung des Drogengebrauchs innerhalb der biographischen Entwicklung zu erfassen. (Weber u. Schneider 1990, 92f.)

Die gesellschaftliche Ebene

Auf der sozialen Ebene (und ihrem Verhältnis zur psychischen) geht es um die Frage, auf welche Weise durch welche strukturellen Voraussetzungen gesellschaftlichen Gruppen die Mittel zu einer "differenzierten intentionsgemäßen Handlungsrealisierung" (Holzkamp) entzogen werden.

Exzessiver Drogenkonsum wird von bestimmten Kontexten (etwa der gesellschaftlichen Ausgrenzung) begünstigt. Je nach bisheriger biologischer und psychologischer Entwicklung sind Individuen unterschiedlich sensibel für bestimmte Aspekte des Kontextes. Aufgrund dieser Entwicklungsstruktur sind sie bestimmten Merkmalen des Kontextes selektiv ausgesetzt. Dabei ist die interessante Frage, inwieweit für bestimmte Gruppen (z.B. Jugendliche aus bestimmten Schichten oder Frauen mit entsprechendem sozialisatorischen Hintergrund) bestimmte Momente "selektiver Exposition" unter den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen systematisch entstehen.

Oben wurde dargestellt: Die Menschen müssen sich den geronnenen "sozialen Körper" (von den Gegenständen bis zur Sprache) aneignen. Aber diese Möglichkeit der Menschen (Möglichkeitsraum der Gattung) kann nur Wirklichkeit werden, wenn es hierfür die sozialen Voraussetzungen gibt.

Auf der sozialen Ebene geht es um die Diskussion derjenigen Prozesse, die einen verengten Realitätsbezug oder eine unzureichende "Vermittlung zur Gattung" systematisch erzeugen. Beispielsweise haben sich die sozialstrukturellen Rahmenbedingungen für die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen geändert. Es stehen erweiterte Handlungsfelder (etwa Konsum- und Freizeitbereich) offen, aber dennoch ist unter heutigen Lebensbedingungen die Bildung und Aufrechterhaltung einer bewußt reflektierten Kontinuität des Selbsterlebens schwieriger als vor einer oder zwei Generationen. Das liegt an der Ausdifferenzierung der Sozialstruktur, an dem Prozeß der Entinstitutionalisierung von Lebensübergängen und der Enttraditionalisierung von Werten und Normen. "Die wachsende Partikularisierung von Lebensbereichen erhöht das Risiko einer gelingenden Identitätsbildung ebenso wie der zunehmende Druck zur individualisierten Gestaltung von Lebenslaufübergängen, durch die die eigene Lebensgeschichte anfällig für unvorhersagbare Brüche und Umdispositionen wird." (Hurrelmann 1989, 177f.)

Die sich verändernden sozialen Milieus sind unter diesem Gesichtspunkt systematisch zu studieren (etwa mit Vester et al. 1993). Als eine der grundlegenden im Alltagsleben beschreibbaren Tendenzen, die die persönliche, die psychische Orientierung beeinflussen, gelten die Prozesse der "Individualisierung", durch die "die Biographie der Menschen (...) aus traditionellen Vorgaben und Sicherheiten, aus fremden Kontrollen und überregionalen Sittengesetzen herausgelöst, offen, entscheidungsabhängig und als Aufgabe in das Handeln jedes einzelnen gelegt" wird (Beck u. Beck-Gernsheim 1990, 12f.). Entscheidend sind dabei die Widersprüche der Individualisierung, die einerseits in der Jugendphase die Freiheitsgrade erhöht - andererseits ein Weg in die Ungewißheit, orientierungsmäßige Widersprüchlichkeit sein kann.

Abhängigkeit ist dann eine Möglichkeit - ein Symptom jugendlichen Problemverhaltens vor dem Hintergrund der genannten Konstellationen - oder anders formuliert: ein Symptom der Vermittlungsstörung in der Übergangsphase. Die gleiche risikoreiche Konstellation kann Ausgangspunkt psychischer Auffälligkeit, psychosomatischer Beschwerden, von Delinquenz oder exzessivem Drogenkonsum sein.

Herausbildung von Störungen - "Isolation"

Wie sind die Störungen der Herstellung des "Verhältnisses zur Gattung", deren Herstellung der Inhalt des Erwachsenwerdens ist, oder im entwicklungspsychologischen Verständnis der "Bewältigung der Entwicklungsaufgaben" zu verstehen? Dabei geht es darum, die psychologische Realität der Einschränkung von Lebens- und Denkmöglichkeiten von Menschen mit Mitteln der allgemeinen Psychologie, Entwicklungspsychologie und Persönlichkeitspsychologie zu erschließen. Wie können Ausmaß und Strukturierung von Bedingungen, die gesellschaftlichen Möglichkeitsräume für

psychopathologische Entwicklungen auf psychologischer Ebene gekennzeichnet werden? Jantzen schlägt die Kategorie der "Isolation" für die Einschränkung des menschlichen Möglichkeitsraumes in der Vermittlung zwischen menschlicher Natur und gesellschaftlicher Tätigkeit der Menschen vor. (Jantzen 1987, 270ff.) Isolation versteht er als "Störung der Widerspiegelungs-, Aneignungs- und Vergegenständlichungsprozesse im innerorganismischen Bereich wie im Verhältnis zur objektiven Realität in Natur und Gesellschaft". (Jantzen 1977, 143ff.) Isolation wird als auf die Tätigkeit des Subjekts einwirkende Größe verstanden, die auf Wahrnehmungsebene als sensorische Deprivation, Überstimulation oder widersprüchliche Information gekennzeichnet werden kann.

Jantzen stützt sich auf Forschungen zu Isolation, sensorischer und sozialer Deprivation, in denen sich einerseits bei verschiedenen Arten von Isolation gleiche Effekte einstellen, andererseits aber nicht alle Versuchspersonen in gleicher Weise für die Wirkung isolierender Bedingungen empfänglich waren: "Individuen mit Selbstkonzepten, Ichs (oder was auch immer), die stark genug waren, so daß sie sich 'in sich selbst zurückziehen' konnten und passiv gegenüber der äußeren Umgebung waren, schienen es sehr viel besser in der isolierenden Situation zu ergehen als solchen, die dies nicht konnten" (Haggard nach Jantzen 1987, 272). Der Entwicklungsprozeß der Persönlichkeitsveränderung unter den Bedingungen der Isolation ist nicht linear, sondern unterliegt diskontinuierlichen Veränderungen. So berichtet Haggard von einer sogenannten "Isolutionskrise" mit zwei Reaktionsmöglichkeiten: entweder aufgeben oder sich graduell anpassen mit spezifischen Folgen. Verbunden mit dem Aufgeben etwa treten auf: rapide Ich-Desorganisation mit dem Ergebnis der Verzweigung, extremem Rückzug, psychotischen Komponenten wie Halluzination und Wahn, heftigen emotionalen Reaktionen wie unkontrolliertem Selbstmitleid oder Wutanfällen. (Jantzen 1987, 273)

"Isolation" bezieht sich nicht nur auf die Vermittlung von Entfremdungsprozessen auf die Ebene der Entwicklung der Persönlichkeit, sie bezieht sich auch auf die durch Krankheit, Unfall, Vergiftung usw. veränderten Naturgrundlagen der menschlichen Existenz. Dazu gehört auch die Veränderung der Naturgrundlagen durch psychotrope Substanzen, etwa langjährigen exzessiven Alkoholkonsum.

Isolierende Bedingungen sind immer im Zusammenhang mit Tätigkeitsformen der Partizipation an den gattungsnormalen Lebensprozessen zu betrachten. Isolierende Bedingungen schränken niemals alle Bereiche der Persönlichkeit ein. Kompetenzen, auf die später in positiver Weise zurückgegriffen werden kann, bleiben erhalten. Isolierende Bedingungen können auf den unterschiedlichen Entwicklungsniveaus je andere psychopathologische Auswirkungen haben.

Aus der Situation, daß die Widerstandskraft gegen isolierende Bedingungen nicht ausreicht, resultiert ein Prozeß der graduellen Anpassung an iso-

lierende Bedingungen. Leontjew (1979, 149f.) versteht dies als "Stereotypenbildung", die als starre Verbindungen zwischen auseinanderfallenden persönlichen Sinnbildungen und indifferenten Bedeutungen (erworbene Kenntnisse, Begriffe, Ansichten) zu verstehen sind. Die graduelle Anpassung (in früheren Entwicklungsphasen) kann in eine "Isolationskrise" oder psychologische Katastrophe umschlagen. Dabei hängen die inneren Beziehungen beider Aspekte in hohem Maße von dem Entwicklungsniveau und dem Hierarchisierungsgrad der Persönlichkeit ab. "Außerordentlich wichtig ist, hierbei zu sehen, daß bereits auf vorweggehenden Niveaus stereotype Handlungsweisen und Tätigkeitsformen entstehen können, die erst auf höherem Niveau in bestimmten Subjekt-Tätigkeit-Objekt-Zusammenhängen zur Isolationskrise und zur psychopathologischen Umbildung führen." (Jantzen 1987, 290)

Die von Jantzen mit "Isolation" verallgemeinerten Prozesse werden in anderen Ansätzen (sozial-kognitive Ansätze in der Tradition der Lerntheorien) von Lazarus (Lazarus 1990) als belastende Lebenssituationen und kritische Lebensereignisse und auf der psychischen Ebene als "Streß" gesehen. Auch hier gibt es keine mechanische Verbindung von "Belastungen" und individuellen Störungen. Zwischen Streß und Coping steht ein (kognitiver) Einschätzungsprozeß, der die Bewältigungsstrategien steuert. Dabei besitzen Bewältigungsprozesse immer zwei Grundfunktionen, nämlich einmal die *Verbesserung einer Situation*, Anpassung an die Situation und zum zweiten in der *Veränderung der physischen und erlebnismäßigen Komponenten* der durch den Streß erzeugten Emotionen selbst. (Lazarus 1990, 216) Für die Erfassung von Bewältigungsstrategien als "emotionsregulierende" und "problemlösezentrierte" Funktionsmechanismen ist immer wichtig, belastende Lebensereignisse in ihrer *Kontextverwobenheit* (Situations- und Zeitspezifität, Gegenstandsbezogenheit) und aus der *subjektiven Perspektive* (subjektive Interpretationen) zu betrachten.

Die Betrachtung der emotionsregulierenden Seite jedes Bewältigungsprozesses ist insbesondere für "süchtiges Verhalten" interessant. Die emotionsregulierende Seite des Konsums psychotroper Substanzen als Moment eines umfassenden Schemas jeweiliger Realitätsbewältigung (und der Herstellung von "Sinn") hat zumindest in unserer Kultur nichts Gestörtes. Der regelmäßige Gebrauch von Kaffee, Tee, Tabak, Alkohol durchwebt unseren Alltag. Um diese "stofflichen Hilfen und Krücken" ranken sich alltägliche Rituale von der "schönen Tasse Kaffee", über den Sekt beim Empfang bis zur "Zigarette danach". Drogen dienen der Bewältigung als "Genußmittel" ebenso wie als Mittel der Angst- und Streßregulation.

"Stereotypenbildung"

In welchen Konstellationen kommt es zum Umschlag in gestörte Formen der Anpassung? Jantzen (1987) betrachtet das Verhältnis quantitativer (Lernen, graduelle Anpassung) und qualitativer Prozesse (traumatische

Krisen) mit Bezug auf den Ansatz der kontextualistischen Psychologie, die das Syndrom nicht als innewohnende Eigenschaft eines Individuums, sondern im Kontext untersucht. Nach Seiten des Subjekts wird von der Entwicklung "unterschiedlicher Sensibilität" (oder Vulnerabilität), nach Seiten des Kontextes von "selektiver Exposition" als verstärktem Ausgesetztsein gegenüber isolierenden Bedingungen ausgegangen.

"Prädisponierenden Bedingungen" (eine sich in der bisherigen Lebensgeschichte aufbauende Sensibilität aufgrund "selektiver Exposition") wären von "initiiierenden Bedingungen" zu unterscheiden. Diese treten erst in der Pubertät im Sinne der selektiven Exposition auf.

Solche in der Pubertät im Sinne der selektiven Exposition auftretenden Bedingungen können die verschiedenen Aspekte der "Entwicklungsaufgaben" (Loslösung von der Familie, eigene berufliche Orientierung, Beziehung zum eigenen Körper, zum anderen Geschlecht), Situationen geforderter Selbständigkeit im Kontext einer bisherigen Erziehung zur Unselbständigkeit etc. sein. Diese initiiierenden Bedingungen führen nun über verschiedene Stufen zur "Isolationskrise", in der sich Drogenkonsum als neue Strategie der Situationsbewältigung zunehmend etablieren kann. Parallel verändert sich die Selbstwahrnehmung insbesondere bei den illegalen Drogen über die Beschaffungsprobleme und die gesellschaftliche Ausgrenzung. Die Resultate der Überwindung der Isolationskrise können jetzt zu "aufrechterhaltenden Bedingungen" werden.

Die Handlungsmöglichkeiten (in isolierenden Bedingungen) ergeben dann Lösungen, die als neue Formen von Stereotypen auftreten, und die von ihrer psychologischen Seite her keine "Defekte", sondern Kompetenzen des Subjekts sind, die Isolationskrise zu überstehen und in Zukunft zu vermeiden. Das Subjekt löst also eine Situation, in der seine Emotionen, Wahrnehmungen und Denken auseinanderfallen, durch individuelle, seine Emotionen stabilisierende Lösungsstrategien. Aber damit wird die Lösungsmöglichkeit zugleich faktisch eingeschränkt.

Der nach außen anomale, abweichende, auch der psychopathologische Prozeß ist nach innen hin als Ausdruck des Bedürfnisses der Stabilisierung der Sinngabungsprozesse (Bedürfnis nach Selbstverwirklichung, Identitätsbildung) unter isolierenden Bedingungen zu verstehen. Der Prozeß der Persönlichkeitsentwicklung ist zu entschlüsseln "als Kampf, um unter isolierenden Bedingungen die Trennung der Einheit zur Gattung immer wieder mit eigenen (stereotypen) Mitteln aufzuheben, ein Kampf der mit der je individuellen, und nicht kooperativ-sozialen Lösung eines Problems zugleich die Bedingungen seiner Wiederholung und seines Auftretens in neuer Form und auf höherem Niveau hervorbringt." (Jantzen 1987, 312)

Die obige Skizze ausgehend von einem Menschenbild in der Tradition des Marxismus macht m.E. "Risikokonstellationen" drogenkonsumierender Jugendlicher in Richtung auf die Verfestigung abhängiger Konsummuster,

das "Reinrutschen" ebenso wie die Überwindung der Drogenbindung faßbarer. Es ist dabei eine Hilfe - nicht mehr aber auch nicht weniger.

Literatur

- Beck U., Beck-Gernsheim E. (1990): Das ganz normale Chaos der Liebe. Frankfurt/M.
- Holzcamp K. (1987): Die Verknennung von Handlungsbegründungen als empirische Zusammenhangsannahmen in sozialpsychologischen Theorien. Forum Kritische Psychologie 19, 23 - 58
- Holzcamp K. (1993): Lernen. Subjektwissenschaftliche Grundlegung. Frankfurt/M., New York
- Hurrelmann K. (1989): Einführung in die Sozialisationstheorie. Weinheim und Basel
- Jantzen W. (1987): Allgemeine Behindertenpädagogik. Sozialwissenschaftliche und psychologische Grundlagen. Band 1. Weinheim, Basel
- Jantzen W. (1990): Allgemeine Behindertenpädagogik. Neurowissenschaftliche Grundlagen. Diagnostik, Pädagogik, Therapie. Band 2. Weinheim, Basel
- Lazarus R.S. (1990): Streß und Streßbewältigung - ein Paradigma. In: Filipp S.H. (Hrsg.), Kritische Lebensereignisse. München, S. 189-232
- Leontjew A. (1979): Tätigkeit, Bewußtsein, Persönlichkeit. Berlin
- Seve L. (1977): Marxismus und Theorie der Persönlichkeit. Frankfurt/M.
- Silbereisen R.K., Eyferth K., Rudinger G. (Hrsg.) (1986): Development as action in context. Berlin
- Straub J. (1990): Interpretative Forschung und komparative Analyse. In: Jüttemann G. (Hrsg.), Komparative Kasuistik. Heidelberg
- Ulich D. (1987): Krise und Entwicklung. München
- Vester M., Oertzen P.v., Geiling H., Hermann T., Müller D. (1993): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Köln
- Weber G., Schneider W. (1992): Herauswachsen aus der Sucht illegaler Drogen. Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (Hrsg.). Düsseldorf
- Wygotzki L.S. (1986): Denken und Sprechen. Frankfurt/M.

KRISENZEITEN BRAUCHEN EINEN KLAREN BLICK!

Unsere Themen '94

- ★ 1/94 Naturwissenschaft und Philosophie
- ★ 2/94 Standort Deutschland
- ★ 3/94 KPD 1918 - 1933
- ★ 4/94 Kunst-Kämpfe
- ★ 5/94 Außen- und Militärpolitik der BRD
- ★ 6/94 Jugend in Deutschland

MARXISTISCHE BLÄTTER

Ich möchte ein kostenloses Probeheft (ältere Ausgabe).

Ich bestelle die beiden neuesten Hefte zum Sonderpreis von 15 DM. (Bitte Vorkasse: Briefmarken beilegen).

Ich möchte die MARXISTISCHEN BLÄTTER abonnieren. Senden Sie mir eine Bestellkarte. Alt-BRD 60 DM, ermäßigtes Abo: 50 DM. Ausland 72 DM.

Absenden an:
Neue Impulse
Verlag
Hoffnungstr. 18
45127 Essen
Telefon
0201/23 67 57
Telefax
0201/20 24 67

Name Vorname

Straße

PLZ / Ort

Datum Unterschrift



Karl Marx und die Gewerkschaften

Am 28. und 29. Mai 1994 veranstaltete die Marx-Engels-Stiftung in Wuppertal mit etwa 50 Teilnehmern ein Symposium "Karl Marx und Probleme der gewerkschaftlichen Entwicklung und Praxis aus heutiger Sicht".

Das Diskussionsangebot der Veranstaltung bestand vor allem in den Referaten von Dr. Heinz Jung "Die Marxsche Konzeption der Gewerkschaften - Die gewerkschaftliche Entwicklung historisch und gegenwärtig" und von Dr. Werner Petschick "Gewerkschaftliche Programmdiskussion aktuell - Konzepte, Fragen und Auseinandersetzungen".

Heinz Jung behandelte im ersten Teil seines Referats die schwierige Situation der Gewerkschaften. Dies betreffe ihr Binnenverhältnis, ihre Fähigkeit zur Interessendurchsetzung und die Anziehungskraft auf ihre aktuellen und potentiellen Mitglieder. Zwei Feststellungen von Marx hob er hervor, zum einen, daß die Natur des Kapitals dieselbe bleibe, "in seinen unentwickelten, wie in seinen entwickelten Formen" und zum anderen, "daß die jetzige Gesellschaft kein fester Kristall, sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozeß der Umwandlung begriffener Organismus ist". Der Zusammenhang zwischen diesen beiden Prämissen stelle sich, so Jung, dadurch her, daß sich die Triebkräfte, Grundtendenzen und sozialen Antagonismen des Kapitalismus in einem sich ständig ändernden Milieu, unter sich ständig ändernden Produktionsbedingungen, Vergesellschaftungs- und Regulierungsverhältnissen durchsetzen. Weil dies so sei, "ist die vor 150 oder 130 Jahren schriftlich fixierte Theorie von Marx und Engels nutzbringend zur Analyse des heutigen Kapitalismus bzw. generell gesellschaftlicher Verhältnisse anzuwenden".

Jung skizzierte vier Handlungs- und Rahmenbedingungen der Gewerkschaften heute:

1. Die mit der Niederlage des Realsozialismus und dem Wegfall der Systemkonkurrenz entstandenen Bedingungen reichten von der Tendenz zur Senkung des Wertes der Arbeitskraft bis hin zur Schwächung jeder antikapitalistischen Alternativposition.
2. Die Umbruchprozesse, die von den Produktions- und Kooperationsstrukturen bis zu den neuen Vergesellschaftungs- und Regulierungssystemen reichten, würden von der konservativen Wendepolitik genutzt, um die Klassenverhältnisse neu zu strukturieren und zugleich die Gewerkschaften zu schwächen. Deshalb würden auch die Angebote einer erneuerten Sozialpartnerschaft auf niedrigerem Niveau keine Perspektive haben.
3. Das neue Niveau der Internationalisierung habe gewaltige Auswirkungen auf die Existenz der Arbeiterklasse in den Metropolen, vor allem auch im Hinblick auf die Arbeitsverhältnisse und den Arbeitsmarkt. Jung verwies darauf, daß z.B. aus den früheren Auswanderungsregionen Einwanderungsgebiete geworden seien.

4. In der ökonomischen Krise würden die Bereinigungen und die neuen Kräfteverhältnisse exekutiert. Ein wichtiges Subjekt seien in diesem Prozeß die Gewerkschaften.

Im zweiten Teil seiner Ausführungen gab Jung einen kursorischen Überblick über Grundzüge des Marx-Engels'schen Gewerkschaftskonzepts. Er vertrat die Auffassung, daß die marxistischen Positionen neue Resonanz erlangten, weil die soziale Frage nicht gelöst, sondern wieder neu auferstanden sei. "In einer neuen Großwetterlage wieder stärker bewußt werdender und auf die Tagesordnung drängender sozialer Gegensätze wird auch die Zeit zu Ende gehen, in der Marx in den Container wanderte und sozialistische Perspektiven als in Zukunft nicht mehr denkbar dekretiert wurden". Jung verwies darauf, daß die Periode einer beispiellosen Steigerung der Reallöhne in der Nachkriegszeit nun durch eine Phase abgelöst worden sei, in der sich auch Tendenzen absoluter Verelendung wieder breitmachten.

Ausführlich widmete sich der Referent dem historischen und moralischen Element bei der Wertbestimmung der Arbeitskraft und damit der Bedeutung, die den Gewerkschaften hierbei zukommt.

Im dritten Teil ging Heinz Jung auf die Umgruppierungen und Neuformierungen der ideologischen und politischen Kräfte ein. Er untersuchte Positionen der sogenannten Modernisierer, die in den Gewerkschaftsapparaten starke Positionen hätten und deren Auffassungen sich in dem Buch "Jenseits der Beschlußlage" wiederfänden. "Ihr Credo ist das Akzeptieren eines Kapitalismus ohne Transformationsperspektive, was den Verzicht auf Grundsatzkritik einschließt und die Glorifizierung seiner Säulen zur Folge hat."

Theoretisch ziele der Angriff dieser Gruppe auf faktisch alle Grundpositionen marxistischer Kapitalismus-Analyse und -Kritik. Ihr schwacher Punkt sei aber, daß sie die Grundprobleme der Einzelgewerkschaften ignorierten, für die Probleme der interessenbezogenen Tarifpolitik wenig Verständnis aufbrächten und die aktive Arbeiter- und Funktionärsbasis der Gewerkschaften in die Ecke der Dinosaurier stelle.

Dr. Werner Petschick stellte sich die Aufgabe, neben Ausführungen über den aktuellen Stand der Programmdiskussion und einigen historischen Repliken, über die Auseinandersetzungen der verschiedenen Strömungen innerhalb des DGB zu sprechen.

Nach dem Zusammenbruch des realen Sozialismus hätten die Kräfte im DGB, die die Gewerkschaften schon seit langem vollständig in das kapitalistische System integrieren wollten, die Chance gesehen, die gewerkschaftliche Programmatik in ihrem Sinne zu ändern. Petschick verwies hierbei auf Hermann Rappe, der behauptet habe, daß der fundamentale Konflikt zwischen Kapital und Arbeit weitgehend überwunden sei und zwischen diesen daher ein Grundkonsens bestehe. Der verstorbene Heinz-Werner Meyer

habe schon 1993 das noch gültige DGB-Programm "in den Reißwolf gegeben". Im Gegensatz zu Meyer plädiert der Vorsitzende der IG Metall, Klaus Zwickel, für einen Diskussionsprozeß zur Fortschreibung des Grundsatzprogramms. Wichtig sei dabei nach Zwickel, daß die Gewerkschaften als Gegenmacht ihre Konfliktfähigkeit bewahren müßten. Petchick stellte acht Punkte zur Diskussion. Er forderte u.a., die Widersprüche und Grenzen, die aus den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen entspringen, zu benennen und in diesem Zusammenhang die Systemkritik zu verstärken. Eine Alternative zum Kapitalismus und die im noch gültigen Programm enthaltene Forderung nach einer "Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft" bleibe aktuell. Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohn- und Personalausgleich sollten ebenso auf der Tagesordnung bleiben wie die Forderung nach einer ökologischen Politik. Die Rolle der Gemeinwirtschaft dürfte, trotz der Skandale bei der Neuen Heimat und Coop, nicht aus dem Blick der Gewerkschaften verschwinden. Die Aussagen zur internationalen Arbeit der Gewerkschaften müßten weiterentwickelt und konkretisiert werden. Fragen der innergewerkschaftlichen Demokratie würden zunehmend an Bedeutung gewinnen und müßten, auch im Hinblick auf die geplante Organisationsreform, verstärkt diskutiert werden. Nicht zuletzt sei es notwendig, sich über die Autonomie und parteipolitische Unabhängigkeit der Gewerkschaften Klarheit zu verschaffen.

Von Interesse waren auch die Tagungsbeiträge von Prof. Dr. Joachim Hoffmann, Berlin, und von Jean-Christophe LeDuigou, Leiter des wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Instituts der CGT, Paris. Im Mittelpunkt des Beitrags von J. Hoffmann stand das Verhältnis von Gewerkschaften und Parteien. Hier erinnerte er an das lange, in Bezug auf seine Authentizität umstrittene, sogenannte Hamann-Interview von Marx mit diesem Vertreter der Lassalleaner, in dem Marx eindeutig für die organisationspolitische Unabhängigkeit von Partei und Gewerkschaft plädierte. Zur entsprechenden politischen Orientierung erinnerte Hoffmann auch an Aussagen von August Bebel. Wichtig ist es, aus seiner Sicht, die nationalen Unterschiede wahrzunehmen. So hätten in den USA in bestimmten Perioden die IWW oder der CIO einen ausgesprochen starken Einfluß auch im politischen Bereich bis hin zur Außenpolitik (spanischer Bürgerkrieg, Anti-Hitlerkoalition) ausgeübt, ohne daß dieser über die Existenz und Tätigkeit einer relevanten sozialistischen oder kommunistischen Partei in den parlamentarischen Raum hätte vermittelt werden können. Als eine noch offene Frage und ein ausgesprochenes Defizit des früheren Realsozialismus sah er das Fehlen einer Gewerkschaftstheorie für sozialistische Gesellschaften an.

J.-Chr. LeDuigou legte eine äußerst informative und problemorientierte Analyse der Gewerkschaften im heutigen Frankreich vor. Auch hier handelt es sich um einen krisenhaften Einstellungsprozeß auf die Strukturveränderungen des Kapitalismus und der Lohnarbeit. Heute seien über 50 % der Betriebsvertretungen nicht mehr gewerkschaftlich organisiert. Eine

Krisenüberwindung sei nur möglich, wenn die Entscheidungen von den aktiven Funktionären auf die breitere Mitgliedschaft verlagert werden könnten. Nur dann könne eine neue Identifikation mit den Gewerkschaften entstehen. Die Gewerkschaften könnten sich nicht mit der Rolle des Initiators des Tageskampfes zufrieden geben, sondern müßten zu einer konstruktiven Konfrontationspolitik gegenüber und in den Betriebs- und Unternehmensleitungen übergehen. Ausgehend von der gegenwärtigen konföderativen Gewerkschaftsstruktur stehe auch in Frankreich die Organisationsreform der Gewerkschaften an. Zu den strategischen Grundfragen gehört auch hier die Einstellung auf die Internationalisierungsprozesse. Ähnlich wie bei den Ökologiefragen sei hier ein "Sozialvisum" anzustreben, um der Ausnutzung der Sozialdifferenzen durch die Unternehmer begegnen zu können. Nach wie vor werde die CGT durch den Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) ausgegrenzt. Auf Industriegewerkschaftsebene sei dies allerdings zunehmend überwunden bzw. unterlaufen.

In der Diskussion wurde ein breites Spektrum von Fragen erörtert und problematisiert. Diese können hier nur stichpunktartig angedeutet werden. Anzumerken wären besonders die qualifizierten analytischen Erfahrungsverarbeitungen in den Beiträgen der Betriebsräte und die Situationsschilderungen zu den Gewerkschaften in Ostdeutschland.

Prof. Dr. Werner Ettl ging nochmals auf die Rolle des Hamann-Interviews ein, das seit 1966 nach Auswertung entsprechender Referenz-Stellen im Briefwechsel von Marx und Engels nicht mehr angezweifelt werden könne, und schilderte die Entwicklung der internationalen Gewerkvereine jener Periode.

Die Konzeption der Gewerkschaften als Ko-Management wurde von verschiedenen Rednern kritisch beleuchtet. So aus der Sicht eines Chemie- und eines Autokonzerns. Als notwendig wurde eine Vernetzung linker Gewerkschaftsaktivitäten im Rahmen der IGs thematisiert (Wolfgang Teubner). Die internationale Zusammenarbeit bleibe weiter hinter den Anforderungen und dem Stand der Internationalisierung zurück. Während das Kapital eine Sprache spreche, englisch, und ein Ziel habe, Profit, redeten 20 Belegschaftsvertreter in 20 Sprachen und verträten 20 unterschiedliche Meinungen - so der Eindruck von Uwe Fritsch von einer Zusammenkunft von Betriebsvertretern des VW-Konzerns in Barcelona.

Die Gruppenarbeit der Gewerkschaften wurde in Bezug auf die gewerkschaftlichen Arbeitsloseninitiativen in NRW (Manfred Bohle) und die Seniorenarbeit der IG Medien in Brandenburg (Prof. Fischer, CDU-Mitglied seit 1946) erörtert. Fischer ging auch auf die Ursachen ein, weshalb von den früheren 9 Millionen Mitgliedern des FdGB nur noch 2,6 Millionen Mitglieder des DGB sind.

Als Ursache der Krise der Gewerkschaften sah Kai Schmidt-Soltau die Fixierung der Gewerkschaften auf alte Industrie- und Großorganisations-

strukturen. Demgegenüber verwies Michael Tellmann auf positive Reaktions- und Einstellungsmöglichkeiten aus der Praxis des Bankenbereichs. Als vielfach ungeklärte und weitgehend nicht gelöste Frage sah Rainer Thomas die Haltung der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften zur Rüstungsproduktion, zu Rüstungsexporten, zur "neuen Weltordnung" usw. an, bei der die Friedensdeklarationen konkret zu werden hätten. Über Gruppierungen und Probleme in der GEW berichtete Dirk Krüger und auf die gegenwärtige Strukturdebatte im DGB ging Christian Koberg ein.

Verschiedene Redner beschäftigten sich mit den jüngsten Tarifbewegungen und den entsprechenden Orientierungen der Gewerkschaften. Dr. Heinz Schäfer verwies in diesem Zusammenhang auch auf die wichtigen Erfahrungen der Kämpfe vergangener Jahre und Jahrzehnte; Erwin Ebeling brachte Erfahrungen aus den Kämpfen in der Stahlindustrie ein.

Spannend war die Diskussion über die Einschätzung des Tarifvertrages von VW. Uwe Fritsch, Betriebsratsmitglied im VW-Werk Braunschweig, verteidigte den Kern des Tarifvertrages, ohne seine Schwächen, einen erheblichen Reallohnverlust, zu verschweigen. Es ginge schlichtweg darum, zumindest zeitweise Zehntausende Arbeitsplätze zu erhalten. Die guten Haustarifverträge der Vergangenheit hätten es 1994 ermöglicht, Arbeitszeit zu kaufen. Perspektivisch sei es jedoch notwendig, über das Jahr 1995 hinauszuschauen und ein langfristiges Programm der Arbeitsplatzsicherung zu erarbeiten. Wenngleich in der Diskussion gegen den VW-Kompromiß und eine Politik des "kleineren Übels", polemisiert wurde, so von Rolf Vellay, war die Mehrheit der Diskutanten der Auffassung, daß, solange der Kapitalismus existiere, Kompromisse unvermeidlich seien und deren Qualität maßgeblich davon abhängen, wie das Kräfteverhältnis der Kämpfenden gestaltet werden könne.

Die Wuppertaler Tagung kann nur als ein Anfang angesehen werden. In dem Maße, wie die Programmdiskussion im DGB an Konturen gewinnt, wird es sicherlich notwendig sein, ganz konkret zu den einzelnen Problemkreisen erneut zu diskutieren.

Werner Petschick regte an, daß die Linke in den Gewerkschaften, ungeachtet vorhandener Meinungsverschiedenheiten, zusammenarbeiten und sich auch aktiv in die Programmdebatte einschalten sollte. Wenn sich im November 1996 der DGB ein neues Programm geben will, wäre es sicherlich zweckmäßig, wenn die Marx-Engels-Stiftung im Frühjahr 1996, wenn die Vorstellungen der verschiedenen Strömungen im DGB schon Konturen gewonnen haben, eine Veranstaltung organisierte, um diese Positionsbestimmungen kritisch zu würdigen.

Heinz Schäfer

Grundfragen einer marxistischen Kapitalismustheorie in heutiger Sicht

Zur Tätigkeit des "Arbeitskreises Kapitalismusforschung"

In dem im Herbst 1993 in Berlin gegründeten Arbeitskreis haben sich vorerst einige Mitarbeiter des früheren Instituts für internationale Politik und Wirtschaft der DDR (IPW) zusammengefunden. Er sieht sich als ein Forum, das wie auch andere Gruppen die Diskussion über Grundfragen einer heutigen marxistischen Kapitalismuskritik befördern will. Die Mitglieder des Arbeitskreises sind sich einig, daß eine kritische und selbstkritische Aufarbeitung der bisherigen Ergebnisse marxistischer Kapitalismusforschung - einschließlich ihrer "Erneuerungsansätze" aus den späten 80er Jahren - unerlässlich ist, wenn ein wissenschaftlicher Neuanfang gefunden werden soll. Zugleich darf es keine nur rückwärts gewandte Aufarbeitung sein. Eine "erneuerte" marxistische Kapitalismustheorie muß sich vor allem bei der Analyse der *gegenwärtigen* Entwicklungstendenzen und Konflikte des kapitalistischen Systems bewähren. Mit dieser Zielstellung will der Arbeitskreis Probleme der heutigen Kapitalismusentwicklung aus politökonomischer Sicht diskutieren.

In den vier Veranstaltungen, die von November 1993 bis Mai 1994 durchgeführt wurden, standen Grundfragen des bisherigen Theoriegebäudes - vor allem der Leninschen Imperialismustheorie sowie der Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus (SMK) - im Mittelpunkt. Den Auftakt bildete eine Veranstaltung zur Rolle des "Moderne-Postmoderne-Konzepts" in einer marxistischen Kapitalismustheorie.

Horst Heining er referierte zu dem Thema "Historischer Platz des Kapitalismus und Moderne". Im Kern handele es sich hier um das *Verhältnis von Moderne-Konzept und Marxscher Formationstheorie*. Die Aktualität dieser Fragestellung zeige sich zum einen darin, daß die "Verarbeitung" des Moderne-Konzepts für die marxistische Theorie einen wesentlichen Bezugspunkt in der gegenwärtigen Diskussion marxistischer Historiker (Wolfgang Küttler, Wolfgang Ruge u.a.) über notwendige Korrekturen an dem bisherigen Dogma der Formationstheorie bilde, sowie zum anderen in der Tatsache, daß sich andere Autoren einfach stillschweigend von dieser Theorie verabschiedet und dem Moderne-Konzept verschrieben hätten.

Ein Vorzug des Moderne-Konzepts gegenüber einem deterministischen Formationsmodell bestehe zweifellos darin, daß es die Geschichte als offenen Prozeß begreife und bestimmte Kriterien für eine "moderne" Gesellschaft formuliere, die über eng verstandene ökonomische Kriterien hinausreichen und eine relativ große Variationsbreite für verschiedene Gesellschaften zulasse. Gleichzeitig sei aber nicht zu übersehen, daß die Anwendung dieses Konzepts bei der Analyse gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse große Schwierigkeiten bereite. 1. Seiner Entstehung und wesentli-

chen Entwicklung nach sei das Moderne-Konzept kein Konzept der Sozialwissenschaften oder der Gesellschaftsanalyse. Erst mit und nach dem 2. Weltkrieg habe es Eingang in die Philosophie und Gesellschaftstheorie gefunden. Als geistige Hauptströmung der Moderne gelte die Aufklärung, und damit bildeten Pluralismus, Gewaltenteilung, bürgerliche Menschenrechte und andere Errungenschaften der bürgerlichen Revolution die Kriterien einer "modernen Gesellschaft". Unterschiedliche Eigentums- und Produktionsverhältnisse sowie soziale Schichten und Bewegungen als Triebkräfte gesellschaftlicher Entwicklung fänden darin keinen gebührenden Platz; so wie soziale Sicherheit und Gerechtigkeit, Beseitigung der Unterentwicklung und andere sozialökonomische Forderungen nicht in das Kriterienmuster einer "modernen" Gesellschaft paßten. 2. Das Moderne-Konzept sei im Hinblick auf die Periodisierung gesellschaftlicher Entwicklung ambivalent geblieben. Bei den meisten Vertretern gebe es eine Gleichsetzung von bürgerlich-kapitalistischer Entwicklung und "Moderne"; der "Realsozialismus" werde damit als "Irrweg der Geschichte" und nicht als eine gescheiterte Variante oder Entwicklungsstufe der Moderne erkannt. Andererseits biete das Konzept aber auch Raum für eine Gegenüberstellung von Moderne und Kapitalismus. 3. Seiner geistig-kulturellen Ausrichtung nach sei das Moderne-Konzept ein "Metropolen"- oder "abendländisches" Konzept, das außereuropäischen Kulturen und Zivilisationsmodellen im Grunde verständnislos gegenüberstehe. Gesellschaftsformen, die nicht den Vorstellungen einer bürgerlichen Moderne entsprächen, würden als "defizitäre" oder "aufholungsbedürftige" Gesellschaften gesehen.

Für den historischen Suchprozeß nach Auswegen aus der heutigen Zivilisationskrise - oder wie immer man die heutige Krise charakterisieren wolle - biete daher die marxistische Formationstheorie mit ihrem dialektisch-materialistischen Ansatz noch immer die geeigneteren methodologischen Grundlagen. Allerdings bedürfe sie einer weiteren Modernisierung und Ergänzung sowohl im Hinblick auf die Felder der Analyse (globale Probleme, Transformationsfragen, Politik und Ideologie in ihrer Eigenständigkeit und Wechselwirkung mit der Ökonomie und andere Fragen) als auch in bezug auf das Theoriegebäude (Integrieren von Aspekten der Moderneauffassungen und der Zivilisationsmodelle). In dieser Hinsicht fänden sich interessante Ansätze z.B. in den Auffassungen von Jakob Juchler mit seiner originellen Interpretation verschiedener Zivilisations- und Formationstypen (siehe z.B. seinen Aufsatz: Ende des Sozialismus - Ende der Formationstheorie? in: Z 16, Dezember 1993).

Zur *Theorie der allgemeinen Krise* des Kapitalismus gab es einen kurzen Meinungs-austausch, der die seit Jahren geführte kritische Diskussion bestätigte. In dieser Theorie habe der falsch verstandene historische Determinismus seinen krassesten Ausdruck gefunden, indem die Entfaltung der inneren Widersprüche des Kapitalismus schematisch mit dem "Epochen-Dogma", der Lehre vom "historisch unvermeidlichen Übergang zum Sozia-

lismus" verknüpft wurde. Gleichzeitig sei aber festzuhalten, daß zumindest drei Aspekte der früheren Theorie der allgemeinen Krise für die Einschätzung des Kapitalismus des 20. Jahrhunderts weiterhin Beachtung finden sollten: 1. Der "Realsozialismus" als wesentlicher Faktor der Durchsetzung politischer und sozialer Errungenschaften der werktätigen Schichten in den Ländern des Kapitals; 2. Die Rolle des "Realsozialismus" in der Weltpolitik und Weltwirtschaft hinsichtlich der Verhinderung eines Atomkrieges, der Beseitigung des Kolonialismus und weiterer Grundfragen der Gestaltung der internationalen Beziehungen; 3. Die Idee einer allgemeinen Krise im Sinne einer umfassenden Gesellschaftskrise des kapitalistischen Systems der Gegenwart, die angesichts der Zuspitzung der globalen Probleme als "Zivilisationskrise", "Menschheitskrise", oder auch direkt als "Allgemeine Krise des Kapitalismus" (Eric Hobsbawm) charakterisiert wird.

Eine ausführlichere Diskussion fand zur *Leninschen Theorie des Imperialismus* statt. Im Mittelpunkt stand dabei das Leninsche Konzept von der historischen Stellung des Imperialismus. (Einen Überblick über die Hauptergebnisse dieser Arbeitstagung gibt der Beitrag von Horst Heininger, Überlegungen zur heutigen Sicht auf die Leninsche Imperialismustheorie, in: Z 18, Juni 1994. Die Probleme der Diskussion werden daher in diesem Bericht nur kurz referiert.)

Wesentliche Diskussionsfragen waren *erstens* neuere Aspekte der Entstehung einer marxistischen Imperialismustheorie am Vorabend des ersten Weltkrieges, insbesondere die bisher unterbewertete Rolle Kautskys und Hilferdings. *Zweitens* ging es um die Einschätzung des Imperialismus als monopolistischem Kapitalismus und damit als einer Entwicklungsstufe und -etappe des Kapitalismus. Unbestritten bleibe Lenins Verdienst, den Imperialismus vor allem als eine neue, höhere Stufe der kapitalistischen Produktions- und Ausbeutungsverhältnisse erkannt zu haben. Hierin und nicht in der Kennzeichnung als Marktform sei nach wie vor das Wesen des Monopols zu erkennen, weshalb auch eine Diskussion über die aktuelle Gültigkeit des Leninschen Monopolbegriffs am Wesen der Sache vorbeigehe. *Drittens* wurden neue Überlegungen zum Imperialismusbegriff vorgetragen. Für die Kennzeichnung der neuen Stufe der ökonomischen Gesellschaftsformation taue der Begriff "monopolistischer Kapitalismus" eher als der der Politik entlehnte Begriff "Imperialismus". Dieser sollte der Charakterisierung einer bestimmten Politik der Mächte vorbehalten bleiben und damit eine differenziertere Sicht auf einzelne Staaten und deren Politik ermöglichen. *Viertens* ging es um die heutige Sicht auf die "Ultraimperialismus"-Debatte. Im Grunde hätten Kautsky und Hilferding hinsichtlich der historischen Tendenz der internationalen kapitalistischen Entwicklung gegenüber Lenin Recht behalten. Langfristig habe sich die "gemeinsame Ausbeutung der Welt durch das international verbündete Finanzkapital" (Kautsky) durchgesetzt. *Fünftens* wurde die Eigenschaft des Imperialismus als parasitärer, faulender Kapitalismus diskutiert. Hier gehe es darum, die richtige Feststellung, daß das ökonomische Monopol eine Tendenz zu Sta-

gnation und Fäulnis erzeuge, zu bewahren und gleichzeitig Einseitigkeiten und Überspitzungen zu vermeiden. Parasitismus als Grundeigenschaft des Monopolkapitalismus sei weder mit einer ständigen Zunahme parasitärer Tendenzen noch mit einer absoluten Hemmung des ökonomischen Wachstums wie auch des wissenschaftlich-technischen Fortschritts gleichzusetzen und schließe auch weitere zivilisatorische Fortschritte in der kapitalistischen Gesellschaft keineswegs aus.

Einen weiteren Schwerpunkt der Diskussion bildete die *SMK-Theorie*. Hierzu referierte einleitend Lutz Maier (außerdem lagen der Diskussion die Beiträge von Jörg Huffs Schmid/Ulrich Dolata und Horst Heiningen aus Z 10 und 13 zugrunde). Übereinstimmung gab es in der Diskussion, daß in der Vergangenheit gerade bei der SMK-Theorie eine zu enge Verquickung von Theorie und politischem Zweck vorhanden war. Während von einzelnen Diskussionsteilnehmern die weitere Zweckmäßigkeit einer *Theorie* des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Frage gestellt wurde, vertraten die meisten Teilnehmer die Auffassung, daß diese Theorie trotz einiger Schwächen und Lücken ihre Richtigkeit in der Vergangenheit unter Beweis gestellt habe und auch heute einen wichtigen Bestandteil der Kapitalismustheorie bilde.

In der Aussprache wurden zugleich mehrere kritische Einwände gegen das bisherige Konzept der SMK-Theorie vorgebracht. *Erstens* seien die Untersuchungen zu sehr auf die Beziehungen zwischen Monopolen und Staat eingeeengt gewesen, wobei die Rolle von kleinem und mittlerem Kapital unterschätzt und die Veränderungen in der Arbeits- und Betriebsweise unzureichend berücksichtigt worden seien. Auch wären die starken Tendenzen einer "Überstaatlichung" und Bürokratisierung nicht gesehen worden. *Zweitens* hätte das theoretische Konzept unter einer einseitig ökonomischen Betrachtungsweise gelitten, wodurch die Eigenständigkeit nichtökonomischer Sphären und deren Bedeutung für die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus unterbewertet wurde. *Drittens* richtete sich das Augenmerk zu einseitig auf die Prozesse der Monopolisierung, auf monopolistische Machtstrukturen. Demokratiefortschritte und Möglichkeiten demokratischer Bewegungen wurden unzureichend erkannt. *Viertens* hätte sich aus diesen Mängeln ergeben, daß unterschiedliche Entwicklungsvarianten des staatsmonopolistischen Kapitalismus und auch mögliche Reformalternativen ungenügend erforscht wurden.

Bestätigung in der Diskussion fand die These, daß die fünfziger Jahre eine Zäsur für den allgemeinen Übergang zum staatsmonopolistischen Kapitalismus bedeuteten. Zugestimmt wurde auch den früheren Auffassungen, daß die Internationalisierungsprozesse der siebziger und achtziger Jahre zu einer neuen Dimension staatsmonopolistischer Entwicklung (Tendenzen zur Herausbildung eines internationalen SMK) geführt hätten. Die in den letzten Jahren mit der wachsenden Computerisierung zu beobachtenden neuen Züge der Vergesellschaftungsprozesse bedürften je-

doch einer weiteren gründlichen Untersuchung auch im Hinblick auf eine Überprüfung der SMK-Theorie.

In der bisher letzten Veranstaltung wurden Probleme der *Regulierung im heutigen Kapitalismus* behandelt. Hans-Joachim Höhme hielt hierzu den einleitenden Beitrag, in dem die Grundaussagen der im früheren IPW vertretenen theoretischen Auffassungen von der Regulierung und den Regulierungskrisen im Kapitalismus den Auffassungen der "Regulationsschule" (Alain Lipietz u.a.) gegenübergestellt wurden.

Mängel des früheren Regulierungskonzepts zeigten sich vor allem in dessen schematischer Verbindung mit dem irrigen Dogma von der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Zum anderen sei in ihm im Unterschied zu den Auffassungen der "Regulationsschule" das Verhältnis von Kapital und Arbeit zu kurz gekommen. Die "soziale Regulierung" habe als wesentlicher Bestandteil des Regulierungsmechanismus eine zu geringe Beachtung gefunden.

Die in den achtziger Jahren erarbeitete These, wonach "die bisherigen Formen staatsmonopolistischer Produktionsverhältnisse und der ihnen entsprechende Regulierungsmechanismus in die Krise geraten sind", könne auch weiterhin als gültig angesehen werden. Das gleiche gelte für die These, daß mit der Krise von 1974/75 eine dritte Regulierungskrise des Kapitalismus zum Ausbruch gekommen sei, die noch immer andauere (die erste Regulierungskrise wird mit dem Übergang zum monopolistischen Kapitalismus im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts und die zweite Regulierungskrise mit der "Großen Krise" von 1929/32 und der nachfolgenden Periode bis zum zweiten Weltkrieg angesetzt). In dieser Hinsicht zeigten sich auch starke Gemeinsamkeiten mit Auffassungen der "Regulationsschule", nach der den verschiedenen kapitalistischen Gesellschaftsformationen auch verschiedene Regulationsweisen entsprechen. Wesentlich sei dabei die Erkenntnis, daß "säkulare Krisen" wohl objektiv notwendig seien, ihre Überwindung aber jeweils konkret unterschiedlich zu erklären sei. Jede kapitalistische Gesellschaftsformation habe ihre eigenen Krisengesetze, die nur durch konkrete empirische Analysen aufzuspüren seien. Die Besonderheit der jetzigen Regulierungskrise oder "säkularen Formationskrise" bestehe darin, daß sie sich mit einer globalen Zivilisationskrise verflechte, wodurch der Ausweg aus dieser Krise besonders erschwert werde.

Der Meinungsaustausch zur Regulierungsproblematik soll weiter fortgesetzt werden, wenn neue Untersuchungsergebnisse zu den Veränderungen im internationalen Reproduktionsprozeß vorliegen. Als weitere Themen für Diskussionsveranstaltungen des Arbeitskreises sind vorgesehen: Fordismus und Postfordismus, Zivilisationskrise - zum Inhalt des Begriffs, Veränderungen in den Machtstrukturen und Kräfteverhältnissen in der Weltwirtschaft zum Ausgang des 20. Jahrhunderts.

Horst Heiningen

Wunderliche Welt und kaum Kommunikation

(Polemischer) Bericht vom 6. Deutschen Kommunikationstag "Wunderwelt Wirklichkeit" - 16.-18. Mai 1994 in Frankfurt /M.

Spätestens seitdem Silvio Berlusconi in Italien mit Hilfe der Medien einen Staatsstreich vollzog, ist die gesellschaftliche Bedeutung der sogenannten Kommunikationsbranche Gegenstand allgemeinen Erstaunens und Bedenkens. Denn diese ist längst zum "vierten Produktivfaktor" geworden, wie Werner Ludwig (Präsident des Deutschen Kommunikationsverbands) zur Eröffnung des 6. Deutschen Kommunikationstages erklärte. Und alles, was Rang und Namen hat in Werbung, PR, Medien und zum Teil auch Politik, war gekommen, nahm im Publikum oder auf dem Podium an dem Gesellschaftsspielchen teil, das da hieß, über die Kommunikation zu kommunizieren. Die Exklusivität war schon allein durch die horrenden Preise (520 DM), die größtmögliche Anzahl sich wichtig fühlender Persönlichkeiten durch den Werbespruch des Programms garantiert: "Können Sie es sich leisten, nicht dabei zu sein?"

Die, die sich das nicht leisten wollten, waren dann also dabei, als in zwei Tagen At the Opera Frankfurt die "Wunderwelt Wirklichkeit" ausgemessen werden sollte in Foren wie etwa "Erleben formt Wirklichkeit", "Werte gestalten Wirklichkeit", "Kreativität prägt Wirklichkeit". Überhaupt war Kreativität einer der Schlüsselbegriffe, denn in den Zeiten der segmentierten Märkte und der nicht benannten Absatzkrise ist diese Fähigkeit gefragt, um die Produkte an den Mann und die Frau zu bringen. Genauso war auch Kreativität erforderlich, um die Langweile mancher Beiträge zu ertragen, die meist nur durch den interessierten soziologischen Blick auf diese Art von Menschen aufgelöst werden konnte, die sich da auf der Bühne tummelten, um ihren "lieben Fachkollegen" den neuesten intellektuellen Schrei zu präsentieren.

Aber man sollte sie ja ernst nehmen, so wie sie die Probleme der Menschen ernst nehmen. Denn "Unternehmen agieren in einem gesellschaftlichen Umfeld, das Fragen an sie stellt und nicht erst durch Ereignisse - wie sie in Basel und Hanau, in Seveso, Bhopal oder Tschernobyl stattfanden - mißtrauisch bis argwöhnisch, jedenfalls aber unsicher geworden ist". Hugo Jung, als Geschäftsführer der Präsident der Deutschen Public Relations Gesellschaft ein Mann vom Fach, empfahl deshalb den Unternehmen, daß sie mit sich reden lassen müßten, denn ansonsten "fangen Journalisten an zu recherchieren und Bürger zu spekulieren" (Frauen gibt es bei ihm offensichtlich nicht). So sei die Kommunikationspolitik zum Schlüsselbereich geworden, um die Rendite zu sichern, alle Bereiche des Unternehmens müßten öffentlichkeitsorientiert werden, nicht nur der Pressesprecher. Nicht ganz uneigennützig hob er hervor, daß die Kommunikation kein unproduktiver Sektor sei, vielleicht ebenso eigennützig wie medienimperialistisch, daß es in dieser Welt nur zwanzig demokratische Staaten gebe

und die anderen durch Druck der Bundesregierung endlich zum Recht der freien Meinungsäußerung zu bringen, das "für uns (also die professionellen Kommunikatoren, C.W.) unverzichtbar" ist.

Mit großen Worten ging es dann im ersten Forum "Auf der Suche nach der Wirklichkeit" weiter, zumal die Hauptreferenten Francis Fukuyama (Politikwissenschaftler in Washington, ehemaliger Direktor des Planungstabs des US-Außenministeriums), Jean Baudrillard (Professor für Philosophie in Paris-Nanterre) und Mancur Olson (Ökonom an der Universität Maryland, USA) zu den Meistern der freien Meinungsäußerung zu zählen sind.

Mister Fukuyama, als Verkünder des "Endes der Geschichte" wohlbekannt, wollte allen erst einmal marktdienlichen Optimismus einblasen, denn zum einen sei der pessimistische Konsens, demzufolge der Kalte Krieg die bessere Zeit gewesen sei, falsch, zum anderen seien die Erwartungen von 1989 einfach naiv gewesen. Die pessimistische Sicht erfasse die "deeper reality" nicht, die für ihn v.a. darin besteht, daß die wichtigsten Staaten Demokratien seien, die gleichzeitig auch den Hauptbestandteil der militärischen Macht besäßen. Wer also nicht einsehen will, daß es zum Zuckerbrot der westlichen Demokratie keine ideologischen Alternativen mehr gibt, dem wurde sofort mit der militärischen Peitsche gedroht. Aber keine Angst, es gehe heute ja nicht mehr um den Imperialismus der Landeroberung, in der heutigen postindustriellen Welt sei vielmehr das "human capital" viel wichtiger, z.B. auch die Kommunikationsindustrie, die schließlich keine Rohstoffe verarbeite und damit nicht die Umwelt verschmutze. Wenn nun die ökologische Planung als Teil der Außenpolitik begriffen wird, weiterhin das Beispiel Asien mit seinem wirtschaftlichen Aufschwung als leuchtendes Vorbild dem Rest der Dritten Welt vorgehalten werde, dann erweise sich deutlich jede pessimistische Einstellung als eurozentristisch. Doch auch selbst für Fukuyama gibt es noch ein paar Probleme, v.a. der ehemalige Ostblock macht ihm Kopfzerbrechen. Bedenklich sei, daß gerade jetzt die vereinigende Kraft in der Welt fehle, also eine neue hegemoniale Macht, der alten mit Bush's Vision der "neuen Weltordnung" erteilte er eine klare Absage. Auch die Lage in Deutschland sei durch Arbeitslosigkeit und Neofaschismus etwas angespannt. Trotz allem müsse man Sozialabfederung vermeiden, da diese die Anpassungsprobleme der Wirtschaft nur noch vergrößere. Wir stehen vor der Alternative, so sein Resümee, entweder in die 40er Jahre zurückzufallen oder zu neuem Fortschritt zu gelangen. So gebe es Hoffnung für die Zukunft, aber da Hoffnung keine Gewißheit sei, hänge letztlich doch alles von unserer Wahl ab (wobei offensichtlich war, für wen er werben wollte).

Mancur Olson gab im Wesentlichen das gleiche zum Besten. Auch für ihn waren die meisten Menschen zu pessimistisch, auch hier wurde der Neoliberalismus als bestes Rezept empfohlen, auch bei ihm war alles eine Frage des Wollens, eine Frage der Politik, nämlich derjenigen einer entschlosse-

nen Minderheit, die der bewußtlosen Gesellschaft die Ziele vorgeben müsse: Ein pragmatischer Voluntarismus, der seine eigenen autoritären Konsequenzen nicht erkennt.

Diesen pragmatischen Vorschlägen gegenüber wollte Jean Baudrillard eine radikale theoretische Position einnehmen, denn die Theorie müsse bis zum äußersten gehen, um eingreifen zu können. Sein Grundsatz, wie er ihn auch in seinem Buch "Das Jahr 2000 findet nicht mehr statt" erläutert hat, ist derjenige, daß die Geschichte unwirklich geworden ist, weil sie kein Ende mehr kennt. Das heißt: keine "glückliche oder tragische Auflösung", es gebe nur noch ein Übermaß an Realität, die längst Ideal und Realität verschmolzen habe, somit jegliche kritische Negation unmöglich mache. Denn das Ziel der Moderne sei verfehlt worden, der Moment der Verwirklichung überschritten, ohne daß er den Menschen bewußt geworden sei. Trotz Hunger und Elend seien sämtliche Utopien, nicht nur die des Sozialismus, real gemacht worden. So seien auch die technischen Utopien verwirklicht worden und hätten dabei die Menschen aus ihrer Welt ausgetrieben, Technik sei zum Exorzismus geworden. Sie entfaltet sich ins leere, um eine Mobilität um ihrer selbst willen zu ermöglichen. Die Energie aber für die technischen Netze komme letztendlich aus den menschlichen Körpern, was zur Auslöschung der Subjekte geführt habe. Alle Energie werde in virtuelle Welten eingespeist, deren Prozesse liefen ohne uns ab, damit auch ohne Spannung oder Leidenschaft. Diese Systeme werden "aufgebläht", z.B. wird alles zur Politik, bis nichts mehr Politik ist, die "Strukturen überschwemmen alle anderen Strukturen". Dies hat die Konsequenz, daß die "geschichtliche Zeit verloren gegangen ist durch die Absolutheit der Ereignisse. Die realisierte Utopie erzeugt eine unmögliche Situation, da alle Möglichkeiten ausgeschöpft sind." Das heißt aber nicht, daß damit die Arrière-garde verschwindet, im Gegenteil es tauchen Gespenstereignisse auf wie der nationalistische Krieg in Jugoslawien, der mehr an 1914 erinnert als an 1994. Es erscheint so, wie Baudrillard treffend bemerkte, daß "die Arbeitskraft der Geschichte in den Streik getreten ist" und sich diese nur mehr in der Leere der Informationen verliere. Auch die Ökonomie wird zum Selbstläufer, durch die computerunterstützte Echtzeit komme es zur immer schnelleren Zirkulation, die wie schwarze Materie letztlich alles in sich verschlinge.

Zwei Perspektiven gebe es nun auf Grundlage dieser so analysierten Prozesse: zum einen sei die Kommunikation das Ende der Entfremdung und gleichzeitig das Ende des Anderen, mit dem ich eigentlich kommunizieren will. Das Objekt geht ins Subjekt auf. Zum anderen konnte ein ironisches Objekt konstruiert werden, das das Subjekt verspottet, so manipulieren zum Beispiel die Massen durch die Medien die Herrschenden, nicht umgekehrt. Doch am Schluß, so resümierte der französische Denker sehr postmodern, seien beide Perspektiven möglich, so unvereinbar sie seien.

Wurde über Baudrillards Vortrag dann in den Blättern und Blättchen der Kommunikations-Fachleute geschrieben, daß ein Großteil des Publikums ihn nicht verstand, dann lag das wohl daran, daß es einigen ganz dunkel dämmerte, daß hier irgendetwas nicht in ihre schöne WunderWerbeWelt passen wollte.

In der anschließenden (doch leider viel zu kurzen) Diskussion, die von Wolf von Lojewski (ZDF heute journal) hervorragend moderiert wurde, sollte dann dem nicht marktförderlichen Baudrillard der kapitalismuskritische Zahn gezogen werden. Doch mit den leeren Kohl'schen Beteuerungen der Herren Fukuyama und Olson, daß der Philosoph einfach zu pessimistisch sei, war diesem nicht beizukommen. Die präzise gestellte Frage von Lojewski, ob denn Fukuyama Optimismus für die ganze Welt habe, konnte dieser auch wieder nur mit dem stereotypen Verweis auf die kleinen Tiger in Asien und Mexiko und Argentinien beantworten, die ja inzwischen zumindest den richtigen, nämlich den neoliberalen Weg eingeschlagen hätten. Und Afrika - ja nun, da gab es nur ein Schulterzucken. Lojewski nahm Baudrillards These von der selbstverschlingenden Ökonomie auf, um Mancur Olson als Ökonomen zu fragen, ob nun das Geld sich immer mehr von den Menschen entferne. Mit bestem professoralem Optimismus antwortete er: "It is often said, that money is the root of all evil" ("Es wurde oft gesagt, daß das Geld die Wurzel allen Übels ist"), doch wenn er in die Geschichte schaue, sehe er nur, daß die Menschen in der Geldwirtschaft besser behandelt würden, und seiner Meinung nach liege die Wurzel allen Übels "in the heart of man" ("im Herzen der Menschen"). Wenn die herrschende Klasse keine besseren Ideologen als Fukuyama und Olson aufzubieten hätte, wäre es mir um den hegemonialen Kampf gegen die Bourgeoisie gar nicht mehr bange.

Einer der wenigen Glanzpunkte war der Star-Designer Geissbühler, der auf die Frage nach der Corporate Identity oder der Identität ganz allgemein folgende Anekdote erzählte: jeden Morgen, wenn er seinen Sohn Ben im Auto zur Schule bringt, fragt ihn dieser Löcher in den Bauch und oft geht das dann so: "Daddy, gibt es noch einen anderen Ben?" - "Sicher gibt es den." - "Geht der dann auch zur Schule wie ich?" - "Sicher tut er das." - "Hat er auch einen kleinen Bruder?" - "Klar, warum nicht." "Und spätestens wenn wir bei der Frage angelangt sind, ob dieser kleine Ben auch in der gleichen Straße im Haus mit der gleichen Nummer wohnt, sage ich ihm: Sohn, wenn es diesen anderen Ben gäbe, der im selben Haus wohnte, der den gleichen Vater, die gleiche Mutter, den gleichen Bruder wie du hättest, bin ich sicher, du hättest ihn bemerkt!" Ansonsten empfahl dieser überaus witzige Mensch noch als Leitspruch eines Designers, der alle künstlich produzierten Diskurse über Werbung, über Kunst und über Kreativität unnötig machte: "If you are in doubt how to design a thing, make it red. If you are still in doubt, make it big!" ("Fall Du im Zweifel bist, wie Du eine Sache gestalten sollst, mache sie rot. Falls Du immer noch im Zweifel bist, mache sie groß!")

Zwei Foren hoben sich durch ihre allgemeinere Bedeutung aus dem PR-Gewäsch noch hervor: dasjenige über die Werte, die angeblich Wirklichkeit gestalten und dasjenige über die Medien und der nur durch Konjunktion angeschlossenen Wirklichkeit, da diesen anscheinend keine praktische Wirksamkeit zugetraut wurde.

Im großen und ganzen war die erstere eine große Show für den ehemals linksradikalen, heute hauptsächlich grünen Selbstdarsteller Daniel Cohn-Bendit, der sich des liberalen Beifalls der Anwesenden sicher sein konnte. Denn selbstverständlich hätte es jeder besser gefunden, wenn Kohl nicht nur zum Begräbnis von Alfred Herrhausen, sondern auch zu den paar armen Türken in Mölln gefahren wäre. Selbstverständlich soll Politik nicht langweilig sein. Und klar ist man für scheinbar widersprüchliche Fähigkeiten zu haben. "Zweifelnde Entschiedenheit", "wehrhafte Toleranz" (oder gleich "Demokratie"?), "eigensinnige Solidarität" wurden da gefordert und eifrig beklatscht. Auch Margarita Mathiopoulos' Bemerkung, daß die politischen Eliten nicht dem rechten Zeitgeist nachlaufen sollten, wurde wohlwollend aufgenommen, wie überhaupt die Linksliberalen beim ausgewählten Publikum doch besser ankamen, schließlich ist man ja tolerant und aufgeschlossen, solange das Budget und der Gewinn stimmen. Sehr trefend fragte Frau Jochimsen so ganz beiläufig, ob die Wertediskussion nicht nur eine Frage von Mark und Pfennig sei, doch die Doppeldeutigkeit dieser Bemerkung blieb denen verborgen, die längst dem Warenfetischismus verfallen sind.

Am zweiten Tag ging es um die Gestaltungskraft der Medien in verschiedenen Beiträgen von Geschäftsführern von ntv, VIVA, Rufa (Privatradio), SAT 1 und hohen Tieren des Philips-Konzerns, der zudem Sponsor dieses Forums war. Gleich einleitend wurde von Schönbach, seines Zeichens immerhin Professor für Journalistik und Kommunikationsforschung, klargestellt, wie die Bourgeoisie mit Philosophen umzugehen pflegt: Man müsse endlich die "unselige Konstruktivismusdebatte" überwinden, denn Public Relations sei nicht illusionär, zumindest nicht das jeweilige Budget. Außerdem lieferte er ein Stichwort der weiteren Debatte, als er auf die Segmentierung der Medien hinweist, so seien beispielsweise dieser Tage in Orlando, Florida, inzwischen 5000 (!) Fernsehsender zu empfangen. So wies dann Gorny, der noch frisch wirkende Geschäftsführer von VIVA, dem ersten deutschen Musiksender, gleich einmal auf die Geschäftsbedingungen hin, die seinem Vortrag besondere Aufmerksamkeit zu teil werden lassen sollten. Deutschland sei der drittgrößte Musikmarkt der Welt, aber nur 20% Prozent davon sei einheimische Popmusik. Dabei sei Musik doch ein Multimedien, ja noch mehr: Musik schaffe eine virtuelle Realität. So wurde dann der bekannte Popularkultur-Kritiker Diedrich Diederichsen zitiert, um zu zeigen, daß Popmusik ein Gesamtkunstwerk darstellt, das auch immer gesellschaftliches Denken abbildet. Daher seien die Kids vor den Video-Clips nicht von der Wirklichkeit abgekoppelt, wie so oft gemeint wird. Als einziger Musikstil bilde so die populäre Musik die Wirklichkeit

ab, die wiederum durch die Medien geschaffen werde, wie er deutlich betonte. Rudolf Fässler vom Radio Rufa wies hingegen mit dem Beispiel Berlusconi darauf hin, daß seiner Ansicht nach dieser als "Zielgruppenspezialist" die Meinungen der Bevölkerung nicht erzeugt, sondern nur durch das Fernsehen verstärkt habe. Gleichzeitig habe sich die Rolle der Medien in der postmodernen Gesellschaft verändert; da diese individualisiert sei, ginge es nur noch darum, als Spartenradio die einzelnen Geschmäcker in Sinne einer publizistischen Dienstleistung zu befriedigen. So trete dann, seiner Meinung nach, anstelle der Nachricht immer mehr der psychosoziale Effekt, es klingt zumindest nach Nachricht. Das war für ihn das Anfang vom Ende einer wie auch immer gearteten publizistischen Ethik. Da war der Geschäftsführer von ntv, Kuhlo, ganz anderer Meinung, denn seiner Auffassung nach manipulieren die Medien dauernd, v.a. die Nachrichtensendungen schon allein durch die zeitliche Begrenzung und die dadurch bedingte Auswahl. So befand er, daß ntv weniger manipulierte, da dieser Sender ja den ganzen Tag über die ganze Vielfalt der Meinungen anzubieten hätte. Für welche Vielfalt er dann einsteht, läßt sich leicht daran ablesen, daß er früher Chefredakteur von SAT 1 und der Bild-Zeitung gewesen ist. Als dann am Ende noch über die Gefahren der Medienwelt diskutiert werden sollte, sagte jeder sein Sätzchen herunter und gab dann solche Weisheiten von sich, demzufolge die Menschen ja so interaktiv seien (Delameide, Bloomberg Financial Markets) und die Leute ja immer mehr lernen wollten (Hawkins, Phillips Communications). So kritische Bemerkungen wie die von Fässler, daß anstelle der gesellschaftlichen Kommunikation immer mehr die autistische tritt, wurden durch ihre Nichtaufnahme sofort bestätigt.

Aus dem ganzen Medien-Brei hob sich als einziger der Vortrag von Jean Baudrillard heraus, wenngleich auch an ihn nur kritisch anzuknüpfen wäre. Er sprach postmodern von der Gesellschaft, aber wie fast alle Postmodernen letztlich nicht von den Verhältnissen in der Gesellschaft selbst, sondern vielmehr von dem Diskurs über die Gesellschaft. Leider nämlich findet immer noch Geschichte statt, und die ist allemal eine von Hunger und Elend, Ausbeutung und Unterdrückung, und den vielfältigen Kämpfen dagegen. Wer das mit Auffassungen, denzufolge alle Utopien schon verwirklicht seien, zudecken möchte, der ist zum einen nicht fähig zur historischen Einschätzung seiner selbst und seiner gesellschaftlichen Position und zum anderen mitschuldig an den Umständen, wie sie nun einmal sind. Auch wenn die bürgerliche Geschichte abgelaufen sein sollte.

Was bleibt nach zwei Tagen an Erkenntnis? Letztendlich wurde viel geredet, aber wenig kommuniziert. Von der Kommunikationsbranche aber kommunizierbare Gedanken, von Medienleuten Inhalte zu verlangen, wäre wirklich des Guten zuviel und eine Wunderwelt Wirklichkeit.

Corell Wex

"Kapitalistische Markfökonomie und Demokratie ohne Transformationsperspektive?"

Ansätze gesellschafts- und kapitalismuskritischer
Optionen

Veranstaltung von IMSF e.V., Frankfurt/M., und Z - Zeitschrift
Marxistische Erneuerung, Frankfurt/M.

Beiträge u.a. von Uwe Kremer, Heinz Jung, Horst Heininger,
Jörg Huffschmid, Dietmar Düe/Karl Hermann Tjaden, Charles
Pauli, Joachim Bischoff, Frank Deppe

Frankfurt/M., 19./20. November 1994

Beginn: Samstag, 19. 11. 94, 11 Uhr

Haus der Jugend, Deutschherrnufer 12

Anmeldung erforderlich bei IMSF e.V., Kölner Str. 66,
60327 Frankfurt/M. - Tagungsbeitrag 30,-/15,- DM

Übernachtung im Haus der Jugend in Vier-Bett-Zimmern möglich (eine Nacht
38,- DM; zwei Nächte 72,- DM). Direkt dort buchen unter Tel. 069/61 90 58.

In welcher Weise darf die strukturalistisch inspirierte Marxismus-Interpretation kritisiert werden?

"Philosophen sind Intellektuelle, also Kleinbürger, die insgesamt der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ideologie unterworfen sind ... 'Soll der Wind diese Kerle wegwehen! Die Partei reinigt sich von diesem kleinbürgerlichen Schutt.'" (L. Althusser, Lenin und die Philosophie, S. 45f.)

Normalerweise ist es nur sinnvoll einen theoretischen Meinungsstreit zu führen, wenn die Beteiligten sich zumindest minimaler Gemeinsamkeiten verpflichtet fühlen, die Aussicht auf eine gegenseitige intellektuelle Befruchtung besteht. Wenn aber Erkenntnisfragen unentwirrbar mit Glaubenspostulaten verknüpft und penetrant die gleichen Aussagen formelhaft reproduziert werden, scheint es wenig wahrscheinlich, diese Verständigungsebene zu erreichen. Doch macht es manchmal trotzdem Sinn, auch über Angriffe jenseits der Verständigungsmöglichkeit, gewissermaßen "metatheoretisch" zu reflektieren, wenn sie einen symptomatischen Charakter besitzen und vielleicht die Beobachter der Auseinandersetzung etwas daraus lernen können.

Henning Böke hat meine Althusser-Kritik und meine Darstellung der strukturalistischen Marxinterpretation als "groben Unsinn" bezeichnet. (Der Althusser-Effekt, Z 18, S. 192) Auch wenn diese Feststellung, ebenfalls wie seine anderen Formulierungen, keine Glanzstücke einer argumentativen Auseinandersetzung sind, ist es doch aufschlußreich, sich damit zu beschäftigen, denn sie sind charakteristisch für den Stil, mit dem die Althusser-Schule sich mit jedem auseinandersetzt, der als Ungläubiger entlarvt wird, weil er sich weigert, die Prämissen der strukturalistischen Weltsicht anzuerkennen. Mit heiligem Zorn wird belegt, wer überhaupt die Stirn besitzt, strukturmarxistische Diskurse auf ihre Produktivität und Wahrhaftigkeit zu befragen. Weil ich dies in meinem 1993 erschienenen Buch "Subjekt und System. Zur Kritik des Strukturmarxismus" unternommen habe und Erich Hahn darüber eine positive Rezension verfaßt hat (vgl. Z 17, S. 211ff.), trifft uns beide - fast mit alttestamentarischer Strenge - der unmißverständliche Verweis von H. Böke: Texte dieser Art machen "noch einmal drastisch deutlich, in welcher Weise hierzulande noch immer grober Unsinn über Althusser kolportiert werden kann".

Hätte Böke sowohl meine Ausführungen als auch die Arbeiten von Schaff, Lefèbvre, Schmidt, Kaminski, Anderson (um nur einige wenige Althusser-Kritiker zu nennen) wenigstens oberflächlich zur Kenntnis genommen, wäre es für ihn kein "Geheimnis" geblieben (wie er sagt), *weshalb* ich im Kontext einer nicht unbedeutenden marxistischen "Theoriefraktion" den Althusser'schen Ansatz für reduktionistisch halte (ob die Kritik berechtigt und schlüssig ist, steht auf einem anderen Blatt). Böke wäre auch nicht verborgen geblieben, daß seiner Denkschule die anti-dogmatische und anti-reduktionistische Intention überhaupt nicht abgesprochen, wohl aber die Meinung vertreten wird, daß es Althusser und seinen Apologeten nicht

gelingen ist, die explizierten Selbstverpflichtungen theoretisch und forschungspraktisch einzulösen.

Übrigens: Den Vorwurf des Ökonomismus, den mir Böke unterstellt, habe ich nicht erhoben. Was ich nachweise, ist die Ähnlichkeit der strukturmarxistischen Vorgehensweise mit den Ableitungsprozeduren des tradierten Ökonomismus, und auf nichts anderes hat sich auch Erich Hahn in seiner Rezension bezogen. Aber vielleicht habe ich mich doch mißverständlich ausgedrückt, deshalb nachfolgend ein Zitat von Friedrich Tomberg, das den strittigen Sachverhalt mit der wünschenswerten Klarheit beschreibt: "Diesem ökonomistischen Fatalismus kann Althusser von der Anlage seiner Argumentation her nicht wirksam entgegentreten, es sieht sogar so aus, als diene seine Theorie der 'Überdeterminierung', die er dem Ökonomismus entgegensetzt, nur zu dessen Neufassung im zeitgemäßen Gewande." (Louis Althusser's antihumanistische 'Kapital'-Lektüre, in: Sandkühler [Hg.], Betr.: Althusser, Kontroversen über den "Klassenkampf in der Theorie", Köln 1977, S. 140)

Mit dem Widerspruch von "guten" Absichten und "schlechten" Resultaten ist es zwar eine vertrackte Sache, es verbirgt sich dahinter ein ideologischer Mechanismus, der aber jedem kritischen Sozialtheoretiker vertraut sein sollte. Wer zum Beispiel treffende Formulierungen gegen Dogmatismus, Ökonomismus und Bürokratismus sowie Parteinahme für einen schöpferischen Marxismus und sozialistische Demokratie sucht, wird nirgends so erfolgreich sein wie - in den gesammelten Werken von Josef Stalin!

Die in Bökes Einschätzungen deutlich werdenden "Mißverständnisse" und begrifflichen Konfusionen sind der unvermeidliche Preis, der gezahlt werden muß, wenn man Texte kritisiert, die man offensichtlich überhaupt nicht zur Kenntnis genommen hat. Dies ist nicht nur die besondere Arbeitsweise des Althusser-Freundes Böke, sondern nach meiner Erfahrung konstitutiv für den Umgang des Strukturmarxismus mit der marxistischen Diskussion im allgemeinen und den Kritikern an der heiligen Lehre von St. Louis im besonderen. In seinen Büchern und Stellungnahmen fehlt fast alles, was jenseits des eigenen Wahrnehmungshorizontes gedacht, erforscht und geschrieben wurde. Schon zu Beginn der "Strukturalismus-Diskussion" mußte Eric J. Hobsbawm feststellen, daß "die Art, wie Louis Althusser an Marx herangeht, ... nicht sonderlich fruchtbar" ist, zumal er sich "für vieles, was Marx für fundamental ansah, einfach nicht interessiert" hat (Revolution und Revolte, S. 213). Alles, was der eigenen Interpretationsschablone nicht entspricht, wird verdrängt, verleumdet und tabuisiert - Bökes Reaktion ist für diese Vorgehensweise ein beredtes Beispiel. Erich Hahn kommt noch ganz gut dabei weg, daß ihm, weil er prinzipiell meine Althusser-Kritik teilt, mildernde Umstände zuerkannt werden: "bedauerlich, daß Erich Hahn, wohl aus Unkenntnis, den Seppmannschen Unfug allzu leichtgläubig absegnet."

Wir wollen aber nicht klagen! Marx ergeht es in den Traktaten der Strukturmarxisten auch nicht besser. Er wird solange transformiert, dekonstruiert und gewendet, bis er in die vorgefertigte Schablone paßt. Das Instrument ist die sogenannte "symptomatische Lektüre", die Stuart Hall - der die theoretische Leistung Althusser's wesentlich höher einschätzt, als ich es tue - als "theoretische Guillotine" bezeichnet hat, "mit der jeder Begriff, der die Tollkühnheit besitzt, vom vorgezeichneten Weg abzuweichen, einfach geköpft wird." Besonders "Das Kapital lesen" von Althusser/Balibar ist nach Halls Meinung ein Text, der "sich dieser Methode in ihrer radikalsten und extremsten Form bedient", um das Marxsche Denken "so zu transformieren, daß es - natürlich - das produziert, was die Autoren von Anfang an entdecken wollten". (Ausgewählte Schriften, S. 14) Dieses Verfahren legitimiert sich für Althusser und seine Gemeinde deshalb, weil Marx immer wieder hinter sein eigenes theoretisches Niveau zurückgefallen sei und viele seiner Versuche der theoretischen Selbstverständigung "zu schweren Mißverständnissen geführt" haben. (Das Kapital lesen, Bd. I. S. 120)

Nun ja, wir wissen durch den Kollegen Böke, wie unwissend die Welt jenseits der strukturalistischen "Diskurse" ist und können es als einen glücklichen Umstand betrachten, daß er uns, immer die Lichtgestalt Althusser's vor Augen, auf dem Weg der "Marxistischen Erneuerung" beratend und warnend zur Seite steht! Trotz aller Ironie steckt in dieser Formulierung ein sehr ernstes Problem: Die strukturmarxistischen Theoretiker nehmen für sich regelmäßig eine exklusive Erkenntnisfähigkeit in Anspruch, deren Ursache und Legitimität nicht weiter problematisiert wird: Ein rigoroser Subjektivismus und theoretische Willkür (der dann auch einige nicht-deterministische Interpretationsvarianten zugeordnet sind) ergänzt die objektivistische Grundorientierung!

Ich vermute, daß aber aus dieser konstitutiven Widersprüchlichkeit gerade Althusser's Überzeugungskraft in den linken Subkulturen und akademischen Zirkeln zu erklären ist. Durch die assoziative Wirkung seines Denkens und die Unschärfe in den Ausführungstexten ist er an viele Denkströme und intellektuellen Moden anschlussfähig. Ohne allzu große Anstrengungen entsteht der Eindruck, voraussetzungslos etwas "verstanden" zu haben und auch das Gefühl, daß die eigenen Motive und Intentionen von diesem Denken repräsentiert werden. Diesen Sachverhalt kann man auch mit den Worten Bökes umschreiben: Althusser's Werk ist "eine fragmentarische Metamorphose von Thesen und Hypothesen". (S. 196). Für alle, die nicht der Gnade der strukturalistischen Inspiration teilhaftig geworden sind, muß ein solches Denken der "Differenzen", wie es sich auch in dem diesem Text vorangestellten Althusser-Zitat manifestiert, wonach Philosophen "insgesamt der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ideologie" unterworfen sind, das Denken des Philosophen Althusser aber revolutionär und wissenschaftlich ist, ein ewiges Mysterium bleiben. Nun habe ich aber einen kleinen Trost: Vielleicht hat Bloch doch recht mit seinem Satz, daß

nicht jeder Denker, der sich dauernd in Widersprüche verwickelt, schon ein Dialektiker ist!

Der Strukturmarxismus kann die Position der willkürlichen Verbindung von Objektivismus und Subjektivismus (auch das Insistieren auf den "Körper" ist nur eine grob-materialistische Kaschierung dieses Subjektivismus - denn durch diese "Entdeckung" ist immer noch nicht das tätige Verhältnis des Menschen zur Welt ins theoretische Blickfeld gelangt) nur durchhalten - und diese Feststellung ist der eigentliche Kernpunkt meiner Kritik -, weil er sich konsequent weigert, seine theoretischen Konstrukte zur gesellschaftlichen Realität zu vermitteln, um unter anderem Klarheit zu gewinnen über die Konstitutionsbedingungen des gesellschaftlichen Beziehungsgeflechts und darüber, auf welchem Wege "die Umstände von den Menschen verändert" (Marx) werden können. Da er die handelnden Menschen aus seinem Blickfeld verbannt hat, besitzt er auch keinen Begriff von den subjektiven Erfahrungsformen, in denen die Menschen, die von ihnen selbst produzierten gesellschaftlichen Verhältnisse reflektieren, und auch keine Vorstellung, wie sich daraus wiederum ihre Motivations- und Handlungsstrukturen entwickeln.

Statt sich der Konfrontation mit der Realität auszusetzen wird ein "Wirklichkeitsbild" aus den theoretischen Grundannahmen deduziert. Und weil der Strukturmarxismus die konkrete Handlungsebene (Praxis als "sinnlich-menschliche Tätigkeit", wie es in den "Feuerbach-Thesen" heißt) systematisch aus seinem Blickfeld ausschließt, muß das Verständnis der wichtigsten sozialen Phänomene objektivistisch bleiben. Beispielsweise muß - wie Böke es in Anlehnung an Althusser selbst formuliert - "die Funktionsweise der Ideologie vor allem als Ritual analysiert" werden (statt als Denkform, in der die Menschen ihre Lebensumstände und sozialen Handlungsbedingungen zu reflektieren versuchen, um ihre Praxis zu bewältigen) und vorrangig "als staatliche Praxis" (S. 193 u. 195) erscheinen - womit unsere marxistischen Erneuerer auf strukturalistischer Grundlage bei der "Priestertruglehre" des frühen Materialismus angelangt wären. Aus solchen Konstruktionen wird deutlich, daß es wirklich schlecht um den Marxismus stünde, wenn er zur Überwindung seiner Krise auf Althusser (der eines ihrer Symptome ist) zurückgreifen müßte.

Eine kritische (und natürlich auch selbstkritische) Beschäftigung mit dem Verhältnis von Marx und Althusser müßte sich an den konträren Formulierungen beider Denker, die dem sorgfältigen Leser bei allen wichtigen Fragekomplexen auffällt, *abarbeiten*. Ein Beispiel von Dutzenden: Während der Strukturmarxismus von der gesellschaftlichen Entwicklungstendenz als einer "Kraft ohne Subjekt, einer objektiven Kraft, ... von Anfang an Kraft von niemandem" (L. Althusser, Für Marx, S. 91) spricht, begreift Marx das gesellschaftliche Geschehen als das "Produkt des wechselseitigen Handelns der Menschen". (MEW 26.1, S. 548) Da der strukturalistisch gewendete "Marxismus" weder seine Aufmerksamkeit auf die Prozesse der

gesellschaftlichen Arbeit und der übergreifenden "Praxis" verschwendet, noch einen reflektierten Tätigkeits-Begriff besitzt, kann er solche inhaltlichen Konfrontationen nicht mehr "diskursiv" bewältigen, sondern muß sich auf formalistische Positionskämpfe beschränken. So wird dann durch die Behauptung eines Bruchs zwischen dem "humanistischen" und "ideologischen" Marx der Frühphase und dem "wissenschaftlichen" Marxismus der Kapital-Analysen die Ausblendung der störenden Theorie-Elemente legitimiert. Da jedoch die Beweislage für Althusser immer unbequemer wurde, hat er den Zeitpunkt des "epistemologischen Bruchs", der das Marxsche Werk durchziehen soll, beständig weiter nach hinten geschoben. Terminierte Althusser den Wendepunkt ursprünglich in die Entstehungszeit der "Deutschen Ideologie", soll nach späteren Datierungsversuchen Marxens Übergang zur "Wissenschaft" erst "nach der Kommune" [L. Althusser, Ideologische Staatsapparate, S. 87] stattgefunden haben - nur schade, daß Marx danach nicht mehr viel geschrieben hat! .

Werner Seppmann

Reformalternative ab jetzt in Anführungszeichen?

In Z 17 wandten sich H. Krüger und F. Schuster gegen jene, für die eine Reformalternative nur mit der Existenz des realen Sozialismus als Rückenstärkung denkbar war. Sie treten deshalb dafür ein, daß auch nach dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Länder die Entwicklung nicht ihrem Selbstlauf überlassen werden dürfe. Es komme darauf an, daß die Völker dieser Erde die Mächtigen ihrer Länder unter Kontrolle bekommen (Seite 112f.).

In Z 18 polemisiert H. Jung dagegen: "Transformationsmöglichkeiten der Gesellschaften kapitalistischer Profitwirtschaft, die vor 1989 begründet schienen und deshalb auch programmatisch fixiert werden konnten, fehlen heute in der Tat die zentralen Voraussetzungen." Den einst von ihm selbst mitgeprägten Begriff der Reformalternative setzt H. Jung jetzt in Anführungszeichen und fordert ein Nachdenken über die Neubestimmung revolutionärer und reformbestimmter Übergangsmöglichkeiten (S. 201).

Nachdenken ist natürlich nie falsch, aber haben sich denn die Transformationsbedingungen der Gesellschaften kapitalistischer Profitwirtschaft wirklich so grundlegend geändert, gemeint ist ja: verschlechtert?

Es lohnt sich auch heute noch, das von H. Jung mitverfaßte und 1988 erschienene Buch "Reformalternative" zu lesen. Es ist nämlich durchaus aktuell, weil die Chancen einer Reformalternative vor allem aus der Analyse der Produktivkraftentwicklung, der Herausbildung der Zivilgesellschaft und der zunehmenden Bedeutung der globalen Probleme in den entwickelten kapitalistischen Ländern abgeleitet wurden. Die "Rückenstärkung" durch die realsozialistischen Länder wird nur am Rande angesprochen, de-

ren "welthistorische Attraktivität" hat - so die nüchterne damalige Feststellung - "in den letzten beiden Jahrzehnten erheblich an Ausstrahlungskraft für die Menschen in den entwickelten kapitalistischen Ländern verloren" (S. 17).

Mir scheint, daß hinter der von H. Jung jetzt neu aufgeworfenen Fragestellung doch eher das schon seit über hundert Jahren diskutierte Problem steckt, ob eine Transformation der kapitalistischen Gesellschaft in eine sozialistische nur auf revolutionärem Weg möglich ist. In einem anderen Artikel in Z 18 zitiert H. Jung sicher nicht zufällig Marx aus den Frühschriften: "Ohne Revolution kann sich aber der Sozialismus nicht ausführen." (S. 110) Er hätte das Zitat aber besser vollständig bringen sollen, nach diesem Satz heißt es bei Marx nämlich weiter: "Er (der Sozialismus - H.H. A.) bedarf dieses politischen Aktes, soweit er der Zerstörung und Auflösung bedarf." (MEW 1, 409)

Dies deutet doch schon eine Differenzierung nach den jeweiligen Bedingungen der Länder an, was Marx später häufiger ausgeführt hat, etwa 1871: "In England zum Beispiel steht der Arbeiterklasse der Weg offen, wie sie ihre politische Macht entwickeln will. Ein Aufstand wäre eine Dummheit, wo man durch friedliche Agitation rascher und sicherer den Zweck erreicht" (MEW 17, 641) oder 1872: "Wir wissen, daß man die Institutionen, die Sitten und die Traditionen der verschiedenen Länder berücksichtigen muß, und wir leugnen nicht, daß es Länder gibt, wie Amerika, England und wenn mir Eure Institutionen besser bekannt wären, würde ich vielleicht noch Holland hinzufügen, wo die Arbeiter auf friedlichem Wege zu ihrem Ziel gelangen können". (MEW 18, 160) 1878 greift Marx diesen Gedanken wieder auf und spricht vom "gesetzlichen Weg, mit dem die Arbeiterklasse die Majorität im Parlament oder Kongreß erreichen könne, um die ihrer Entwicklung im Wege stehenden Gesetze und Einrichtungen zu beseitigen" (MEW 34, 498).

Diese Entwicklungswege hat Marx also im vorigen Jahrhundert gesehen, als noch keine "Rückenstärkung eines sozialistischen Lagers" vorhanden war. Später wurde in der marxistischen Literatur aus diesen Zitatstellen immer eine Ausnahme gemacht und behauptet, diese Ausnahme gelte nur für den vormonopolistischen Kapitalismus. Im Zeitalter des Imperialismus sei dieses ganz anders. Wo kommt diese Einschränkung eigentlich her?

In "Staat und Revolution" hatte Lenin geschrieben: "Jetzt im Jahre 1917 in der Epoche des ersten großen imperialistischen Krieges fällt diese Einschränkung von Marx fort." Er verweist dann auf die besonderen Bedingungen, die damals in England und Amerika herrschten (Militarismus, Bürokratismus usw.); an anderer Stelle sagte er sogar über England, daß dieses Land zu einer reinen zaristischen Zensur übergegangen ist und sämtliche Gefängnisse sich mit Sozialisten gefüllt haben (LW 24, 229).

In seiner Schrift "Über die Grundlagen des Leninismus" zitiert Stalin die Stelle bei Lenin in "Staat und Revolution" und schreibt: "Marx hatte wirk-

lich eine solche Möglichkeit zugegeben, und er hatte Grund dazu, sie für das England und Amerika der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zuzugeben, als es noch keinen Monopolkapitalismus, keinen Imperialismus gab, und als in diesen Ländern in Folge ihrer besonderen Entwicklungsbedingungen noch kein entwickelter Militarismus und Bürokratismus bestand... Mit anderen Worten, das Gesetz von der gewaltsamen Revolution des Proletariates, das Gesetz von der Zertrümmerung der bürgerlichen Staatsmaschine als Vorbedingung dieser Revolution ist ein unumgängliches Gesetz der revolutionären Bewegung der imperialistischen Länder der Welt." (Stalin: Fragen des Leninismus Moskau 1947. 45f.)

Eine Äußerung Lenins über die "Epoche des ersten imperialistischen Krieges" wurde bei Stalin in eine "Gesetzmäßigkeit" für die ganze Periode des monopolistischen Kapitalismus umgefälscht. Diese "Gesetzmäßigkeit" ging dann in die Marxismus-Leninismus-Lehrbücher ein. Ganze Generationen von Kommunisten wurden in diesem Sinne erzogen.

Nach dem zweiten Weltkrieg wuchs in den kommunistischen Parteien Westeuropas das Bedürfnis, von dieser dogmatischen Regel irgendwie wegzukommen, weil sie den praktischen Bedürfnissen der Politik im Wege stand. Marxistische Theoretiker (z.B. Togliatti auf dem 8. Parteitag des PCI 1956) gebrauchten deshalb - bewußt oder unbewußt - eine List: Sie verwiesen auf den Umstand, daß die Existenz des sozialistischen Lagers die Bedingung des imperialistischen Länder grundlegend verändert habe und daß deshalb dennoch ein friedlicher Übergang zum Sozialismus möglich sei. Damit schmeichelten sie den Chefideologen der kommunistischen Staatsparteien mehr, als daß sie die tatsächliche Ausstrahlungskraft der sozialistischen Länder auf die entwickelten kapitalistischen Länder untersuchten. Tatsächlich war das Argument von der Ausstrahlungskraft der sozialistischen Länder nur als Möglichkeit für eine spätere Periode zutreffend, wenn nämlich die sozialistischen Länder einmal tatsächlich eine Überlegenheit oder auch nur annähernd einen Gleichstand unter Beweis gestellt hätten (der Autor hat früher selbst so argumentiert, seine Illusionen sind durch die Geschichte widerlegt worden, was aber gleichzeitig auch den Blick auf früher nicht hinterfragte Dogmen freigemacht hat).

Deshalb zurück zu Marx (und auch Lenin): In Ländern, in denen die Gefängnisse nicht mit Sozialisten gefüllt sind, in denen sich wie im vorigen Jahrhundert in England und in den USA bürgerlich-demokratische Verhältnisse herausgebildet haben, zivilgesellschaftliche Strukturen (Gramsci) entwickelt wurden, sind verschiedene Entwicklungswege des Kapitalismus möglich, auch progressive, die sehr zutreffend als Reformalternative bezeichnet werden und die auch in einem durchaus konfliktreichen Prozeß über den Kapitalismus hinausgehen können, indem die Kapitaldominanz über verschiedene gesellschaftliche Bereiche nach und nach überwunden und eine Demokratisierung der Gesellschaft vorangetrieben wird. Reform und Revolution dürfen eben nicht einander äußerlich bleiben und nur zeit-

lich nacheinander gedacht werden, statt aus den ungelösten Problemen der Gegenwart radikale Reformen zu konzipieren und politikfähig zu machen. Ob das dann "revolutionär" ist, können spätere Generationen beurteilen.

Hans-Henning Adler

Auf der Suche nach Antworten

"Und wieder eine verpaßte Chance" - so ist ein Beitrag betitelt von Jelena und Alexander Charlamenko in Z 16. Er befaßt sich mit dem historischen Phänomen des "realen Sozialismus" und der Entwicklung bis nach den Oktoberereignissen 1993.¹

Es wird die Herausbildung von "im Wesentlichen zwei Standpunkten" in der internationalen Linken seit 70 Jahren beschrieben. Ch. sehen diese wie folgt:

1. In der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern gab es eine "erste Phase des Kommunismus, die den Wettbewerb mit dem Kapitalismus verloren hat". (S. 8)

2. Das Scheitern hatte subjektive Gründe ("Verräter" usw.). Diesem Standpunkt nach habe es in der UdSSR gar keinen Sozialismus gegeben, wobei die Meinungen nur darüber auseinandergingen "... ob dies seit Breshnew, Chruschtschow oder Lenins Zeiten der Fall ist." (S. 9)

Ch. sehen in der realsozialistischen Entwicklung eine "antiimperialistische Variante", die sie mit einem "historischen Etatismus" begründen, der sich als Widerstandsform gegen wachsende Abhängigkeit von den kapitalistischen Metropolen bzw. gegen frühkapitalistische Expansion in Japan, China und Korea, sowie in Ägypten und Paraguay herausbildete. Diese Logik führt dann zu der Feststellung: "Unter diesem Blickwinkel gesehen stellt die UdSSR zunächst einmal ein weiteres Land dar, das eine antiimperialistische Politik verwirklichte, vielleicht sogar eine konsequentere als die meisten anderen ..., weil eine 'sozialistische Orientierung' als Triebkraft wirkte." (S. 11) Dies gilt bei Ch. auch als Ursache für die nichtklassische Tatsache, daß die Oktoberrevolution 1917 in einem Land der "zweiten Staffel" als antiimperialistische Revolution stattfinden konnte, "... ein historisches Phänomen, das man vielleicht 'antiimperialistischen Sozialismus' nennen könnte." (S. 11)

Hier wären zwei Feststellungen zu treffen:

1. Als antiimperialistische Abwehrhaltung gegen das globale Vordringen des Kapitalismus hat sich *nicht eine antikapitalistische oder sozialistische Gesellschaftsalternative*, sondern eine Gegenmacht als Konkurrenz herausgebildet, die mangelnde privatkapitalistische Entwicklung (daher in unter-

¹ Im folgenden Text wird unter Ch. stets auf beide Autoren Bezug genommen.

entwickelten Ländern) durch den Staat (in der Form des Etatismus) ersetzt.

2. Wir hatten es bei der Oktoberrevolution *von Anfang an objektiv nicht mit einer sozialistischen Revolution* zu tun, die das Vordringen des Imperialismus durch die Herausbildung einer neuen überlegenen Gesellschaftsordnung hätte verhindern können.

Bei Ch. erscheint jedoch die Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg als die Konkurrenz zweier qualitativ gegensätzlicher Systeme, bei der der "antiimperialistische Sozialismus" vor folgende Entscheidung gestellt war: "Wie die 'dritte', so stand ... auch die 'zweite Welt' vor der Wahl, entweder den Weg selbständiger Entwicklung fortzusetzen, indem alle Anstrengungen auf die Entfaltung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und einer darauf basierenden starken Wirtschaft konzentriert und damit die Grundlagen des Monopol-Peripherie-Systems des Imperialismus unterhöhlt werden, oder aber sich vom Strom der Erdöldollars und billiger Kredite verführen zu lassen und sich auf die Produktion und den Verkauf von Rohstoffen zu spezialisieren; hoffend auf ein 'Wirtschaftswunder' in der Zukunft." (S. 11)

Dem steht die Auffassung entgegen, daß diese "freie Wahl" des Weges zu diesem Zeitpunkt nicht mehr möglich war und dieses System gerade an der objektiven Unfähigkeit zugrunde ging, auf dem Gebiet des wissenschaftlich-technischen Fortschritts Überlegenheit zu beweisen, und zwar sowohl von der Produktionsebene her wie von den moralisch-ethischen Werten her. Dem steht aber auch die Auffassung von Ch. selbst entgegen. Danach hat sich der Etatismus als "Konkurrenzsysteem" ja nicht historisch aus der kapitalistischen Entwicklung heraus, sozusagen von innen heraus entwickelt (wenn überhaupt, dann aus dem unterentwickelten Kapitalismus heraus mit noch feudalen Bewußtseinsstrukturen), sondern erscheint als "von außen" der Gesellschaft verordnetes System, das keine eigene, über den Kapitalismus hinausgehende Gesellschaftsordnung hervorbringen konnte. So gesehen könnte man eher von einem "etatistischen Imperialismus" als von einem "antiimperialistischen Sozialismus" sprechen.²

Bei der Darstellung der weiteren Entwicklung bis zum Augustputsch 1991 wird die Fehleinschätzung der qualitativen Seite des "antiimperialistischen Sozialismus" bei Ch. besonders deutlich. "Der Kampf dieser beiden Tendenzen (siehe oben Wahl des Weges nach dem zweiten Weltkrieg, HK) bestimmte seit den fünfziger Jahren die gesamte Entwicklung der sozialistischen Länder, in erster Linie die der UdSSR. Die Tendenz zu antiimperialistischer Integration widerspiegelte die langfristigen, perspektivischen Interessen des sozialistischen Blocks; die Tendenz zur Spezialisierung auf Rohstoffexport kam den kurzfristigen Interessen vieler sozialer Gruppen

² Diese Sichtweise bei Ch. würde sich allerdings weitgehend in die "Zivilisationsstufe" der "Moderne" einreihen lassen, wie sie von J. Juchler in Z 16, S. 24 - 25, entwickelt wird.

dieses Blocks entgegen und führte dadurch zur Desintegration. (S. 12) Hier wird übersehen, daß die "antiimperialistische Integration" eben keine reale sozialistische Grundlage hatte und eine dem entsprechende Perspektive, sondern bestenfalls eine Überholung des Imperialismus auf dessen eigener Grundlage bedeuten konnte.

Die Niederlage der sozialistischen Perspektive versuchen Ch. so zu begründen:

"So wie die spontane Entwicklung der Arbeiterbewegung zu ihrer Unterordnung unter die Interessen der Bourgeoisie führt, so konnte die *spontane Entwicklung des Sozialismus* (Hervorhebung HK) nur zu einer immer größeren Unterordnung unter die imperialistischen Metropolen und schließlich zu seiner Degeneration und zu seinem Untergang führen." (S. 12) Mit dieser Unterstellung ist dann eine Schuldzuweisung an die "Perestroika" wiederum logisch, die nach ihren Worten nichts anderes war, als "... ein ganzer Strom voller unverantwortlicher Versprechungen ..." bzw. die "spontane Entwicklung des Sozialismus". Dann heißt es weiter: "Auf der Welle dieser, sich wechselseitig ausschließender, doch gleichermaßen illusionärer Erwartungen kam es zum August 1991." (S. 13)

Die Frage stellt sich: Um was ging es eigentlich beim Putsch 1991? Obwohl die sozialistischen Reformer um Gorbatschow keine realistische Chance hatten, so waren die Putschisten gegen Gorbatschow auf jeden Fall offene Gegner solcher Reformversuche.

Jelzin, der sich demagogisch "vor den gewählten Präsidenten" stellte, ihn aus dem Exil auf der Krim zurückholte, konnte nun mit dem Nymbus des Antiputschisten den Staatsstreich vollenden. "Der Staatsstreich (gegen Gorbatschow!! - HK) zerstörte die KPdSU und diejenigen zentralen Strukturen, die die Regionen, Gebiete, Betriebe zu einem einheitlichen Komplex verbanden und gleichzeitig in das internationale antiimperialistische System eingebunden hatten." (S. 13) Das Zusammenspiel der Putschisten gegen Gorbatschow mit seinem "Retter" Jelzin war kein Zufall.

Folgt man der Darstellung von Ch. weiter, dann vollzog sich nach dem Sturz Gorbatschows eine Umgruppierung der Kräfte, die zwei Varianten als Alternativen anboten: "Um Jelzin herum haben sich alle proimperialistischen Kräfte vereinigt, zur Verteidigung der Sowjetmacht sind die antiimperialistischen Kräfte angetreten (allerdings innerhalb eines weitaus breiteren Blocks, der die Nationalreformisten miteinschließt)." (S. 15) Wenn man hier Antiimperialismus im Sinne von "Etatismus" versteht (siehe oben), dann war diese Alternative zu Jelzin ein Zurück in die alten Strukturen, freilich mit einigen Veränderungen.

Nach den jüngsten Wahlen im Dezember 1993 wird gerade eine neue Machtverschiebung in diese Richtung sichtbar. Die Macht des Präsidenten wird immer mehr als das Machtverhältnis der sich bekämpfenden Apparstrukturen erkennbar. Die Machtbefugnisse des Präsidenten sind für sie

solange keine Gefahr, wie sie zu ihren Gunsten genutzt werden können. Wenn überhaupt, dann könnte sich aus dieser Konstellation nur dann eine Chance bieten, wenn eine demokratische Basis entstehen würde, die anstelle des bürokratischen Apparates echte Kontrollfunktionen in Politik und Wirtschaft wahrnimmt. Dies wiederum ist nur gegen die Apparstrukturen (aller Coleur) durchsetzbar.

So schrumpft bei Ch. der "reale Sozialismus" wieder auf die Position der imperialistischen Gegenkonkurrenz zusammen. Zur Bekräftigung dessen schreiben sie: "Selbst, wenn diese Leute (um Rutzkoi und Chasbulatow, HK) subjektiv lediglich eine 'sozial orientierte Marktwirtschaft' ... wünschten, so würden doch selbst ihre bescheidenen Handlungen in eben diesem Sinne zu einer Konfrontation mit den imperialistischen Kräften führen, die nicht gewillt sind, ihre Macht über die Welt mit irgendjemanden zu teilen." (S. 15) Die Fronten sind klar: Jelzin erscheint als Kapitulant vor dem westlichen Imperialismus, während die Chasbulatow/Rutzkoi-Fraktion (einschließlich der freigesetzten Nationalisten und Chauvinisten vom Schlage eines Makarow und Schirinowski) als Gegenmacht in der Form eines sog. "antiimperialistischen Sozialismus" erscheinen.

Der Versuch, mit diesem Beitrag den Problemen gerecht zu werden, leidet auf jeden Fall unter Platzmangel. Für sehr verkürzte Darstellungen wird um Verständnis gebeten. (Nachlesen empfohlen). Abschließend sei jedoch folgende Vereinfachung erlaubt: Bisher wurde der Kapitalismus/Imperialismus in seiner Geschichte noch nie mit der Gefahr einer realen sozialistischen Alternative in der Praxis konfrontiert. Die innere Systemkonkurrenz hat die Welt und die Menschheit an die Grenzen ihrer Existenz getrieben. Aus den Widersprüchen dieses Systems gilt es nun, die humane und demokratische Alternative zu entwickeln, die künftig nur noch mit dem Untergang der Menschheit selbst konfrontiert werden könnte.

Hermann Krüger

Was ist marxistische Erneuerung? - Zur Notwendigkeit der Neuformulierung der Frage

Es ist zunächst wichtig, wie Krüger und Schuster es in Z 17 tun, sich an die Entstehung des Begriffs "Marxistische Erneuerung" zu erinnern: Er bezeichnete in der innerparteilichen politischen Auseinandersetzung in der DKP die Überzeugung, es sei notwendig, sich ohne Tabus mit allen möglichen theoretischen und politischen Fragen neu auseinanderzusetzen, dabei alle möglichen in der Marxschen Tradition/Theorierichtung stehende oder auch andere Positionen sowohl zur Kenntnis zu nehmen als auch auf ihre Erkenntnistauglichkeit hinsichtlich der Erklärung einzelner Phänomene und/oder der Komplexität der Welt zu prüfen.

Davon ausgehend ist möglicherweise die Frage nach der "marxistische Erneuerung" falsch gestellt: Sie ist aus der "orthodoxen" Marx-Rezeption heraus gestellt, die ihren Niederschlag - wenn auch in unterschiedlicher Weise bezüglich der Nähe oder Entfernung zur früheren sowjetischen und DDR-Rezeption der Marx'schen Werke - in der Theorieerarbeitung der verschiedenen KP's und ihrer verschiedenen Strömungen fand. In diesem Sinne stimme ich Krüger/Schuster zu (Z 17, S. 108), die die Frage aufwerfen, ob bei der Bestimmung des "Marxismus" nicht die Gefahr besteht, eine solche Denkrichtung, auch wenn plural, breit und differenziert gedacht, "aus dem Wissenschaftsbegriff insgesamt herauszulösen" (S. 110). Damit wären andere wissenschaftliche Erkenntnisse - z.B. die "Rolle der Ökologie, die Rolle des Individuums in der Gesellschaft, die Geschlechterfrage ..." - nur zusätzliche, gedacht zum "Schließen wesentlicher Lücken in der marxistischen Forschung", wie es Heininger (Z 17, S. 103) sieht.

Zu hinterfragen ist, ob diese Problembereiche bei Marx und seinen Adepten nur "Lücken" waren, aus der Zeit heraus gar nicht entwickelt werden konnten (z.B. Ökologiefrage), nicht sogar vorhanden waren (Verhältnis Individuum - Gesellschaft), oder es der Zeit entsprechende Ansätze gab (Frauenfrage bei Engels), die von den verschiedenen Fraktionen der Arbeiterbewegung nicht gesehen oder bewußt zur Seite geschoben wurden (bei letztem müßte untersucht werden, warum dies so war). Außerdem muß berücksichtigt werden, daß Marx u.a. die Gesellschaften, Staaten und Kämpfe ihrer Zeit analysierten und sich nicht als Propheten verstanden. Das heißt, das Problem war (und ist?) die fehlende Unterscheidung von nur aus der Zeit heraus gültigen Erkenntnissen und deren mögliche Abstrahierung zu allgemeingültigen Erkenntnissen.

Interessant ist übrigens bei Heininger, daß für ihn die Skala der Nutzung anderer wissenschaftlicher Erkenntnisse, Methoden und Theorien von "radikalen Ökologen über sozialdemokratische Auffassungen und die Frankfurter Schule bis zu einem Hans Jonas" (ebd.) reicht. Daß er aber die "Geschlechterfrage" ohne die Einbeziehung feministischer Theorieansätze erarbeiten will, läßt aufhorchen: Entweder es ist ihm nicht ernst mit der "Geschlechterfrage", oder er nimmt feministische Theoriebildung nicht ernst - vielleicht kennt er sie nicht. Es könnte natürlich auch sein, daß er meint, die Geschlechterfrage sei isoliert von Politischer Ökonomie, von Macht- und Herrschaftsstrukturen zu betrachten und feministische Theorieansätze seien für letzte Themen nicht von wissenschaftlicher Relevanz; d.h. sie werden für nicht auseinandersetzungswürdig gehalten oder nur in den Zuständigkeitsbereich theoretisch arbeitender Frauen gehörend gesehen.

Heininger ist natürlich absolut nicht der einzige, der die Geschlechterfrage zwar als wesentliche benennt, aber feministische Theoriebildung überhaupt nicht im - wissenschaftlichen - Blick hat. Dieses Phänomen läßt sich bei - fast - allen in der Tradition der Marx'schen Denkweise stehenden und

heute Gesellschaftsanalyse betreibenden Theoretikern feststellen, die die Geschlechterfrage zwar ganz allgemein benennen, aber auch nicht weiter analysieren.

Die Frage, die ich nicht beantworten kann (und ich denke, das kann auch kein einzelner Mensch), was denn "marxistische Erneuerung" ist, möchte ich anders stellen: Was bleibt von Marx und den in seiner Denktradition stehenden Positionen? Was unterscheidet mich und andere, die Marx u.ä. noch für grundlegend halten, von anderen TheoretikerInnen?

Heininger benennt seinen Ausgangspunkt als Position der "historisch-dialektischen Methode" (Z 17, S. 102). Dem könnte ich mich anschließen, wenn das historisch-dialektische nicht nur als Methode gesehen würde.

Böke schreibt (Z 16, S. 161), daß der Sinn der in der Tradition von Marx stehenden "historisch-materialistische(n) Theorie" "aus der Kritik hegemonialer Wissensformen, durch die Rationalisierung von Herrschaft erfolgt". Ich finde es schon wichtig, die Hegemoniefrage zu stellen, aber es fehlt mir die Dialektik.

Die Dialektik - nicht nur als Methode - und ihr Zusammendenken mit dem historischen Materialismus sehe ich in den Ausführungen von Seppmann (Z 16, S. 167 ff). Insbesondere in seinem letzten Abschnitt (ebd. S. 175) sind mögliche Ausgangspunkte für die Frage der "marxistischen Erneuerung" bzw. das Annähern an das Problem: "Was bleibt von Marx?" formuliert: "Auch wenn seine ambitionierten Ansprüche nicht immer eingelöst wurden, ist der historisch-materialistische Theorieentwurf der einzige, der die Krisenideologien als Formen des herrschenden Denkens analysiert und berücksichtigt, daß die virulenten ideologischen Reproduktions- und Verschleierungssysteme sich nur durchbrechen lassen, wenn die spontanen Erlebnisformen auf ihre sozialen Entstehungsbedingungen zurückgeführt und alle theoretischen Sichtweisen in ihrer gesellschaftlichen Funktionalität reflektiert werden. Das dialektisch-kritische Denken ist gleichermaßen perspektivisch, weil es die Gesellschaftskritik im Kontext des menschlichen Emanzipationsstrebens betrachtet und deshalb Gegenwartsanalyse mit der Frage nach den Bedingungen der Überwindung von geistiger Verblendung und repressiver Herrschaft verbindet."

Was mir nun bei Seppmann fehlt, ist das Individuum. Die Frage ist doch, wieso herrschende "Reproduktions- und Verschleierungssysteme" von den Individuen "angenommen" werden? Wieso lassen sich Menschen von einer Minderheit ausbeuten, wieso lassen sich Frauen in gesellschaftlich unterbewertete und diskriminierte Rollen "stecken"?

Herrschaftssysteme, die alle auf Reproduktion aus sind und alle verschleiern, werden von Individuen, sowohl herrschenden als auch beherrschten, getragen und können nur hegemonial sein und überleben, wenn sie an tatsächlichen und/oder scheinbaren Bedürfnissen - zumindest einer qualitativ großen Minderheit - von Individuen anknüpfen. Es gibt nicht die

"geschickten" Herrschenden und die "dummen" Beherrschten, egal welchen Geschlechts, welcher Klasse/Schicht, welcher Kultur oder welcher Couleur (ganz wörtlich als Farbe gemeint). Da ist mir übrigens Seppmann - aber nicht er alleine - zu ahistorisch. (Für die Geschlechterfrage in ihrer historischen Entstehung empfehle ich die Beschäftigung mit: Gerda Lerner, Die Entstehung des Patriarchats, Frankfurt/New York 1991.)

Die Frage der Hegemoniefähigkeit gesellschaftlicher Gruppen und Individuen halte ich für eine wesentliche. Damit könnten verschiedene gesellschaftliche Probleme in ihren vielfältigen Zusammenhängen und Bezügen analysiert werden. Ob es sich nun um aktuelle Fragen wie Rechtsradikalismus, Frauenunterdrückung, Umweltschutz, sog. "Dritte Welt"-Konflikte oder Neue (alte) Armut handelt oder um allgemeinere theoretische Fragen der sozialen Verteilung, der Geschlechterfrage, der Ökologie, des Imperialismus, von Macht und Herrschaft und deren Zusammenhängen in nationalem und globalem Sinne: Diese Fragen könnten unter dem Hegemonieaspekt sowohl hinsichtlich ihrer materiellen Basis - im weitesten Sinne - als auch in bezug auf ihre materielle und ideologische Durchsetzungsfähigkeit begriffen werden. Der - wichtige und oft vernachlässigte - historische Aspekt wäre inbegriffen. Hiermit könnte die Falle der ökonomistischen oder soziologischen Einseitigkeit, die einseitige Überbewertung der Strukturen (bei Althusser, aber auch bei den sog. Regulationisten - trotz gegenteiliger Absicht) oder die Überwertung des Individuums (wie z.B. bei den sog. Dekonstruktivisten) - umgangen werden. Die Möglichkeit der Analyse des Wechselverhältnisses (um nicht zu sagen dialektischen Verhältnisses) von Individuum und gesellschaftlichen und/oder staatlichen Strukturen wäre mit einer solchen Herangehensweise gegeben. Es könnten sowohl Einzelphänomene als auch die Komplexität von Gesellschaften (auch außereuropäischen) untersucht und begriffen werden.

Zur Frage der Hegemonie und/bzw. des Verhältnisses Individuum und Gesellschaft gibt es gute und wichtige Anregungen nicht nur bei Gramsci (der viel zu wenig, und wenn, dann oft instrumentell, rezipiert wird), sondern auch bei Kebir, Stuart Hall und Balibar. Auf feministische Wissenschaftlerinnen wie Barrett, Beer, Benhabib, Fraser möchte ich (und muß ich wohl) gesondert hinweisen. Alle genannten versuchen, die Komplexität von Gesellschaften zu erfassen.

Wichtig ist auf jeden Fall das Infragestellen des "Primats der Ökonomie". Das Primat der Ökonomie scheint eine Grundannahme der Marxschen Theorietradition zu sein. Diese ist vielfältig kritisiert worden. Bei Althusser und Adepten wandelt sie sich zur Ökonomie als "letzter Instanz". Bei einigen feministischen Ansätzen (Mies/Werlhoff) findet eine Umkehrung statt (Reproduktion als wesentlichster Faktor). Bei beiden Richtungen finden sich interessante Diskussionspunkte hinsichtlich der Klassenfrage, der Werttheorie, des Verhältnisses von Basis und Überbau. Trotzdem sind "beide Richtungen" m.E. letztlich falsch.

Ich gehe von einer Komplementarität, d.h. der wechselseitigen Entsprechung von Produktions- und Reproduktionsbereich aus (was eine Erweiterung der - ob "marxistischen" oder "feministischen" - Definition beider Begriffe bedeutet). Konkret: Der Arbeiter/Angestellte/Manager muß seine Nahrung bekommen, seine Wohnung geputzt und seine Kleidung gewaschen, geflickt etc. haben; er benötigt seinen Rückzugsort vom "Streß" des Arbeitsleben in der Familie. Gesellschaftlich und individuell muß die Reproduktion des Nachwuchses gewährleistet sein - für die Weiterexistenz der Menschheit, für die Versorgung der älteren Generation - und dessen normative Integration in Gesellschaft und Staat. Dieser Reproduktionsbereich wird - egal ob in seiner weiten Ausdifferenzierung in den heutigen sog. Industriegesellschaften oder in nichtkomplexen Stammesgesellschaften - durch den Produktionsbereich, d.h. durch die Art der Warenherstellung, die Produktivität etc. mitbestimmt, umgekehrt ebenso. Und das ist geschlechtsspezifisch organisiert! Beispiel für die Komplexität dieser Zusammenhänge ist die Herausbildung der Kleinfamilie im Zuge der Industrialisierung im 18. und 19. Jahrhundert in Westeuropa.

Von daher spielt die Geschlechterfrage für die Analyse von Gesellschaften hinsichtlich ihrer materiellen Basis eine entscheidende Rolle, auch wenn das von den meisten Theoretikern nicht so gesehen wird. Welche ideologische Rolle für die Hegemoniefähigkeit herrschaftsbestimmter Gesellschaften die geschlechtsspezifische Trennung zwischen Produktions- und Reproduktionsbereich, die sich ausdrückt in einer Trennung von Privat und Öffentlich, besonders seit der Herausbildung und gerade nach dem scheinbaren Sieg bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften, spielt, wird so gut wie nicht thematisiert (vgl. dazu Carol Pateman).

Die von mir hier skizzierte Bedeutung der Geschlechterfrage ist ein Beispiel für die Notwendigkeit eines anderen Herangehens an "marxistisch" orientierte Gesellschaftsanalyse; die Vernachlässigung bzw. Nichtbeachtung dieses Bereiches in der theoretischen Auseinandersetzung im Umkreis von Z ist leider evident. Dies trifft übrigens, auch wenn nicht ganz so rigide, für den Bereich Ökologie zu. Allerdings denke ich, daß die Geschlechterfrage im Zusammenhang von Gesellschaftsanalyse und der Hegemoniefähigkeit bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften im Vergleich zur Ökologiefrage eine fundamentalere Bedeutung hat. Das wäre eine eigene, notwendige theoretische Auseinandersetzung, der sich endlich auch einmal Männer stellen sollten.

Für eine Einbeziehung der Geschlechterfrage in die theoretische Auseinandersetzung bei Z sehe ich jedoch schwarz, wenn ich mir Beiträge wie in Z 18 vom Juni 1994 ansehe: Heinz Jung sieht hier (S. 14) in einer Analyse der Bundesrepublik im Wahljahr 1994 die Frauenbewegung unter dem "faktischen Matronat von Frau Süßmuth" und verbucht als deren "makabere Erfolge" die erste Generalin und den Aufstieg von Frau Limbach (vorher sich angeblich betätigend "in den Spuren von Gustav Noske")

zur Bundesverfassungsrichterin. Andererseits sieht er in dem Artikel "die Frauenbewegung als nicht in der Lage (oder gewillt)" gewesen, die "Frauennerrungenschaften aus der DDR in das neue Deutschland herüberzuretten". Diese Einschätzung ist selbst makaber und von einer solchen unverschämten Oberflächlichkeit, um nicht zu sagen Ignoranz, daß es sich nicht lohnt, darauf weiter einzugehen. Denn: Wo waren die Männerbewegungen wie Gewerkschaften, PDS etc. in der Lage (oder gewillt), Errungenschaften der ehemaligen DDR, die Jung doch bestimmt noch annimmt, in das neue Deutschland herüberzuretten? Hat es die Männerbewegung unter dem Patronat von Rühle und Blüm nicht auch nur geschafft, daß ehemalige NVA-Offiziere nun in der Bundeswehr weiter "dienen" dürfen?

Dieser Artikel ist bezeichnend für das Nichternstnehmen bzw. noch nicht einmal Wahrnehmen der Frauenbewegung in ihrer Vielfältigkeit, von einer Kenntnisnahme der differenzierten feministischen theoretischen Literatur ganz zu schweigen.

"Marxistische Erneuerung"? Für mich ist der Ausgangspunkt eine dialektisch-materialistisch-historische Welterfassung.

Das heißt zunächst, die bisherige Arbeit sowohl in ihren wissenschaftlichen als auch individuell menschlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen zu durchdenken. Daß das nicht geschieht, ist, glaube ich, das Haupthemmnis "marxistischer Erneuerung". So wird in Z, aber nicht nur da, so weiter gemacht wie bisher. Die wichtigen neuen Fragestellungen werden zwar gesehen, aber in der Analyse weitgehend verdrängt. Eine Selbstinfragestellung hat - öffentlich - nie stattgefunden. Es wird - höchstens - eine kritisch-theoretische Distanz zum ehemals "realexistierenden Sozialismus" eingenommen und ansonsten fröhlich weitergemacht (zum "fröhlichen Weitermachen" vgl. besonders die Artikel von Gerns in Z 16 und von Jung in Z 16 und 18).

Das Herangehen ist immer noch weitgehend ökonomistisch, d.h. es werden die ökonomischen Strukturen und deren Entwicklungen in einem Land untersucht bzw. die Ableitung der sozialen Strukturen von dieser Basis im weitesten Sinne vorgenommen. Das ist bestimmt auch notwendig, aber wenn solche Untersuchungen die alleinige oder hauptsächliche Basis für die Erklärung von Gesellschaftsformationen und/oder Herrschaftsstrukturen bilden, kann kapitalistische Herrschaftsstruktur nicht erkannt und damit auch nicht überwunden werden. Mit einer solchen Herangehensweise wird man weder Marx gerecht noch den heutigen gegebenen Verhältnissen, kann auch der Sieg des Kapitalismus über den "realexistierenden Sozialismus" nicht einmal schemenhaft erkannt und schon gar nicht erklärt werden.

Im Gegenteil: Solche Herangehensweise führt - in ihrem Extrem - zu einer nostalgischen Verklärung der früheren weltpolitischen Verhältnisse wie bei der "Gorbatschowismus"-diskussion à la Heinz Jung. Umgekehrt kann es zu einem Hochjubeln des Sieges der Zivilgesellschaft à la Antje Vollmer füh-

ren. Beide liegen daneben. Beide thematisieren nicht - was sie negieren würden - den dialektischen Zusammenhang zwischen Individuum und Gesellschaft. Weder ist das Individuum - à la Jung - nur den Strukturen und den Machtverhältnissen ausgeliefert, z.B. einem Gorbatschow, noch ist - à la Vollmer - in einem Staat mit rechtstaatlichen Prinzipien die Zivilgesellschaft durchgesetzt - weltweit schon gar nicht.

Wir werden nicht weiterkommen, wenn wir uns der Komplexität und den Ungleichzeitigkeiten dieser Welt nicht stellen. Dazu ist Marx mit seiner Entwicklung einer dialektisch-materialistisch-historischen Welterfassung brauchbar und notwendig.

Monika Domke

Zur Debatte um "Lean Production" - Kapitalismustheorie oder "verschlanke" Theoretisierung neuer Produktionskonzepte?

Peter Strutynski (Hrsg.), *Schlanke Produktion, Regionalentwicklung und Industriepolitik. Auswirkungen neuer Produktionskonzepte auf Arbeit, Umwelt und Verkehr*, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf 1993, 234 S., DM 16.80.

Das Buch protokolliert eine unter dem gleichen Titel 1992 an der Gesamthochschule Kassel von der GhK-Forschungsgruppe Produktivkraftentwicklung Nordhessen (FPN), dem Arbeitskreis arbeitsorientierte Regionalwissenschaft, der Hans-Böckler-Stiftung des DGB, dem Nürnberger Zentrum für Arbeit, Technik, Umwelt (ZATU) sowie der örtlichen IG Metall veranstalteten Fachtagung, auf der, so der Herausgeber, "konzeptionell und inhaltlich neue Wege beschritten" und die unter dem Label "Lean Production" (künftig: LP) gehandelten neuen Produktionskonzepte "aus ihrer vorwiegend betriebswirtschaftlich verengten Sichtweise gelöst und aus gesamtwirtschaftlicher, arbeits-, regional- und umweltpolitischer Perspektive betrachtet" wurden. (5)

Nahezu alle Beiträge der Tagung haben ihren Bezugspunkt in einer Studie des Massachusetts Institute for Technology (MIT) über die "zweite Revolution in der Autoindustrie", nach der das schlanke Unternehmen (Prototyp: Toyota) in

der Kombination der Vorteile handwerklicher und serieller Produktion und der Vermeidung ihrer Nachteile (hohe Kosten der ersten und Starrheit der letzteren) von allem weniger einsetzt als die Massenproduktion: "die Hälfte des Personals in der Fabrik, die Hälfte der Produktionsfläche, die Hälfte der Investition in Werkzeuge, die Hälfte der Entwicklungszeit". (6) Darüberhinaus reduziere LP beträchtlich die Lagerhaltung, führe zu weniger Fehlern und zu einer weiterhin wachsenden Produktvielfalt.

Zur Vorverständigung über die Ursachen und Bedingungen dieses "Wunders" ist es nützlich, LP in den Kontext der seit Ende der siebziger Jahre mit den Computer- und Kommunikationstechnologien entwickelten Flexibilisierungsstrategien des Kapitals einzuordnen. Das nämlich ermöglicht die Feststellung, daß das Phänomen keineswegs so neu ist, wie es nach der MIT-Studie den Anschein hat, und die theoretische Beschäftigung mit ihm, freilich in der weiter als die unmittelbaren sozioökonomischen Effekte von LP reichenden Perspektive der Reproduktionskrise der kapitalistischen Metropolen, bereits in den achtziger Jahren begonnen hat. Zu nennen wären hier etwa die "Regulationsschule" (vgl. dazu die Besprechung des Sammelbandes "Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß", in: Z 14, 156ff.) oder die Gorz'schen Konzepte zur "Krise der Arbeitsgesellschaft", die auf gerade von LP freigesetzte Möglichkeiten alternativer Strategien ge-

sellschaftlicher Arbeitsorganisation gerichtet sind.

LP ist primär Bestandteil einer technisch gestützten "Flexibilisierung des Wertschöpfungsprozesses", die das materielle Substrat der Produktion, das individuelle und kollektive menschliche Arbeitsvermögen "sowie die überbetrieblichen Güterströme und Kommunikationswege einschließlich ihrer räumlichen Dimensionen" in ihre Strategien einbezieht (vgl. Peter Strutynski, in: Z 17, 43ff.). Dabei macht es "den 'systemischen' Charakter der gegenwärtigen Rationalisierungswelle aus, daß nicht einzelne ... Flexibilisierungsmomente isoliert umgesetzt werden, sondern daß möglichst alle möglichst gleichzeitig zum Zuge kommen" (ebd.).

Das aber wird vernachlässigt, wenn in der gewerkschaftlichen und arbeitswissenschaftlichen Diskussion, wie Strutynski hier feststellt, das Thema (relativ selbständige und das Fließband ablösende) Gruppenarbeit verselbständigt und aus dem Zusammenhang mit anderen Flexibilisierungsmethoden herausgelöst oder gar als zentrales Moment der neuen Produktionskonzepte betrachtet wird (vgl. ebd.). Manche Beiträge des vorliegenden Bandes sind trotz des weiter gesteckten thematischen Rahmens nicht ganz frei davon.

Herrscht bei den AutorInnen des Bandes auch Einigkeit darüber, daß LP vorab eine "Rationalisierungsstrategie" des Kapitals, keine "Humanisierungsstrategie" der Arbeit ist, so kommen sie doch zu recht unterschiedlichen Bewertungen

gen der neuen Produktionskonzepte, vor allem hinsichtlich der "Gestaltungsmöglichkeiten" von Seiten der in "verschlankten" Produktionsbereichen bzw. in von diesen betroffenen Bereichen Beschäftigten.

So warnt im ersten Teil des Buches ("Einführungen und Überblicksdarstellungen") Hans-Erich Müller vor "Fehleinschätzungen des MIT-Konzepts", wenn LP als bloßes Fertigungskonzept verstanden werde und nicht als "eine neue gesellschaftliche Produktionsweise, die auch eine veränderte Rolle des Staates, der Bildungsinstitutionen, der Gewerkschaften etc." (19) einschließe und von ihren unterschiedlichen Realisierungsbedingungen (in den USA, in Japan oder in Europa) her zu bestimmen sei. Denn die "Schattenseiten des Toyofismus" wie "permanente Überstunden und Überbelastung, Hochleistungsteams junger Arbeitskräfte und die Ausgrenzung älterer Arbeitnehmer sowie der Gruppendruck durch rigide Kontrollsysteme" könnten schwerlich übersehen werden (zu den mörderischen Arbeitsbedingungen in Japan, gerade auch bei Toyota, vgl. Kyôichi Mackawa in diesem Heft).

Von einem auf ein Fertigungskonzept reduzierten Begriff von LP aber scheint Ekkehart Frieling auszugehen, wenn er die "Hauptprinzipien der schlanken Produktion ... im Einklang mit generellen arbeitswissenschaftlichen Überlegungen zur Schaffung humaner Arbeitsbedingungen" (29) sieht, in denen die Interessen von Management und Mitarbeitern tendenziell

konvergieren, die Bereitschaft zur Selbstveränderung beider vorausgesetzt.

Dankwart Danckwerts (42ff.) dagegen lenkt den Blick auf das in den überbetrieblichen Auswirkungen von LP sich reproduzierende Machtgefälle: Dezentralisierung der Produktion gerät zur zunehmenden Abhängigkeit der Zulieferer- von den Herstellerbetrieben, Gruppenarbeit zu Freisetzung und Verfall nicht-flexibler, d.h. den Anforderungen von LP nicht entsprechender Qualifikationen, Auslagerung nicht rentabler Bereiche aus dem Konzernverband und Belastung der Verkehrsträger bei gleichzeitiger Abwälzung von Unternehmenskosten auf gesellschaftliche Träger. Zur Frage nach den Gestaltungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer verhält sich Danckwerts eher skeptisch, zumal eine "Koordination mit Handlungskompetenz" zwischen den Gewerkschaften der in Transport, Umschlag und Lagerei Beschäftigten nicht einmal in Ansätzen sichtbar ist.

In Teil II, der sich mit den betrieblichen Aspekten von LP befaßt, zeigt Peter Strutynski, daß die mit dem "fordistisch-tayloristischen Produktions- und Rationalisierungsparadigma" (64) verbundene Arbeitsteilung, Beschäftigtensegmentierung und Hierarchisierung der Arbeitsorganisation durch LP keineswegs aufgehoben, sondern eher verschärft werden. Denn in dem Maße, wie die Verringerung der Fertigungstiefe in den Herstellerunternehmen und deren immer rigideres Kommando über immer arbeitsteiliger produzierende Zu-

liefererbetriebe neue Formen der Polarisierung zwischen Herstellern und Zulieferern wie innerhalb der kleinen und mittleren Industrie zur Folge haben, wird auch mit "eine(r) weitere(n) Segmentierung und Differenzierung von Arbeitsverhältnissen sowohl zwischen den Betrieben der Zuliefererpyramide als auch innerhalb der Betriebe" (73) zu rechnen sein (zur gegenläufigen Entwicklung von LP in Herstellerbetrieben und Taylorisierung des Arbeitsprozesses im Verkehrssektor vgl. auch Gerhard Ernst, 163ff.).

Weitere Beiträge zu diesem Teil befassen sich mit der aus den genannten Prozessen resultierenden ungleichen Verteilung der Nachfrager- und Anbietermacht zwischen Herstellern und spezialisierten Zulieferern (Katharina Dahrendorf), mit neuen Qualifikationsanforderungen an die Beschäftigten "in fachlicher, sozialer, kommunikativer und organisatorischer Hinsicht" (Birgit Riess) und mit der Erprobung und Weiterentwicklung von Qualifizierungskonzepten bei VW (Gerhard Kakalick). Bemerkenswert an diesen Qualifizierungskonzepten ist die hier vorgesehene gleiche Qualifizierung aller in einer Abteilung Tätigen zum "Anlagenführer als neues Qualifikationsprofil" (113). Denn tendenziell ermöglicht eine solche Qualifizierung den Abbau von Hierarchien, die Substituierbarkeit der Arbeitskräfte und damit deren individuelle Disposition über die Arbeitszeit, wie sie etwa im Gorzschen Konzept einer "Gesellschaft der befreiten Zeit" gefordert wird.

Gegenstand des dritten Teils ("Überbetriebliche Aspekte von LP") sind die Auswirkungen der von LP untrennbaren Just In Time (JIT)-Transporte auf Verkehrsträger und -infrastrukturen und damit auf die Umwelt wie die Regional- und Stadtentwicklung, wobei freilich festzustellen ist, daß der "Wahrnehmungshorizont von LP den Stadtraum noch gar nicht erreicht zu haben" scheint (9).

In seiner Diskussion umfassender "City-Logistik-Konzepte" zur Bewältigung des primär den Verkehrsträger Straße belastenden JIT-Verkehrs schlägt Hans-Helmut Grandjot "Güterverkehrszentren oder integrierte Verkehrsmanagementsysteme" (143f.) vor, mit denen unter der "intelligenten Nutzung von modernen Informations- und Kommunikationssystemen ... eine Minimierung des Verkehrsaufkommens und die Optimierung des Verkehrsflusses" zu erreichen sei.

Hinsichtlich einer Verkehrsvermeidung weitergehend sind die Ausführungen von Jens-Jochen Roth, dessen "Argumente" zur Entlastung des im Güter- wie im Personenverkehr dominierenden und "sich unter allen Aspekten um ein Vielfaches verschwenkender gegenüber den natürlichen Ressourcen als alle anderen Verkehrsträger (sich verhaltenden) Verkehrsträgers 'Straße'" (153) freilich weitgehend appellativen, d.h. aus der "Verantwortung" aller Beteiligten sich herleitenden, Charakter haben.

In seiner Fallstudie VW Mosel - die Region Zwickau kommt Heinz-Rudolf Meißner zu dem Ergebnis, daß von wenigen "neue(n) supermoderne(n) Kathedralen in der Wüste" (so Hermann Bömer, 204) kaum Impulse für die Regionalentwicklung und Gegenwirkungen zu allgemeinen Desindustrialisierung in den neuen Bundesländern ausgehen, zumal es sich um Ausführungsbereiche von LP handelt und Forschungs- und Entwicklungsabteilungen von den hier engagierten Konzernen in diesen Regionen nicht vorgesehen sind.

Im abschließenden Beitrag fordert Hermann Bömer für die neuen Bundesländer gegen den "Marktradikalismus" gerichtete übergreifende wirtschafts- und regionalpolitische Konzepte, die Peter Strutynski in seinem Vorwort zu Recht vermuten lassen, daß wirtschaftspolitische Alternativen zur rigorosen Politik der Deindustrialisierung "in Bonn nicht zum Zuge kommen" (9).

Abschließend bleibt festzustellen, daß die Beiträge in der Frage nach gewerkschaftlichen "Gestaltungsmöglichkeiten" von LP im wesentlichen (von der zurückhaltenden Position Danckwerts abgesehen) über die Fixierung auf die abstrakte Alternative von "Beteiligung" oder "Verhinderung" (so Mirko Geiger, 122) auf betrieblicher bzw. einzelgewerkschaftlicher Ebene nicht hinausgelangen. Überlegungen zu einer auf flexibilisierte Kapitalstrategien antwortenden und weniger branchenbezogenen als an regionalen Kräfteverhältnissen orientierten Flexibilisierung gewerkschaftlicher

Organisationsstrukturen, wie sie etwa bei Charles Sabel ("Struktureller Wandel der Produktion und neue Gewerkschaftsstrategien", in: Prokla 62, März '86) angestellt werden, fehlen ganz. Gleichwohl ist das Buch eine wichtige Materialsammlung zu etlichen Einzelaspekten von LP und Fallbeispielen, die Grundlage einer von der Reproduktionskrise des gesellschaftlichen Gesamtsystems bestimmten Analyse der "Auswirkungen neuer Produktionskonzepte" sein könnte, nicht schon diese selber, aber geeignet wäre, in der Theorie einer pragmatistischen "Verschlankung" der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der "schlanken" Produktion vorzubeugen.

Reinhard Schweicher

Reform nach rechts

Thomas Leif, Ansgar Klein, Hans-Josef Legrand (Hrsg.), Reform des DGB, Bund-Verlag, Köln 1993, 495 S., 39,90 DM.

Auf dem 15. ordentlichen DGB-Kongreß - im Juni 1994 in Berlin - blieben die Beschlüsse zur organisatorischen und programmatischen Gewerkschaftsreform weit hinter den Erwartungen zurück. Bestenfalls reduzierten sich die Satzungsänderungen auf Sparmaßnahmen angesichts der durch die Mitgliederverluste (1,5 Millionen) bedingten Kassendefizite. Allerdings sind auch jene Funktionäre und ihr "Umfeld" von "intellektuellen Reformern" (S. 12) nicht zum Zuge gekommen, die mit einem "postin-

dustriellen Modernisierungsdiskurs" die Rechtsentwicklung der Gewerkschaften beschleunigen wollen (S. 22).

Eine theoretische Grundlage für diese neosozialpartnerschaftliche Position legten die oben genannten Herausgeber - zugleich verantwortliche Redakteure des Forschungs-journals "Neue Soziale Bewegungen" - mit der im Herbst 1993 im gewerkschaftseigenen Bundverlag erschienenen Schrift vor. Von den 30 weiteren Autoren kommt die Mehrzahl aus dem Hochschulbereich und lediglich zwölf aus den Apparaten der Gewerkschaftsspitzen. Nur wenige betrachten ansatzweise die Gewerkschaften als Widerstandsorganisation und autonome Gegenmacht zum Kapital.

In ihrer Einführung unterstützen die Herausgeber die widersinnige These von Hermann Rappe, der behauptet hatte, der Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit sei durch einen Grundkonsens zwischen Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und staatstragenden Parteien ersetzt worden. Ohne sich auf Rappe zu berufen, vertreten sie soziologisch verbrämten den gleichen Unsinn: "Nicht ein reiner, 'systematischer' Kernbestand wirtschaftlicher Selbstregulation, sondern ein politischer Aushandlungsprozeß bestimmt die Konturen des gesellschaftlichen Sozialvertrages zwischen Kapital und Arbeit. Er wird ermöglicht durch das gesellschaftliche Zusammenspiel..." (S. 11).

Das Buch gliedert sich in drei Teile: "Die Reform der Gewerkschaften in der Diskussion", "Ziel-

gruppenorientierung gewerkschaftlicher Politik als Herausforderung der Strategie- und Reformdiskussion" und "Zukunftsperspektiven". In den 20 Aufsätzen fehlt nahezu völlig eine für die Formulierung von Reformzielen vorausgehende Gesellschaftsanalyse, die nach dem Zusammenbruch des realen Sozialismus besonders erforderlich wäre. Ebenso wenig wird auf den Ist-Zustand der Gewerkschaften als Voraussetzung für die notwendige Organisations-Reform eingegangen. Auch die Ziele und Absichten, die das Kapital und sein Anhang gegenüber den Gewerkschaften verfolgen, werden nicht in die Strategiediskussion einbezogen. Offenbar stören Entlohnung unter Tarif, Sozialabbau und Leistungskürzungen, um für den Modernisierungskurs nach rechts zu werben.

Abweichend von der allgemeinen Linie fordert Christian Götz (HBV), daß die Gewerkschaften, obwohl der reale Sozialismus gescheitert ist, für eine "alternative Gesellschaftsordnung" programmatisch eintreten (S. 50). Die Gewerkschaften "dürfen sich nicht resignierend und endgültig im realen Kapitalismus einrichten; ggf. beschränkt auf soziale Reparaturen". Erforderlich sei eine "grundsätzliche Kapitalismuskritik" (S. 52).

Demgegenüber spricht sich Martin Kempe (taz) für eine "sozial verpflichtende Gesellschaftskritik" aus und fügt hinzu: "Der stalinistische, etatistisch-planwirtschaftliche Sozialismus in all seinen Varianten ist endgültig gescheitert." (S. 391) Er negiert damit jegliche Alternative zum Kapitalismus, schert alles über

einen Kamm und wirbt für eine externe "kritische Gewerkschafts-akademie", die auch als "Stätte der Begegnung" zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden gedacht ist (S. 393). Der Begriff Kapitalismus kommt bei Kempe überhaupt nicht vor.

Zwar polemisieren Schabedoth - IG Metallvorstand - und Tiemann - SPD-Zentrale - gegen die externe Gewerkschafts-akademie, haben aber gegen Kempes Verzicht auf gesellschaftliche Alternativen nichts einzuwenden. Das gilt für die Mehrzahl der Autoren. Ansonsten beschränkt sich das IG-Metall/SPD-Gespann auf eine Darstellung der bisher kaum geführten Reformdebatte von Experten der Gewerkschaftsspitzen mit einigen gewerkschaftsnahen Intellektuellen. Indirekt begrüßen sie die Fusionen zwischen der IG Chemie, der IG Bergbau und der Gewerkschaft Leder sowie zwischen der IG BSE und GGLF. (S. 54-65)

Grundsätzlich anders ist die Meinung der beiden Soziologen Rudi Schmidt und Rainer Trincek. Sie kommen zu dem Fazit: "Der DGB wird aus der gegenwärtig zu beobachtenden Welle von Fusionen der Einzelgewerkschaften nicht gestärkt, sondern eher geschwächt hervorgehen." (S. 75) Die Organisationsreform verkomme zu "einem reinen Sparkonzept, das auf dem Rücken der Beschäftigten ausge-tragen" werde, beschränke sich "defacto auf eine Demontage des DGB" (S. 87) und schaffe einen "neuen Rechts-Block im DGB" (S. 83). Die Forderung nach größerer Mitgliedernähe und mehr innerge-

werkschaftlicher Demokratie wird von mehreren Autoren angesprochen.

Die wenigen detaillierten Aussagen zur programmatischen Erneuerung beschränken sich auf Hinweise, wie den ökologischen Fragen mehr Beachtung zu schenken, mehr Angestellte, Frauen und Jugendliche zu organisieren oder die Massenarbeitslosigkeit zu reduzieren sei. Keiner der Autoren knüpft an das gültige DGB- Grundsatzprogramm von 1981 an, das in seinen Kernaussagen vom Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit ausgeht und antikapitalistische Reformen fordert.

Offensichtlich haben sich die Autorinnen und Autoren dienstbeflissen an das gehalten, was der im Mai 1994 verstorbene DGB-Vorsitzende Heinz-Werner Meyer am 3.5.1993 gegenüber dem "Handelsblatt" erklärte: "Wir haben das Programm von 1981 in den Reißwolf gegeben." Immerhin knüpfen einige wenige Autoren zumindest inhaltlich an die früheren Grundpositionen an. So fordert Helmut Schauer (Vorstand der IG Metall) mehr Mitbestimmungsrechte im Betrieb durch eine "tarifpolitische Gegenoffensive" (S. 183). Klaus Busch (Uni Osnabrück) übt Kritik an der zustimmenden Haltung des DGB zu den Maas-trichter Verträgen (S. 193ff.).

Völlig eingebunden in die rechte Modernisierungsorientierung sind die beiden Aufsätze, die sich mit der Gewerkschaftsproblematik in Ostdeutschland beschäftigen. Wenn auch die "Landnahme" der früheren

FDGB-Mitglieder erwähnt (Birgit Mahnkopf, S. 157) und das "schnelle Überstülpen der DGB-Struktur" nicht für gut gehalten wird (Eidam/Oswald, S. 177), verzichten die Verfasser auf eine kritische Aufarbeitung der vertanen Chancen. Vielmehr wird bedauert, daß der Mitte der 80er Jahre begonnene (rechte) Modernisierungsprozeß der Gewerkschaften durch die Angliederung der DDR und der damit verbundenen sozialen Folgen (Liquidierung der Industrie, Massenarbeitslosigkeit usw.) durcheinander gebracht worden sei und die Krise der Gewerkschaften verschärft habe.

Schon eher Ansatzpunkte für eine Kursbestimmung in Richtung Gegenmacht bieten die Beiträge, die sich mit der Arbeitslosenfrage (Angelika Beier u.a., S. 209ff.) und mit der Kritik an der Frauenpolitik des DGB (Gabriele v. Camen, S. 280f.) beschäftigen. Ebenfalls Beachtung verdient der Artikel von Yilmaz Karahasan, der die Integration der Ausländer und den Antirassismus zum Thema hat. Das geschäftsführende Vorstandsmitglied der IG Metall geht von "Verwertungsinteressen kapitalistischer Profitlogik" (S. 361) aus und setzt sich für die Interessen der ausländischen Arbeiter ein.

Bei den "Perspektiven" berufen sich Walter Hofmann und Heiko Thomas auf eine Umfrage über die Rolle der Gewerkschaften. Sie referieren, daß sich fast 90 Prozent der Befragten zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und zur Durchsetzung von Einkommenserhöhungen für den "Einsatz gewerk-

schaftlicher Machtmittel und Druck auf die Arbeitgeber" aussprachen, S. 437). Im Widerspruch dazu treten sie in ihren Thesen gegen den Arbeitskampf auf: "Häufig sind Streiks und vor allem Demonstrationen eher ein Zeichen von Ohnmacht als von Handlungsfähigkeit." (S. 453)

Sie ziehen die "Dialogform" vor und plädieren zugleich dafür, daß der DGB anstelle der "überholten Personengruppen" eine Struktur von "Lobbys" bei den Ministerien und Dezernaten aufbaut. Wie die kürzlich stattgefundenen Auseinandersetzungen der Deutschen Postgewerkschaft und der IG Medien offenbaren, ist der Streik für die Gewerkschaften immer noch die stärkste Waffe, um Forderungen durchzusetzen und Interessen zu vertreten.

Der letzte Beitrag von Jürgen Hoffmann (S. 457ff.) faßt nochmals die diskutierten Vorschläge zur gewerkschaftlichen Organisationsreform zusammen und bemüht sich um einen Kompromiß zwischen den auf Gegenmacht und Klassenkampf stehenden Linken und den (rechten) Modernisierungskräften an Hand einer regionalen Strukturpolitik.

Im Anhang des Buches sind u.a. die in zehn Abschnitte gegliederten 47 Leitfragen zur Programmdebatte vom Januar 1993 abgedruckt. Bisher gab es auf diese Fragen selbst bei den Gewerkschaftsführungen kaum ein Echo. Insgesamt gesehen enthält die Schrift nur wenig Ansatzpunkte für eine Programm- und Reformdebatte vom Standpunkt

der Arbeiterklasse. Umso notwendiger wird es sein, daß sich marxistisch orientierte Gewerkschafter und Wissenschaftler mit dem rechten "Modernisierungsdiskurs" auseinandersetzen und eigene Standpunkte zur DGB-Reform entwickeln.

Werner Petschick

Die Konzerne und ihre EG

Jörg Huffschnid: *Wem gehört Europa?*, Bd. I: *Wirtschaftspolitik in der EG*, 192 S., 28,80 DM; Bd. II: *Kapitalstrategien in Europa*, 248 S., 32,80 DM, Distel Verlag, Heilbronn 1994.

Wer es kurz und präzise liebt, wird das neue Werk vom Bremer Wirtschaftsprofessor Huffschnid sehr schätzen. In sehr lesbarer und doch nicht zu kurzweiliger Weise wird hier die Entwicklung der EG-Wirtschaftspolitik und die der großen Konzerne kompetent und kritisch beleuchtet. Selbstverständlich geht es ihm nicht um eine bündige Antwort auf die von ihm selbst gestellte Frage, sondern darum aufzuzeigen, wie die Eigentumsinteressen des privaten und staatlichen Kapitals über Jahrzehnte hinweg die Wirtschaftspolitik der EG und damit weiter Lebensbereiche bestimmt haben.

Ausgehend von Quellenmaterial, das aus Kommissionsakten, verschiedenen Tageszeitungen, den Wirtschaftsblättern und der von ihm anscheinend besonders geliebten *Financial Times* besteht, versucht Huffschnid im ersten

Band die Politik des Akteurs EG vor dem Hintergrund ihrer Entwicklungsphasen zu deuten. Dies unternimmt er in drei Kapiteln, die zuerst einmal die politische Gründung über die westeuropäische Wirtschaftsverflechtung bis hin zu der von ihm so genannten Doppelkrise der EG in ihren verschiedenen Verwicklungen und gar nicht geradlinigen Entwicklungen aufzeigen. Danach wird dann die eigentliche Wirtschaftspolitik im Namen von Markt und Mark mit ihren Elementen von Deregulierung, DM-Dominanz und Industriepolitik herausgearbeitet, um dann im abschließenden Kapitel die Frage nach der Entwicklungsrichtung der EG zu stellen, die für ihn in den Alternativen aus Vertiefung oder Stillstand der hierarchischen Integration oder einer gesamteuropäischen Demokratisierung auf der anderen Seite bestehen.

Ausgangspunkt ist die gegenwärtige Skepsis gegenüber der EG (vgl. I 12f.), die seiner Meinung nach in drei Entwicklungen und Befürchtungen gründet: Zum einen fällt die politische und wirtschaftliche Vertiefung mit der größten Wirtschaftskrise in der Nachkriegszeit zusammen, zum zweiten werden die Probleme immer deutlicher, die v.a. in den weitreichenden Deregulierungen bestehen, und zum dritten ist kaum zu erkennen, wie die Perspektiven der EG weiterhin aussehen. Die Ursachen dafür sieht Hufschmid zum einen in den stärker werdenden Widersprüchen zwischen den Mitgliedstaaten, denn das neue "integrationspolitische Zugpferd" (I, 14) Währungsunion

zerfiel schon kurz nach seiner Etablierung im September 1992. Zum anderen hat sich mit dem Wegfall des Systemgegensatzes das Umfeld radikal geändert, wobei die EG gegenüber Osteuropa politisch mit einer "marktradikalen Schocktherapie" reagiert, die "zu ökonomischen und sozialen Katastrophen führt." (ebd.) So bleibt zuerst nach dem Charakter der Krise zu fragen, die der Autor im öffentlichen Diskurs in drei Antworten aufspürt. Erstens seien die aktuellen Probleme nichts weiter als eine zyklische Integrationskrise, die schon immer vorkam und wieder vergehen wird, zweitens werde die wirtschaftliche Krise durch verstärkte politische Zusammenarbeit ausgeglichen und zum dritten würden die Probleme als Anzeichen einer tiefer reichenden Krise verortet, die v.a. darin besteht, daß "die politische und gesellschaftliche Grundlage, auf der die EG-Integration in den letzten 40 Jahren stattgefunden hat, mittlerweile teils verschwunden, teil historisch erschöpft und nicht mehr tragfähig" (I, 19) ist. Es handelt sich also um eine Transformationskrise, die v.a. durch Osteuropa und die verstärkten Globalisierungstendenzen der Triadenwirtschaft ausgelöst wird.

Um zu verstehen, wie diese Transformationskrise zu überwinden ist oder in welche Richtung sie treibt, geht Hufschmid die Geschichte der EG noch einmal kritisch durch und stellt folgende Thesen heraus: Die europäische Wirtschaftsgemeinschaft wurde als politisches Projekt gegründet, nachdem eine gesamteuropäische Integrationspo-

litik gescheitert war, die auf eine dritte Kraft Europa zwischen den Supermächten abzielte. Letztlich blieb es dann aber bei einer kleineuropäischen Lösung, die den kommunistischen Block draußen halten sollte. Dies war ein Block mit den Deutschen. Die Teilnehmerstaaten blieben nur wirtschaftlich zusammengeschlossen, da sich v.a. Frankreich und Großbritannien nicht über die politische Führungsrolle in Europa einigen konnten. Im weiteren Verlauf entwickelte die EG v.a. durch die gelungene Zollunion und z.T. allein durch die schiere Größe Anziehungskraft speziell auf die Staaten, die sich zur EFTA zusammengeschlossen hatten, und die nun in die EG aufgenommen werden (wie nächstes Jahr wahrscheinlich Österreich, Schweden, Norwegen, Finnland).

Trotz der nun mehr oder weniger erfolgreich durchgeführten Einführung des Binnenmarktprojekts von 1992, befindet sich die EG nun in einer "Doppelkrise", aus "westeuropäischen Erblasten" und osteuropäischen Anforderungen (vgl. I, 52f.). Hier wiederholt der Autor seine Thesen aus dem Artikel in "Blätter für deutsche und internationale Politik" (3/1992) von Anfang 1992, die auf zwei Problemlagen abstellen: Erstens bedroht die Marktfixierung die Lebensqualität, da z.B. das Problem der Arbeitslosigkeit nicht mit den Mitteln der Wirtschaftspolitik angegangen, sondern dem Markt überlassen wird, zweitens muß auf den Umbruch in Osteuropa mit neuen Konzepten geantwortet werden. Statt hierauf mit verstärkter wirtschaftlicher

Hilfe für und Einbindung dieser neuen fragilen Staaten zu reagieren, setzt die EG mit der politischen Union und der Währungsunion auf eine "kleineuropäische Formierung (...)" oder eine verkleinerte Kern-EG" (I, 60), die sich zukünftig auch als Militärmacht etablieren will.

Dazu beigetragen hat v.a. die Demontierung der Wirtschaftspolitik im Namen von Markt und Mark. Aus Ansätzen, die es in den sechziger und siebziger Jahren gab, wurde immer mehr Währungspolitik, der es allein um die Haushaltsaufsicht ging. Hier folgt Hufschmid zumeist den grundlegenden Analysen der Berliner Ökonomen Herr und Voy, die die durch die Geldpolitik bedingte Vorrangstellung Deutschlands schon 1989 herausgearbeitet haben. Wie sehr die "propagandistische Begleitung" (I, 84) des Binnenmarktprojekts als "Wohlstand für alle" den wirklichen Entwicklungen widerspricht, zeigt besonders der zweite Band auf. Gehen die beiden ersten Kapitel nicht viel über das hinaus was etwa bei Klaus Busch (Umbruch in Europa, Köln 1992) oder in verschiedenen Schriften von Frank Deppe schon an linker Kritik zu lesen ist, so ist der abschließende Teil mit seiner wirtschaftlich fundierten Kritik und Einschätzung von Kapitalinteressen für die Weiterentwicklung der EG sehr spannend zu lesen und gibt manchen Aufschluß über Tendenzen, die aus dem politischen Geschehen allein nicht klar werden.

Mit der provokanten These, daß die Vertiefung der Integration kein

vorrangiges Interesse für das europäische Kapital sei (vgl. I, 142), grenzt Hufschmid sich von allen blauäugigen Jüngern der Integrationsrhetorik ab. Doch worin sieht er die Gründe hierfür? Mit der Verwirklichung des Binnenmarkts ist ein wichtiges Ergebnis für die Unternehmen erreicht worden, denn die Liberalisierung "hat den Zugang der vor allem aus Deutschland, Frankreich und England kommenden Führungsunternehmen der EG zu den Ländern verbessert, in denen bisher aus historischen Gründen relativ abgeschottete Regulierungssysteme herrschten: Italien, Spanien, Portugal und Griechenland." (I, 142) Eine weitere Integration würde aber wohl auch Sozial-, Regional- und Umweltpolitik auf europäischer Ebene bedeuten, was für das Großkapital nicht weiter erstrebenswert ist. Eine Währungsunion, die sicherlich zur Erleichterung des Zahlungsverkehrs praktisch wäre und zudem die Währungsspekulationen abschaffen würde, bedeutet für die schon international tätigen Unternehmen wenig Vorteile. Eine politische Integration wäre schließlich nur dann interessant, wenn damit "bessere politische Durchsetzungschancen" (I, 145) beispielsweise durch eine Hierarchisierung und Straffung europäischer Strukturen verbunden wären. Die beiden Optionen, die sich so auch im Sinne des Kapitals ergeben, sind zum einen die Stagnation und teilweise Auflösung, zum anderen die Durchsetzung eines autoritären Integrationsmusters unter deutsch-französischer Führung. Letztere

hält Hufschmid für wahrscheinlicher, denn mangelnde Fortschritte bei der Integration und ein Umschlagen in Desintegration könnten zur selektiven Schließung von Märkten führen, was nicht im Sinne der großen Konzerne in Europa ist. Außerdem gilt es zu bedenken, daß in einem auseinandergefallenen Europa die großen Staaten Deutschland, Frankreich, Großbritannien hauptsächlich ihre Interessen durchsetzen würden, was aber auch bei einer Vertiefung der Fall sein kann, wenngleich hier einige Kompromisse mit kleineren Staaten eingegangen werden müssen. Innereuropäische Konflikte jedoch sind gefährlich für die politische Stabilität und die ökonomische Vorherrschaft auf den Heimatmärkten. "Daher halten die europäischen Regierungen trotz der schweren Mängel und gegen einen großen Teil der öffentlichen Meinung mit erstaunlicher Zähigkeit am Programm von Maastricht fest." (I, 149)

Als Alternative bietet sich klar eine deutsch-französische Allianz an, da beide wirtschaftlich wie militärisch nicht stark genug sind, diese Rolle allein zu übernehmen, zusammen ihnen aber diese fast automatisch zufallen würde, wie Hufschmid eindrucksvoll belegt: So entfallen auf beide Länder knapp die Hälfte des EG-Sozialprodukts und 63 der 100 größten Industrie- und Dienstleistungsunternehmen kommen aus diesen Ländern. Er schließt treffend: "Die kombinierte Stärke dieser beiden Länder kann daher der Kern einer machtpolitisch basierten Weiterführung der europäischen

Integration sein. Dabei wäre es aus europa-optischen Gründen erwünscht, wenn sich die Benelux-Staaten oder auch Dänemark (...) von Anfang an diesem Kern anschließen." (I, 155) So wäre der Kampf Europas "auf den und um die Weltmärkte" letztlich nur ein Kampf "weniger europäischer Konzerne und einer größeren Zahl von Spezialanbietern" (I, 165), auf eine aussichtsreiche Grundlage gestellt, wenngleich dies Modell kein Selbstläufer wäre.

Dagegen stellt er eine alternative Position, die er nur kurz normativ skizzieren will, da sowohl eine gesellschaftliche Bewegung als auch ein tragfähiges Alternativkonzept fehlten, die diese konkretisieren könnten. So kommt er über Schlagworte kaum hinaus, die eine v.a. politische Einbindung Osteuropas in die Entscheidungsstrukturen fordern und eine eigenständige Wirtschaftspolitik, die über eine reine Marktstützung hinausgehen sollten. Deren Ziele wären Vollbeschäftigung bei ausreichendem Einkommen, moderne und bedürfnisgerechte Produktion, die Erhaltung der natürlichen Umwelt, stabile Preise und regionaler wie sozialer Ausgleich (vgl. I, 178), also das Wunschprogramm, auf das sich eine breite Linke einschließlich der SPD zumindest rhetorisch verständigen könnte. Nicht zufällig, daß dann auch die Punkte "Ökologisierung Gesamteuropas" (I, 184-186) und "Internationale Friedensorientierung" (I, 186-189) seltsam blaß bleiben. Weder verbindet er beide Punkte mit den konkreten Analysen im ersten und zweiten Band,

indem er z.B. Alternativen zur problematischen Autoindustrie oder zur Rüstungsorientierung der Telekommunikation diskutiert, noch referiert er den neueren Diskussionstand von politischer Ökologie und Friedens- und Konfliktforschung, die beide längst einen ganzen Katalog möglicher Veränderungen sowohl reformistischer als auch revolutionärer Weise vorgelegt haben.

Das hervorzuhebende Kernstück stellt jedoch der zweite Band über die europäischen Kapitalstrategien dar, der die oftmals unterschlagene Geschichte der Positionskämpfe von europäischen und anderen Konzernen um den Binnenmarkt in den Mittelpunkt der Betrachtung rückt. Im einleitenden Kapitel werden die Fragen nach strategischen Neuformierungen innerhalb der Unternehmenswelt, nach Fusionen, Verflechtungen und strategischen Allianzen im Sinne der europäischen Dimensionen und ihrer Widersprüche gestellt. In den darauffolgenden Abschnitten zeigt Hufschmid am Beispiel der drei wohl wichtigsten Sektoren Telekommunikation, Automarkt und Banken auf, wie diese Veränderungen im einzelnen vor sich gehen und welche Auswirkungen diese auf die jetzige wie eine vorstellbare alternative Politik haben. Im letzten Kapitel wird dann die "Zubereitung des Hinterlandes", also die EG-Politik in Osteuropa noch gesondert behandelt, um hier die neuesten Tendenzen des Engagements von Konzernen beurteilen zu können.

Seine Hauptthese ist die, daß die sogenannte Deregulierung im Zuge

des Binnenmarktprojekts keineswegs zu größerer Konkurrenz geführt hat, sondern nur zur vierten großen Konzentrations- und Fusionswelle in der Geschichte des Kapitalismus' (vgl. II, 15), die die nationalen Marktführer benutzten, um sich auf ihren Heimatmärkten eine noch bessere Ausgangstellung für Europa und die Triade zu schaffen. Mit den großen Konkurrenten in anderen Ländern schloß man dann oft "strategische Allianzen" und andere Absprachen, die zumeist im Sinne einer Kartellisierung der Interessen in Drittländern wirkten. So zerfällt Europa in zwei Ländergruppen, von denen die Unternehmen der einen (nämlich aus Frankreich, Deutschland, Großbritannien und Italien) die der anderen (also der kleinen Staaten) kaufen (vgl. II, 33). Das neue Mittel der Neuformierung stellen die "strategischen Allianzen" dar, deren Begriff in der Literatur bisher uneinheitlich ist. Huffschmids Mindestdefinition: Erstens handelt es sich meist um Absprachen mit internationalen Dimensionen, zweitens beziehen sie sich vorwiegend auf Bereiche neuer Technologien, für deren Entwicklung, Produktion und Vermarktung eine besonders große Ressourcenansammlung nötig ist, drittens werden sie zwischen nationalen oder internationalen Marktführern geschlossen und viertens haben sie partiellen Charakter, d.h. sie beziehen sich auf klar definierte Einzelprojekte (vgl. II, 39f.). Diese großen "Industrieschlachten" (II, 49), in denen noch nicht entschieden ist, wer jeweils die dominierenden europäischen Gruppen

sind, werden in all ihrer Heftigkeit von Huffschmid in drei Leitsektoren der Wirtschaft geschildert. Da wäre zum einen die Telekommunikation, die einerseits gerade für international agierende Konzerne unverzichtbar geworden ist und einen Teil der "infrastrukturellen Vorleistung" (II, 55) ausmacht und andererseits durch Kommunikationsdienstleistungen wie Auskünften und Datenaufbereitung usw. zu Mehrwertdienstleistung geworden ist (II, 56). Hier dringt also der Profit in Bereiche vor, die bisher sehr stark staatlich reguliert waren, wodurch der große Privatisierungsdruck entsteht, der zur Zeit zu beobachten ist. Daß dabei dann "das Interesse an einer flächendeckenden und erschwinglichen Telefonversorgung für alle" (II, 66) immer mehr in den Hintergrund rückt und ein Anstieg der Telefongebühren v.a. im örtlichen Bereich zu erwarten ist, liegt in der Konsequenz dieser Entwicklung. Insgesamt zeichnet sich ab, daß die nationalen Telekommunikationskomplexe in wenige internationale Komplexe überführt werden. Deren Betreiber und Hersteller "werden wegen ihres ökonomischen Gewichts und wegen ihrer engen politischen Verbindungen zu den jeweiligen Regierungen ein enormes Machtpotential darstellen, dessen Kontrolle außerordentlich schwierig und in vielen Fällen unmöglich ist." (II, 83) Auch in der Autoindustrie ist Westeuropa das "Schlachtfeld der 90er Jahre" (II, 104), da weder der US-amerikanische noch der japanische Markt expandieren werden, während dies in Europa zumindest in

einem gewissen Maß erwartet wird. Im Zeichen von Absatzkrise und verschärfter Konkurrenz wurde so von der "amerikanisch-japanischen Herausforderung" gesprochen und die Vernichtung der europäischen Autoindustrie in den schwärzesten Farben ausgemalt. Daß dies dümmlichste euro-nationale Propaganda mit einem Schuß Rassismus gepaart darstellt - im besonderen bezogen auf die Japaner - zeigt der Bremer Ökonom treffend auf: Zum einen gilt es zu bedenken, daß Opel (General Motors) und Ford selbstverständlich in Europa längst etablierte amerikanische Autofirmen sind. Zum anderen wird versucht, gegen Japan eine "Politik der Selbstbeschränkung" zu fahren (vgl. II, 113), die von Japan eine freiwillige Beschränkung auf bestimmte Exportquoten fordert. Kann dies wahrscheinlich erreicht werden, so ist es doch unmöglich, die sogenannten japanischen Transplants in ihrer Produktion zu beschränken. Gegen diese in Europa, v.a. in Großbritannien ansässigen Werke mit traditioneller Beschäftigungs- und Regionalpolitik zu argumentieren, ist lächerlich, denn sie schaffen Arbeitsplätze, tragen zur nationalen Wertschöpfung bei, entwickeln Regionen und technologisches Wissen. (vgl. II, 114) Dieser Diskurs ist also nur an den Interessen der europäischen Konzerne am Erhalt ihrer Dominanzpositionen ausgerichtet. Die Folgen der jetzigen Tendenz sind kaum positiv zu nennen, denn sie werden zum Beschäftigungsabbau durch Modernisierung führen, während die sinkenden Kosten durch steigende

Produktivität kaum in Preissenkungen weitergegeben werden. Das bisherige europäische Oligopol wird zwar durch die japanischen Konzerne erweitert, aber kaum gesprengt. (II, 136)

Wie in der Telekommunikation findet auch im Bereich der Finanzdienstleistungen durch den Binnenmarkt eine beispiellose Deregulierung statt, auf die die bisher fast ausschließlich national agierenden Banken mit Konzentrationsbewegung und Aufkäufen reagieren, was letztlich zu wenigen marktbeherrschenden Führungsgruppen führt. Bestes Beispiel dafür sind die Allianz-Versicherungen, die inzwischen zum größten Versicherungskonzern Europas und zweitgrößten der Welt aufgestiegen sind, da sie sich in den letzten Jahren durch Mehrheitsbeteiligung an der zweitgrößten italienischen Versicherungsgruppe RAS, den Aufkauf britischer, spanischer und französischer Versicherungen mit verschiedenen Kapitalanteilen, schließlich die Übernahme der staatlichen deutschen Versicherungsanstalt der ehemaligen DDR beträchtlich erweitert und vergrößert haben, sowie auch noch nach Ungarn, nach Tschechien, in die USA und als erste deutsche Versicherung nach Japan expandierten. (vgl. II, 169f.) Ob der öffentlich proklamierte Zweck des Binnenmarkts, nämlich Erleichterung und Verbilligung des internationalen Zahlungsverkehrs, der heute skandalöse Gebühren und enorme Zeitspannen in Anspruch nimmt, erreicht wird, darf stark bezweifelt werden. Es geht hier viel-

mehr um die Schaffung eines "dichten Netzes von kooperativer Macht des Finanzsektors (...). Die potentiellen Konkurrenten sind Teil dieses Netzes und profitieren davon. Daher gibt es keinen Anlaß für sie, sich aus diesem einträglichen Geflecht hinaus- und in das unübersehbare Risiko des Einzelkämpfers hineinzubegeben." (II, 190). Auch wenn dieses Machtnetz noch nicht fertig ist und die Führungspositionen noch nicht endgültig verteilt sind, geht es hier um die Etablierung einer Machtstruktur, die "dauerhaft hohe Gewinne und politischen Einfluß" (ebd.) ermöglichen soll.

Das sehr faktenreiche letzte Kapitel zur "Zubereitung des Hinterlands" Osteuropa fällt aufgrund fehlender politisch-theoretischer Überlegungen nach Ansicht des Rezensenten leider vom Niveau der vorherigen Überlegungen ab, denn wenn Hufschmid mit "abhängiger Kapitalismus" einen treffenden Begriff für die osteuropäische Entwicklung aus der "Dritten Welt"-Debatte übernimmt, so reicht es doch nicht aus, einfach "ökonomisches Chaos und soziale Verarmung auf breiter Front" (II, 196f.) als "Nährboden für Aggressivität, neuen Nationalismus und Diktaturen in populistischem Gewand" zu bezeichnen, ohne auf die Geschichte politischer Unterdrückung, kultureller Rückständigkeit, Wegfall von Zukunftsvorstellungen und die sich daraus ergebenden sozialpsychologischen Folgen einzugehen. Und wenn er auch schön zeigt, wie die Westkonzerne die strategisch wichtigen Punkte für zukünftige Märkte bei

gleichzeitiger Investitions- und Produktionszurückhaltung besetzen (II, 206-208), so übernimmt er doch an einigen Stellen unkritisch die Kapitalsichtweise. So fragt er nicht, welcher "wirtschaftlichen Entwicklung" die moderne Telekommunikationsstruktur als "unabdingbare Voraussetzung" dient; und weiter kann ganz ketzerisch gefragt werden, ob die Menschen in den 7500 Dörfern in Polen, die keinerlei Telefonanschluß haben, wirklich durch einen solchen glücklicher Würden (vgl. II, 225). Wenn am gesamten informationsreichen Werk die Genauigkeit und die leichte Lesbarkeit hervorzuheben ist, so fehlt dann doch die kritische Diskussion einiger anderer Richtungen. Ferner wäre wohl auch die Darstellung alternativer Positionen ein paar Seiten mehr wert gewesen wären. Eine der Kleinigkeiten, die aber zumindest mich sehr stören, ist das fehlende Literaturverzeichnis am Ende des Buches, die das Wiederauffinden von oftmals zitiertem Literatur und Quellenkürzel zum Suchspiel machen, das der Verlag und der Autor uns hätten ersparen können. Sehr schön aber das Gliederungsprinzip, das nach jedem Abschnitt eine kurze Zusammenfassung der vorher dargestellten Fakten und Entwicklungen gibt und v.a. im zweiten Band farblich hervorgehobene Einzelstudien einschleibt, die zur Illustration der Argumentationsstränge dienen können und sich teilweise spannend wie Wirtschaftskrimis lesen.

Insgesamt bleibt auf jeden Fall zu wünschen, daß noch mehr Ökonomen auf die Idee kommen, so öko-

nomisch mit ihren Schreibmitteln umzugehen, um eine von mathematischen Formeln und unübersichtlichen Grafiken unbelastete Darstellung der zentralen ökonomischen Frage anzugehen, wem denn nun Europa gehöre.

Corell Wex

Alte Ordnung - Neue Strukturen

Österreichische Gesellschaft für Kritische Geographie (Hg.), Alte Ordnung - Neue Blöcke? Polarisierung in der kapitalistischen Weltwirtschaft. Kritische Geographie, Reihe 1, Heft 10, Wien 1994 (Promedia, Forschung), 159 S., 29,80 DM.

Das Neue an der "neuen Weltordnung", die der amerikanische Präsident George Bush zu Beginn des Golfkrieges im Januar 1991 programmatisch verkündete, betrifft in erster Linie die Geographie: Der alte Kapitalismus etabliert sich praktisch - theoretisch war er das immer schon - als universelles System in allen Teilen der Welt. In zweiter Linie haben sich in den letzten beiden Jahrzehnten neue Entwicklungstendenzen des Kapitalismus herausgebildet, die durch den Zusammenbruch des Sozialismus als reales System deutlicher sichtbar werden und auch teilweise neue Dynamik erhalten. Dabei handelt es sich zum einen um die Beschleunigung der Internationalisierung im Sinne globaler Verflechtung kapitalistischer Handels-, Investitions- und Geldströme. Zum anderen findet eine noch schnellere Verdichtung der ökonomischen

Verflechtungen innerhalb der drei großen kapitalistischen Zentren statt, die ihrerseits zunehmend zueinander in Konkurrenz treten und in Konflikt geraten. In diesem Koordinatensystem spielen die Länder der Dritten Welt und die ehemals sozialistischen Gesellschaften keine wesentliche Rolle, sie werden zunehmend aus der globalen Weltwirtschaft ausgeklammert, mindestens aber marginalisiert.

Mit diesen Tendenzen, ihren Hintergründen, Widersprüchen und Perspektiven befaßt sich das oben genannte Buch. Der einführende Beitrag von *Christian Rammer* arbeitet die relevanten Fragestellungen - Rückwirkungen des Zusammenbruchs des Sozialismus auf die anderen Pole der "alten" Weltordnung und Veränderung der Beziehungen der regionalen Hauptelemente der neuen Weltordnung zueinander - präzise heraus und skizziert das Spektrum der vorläufigen Antworten bzw. Thesen, die in der Linken diskutiert werden. Im Anschluß daran gliedert sich der Band in drei Hauptteile: 1. Ausgangspunkte der neuen Weltordnung; 2. Der real existierende Kapitalismus; 3. Neue Blöcke?

Als Ausgangspunkte der neuen Weltordnung werden einerseits die Kernprozesse und -tendenzen des gegenwärtigen Kapitalismus, andererseits eben der Zerfall des Sozialismus in Osteuropa angesehen.

Gerhard Hannapi führt seine von ihm an anderer Stelle breiter entwickelte These von den drei Phasen kapitalistischer Entwicklung (vom

Handels- über den Industrie- zum integrierten Kapitalismus) weiter: In den 80er Jahren habe die zweite lange Welle des integrierten Kapitalismus begonnen. Sie sei einerseits durch zunehmende internationale Konflikte und abnehmende Fähigkeit zu "fordistischer" Regulierung der Arbeitsbeziehungen und des Massenkonsums gekennzeichnet; diesen desintegrierenden Tendenzen stünden auf der anderen Seite eine in dieser Intensität bislang nie dagewesene Integration und Anpassung auf der untersten Ebene der Gesellschaft, in der Familie und bei den Individuen gegenüber. Daher werde es trotz Verschlechterung der materiellen Lebensbedingungen nicht zu einer massenhaften Gegenbewegung kommen und die Gefahr wachse, daß die Konflikte in neue militärische Dimensionen eskalierten. (In diesem Zusammenhang stellt sich allerdings die Frage, worauf die empirisch wohl zutreffend festgestellte Disposition zur individuellen Integration zurückzuführen ist.) Peter Fleissner arbeitet retrospektiv die Gründe für das Scheitern des Sozialismus durch Anwendung des Begriffspaares Effektivierung und Humanisierung heraus: Der Kapitalismus hat ein hohes Maß an Effektivierung auf Kosten der Humanisierung erreicht, während umgekehrt der Sozialismus zwar mit hohen Ansprüchen an Humanisierung angetreten ist, die zu ihrer Verwirklichung erforderliche Effektivierung allerdings nicht erreicht hat - und in der Folge dann auch die humanitären Dimensionen Freiheit und Demokratie mehr und mehr

einschränkte, bis er zusammenbrach. (Hieraus ergibt sich die - von Fleissner nur angedeutete - interessante Frage, ob sich auf der Grundlage der hohen Effizienz des Kapitalismus nun nicht auch die Möglichkeit ergibt, die vernachlässigte humanitäre Dimension zu forcieren.) Für die heutigen Transformationsgesellschaften wird allerdings für die absehbare Zeit die weniger humanitäre Perspektive eines wirtschaftlich verarmten, politisch abhängigen und gesellschaftlich instabilen Hinterhofs des entwickelten Westens relevant bleiben.

Diese Perspektive wird auch von Hannes Hofbauer im zweiten Hauptteil noch einmal bekräftigt und sozusagen auch in der Vergangenheit verankert. Die Geschichte Osteuropas besteht danach zumindest seit dem vorigen Jahrhundert aus einer Reihe von Modernisierungsversuchen, die gegenüber dem westlichen Akkumulationsvorsprung und westlicher Hegemonie regelmäßig scheiterten. Nicht besser sehen in der Sicht von Eric Sheppard die Aussichten für die Dritte Welt aus: Nachdem in der Entwicklungsdiskussion schon seit längerem neoliberale Positionen dominant geworden sind und mit dem Zusammenbruch des Sozialismus auch der letzte Rest von Unterstützung für eine eigenständige Entwicklung entfallen ist, wird die alte Abhängigkeit der Entwicklungsländer weiterbestehen und ihre materielle Lage sich nicht verbessern. Die Tatsache spektakulärer Erfolge einiger ostasiatischer Schwellenländer auf dem Weg kapitalistischen Wachstums kann für

Sheppard nicht als Hinweise auf auch anderswo anwendbare Entwicklungsstrategien angesehen werden. Sie sei vielmehr auf Sonderfaktoren zurückzuführen und werde im übrigen zur weiteren Differenzierung und Polarisierung der Dritten Welt beitragen. Der Beitrag von Christian Bellak über die Rolle der Multinationalen Konzerne (MNK) in der Triade kommt zu drei Ergebnissen: Erstens werden die Muster regionaler Integration und Blockbildung wesentlich durch die Interessen und Strategien der MNK bestimmt; zweitens profitieren die MNK stärker von regionaler Integration als sie zu deren positiven Wirkungen beitragen; drittens entsprechen die scheinbar widersprüchlichen Tendenzen Blockbildung und Globalisierung exakt den Interessen der MNK: sie brauchen die Blöcke als ökonomische Grundlage und politische Aufmarschbasis für die blockübergreifende Expansion.

Das Verhältnis von Globalisierung und Blockbildung thematisieren abschließend noch einmal Andrew Glyn und Bob Sutcliffe im 3. Hauptteil (der nur aus ihrem Beitrag besteht). Während sie Globalisierung im Sinne der geographisch univerralen Verbreitung des Kapitalismus ohne weiteres feststellen, melden sie Zweifel an, wenn Globalisierung sich auf das Ausmaß der Verflechtung und Integration der verschiedenen regionalen Teilblöcke des Weltkapitalismus bezieht: Erstens sei die internationale Handelsverflechtung zwar seit dem 2. Weltkrieg erheblich gestiegen, sie sei mittlerweile aber nur auf

dem Niveau angekommen, das bereits vor dem 1. Weltkrieg erreicht worden war. Außerdem finde der weitaus größte Teil des internationalen Handels innerhalb der großen Blöcke statt. (In der Tat: Würde der europäische Binnenmarkt tatsächlich auch statistisch als Binnenmarkt behandelt, so hätte das zwei bemerkenswerte Folgen: Der Welthandel würde erheblich - schätzungsweise um mindestens ein Viertel - niedriger sein als der jetzt ausgewiesene; die Außenhandelsquote des Europäischen Wirtschaftsraums würde auf 6,5 und damit unter das Niveau der USA zurückgehen! Ökonomisch hätte sich nichts geändert, aber die Zahlen würden jetzt eher eine relativ niedrige internationale Handelsverflechtung signalisieren.) Zweitens liege die internationale Direktinvestitionsverflechtung im Vergleich zu den jeweils inländischen Investitionen (mit Ausnahme Englands) nach wie vor außerordentlich niedrig. Drittens seien die Arbeitsmärkte international überhaupt nicht geöffnet worden. Der eindeutigen Tendenz zur stärkeren Verflechtung innerhalb der Blöcke stehe eine zwar steigende, aber keineswegs bereits maßgeblich die Struktur der Weltwirtschaft bestimmende Verflechtung zwischen den Blöcken gegenüber. Ob sich die hierin angelegten Möglichkeiten internationaler Kooperation gegenüber den Konflikt- und Rivalitätstendenzen der Blockbildung durchsetzen werden, ist eine für Glyn und Sutcliffe gegenwärtig nicht entscheidbare Frage. Damit dürften sie in strengem Sinne Recht haben

ÜBERGÄNGE

Zirkular
zur Kritik von Ökonomie & Politik

Nr. 1/1994

"Krisis" am Ende

Von Marx zu Kurz & Klein
Die Verwandlung einer Theorie in eine
postmoderne Mysterienlehre

Abschaffung von Arbeit und Geschlecht ?

Zum Verhältnis von Arbeit (steilung)
und Geschlecht
Sinnlichkeit, Geschlecht und Kapital

Ontologie und Geschichte

Schwierigkeiten, Kapitalismuskritik und
Menschenbild des Karl Marx
zusammenzudenken

Thesen und noch mehr Fragen zur Arbeit

evolutive Genese der Arbeit
Ist Dienstleistung wertproduktiv
Abstrakte Arbeit auch im Sozialismus?

Einzelpreis: DM 10.- zzgl. Porto DM 4.-

Bestellungen bei:
Hamburger Studienbibliothek (HSB)
Thadenstr. 118
22767 Hamburg

Berappung entweder als Vorauskasse in Briefmar-
ken oder auf unser Konto.
I. Schwensen - Sonderkonto
Kto.Nr. 67 32 57 - 204
BLZ 200 100 20 (Postgiroamt Hamburg)

- wenn ihr Material und ihre Argumentation insgesamt auch eher eine Antwort in Richtung auf ein sehr viel höheres Konfliktniveau nahelegen.

Insgesamt handelt es sich um interessante, materialreiche und teilweise auch theoretisch weiterführende Beiträge. Wie immer bei derartigen Projekten leidet auch dieser Sammelband daran, daß die Autoren im wesentlichen ihr "eigenes Ding machen" und sich eher am Rande auf die im Titel des Bandes zum Ausdruck kommende gemeinsame Fragestellung beziehen. Die in der Prägnanz hervorragende Herausarbeitung der Problemlage und Andeutung möglicher Antworten durch *Christian Rammer* in der Einleitung weckt zunächst Erwartungen auf eine stringente, kontroverse, aber auf ein Zentrum gerichtete Diskussion. Diese Erwartungen werden nicht eingelöst. Sie können es wohl auch (noch) nicht: Weder sind die empirischen Muster der neuen Weltstruktur bereits deutlich erkennbar, noch haben sich die verschiedenen theoretischen Versuche zur Verarbeitung der jüngsten Umbrüche zu einem Muster verdichtet, das Grundlage für eine konzentrierte Diskussion sein könnte. Wer sich dies klarmacht, profitiert viel von der Lektüre der verschiedenen Beiträge.

Jörg Huffschmid

Regulationstheorie und Staat

Josef Esser, Christoph Görg, Joachim Hirsch (Hrsg.), *Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie*, VSA Verlag, Hamburg 1994, 235 S., 34 DM.

Mit "Politik, Institutionen und Staat" liegt die diesjährige Veröffentlichung aus der bundesdeutschen Rezeption des Regulationsansatzes vor (zur letzten siehe die Besprechung in Z 14). Der Regulationsansatz entstand aus der Frage, wie sich ein soziales Verhältnis trotz seines konfliktorischen und widersprüchlichen Charakters reproduziert. Auf einer konkreteren Ebene formuliert: Wie schafft es der Kapitalismus immer wieder, z.B. Opposition zu integrieren oder durch seine Krisen einen neuen Entwicklungsschub einzuleiten? Die RegulationstheoretikerInnen erklären die Krise "des Marxismus" oder "der Linken" auch nicht aus dem Zusammenbruch des Realsozialismus, sondern aus der Unfähigkeit, die Strukturveränderungen des modernen Kapitalismus, ihre vielfältigen Erscheinungsformen im Weltmaßstab und ihre politischen und kulturellen Folgen wahrzunehmen und zu analysieren.

Der Schwerpunkt des Regulationsansatzes ist weniger die Kontinuität des Kapitalverhältnisses (wie etwa beim Strukturalismus), sondern die Diskontinuität unterschiedlicher historischer kapitalistischer Formationen, die Brüche zwischen ihnen und ihre Transformationen und die diese begleitenden und mitverursachenden sozialen Kämpfe. Aus die-

sem Schwerpunkt resultiert auch die Kritik an der Regulationstheorie. Sie neige zum Deskriptivismus, zu einem Historismus, der die Frage nach den sich durchhaltenden Merkmalen kapitalistischer Vergesellschaftung unterbelichtet und sie weise ein Defizit bei der Frage auf, wie die Rollen sozialer AkteurInnen zu bestimmen seien.

Mit der Herausgabe des Buches sollten vor allem zwei Fragestellungen verfolgt werden: zum einen sollte die genannte Frage nach den sozialen AkteurInnen näher untersucht werden und damit auch die Fragen nach Institutionen und Hegemonie. Zweitens sollte geklärt werden, welche Bedeutung der Kritik der Politischen Ökonomie zukommt, also welchen Stellenwert das Denken von Marx für den Regulationsansatz (noch) hat, oder ob dieser nicht mittlerweile mehrere theoretische Paradigmen (wie etwa z.B. die Systemtheorie) in sich vereinige. Diese Fragestellungen werden im ersten Beitrag (C. Görg) näher ausgeführt, der auch die Vorstellung der "Selbstorganisation" der Regulationstheorie im Gegensatz zur Althusser'schen "Reproduktion der Produktionsverhältnisse" diskutiert und den "Eigensinn" sozialer Akteure dem oftmalsigen Funktionalismus gegenüberstellt.

Der nächste Beitrag (C. Görg) versucht, den Widerspruch zwischen Struktur und Handeln und das Verhältnis von Institutionen und sozialem Handeln näher zu beleuchten; dies geschieht in einem Rückgriff auf die von Anthony

Giddens entwickelte "Theorie der Strukturierung".

Im dritten Beitrag (ebenfalls von Görg) wird der defizitäre Krisenbegriff der Regulationstheorie thematisiert. Wie entstehen Krisen? Auch Marx ist hier widersprüchlich: einerseits verfolgt er mit "die Geschichte ist die Geschichte von Klassenkämpfen" einen Krisenbegriff, der diese in Verbindung mit dem Handeln sozialer AkteurInnen bringt. Auf der anderen Seite postuliert Marx aus dem kapitalistischen Vergesellschaftungsverhältnis resultierende Gesetzmäßigkeiten, die Entstehung, Fortgang und Resultat sozialer Kämpfe bestimmen. Nach einem kurzen Beitrag (T. Sablowski) zum Begriff der Hegemonie in der Regulationstheorie wird im fünften Beitrag (J. Hirsch) das staatstheoretische Defizit der Regulationstheorie problematisiert. Speziell die Frage, "welche Bedingungen für eine demokratische Gestaltung des Staates und seiner Institutionen sich aus seiner strukturellen kapitalistischen Verfaßtheit ergeben", ist von Interesse.

Dies leitet auch schon zum letzten Beitrag (von J. Esser, Görg und Hirsch) über, der die praktischen und theoretischen Absichten im Begriff des "radikalen Reformismus" zusammenfaßt und sich somit politisch "zwischen" die Revolutionsromantik und die Zivilgesellschaftseuphorie stellt. Gesellschaftlich strukturveränderndes Handeln - für das es kein privilegiertes oder vordefiniertes Subjekt gibt, - wird in "institutionelles" und "transformierendes" Handeln unterschieden. Ersteres und auch die Form des

"transformierenden" Handelns, die "in Krisen der Regulation auf die Reproduktion der zentralen Strukturmerkmale des Kapitalismus abzielt", können keinen Beitrag für wirklich emanzipative Prozesse leisten. Strukturtransformierendes Handeln wird nebulös so definiert, daß dieses "das Wissen um die bloß historische Bestimmtheit scheinbar unveränderlicher Prinzipien gesellschaftlicher Synthesis" hat. Für dieses sozialrevolutionäre Handeln gibt es keinen "zentralen Angelpunkt" für Veränderungen - erst recht nicht den Staat. Sein Ziel sei, die "in der herrschenden Regulationsweise eingelassene Spaltung und Verselbständigung der im Produktions-, Natur- und Geschlechterverhältnis wurzelnden gesellschaftlichen Antagonismen zu überwinden". Die "Umwälzung der Lebensweise, der Arbeitsformen, der Konsumgewohnheiten und der Geschlechterbeziehungen" bilde dafür eine "wesentliche Voraussetzung".

Hatten die letzten Veröffentlichungen von Joachim Hirsch, dem bedeutendsten deutschen Regulationstheoretiker, "Das neue Gesicht des Kapitalismus" (1986, zusammen mit Roland Roth) und "Kapitalismus ohne Alternative" (1990) noch einen deutlichen außeruniversitären Bezug und einen Nutzen für politische Praxis in vielerlei Bereichen, so ist dieser bei dem vorliegenden Buch schwerer zu erkennen. Eher drängt sich - vor allem bei den Beiträgen von Görg - der Verdacht auf, daß hier Wissenschaft um der Wissenschaft willen betrieben wird. Es bleibt offen, ob

abstrakt-komplexe inneruniversitäre Diskurse ein Ausstrahlung für Gewerkschaften oder linke und linksradikale Gruppen haben und für deren Theorie und Praxis Anstöße geben können. Die AutorInnen meinen zwar "der Bezug zu politischen Praxisformen sei konstitutiv für die Theoriebildung", verwehren sich aber auch gegen den Charakter der Theorie als "direkt anwendbarem Rezeptwissen". Hier fragt sich, ob diese Widersprüchlichkeit auch darin begründet liegt, daß linke Intellektuelle von der außeruniversitären Welt vergessen werden und sich auch dadurch die Bedingungen linker universitärer Theorieproduktion so verändern, daß diese immer mehr zur "Normalwissenschaft" wird (Hirsch in einem Interview), ein Prozeß, der nun nachträglich rationalisiert wird?

Bernd Hüttner

Eine neue Avantgarde in der Staatstheorie?

Jens Christian Müller, Sebastian Reinfeldt, Richard Schwarz, Manon Tuckfeld: *Der Staat in den Köpfen. Anschlüsse an Louis Althusser und Nicos Poulantzas*. Decaton Verlag (edition bronski, Bd. 1), Mainz 1994, 159 S., DM 19,80.

Der Mainzer Decaton Verlag eröffnet seine neue sozialwissenschaftliche Reihe *edition bronski* mit einem kleinen Buch des AutorInnenkollektivs Müller/Reinfeldt/Schwarz/Tuckfeld, das vom Verlag als "Buch gegen das Elend des linken Etatismus" annonciert wird.

Gedacht ist das Opusculum als Versuch einer Applikation von Theorieansätzen von Althusser und Poulantzas, die angelegt ist als eine für ein primär politisch definiertes Publikum ohne theoretische Vorkenntnisse lesbare Intervention, mit der gängige Staatsauffassungen und die ihnen korrespondierenden Handlungsweisen weiter Teile der Linken kritisiert und Alternativen aufgezeigt werden sollen. Die zugrundeliegende theoretische Generalthese ist die, daß die Auffassungen des gesamten Spektrums konventioneller Staatstheorien, von konservativen über liberale und 'zivilgesellschaftliche' bis hin zu diversen üblichen Spielarten linker Positionen (Ökonomismus und Reformismus ebenso wie Anarchismus), selbst komplementäre Wirkungsweisen des herrschenden politischen Imaginären, der hegemonialen Ideologie, sind, was auf Grundlage eines 'erweiterten' Staatsbegriffs in Anlehnung an Althusser und Poulantzas gezeigt werden soll.

Für dieses Programm gibt es viele gute Gründe; allein ist damit ein recht umfassender Anspruch verbunden, der einer sorgfältigen Ausarbeitung bedürfte. Das vorliegende Buch dagegen vermittelt den Eindruck, daß seine AutorInnen Althusser, Poulantzas und ihnen nahestehende Theorieansätze als politische Schlachtschiffe mobilisieren wollen - aber gegen wen eigentlich? Das reiche, wenn nicht gar überreiche, oft fast nur collagenartig montierte Zitatmaterial des Buches präsentiert Bezugsgrößen der Analyse und Kritik, die von

irgendwelchen autonomen Studis über Jutta Ditfurth bis hin zu Habermas reichen: ein ausgesprochenes Kraut-und-Rüben-Spektrum also, gegen das diverse Gedanken aus Schriften von Althusser, Poulantzas, Lacan, Foucault, Pêcheux, Bourdieu, Demirovic usw. wie Angebote aus einem theoretischen Supermarkt angepriesen werden. Zu fragen wäre erstens, ob das besagte Durcheinander wirklich einen konsistenten Rahmen der Auseinandersetzung herzugeben vermag; ob nicht Habermas, bei aller Kritik, die ihm gegenüber angebracht sein mag, nicht doch eine ein wenig andere Art der Auseinandersetzung verdient als Jutta Ditfurth; ferner müssen die AutorInnen sich fragen lassen, welcher "Anschluß" an Poulantzas darin bestehen soll, daß sie etwa dessen Positionen zunächst auf dem Niveau eines mittelmäßigen Seminarreferats wiedergeben und sich dann von ihm das herauspicken, was ihnen gefällt, und das, was ihnen nicht gefällt, durch Versatzstücke anderer Theoretiker und den Klassenkampf durch irgendwelche sozialen Kämpfe ersetzen. Was aber vor allem unter theoretischen Gesichtspunkten negativ ins Gewicht fällt, ist der Umstand, daß die AutorInnen sich offensichtlich durch die Bezugnahme auf ein diffuses Spektrum diverser linker Ansichten, in denen der Staat krude als bloßes Anhängsel der Ökonomie, als Agentur der herrschenden Klasse oder aber als klassenneutrale, reformierbare Instanz, als Objekt der 'Zerschlagung' oder der 'Demokratisierung' durch 'fortschrittliche

Kräfte' imaginiert wird, in den Zugzwang bringen lassen, mit Kanonen auf Spatzen zu schießen. Zur Kritik simpler und teilweise von den AutorInnen sogar noch absichtsvoll und explizit bis an die Grenze der Karikatur versimpelter (vgl. z. B. Seite 101) Ansichten nehmen sie Theoretiker in Anspruch, die doch wohl schlicht und einfach auf einem ganz anderen Reflexionsniveau angesiedelt sind. Man weiß nie so recht, was denn nun der Gegenstand der Kritik sein soll: eine *Theorie* oder eine (im Althusser'schen Sinne) *praktische Ideologie*? Ganz drastisch wird das deutlich im von Müller/Tuckfeld verfaßten Poulantzas-Teil, in dem in geradezu penetranter Weise immer wieder Hinweise auftauchen, in denen betont wird, daß die Anbindung der ausgebeuteten Klassen an den Staat *nicht* als Ergebnis von Manipulation oder Verdummung zu deuten ist. Gewiß ist dies eine sehr zu beherzigende Implikation des Althusser'schen und Poulantzas'schen Ansatzes; aber auf dem Niveau von Althusser und Poulantzas stellen sich doch wohl andere Fragen und Probleme, ergeben sich andere Erfordernisse als das immerwährende beschwörende Repetieren jener richtigen Einsicht. Das Bestreben der AutorInnen, der Auseinandersetzung mit jenen eine, hier negativ bestimmte, idiotensicher verständliche politische Botschaft abzugewinnen, dagegen legt den Verdacht nahe, Müller/Tuckfeld, die ihre theoriefeindlichen politischen Pappenheimer freilich aus Erfahrung gut kennen, wollten hier ihre Streitigkeiten mit Jutta Dit-

furth mit anderen Mitteln fortsetzen. Die politische Frage ist hier die: Muß man dazu wirklich ein Buch über Althusser und Poulantzas schreiben? - die theoretische Frage: Müßte eine Auseinandersetzung mit Althusser und Poulantzas auf *deren* Niveau sich nicht mit anderem beschäftigen?

Nehmen wir den Althusser-Teil, geschrieben von Reinfeldt/Schwarz, als Probe aufs Exempel. Althusser hat mit dem Begriff der "ideologischen Staatsapparate" zweifellos eine überaus wichtige Kategorie eingeführt, mit der die entscheidende *lautlose* Wirkungsweise des Staates und der Klassenherrschaft *außerhalb* dessen, was im herrschenden Diskurs 'Staat' heißt, begriffen werden kann. Althusser tut dies, indem er die Ideologie nicht als bloßen Schleier im Medium des Bewußtseins auffaßt, sondern als eine in *Ritualen* materiell existierende Praxisform, die vollzogen wird in der Sphäre der Ideologischen Staatsapparate wie Familie, Schule, Kirche, Justiz, Medien, Parteien, Gewerkschaften, Kultur, Sport usw. All dies sind Bereiche, die *in der hegemonialen* (bürgerlichen, aber weithin auch marxistischen) *Sichtweise* als *außerhalb* des institutionellen Staates angesiedelt, oder ihm zumindest nicht unmittelbar zugehörig angesehen werden. In diesen Sphären werden *Verhaltensweisen eingeübt* und *Selbstverständnisse der Individuen als 'Subjekte'* erzeugt, die das Wohlverhalten und den Konsens der Individuen zur Folge haben und so die Reproduktion des Kapitalverhältnisses auf breiter Front

sichern. "Die Ideologie ruft die Individuen als Subjekte an": Mit dieser berühmten These erläutert Althusser die Wirkungsweise der Ideologie als derjenigen Instanz, die den Individuen eine 'Identität' verleiht und sie ihr Handeln als 'sinnvoll' erfahren läßt. Dieses theoretische Dispositiv nimmt eine Weichenstellung vor in Richtung auf eine nicht-ökonomistische marxistische Auffassung sozialer Herrschaft und sozialer Kämpfe, die die politische Dimension in scheinbar un- oder vopolitischen Sphären kenntlich macht. Die 'unpolitische' Auffassung dieser alltäglichen Sphären, die vor allem etwa das Geschlechterverhältnis, das Verhalten zu 'Autoritäten', die Formierung von Kollektiven (etwa der 'Nation'), die Normierung und Rationalisierung sozialer Hierarchien umfassen, die Konstruktion einer Äußerlichkeit des Staatlich-Politischen gegenüber jenen in der herrschenden Ideologie als 'unpolitisch' definierten Sphären, ist selbst ein Effekt der herrschenden Ideologie, und dies *denkbar* gemacht zu haben, ist in der Tat eines der großen Verdienste Althusser's, an dem das Buch seinen Leitfaden nimmt. Nun erläutern die Autoren die Althusser'sche Ideologietheorie in enger Anlehnung an Jacques Lacan, von dem Althusser in der Tat einige Inspiration bezogen hat. Das ist sicher eine mögliche und legitime Interpretation, die aber auch Probleme mit sich bringt, zumal sie die Autoren mitunter zu recht starken Behauptungen führt. Eine dringliche Frage besteht allerdings darin, ob Althusser's Versuch einer Ver-

einheitlichung der Bedeutungsdimensionen von 'Ideologie' als epistemologisches Gegenstück zur 'Wissenschaft', als *allgemein-subjekt*konstitutive Instanz und als *bestimmtes* Element von Gesellschaftsformationen in Gestalt ihrer spezifischen, historischem Wandel unterworfenen 'ideologischen Apparate' wirklich gelingt. Davon finden wir bei Reinfeldt/Schwarz indes keine Spur. Ihre Kritik an Althusser beschränkt sich zunächst auf die Paraphrasierung der selbstkritischen Bemerkungen, mit denen Althusser nach Veröffentlichung seines Aufsatzes "Ideologie und ideologische Staatsapparate" seinen Ansatz zu modifizieren suchte: Sie betrifft das Problem des Althusser nicht ohne Grund vorgeworfenen 'Funktionalismus'. Gleichfalls getreulich dem Meister folgend, bieten die Autoren dann die anschließende Althusserische Erhebung des *Klassenkampfes* zum theoretischen Grundbegriff als Mittel zur Auflösung des Funktionalismus an. Mit dem Insistieren auf den 'Klassenkampf' als Grundtatbestand suchte Althusser hervorzuheben, daß die ideologischen Staatsapparate nicht bloß funktionale Agenturen der Herrschaft, sondern vor allem ein Ort des Kampfes sind: Die Revolten, in denen sich beispielsweise Arbeiter, Frauen, Immigranten, Jugendliche usw. gegen die ihnen in den ideologischen Staatsapparaten anerzogenen sozialen Rollen zur Wehr setzen, sind Formen des Kampfes um die Modalitäten der "in letzter Instanz" (F. Engels) kapitaldominierten gesellschaftlichen Reproduktionsweise. Nun besteht

ein Problem, das den AutorInnen sichtlich Bauchschmerzen bereitet, darin, daß Althusser, trotz seiner anti-ökonomistischen und anti-reduktionistischen Stoßrichtung, die plurale Gesamtheit derartiger 'relativ autonomer' Kampffelder gleichwohl auf der orthodox-marxistischen Matrix des 'Klassenkampfes' zu vereinheitlichen sucht. Man kann sicherlich darüber streiten, ob Althusser geradezu pathetische Evokationen des 'Klassenkampfes' bloß der Reflex eines kommunistischen Traditionalismus sind oder ob Althusser nicht vielleicht darüber hinaus gute Gründe hatte, mit Hilfe eines heute gewiß etwas angestaubt wirkenden Begriffs ein marxistisch akzentuiertes Einheitsmoment in der Analyse der Pluralität sozialer Kämpfe festzuhalten. Um die Diskussion der damit verbundenen Begriffs- und Kategorienprobleme drücken sich die Autoren. Sie glauben einfach, mit Leichtigkeit den Begriff des 'Klassenkampfes' durch *irgendwelche* 'sozialen Kämpfe' ersetzen zu können. So einfach geht das indes sicher nicht; auch ein Zitat von Etienne Balibar kann hier nicht die Argumentationsschritte ersetzen, die erforderlich wären. Allerdings würde eine wirklich angemessene Erörterung natürlich eine Auseinandersetzung mit grundlegenden Konstruktionsproblemen der zur Debatte stehenden Theorie erfordern, die im Rahmen der politizistischen Ausrichtung des Buches, in dem mit Althusser und Poulantzas anscheinend so etwas wie eine neue Avantgarde präsentiert werden soll, offenbar nicht gefragt ist.

Die Strategie der AutorInnen besteht nun in einer tatsächlich eindrucksvollen Aktualisierung der Althusserischen Konzeption der Ideologischen Staatsapparate - hier finden wir das gelungenste und originellste Kapitel des Buches, in dem der neue "Ideologische Staatsapparat Gesundheit" aus der Taufe gehoben wird, ein Aggregat, dessen Elemente von Krankenkassen (die sich neuerdings "Gesundheitskassen" nennen) über Sportvereine bis hin zu Vollwertkostläden reichen. Zugrunde liegt empirisch die Beobachtung, daß seit gut zehn Jahren in der Tat von der Politik bis zur Werbung Diskurse über 'Gesundheit' (gesunde Ernährung, Fitneß, Kampagnen gegen das Rauchen ...) einen bis dahin ungekannten Stellenwert erlangt haben: eine neue Variante dessen, was Althusser ideologische "Anrufung" nennt. In diesem Zusammenhang wird vielleicht am klarsten im ganzen Buch deutlich, worin die grundlegende Option der AutorInnen fürs politische Denken und Handeln besteht: Das Beispiel des Gesundheits-Diskurses zeigt, daß ideologische 'Anrufungen' immer wieder auch mit historisch-konjunkturrell bestimmten Mehrdeutigkeiten und Brüchen einhergehen. Der Gesundheits-Diskurs, hervorgegangen aktuell zunächst aus der Suche nach emanzipatorisch-alternativen Lebensformen und dem Protest gegen die kapitalistisch verursachte Vernutzung des Körpers, funktioniert einerseits als ein in eine hegemoniale Formation einbezogenes Element der Erzeugung eines durch Gesundheit ökonomisch

und politisch bestens disponiblen Volkskörpers, kann andererseits aber auch Element einer individuellen 'Selbstbemächtigung' sein; die Aufmerksamkeit muß sich konzentrieren auf den *variablen* Zusammenhang dieser Momente. Hier knüpfen die Autoren vor allem an Überlegungen von Michel Foucault an, der sich in seinen späten Schriften vor allem mit der Frage des Verhältnisses von "Technologien der Macht" und "Technologien des Selbst", Praktiken der Unterwerfung und Praktiken der Autonomie auseinandersetzt. So wertvoll und bedeutsam diese Motive von Foucault sind: Das *theoretische Terrain*, auf dem sie bei ihm angesiedelt sind, ist nicht das einer Ideologie- oder gar Staatstheorie. Tatsächlich hat Foucault versucht, die Möglichkeit des *désassujettissement*, der Ent-Unterwerfung/Ent-Subjektivierung zu denken, eine Frage, die bei Althusser nicht auffindbar ist - aber bei Foucault handelt es sich nicht um eine ideologie- oder hegemonietheoretische Frage. Die AutorInnen täten besser daran, darüber Rechenschaft abzulegen, statt eklektizistisch diverse Theorien zusammenzubasteln, wobei die Anordnung der einzelnen Versatzstücke wechselseitig ein Ausloten der Problemdimensionen verhindert.

Die Quintessenz des Buches ist die, daß politische Herrschaft immer getragen ist von der kompromißhaften hegemonialen "Verdichtung" (Poulantzas) und Verstetigung von kontingenten, multiplen und konfliktuellen Praxen. Eine wirklich weiterführende, im Sinne des Un-

tertittels "Anschlüsse" neuen Erkenntnissen den Weg weisende Bestimmung der Konfliktualität dieses Prozesses, die den Einsatzpunkt emanzipatorischer Strategien darstellen können soll, gelingt den AutorInnen nicht. Es bleibt die politische Botschaft, daß an die Stelle der Staatsfixiertheit der Linken, welche die *Wirkungen des Staates außerhalb des Staates* ignoriert, Reflexion zu treten hätte, Reflexion auf die in den Ideologischen Staatsapparaten, also in unserem Alltagsleben, stattfindenden Prozesse der Hegemoniebildung. Es sind Prozesse, die uns nicht als ein 'Außen' gegenüberstehen wie der Staat im etatistischen Imaginären, weil wir stets in sie einbezogen sind, um in den dort aufzufindenden Ambivalenzen Ansatzpunkte der Verweigerung, der "Ent-Identifikation mit einem 'Ich bin'" (155) aufzugreifen. Der linke Etatismus dagegen, der mit der je nach Geschmack revolutionären oder reformistischen Traktierung der staatlichen Institutionen Emanzipation erheischt, reproduziert mit dieser Staatsfixiertheit unter der Hand die sozialen Beziehungen, die die herrschende Ordnung erst möglich machen. Vorzuwerfen ist den AutorInnen nicht, daß sie nicht alle damit zusammenhängenden Probleme lösen, wohl aber, daß sie allzu autoritativ Lösungen präsentieren wollen, wo Probleme zu entfalten wären. Kritisch gelesen, vermag das Buch durchaus einige wertvolle Anregungen zu vermitteln; eine solche kritische Lektüre wäre ihm zu wünschen. Die AutorInnen aber sollten sich fragen, ob

sie, indem sie ein politisch interessantes, in theoretischen Dingen aber eher laienhaftes Publikum anvisieren, dem sie ihr halbbares Theorieragout meinen servieren zu können, nicht insgeheim auf den Glanz des Königtums des Einäugigen unter Blinden spekulieren. P.S.: Eine einzige Sauerei ist der Schriftsatz. Die Art, wie als Textauszeichnungen, Kursivierungen, Fettsatz, Unterstreichungen, Versalien, Kapitälchen in den aberwitzigsten Kombinationen auftauchen, ist eine Beleidigung fürs Auge, die dem Rezensenten nahelegt, den für die Herstellung im Verlag Verantwortlichen einen Grundkurs Typographie zu empfehlen.

Henning Böke

Rassismus, empirisch untersucht

Institut für Sozialforschung (Hrg.), Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Studien zur aktuellen Entwicklung, Frankfurt/Main/New York 1994 (Campus Verlag; Studienreihe des Instituts für Sozialforschung); 219 S., br., DM 18,-.

Rudolf Leiprecht: "... da baut sich ja in uns ein Haß auf ...". Zur subjektiven Funktionalität von Rassismus und Ethnozentrismus bei abhängig beschäftigten Jugendlichen - eine empirische Untersuchung, Hamburg 1990/2. Aufl. 1992 (Argument Verlag; Edition Philosophie und Sozialwissenschaften 19), 577 S., br., DM 34,-.

Zwei theoretisch wie empirisch wichtige Bücher zu Rassismus sind vorzustellen, die eine Reihe ebenso

verbreiteter wie falscher Annahmen aushebeln und präzise Einsichten und Ausblicke, u. a. auf neuere Entwicklungen von Rassismus, ermöglichen.

Das traditionsreiche Frankfurter Institut für Sozialforschung, das zum aktuellen Rassismus schon 1991 ein beachtenswert klares Memorandum *Fremdenfeindlichkeit im vereinigten Deutschland* vorgelegt hatte¹, stellt mit dem neuen Sammelband einige laufende Forschungsprojekte zum Thema, aber auch theoretisch wichtige Beiträge vor, deren Aneignung die Diskussion zum Thema gehörig qualifizieren würde. Die kurze Einleitung mit ihrer Zwischenbilanz der derzeit wichtigsten wissenschaftlich und politisch polarisierten Debatten-Dimensionen gibt eine sehr anregende Übersicht über die - auch strategisch relevanten - Kontroversen (15ff.). Im Einzelnen werden hier Täter-Motive, sozialräumliche, historische bzw. sozialkulturelle Hintergrundbedingungen von rechtsextremistischer Fremdenfeindlichkeit, Ursachen sowie Umgang mit den Akteuren behandelt. Die unpolemische Gegenüberstellung der zu diesen Dimensionen in der Bundesrepublik vertretenen Positionen macht deutlich, daß manche Konfrontationen hierzu häufig unfruchtbar sind. Da die Verwendung des "Fremdenfeindlichkeits"-Begriffs - den ich angesichts der eher konstruierten als

faktischen Fremdheit der damit Bezeichneten für eher problematisch halte, zumal er auch die "Fremdheits"-Konstruktion zu verstärken tendiert - und die Vermeidung des Rassismus-Begriffs ausgewiesen und ihre gemeinten Bedeutungen abgrenzbar werden (12ff.), läßt sich auch hiermit arbeiten. Der Band besticht v. a. durch das selbst erhobene neuere empirische Material.

Der zusammenfassende Aufsatz von Demirovic zu Rechtsextremismus in der Bundesrepublik sichtet demgegenüber schon vorliegende, freilich auch neueste empirische Untersuchungen (29ff.), einschließlich solcher aus den neuen Ländern, und interpretiert sie auf dem Hintergrund neurechter intellektueller Hegemoniebestrebungen. Meine Kritik an diesem Beitrag richtet sich auf zwei Aspekte. Erstens auf die stillschweigende und durchgängige Hinnahe der Demoskopie-Ergebnisse zu Ausländer- und Fremdenfeindlichkeits-Einstellungen ohne Hinweis auf die teils höchst problematischen Frage (-bogen)-Konzeptionen, mit denen sie zustandekamen; in allzu vielen Fällen gingen bzw. gehen ausländerfeindliche, rassistische Konstruktionen in diese ein, sodaß ihre Aussagen nur *cum grano salis* bewertbar sind. Zweitens auf die hoffnungsfrohe Überzeichnung einer angeblichen Korrektur des traditionellen nazi-geprägten Rassismus durch die Neue Rechte (54f.): Erstens war auch dieser nicht homogen am Konzept einer "reinen" deutsch-arischen Rasse ausgerichtet, sondern strömungsmäßig diffe-

¹ Abgedruckt in: Institut für Sozialforschung (Hg.), *Aspekte der Fremdenfeindlichkeit. Beiträge zur aktuellen Diskussion*, Frankfurt/M./New York 1992, 9-19.

renziert (einschließlich der Vorstellung, das Arisch-Germanische habe sich gerade als starke, widerstandsfähige "Mischrasse" herausgebildet), wie sich u. a. bei Weingart/Bayertz/Kroll² nachlesen läßt. Zweitens findet diese Korrektur aus Legitimationsgründen teilweise nur gegenüber der Öffentlichkeit statt, während intern weiterhin offen biologisch-rassistisch von Rassen schwadroniert wird bzw. in neurechten Veröffentlichungen mal solche, mal andere Redeweisen gepflegt werden.

Demirovic/Paul (29ff.) stellen eine empirische Untersuchung vor, die die Einbruchs- und Aneignungsmöglichkeiten rechtspopulistischer und neurechter Ideologeme in den Vorstellungen (hessischer) Studierender prüft. Auf dem Hintergrund der Analyse konservativer und neurechter Bemühungen, ein Elitekonzept zu entwickeln und Einfluß auf (aktuelle und künftige) Eliten zu nehmen, und von Einschätzungen zur bisherigen Entwicklung studentischen Bewußtseins verweisen die Autoren anhand empirischen Materials aus einer neuen Befragung auf ein durchaus widersprüchliches StudentInnen-Bewußtsein, das durch ein "hohes Maß an Inkonsistenz" gekennzeichnet sei (81). Weder die These einer "Entideologisierung" noch die eines "Vakuums", das durch rechte Ideologeme zu "füllen" sei, treffe vermutlich zu, sondern die sich nach wie vor selbst als linksorientiert Verstehenden

² Peter Weingart/Jürgen Kroll/Kurt Bayertz, Rasse, Blut und Gene. Zur Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland, Frankfurt/M. 1988.

wiesen das Bild einer Gruppe auf, in der rechtsextreme Denkfiguren und Vorstellungen teils in Gestalt eines harmonistischen Konformitäts- und Homogenisierungsdrucks in linksliberaler Selbstdefinition auftraten. So sind Führungselite-Vorstellungen, freilich mit "rein sachlich-fachlicher" Kompetenz, Verteilungskampf-Orientierungen unter Gerechtigkeits-Gesichtspunkten, Wünsche nach einem starken Staat zur Durchsetzung ökologischer und bevölkerungspolitischer Ziele, Toleranz-Verteidigung der eigenen Gesellschaft und zu diesem Zweck Ausschließungstendenzen gegenüber "Intoleranten" (z.B. "anderen Kulturen") verbreitet; bemerkenswert große Teile der Studierenden lassen sogar Zustimmung zu klar neurechten Statements erkennen. Demirovic/Paul interpretieren dies im Sinn eines dynamischen, dialektischen Ideologiebegriffs und in Anlehnung an den britischen Ideologie- und Rassismustheoretiker Stuart Hall nicht als Entideologisierung oder Vakuum noch als ein unter der Oberfläche vorhandenes, erst durch Sozialforschung zu ent-deckendes Potential, sondern als "Verschiebung (...) zwischen den Ideologemen", als "Prozeß der Desartikulation und (...) neuartigen Verknüpfung von ideologischen Elementen" (82), als "Prozesse der Sinnverschiebung", die "den Übergang zu einer rechts-extremistisch-neurechten Sicht ermöglichen" (79). Damit machen sie zugleich die relative Beweglichkeit von Ideologemen bei unterschiedlichen Anschlußbedingungen deutlich.

Grimm und Ronneberger berichten über eine Frankfurter Stadtstudie zu den Vorstellungen, die Beschäftigte aus den Bereichen Werbung, EDV und Banken (91ff.) mit Begriffen wie multikultureller Gesellschaft verbinden. Diese durchaus "kosmopolitisch" orientierten DienstleisterInnen - eine regelrechte Gegengruppe zu "Modernisierungsverlierern" - zeigen, wie "Multikultur" als durchaus "schillernder, vielseitig einsetzbarer und ambivalenter" Diskurs (93) zum Begriff erweiterter Konsummöglichkeiten degeneriert, wie die Selbstzuschreibung von Internationalität zugleich durch nationalstaatliche Identifikationen begrenzt ist (101ff.) und wie "Ausländer" im lokalen Raum nach wie vor als Fremde, zudem als gefährliche Unterklasse identifiziert werden, die die eigenen sauberen Kultur- und Dominanz-Spielräume bedrohen. Das offiziell und in vielerlei Untersuchungen mit Fleiß genährte Bild des Rassismus als Religion der ungebildeten, dummen *underdogs*, das die Befragten großenteils auch selbst mit-entwerfen, wird von dieser Untersuchung endlich auch in Bezug auf bundesdeutsche Mittelschichten empirisch nachdrücklich in Frage gestellt.

Thomas von Freyberg (129ff.) präsentiert Informationen über eine Untersuchung von Konflikten zwischen deutschen und "ausländischen" Beschäftigten bei der Frankfurter Wertstoffsammlung bzw. Müllabfuhr, die auch in einem Konfliktbearbeitungs-Projekt mündete. Spannend hier vor allem die Darstellung der Umformu-

lierung betriebsorganisatorischer und -hierarchischer Strukturen, die stark auf Vorab-Unterschichtungen beruhten, und deren Entwicklung unter Personaleinsparungs-Zwängen zu "ethnischen", also "Ausländer"/-Deutsche-Konflikten führte, die von beiden betroffenen Seiten nur noch in ihren nationalen Zügen wahrgenommen und zu einer "sich selbst legitimierenden Diskriminierung" (140) wurden. Fraglich, zumindest in der Darstellung unzureichend ausgewiesen, scheint mir in mehrerlei Hinsicht allerdings die These "von zwei konträre(n) Arbeitsorientierungen" bei "Ausländern" bzw. Deutschen (141). Zunächst homogenisiert sie in problematischer Weise "die Ausländer" über ihre jeweiligen ethnischen Gruppen hinweg und unabhängig von ihren insgesamt unterschichteten, jedoch sicherlich wiederum differenzierten arbeitsstrukturellen Positionen. Zweitens geht von Freyberg bei der Kennzeichnung der "ausländischen" Arbeitskräfte von einer Vorstellung nicht-deutscher Beschäftigter aus, die mir den 60er Jahren zu entstammen scheint: Sie arbeiteten "in einem fremden Land, in einem fremden Betrieb und unter fremden Vorgesetzten" und hegten (Anfang der 90er Jahre!) "die Hoffnung, in absehbarer Zeit in die Heimat (sic!; C. S.) zurückkehren zu können" (142). Das ist genau jene "Fremden"-Konstruktion, die ich oben schon ansprach. Dennoch ist der Beitrag lehrreich angesichts der Spärlichkeit konkreter betriebssoziologischer Untersuchungen zu intereth-

nischen Konflikten und Beziehungen.

Jaschke (167ff.) behandelt eine Institution, die im alltäglichen rassistischen Klima von Intoleranz und Diskriminierung "die Schattenseiten von Migration und ethnisch mitbedingten Konflikten zu bearbeiten (hat), ohne sie lösen zu können" (169): die Polizei. Sie muß schon strukturell überfordert sein, da sie Vollzugsfunktionen im Widerspruchsverhältnis zwischen der faktischen, aber politisch negierten mehr ethnischen Gesellschaft wahrzunehmen hat. Jaschke zeigt die polizeilichen Eingreifstrategien gegen fremdenfeindliche Gewalt im Kontext von deren problematischer offizieller Definition als Problem der inneren Sicherheit auf (171ff.). Diese Definition läßt Polizisten (auch sich selbst gegenüber) als strukturell überfordert, am falschen Platz eingesetzt und in ihrer Funktionsloyalität verschaukelt erscheinen, und zugleich nährt sie Tendenzen zu einer allgemeinen Verstärkung staatlicher Gewaltpräsenz. Überdies ist das Gebiet der Selbstdefinition der Polizei hinsichtlich ihrer Orientierungsmuster gegenüber Rechtsextremismus und Neonazis sowie ihrer Verbindungen zu Rechtsextremen ebenso wie ihr Alltags-Verhalten zur nicht-deutschen Klientel ein intern "hochtabuisierte(r) Sachverhalt" und bisher empirisch kaum näher erforscht (179ff.). Das bedeutet mitnichten Entwarnung, sondern es zeigen sich "unübersehbar" "Einbruchstellen" und eine "grundsätzliche Anfälligkeit von Polizeibeamten" für Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextre-

mismus (182f.), was der Autor am Beispiel der Polizeiprobleme in der Großstadt Frankfurt, zugleich der Stadt mit der höchsten nicht-deutschen EinwohnerInnen-Quote, und der dienstbedingt stark selektiven und gleichförmigen Polizei-Wahrnehmung der "AusländerInnen" aufweist (183ff.). Abschließend diskutiert Jaschke einige stadt- und länderbezogene Reform-Überlegungen bzw. laufende Konzepte, wobei sich mir Fragen dazu aufdrängen, warum einige Aufgaben, die eigentlich den sozialen Diensten zukämen, nun der Polizei zufallen. - Insgesamt ein hochgradig spannender Band, der die allmähliche Professionalisierung von Rassismus-Untersuchungen dokumentiert.

Der Titel von Leiprechts Arbeit klappert etwas langatmig und soziologisch-barock. Demgegenüber liest sich der Text des umfangreichen Bandes durchaus angenehm flüssig, obwohl es sich auch hier um eine theoretisch hochkarätige regional-empirische Studie handelt. Der Autor befaßte sich bewußt mit ganz "normalen" Jugendlichen, nicht etwa rechtsradikal eingestellten oder gar neofaschistisch organisierten, und arbeitet aus dem Materialkorpus - argumentierenden, themenzentrierten und zurückspiegelnden Einzel- bzw. Gruppengesprächen mit BerufsschülerInnen (176f.) - das "verbreitete Desinteresse an der Ausgrenzung Anderer", die "verborgen und versteckt daherkommenden rassistischen/ethozentrischen Praxen und Haltungen" heraus (54). Leiprechts Rassismus- bzw. Ethno-

zentrismus-Begriff ist orientiert an Kalpaka/Räthzel³. Sein besonderes Interesse: "Die 'subjektiven Funktionalitäten' der Ideologien, die im Zusammenhang mit Rassismus und 'Ausländerfeindlichkeit' von abhängig beschäftigten Jugendlichen benutzt werden", um "von innen" nachvollziehbar werden (zu lassen), welchen subjektiven Nutzen einzelne Jugendliche in ihren konkreten Lebensverhältnissen von entsprechenden Ideologien haben" (31). Es geht ihm nicht um Entschuldung der Jugendlichen als "Opfer" rassistischer Theoreme, auch wenn die Jugendlichen solche Ideologien und Praxen nicht selbst erfunden haben (205ff.). Im Gegenteil: Er vertritt (mit Holzkamps Kritischer Psychologie) eine Individualwissenschaft und Ideologietheorie, die davon ausgeht, daß die Subjekte die Verhältnisse einschließlich ihres eigenen Denkens und Handelns zwar nicht allein, aber *auch selbst* bzw. *mit*-machen. D. h. aber, daß sie unter auch restriktiven Handlungsbedingungen sich zwischen eigenen restriktiven - hier Andere ausgrenzenden - oder verallgemeinerten Handlungsmöglichkeiten entscheiden müssen. Die Entscheidung für restriktive Ideologeme und ausgrenzendes Verhalten bedeutet dann ein "Sich-Einrichten in den Verhältnissen auf Kosten anderer" (43), damit zugleich ein "Sich-Ausliefern an unbeeinflussbare Manifestationen ge-

gebener Unterdrückungsverhältnisse" und somit eine "permanente Gefährdung des (eigenen) Handlungs- und Verfügungsrahmens" (Holzkamp).

Auf den ersten Blick scheint die sowohl im methodischen Ansatz wie der Durchführung handlungstheoretisch angelegte Studie wenig abrechenbare Ergebnisse im konventionellen Sinn zu haben: keine schön (oder abstoßend) ordentlichen Tabellen über Zusammenhänge von Antwort-Skalen oder Meinungsprofilen mit städtischer oder ländlicher Herkunft, Alter, Familienform oder anderen soziodemografischen Merkmalen. "Alle Ergebnisse des Fragebogens" (248) z. B. lassen sich nicht nur auf einen Blick erfassen, sondern sind auch auf einer einzigen Seite dargestellt. In Prozentuierungen, Skalierungen und kategorisierenden Einordnungen liegt auch nicht ihr eigentliches Ziel. Sie versteht sich im Gegenteil als Bestandteil eigener antirassistischer Intervention des wissenschaftlich Tätigen, als Element der politischen Bildungsarbeit - und entstand im übrigen aus antirassistischer gewerkschaftlicher Jugendarbeit (und als Dissertation dankenswerterweise gefördert durch die Hans-Böckler-Stiftung). Ihre eigentlichen Ergebnisse sind die Dokumentation des Begleit- und Nachvollzugs-Prozesses der Gespräche mit den Jugendlichen, das durch diese erzielte Nachdenken und gegebenenfalls Verhaltensmodifikationen bei ihnen selbst. Die Untersuchung bietet damit, aufgrund der immer wieder kritisch reflektierten Selbst-Beobachtung

³ Vgl. meine Rezension von Annita Kalpaka/Nora Räthzel, Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein, 2. völlig überarb. Aufl., Leer 1990, in der Sammelbesprechung Nachholbedarf: Rassismus-Theorien, in: Z 15, 146-153.

des Autors als Interviewer und Gesprächspartner und mit der Wiedergabe der Gesprächsverläufe, die Möglichkeit, eine sinnvolle, die Jugendlichen ansprechende und sie berührende antirassistische Jugendarbeit nachzuvollziehen, in der die Jugendlichen und ihr Rassismus/Ethnozentrismus gerade insofern ernstgenommen werden, als sie mit inhaltlich kontroversen Positionen konfrontiert werden mit dem Ziel, ihre eigenen Handlungsspielräume im Denken und Handeln selbst zu überprüfen und zu verändern, d. h. selbst mehr demokratische Handlungsmächtigkeit zu gewinnen.

Leiprecht selbst schätzt die Ergebnisse im Verhältnis zu seinem theoretischen Ansatz und dem ursprünglich geplanten Projekt-Rahmen durchaus einschränkend und selbstkritisch ein. Da er seine ursprüngliche Idee einer "gemeinsamen Erkenntnis- und Veränderungspraxis mit einer Gruppe abhängig beschäftigter Jugendlicher" in Bezug auf das Thema "subjektives Denken und Handeln von 'Eingeborenen' gegenüber der Diskriminierung, Ausgrenzung, Instrumentalisierung und Negativ-Bewertung von EinwandererInnen, Flüchtlingen und SpätaussiedlerInnen" nicht realisieren konnte (178), seien "nur eingeschränkte Aussagen" über die eigentliche Zentralfrage, die realen Problem-bewältigungen der BerufsschülerInnen im Alltag und deren subjektive Möglichkeitsräume" möglich gewesen. So vermisse er selbst, daß auf dem Hintergrund der Gespräche und Diskussionen "keine wirkliche

Rekonstruktion subjektiv-funktionaler Begründungen in Möglichkeitsräumen bezüglich der je einzelnen Mitdiskutierenden" (266f.) zu erarbeiten gewesen sei.

Fraglich allerdings ist, ob solch ein Projektanspruch bei einem Einmann-Unternehmen überhaupt realistisch ist. Und was hat Leiprecht als Nebenergebnis dabei alles zutage gefördert: Belege, daß die Äußerungen der Jugendlichen den "Ausländerfeindlichkeits"-Begriff als individualisierend, beschönigend, Sachverhalte eher verstellend als erhellend bestätigen (253, 289f.); sehr nützliche, zudem sprach- und diskursanalytische Rassismus-Untersuchungen bestätigende Systematisierungen der Argumentations-Topoi, die soziale, kulturelle, kognitive, affektive, räumliche Denkfiguren der Jugendlichen im Zusammenhang mit "AusländerInnen" sinnfällig machen (268); Einbau-, Umformungs-, Umartikulationsprozesse, die die Jugendlichen an Ideologemen vornehmen, um deren Bezüge zu ihren Lebenswelten zu fassen; direkte und indirekte Hinweise auf die Anpassungs- und Unterordnungszwänge, denen sie sich entziehen oder unterwerfen mithilfe dieser oder jener Ab- und Ausgrenzung, durch teils offenen, teils blinden Protest oder durch systematische Ausklammerung des je eigenen Denkens und Handelns (356f., 236) usw. usf.

Wenn freilich so viel und so Nachforschenwertes schon bei beschränkten Untersuchungsmöglichkeiten herauskommt - was wäre erst, wenn ...?

Claudia Stellmach

Vergessene Justizopfer

Rolf Gössner, *Die vergessenen Justizopfer des kalten Krieges - Über den unterschiedlichen Umgang mit der deutschen Geschichte in Ost und West, mit einem Vorwort von Heinrich Hannover, Konkret Literatur Verlag, Hamburg, 1994, 224 S., 32,-DM.*

Der Bremer Rechtsanwalt und Publizist Rolf Gössner hat im Konkret Literatur Verlag ein Buch zur Geschichte der politischen Justiz in der Bundesrepublik vorgelegt. Den Schwerpunkt der Publikation bildet die Verfolgung von Kommunisten sowie anderen Demokraten und Antifaschisten in den ersten beiden Jahrzehnten der Existenz der BRD, die in der Öffentlichkeit weitgehend verdrängt wurde. Sein Anliegen beschreibt der Autor denn auch so: "Mit dem vorliegenden Buch möchte ich versuchen, ein stark verdrängtes dunkles Kapitel westdeutscher Geschichte der Vergessenheit zu entreißen und geeignete, überfällige politisch-rechtliche Konsequenzen anzumahnen."

Die Publikation erhält ihre besondere Bedeutung durch den Zeitpunkt, zu dem sie erscheint. Schwappt doch gegenwärtig unter dem Stichwort der "Bewältigung der DDR-Vergangenheit" eine neue Welle der Verfolgung von Kommunisten und Antifaschisten durch das wiedererstandene Großdeutschland. Zehntausende Bürger der vereinnahmten DDR sind von politisch motivierten "Abwicklungen", Entlassungen, Berufsverböten, und nicht wenige von Verfolgungen durch die Justiz betroffen.

Der Autor setzt sich gründlich mit den juristischen Versuchen der Abrechnung mit der DDR-Geschichte auseinander. Er spricht vom "Ruch der Siegerjustiz" und zeigt deren Wirken besonders anschaulich am Beispiel der Verfolgung der Mitarbeiter der Hauptverwaltung Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Da werden Menschen wie Markus Wolf zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt, die für ihren souveränen Staat nichts anderes gemacht haben als der derzeitige Bundesaußenminister Kinkel seinerzeit als Spionagechef des Bundesnachrichtendienstes für seinen Staat.

Gössner stellt die Frage: "Soll unter dem Motto 'Aufarbeitung der DDR-Geschichte' gleichzeitig die Idee des Sozialismus desavouiert und endgültig zur Strecke gebracht werden? ... Will sich die (Alt-) Bundesrepublik nach der deutschen 'Vereinigung' auf Kosten des übergroß aufgeblähten Sündenbocks DDR von allen eigenen Sünden reinwaschen? Und steht zu befürchten, daß die Justiz mit ihrer antikommunistischen Tradition nun, da es um die Relikte eines verhaßten Systems geht, eine Vehemenz an den Tag legt, die an 'Siegerjustiz' und Rache gemahnt und die sie bei der strafrechtlichen Aufarbeitung der NS-Vergangenheit, besonders ihrer eigenen, so sträflich vermissen ließ?"

Der Autor plädiert für eine staatsferne, offene und differenzierte Aufarbeitung der DDR-Geschichte mit ihren "Errungenschaften" und "Fehlentwicklungen" durch die Betroffenen selbst. Er wendet sich da-

gegen, diese Aufarbeitung quasi stellvertretend - den gesamtdeutschen Gerichten und Disziplinstellen oder gar den Geheimdiensten zu überlassen. Noch mehr angebracht schiene mir allerdings eine staatsferne Aufarbeitung der Geschichte beider deutscher Staaten, die sich gegenseitig bedingte und beeinflusste. Außerdem zeigt gerade der erste Teil des Buches, wie notwendig die Aufarbeitung der Geschichte der Alt-Bundesrepublik ist.

Das gesamte Ausmaß der staatlichen Verfolgung im Westen auf dem Höhepunkt des kalten Krieges erscheint heute geradezu unglaublich: In der Zeit von 1951 bis 1968 gab es staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren gegen 150.000 bis 200.000 Personen. Eingeleitet wurden sie nahezu ausschließlich wegen gewaltfreier linksoppositioneller Arbeit. Verfolgt und bestraft wurden Gegner der Remilitarisierung, Menschen die für eine Wiedervereinigung Deutschlands in freien Wahlen, für ein demokratisches, entmilitarisiertes und neutrales Gesamtdeutschland eingetreten waren oder weil sie deutsch-deutsche Kontakte pflegten; sie wurden kriminalisiert wegen Verstoßes gegen das KPD-Verbot und Beteiligung an sogenannten Ersatzorganisationen, wegen der Kandidatur bei Parlamentswahlen, ja, wegen des Tragens oder Verteilens von roten Nelken am 1. Mai oder der Organisierung von Kinder-Ferienreisen in die DDR. Sieben- bis zehntausend Kommunisten und andere Demokraten wurden zu

zum Teil langjährigen Gefängnis- bzw. Zuchthausstrafen verurteilt.

Gössner erinnert auch an die Durchdringung der bundesdeutschen Justiz mit blutbefleckten Nazirichtern. "Mindestens 80 der VGH-Richter und -Staatsanwälte (des berichtigten nazistischen Volksgerichtshofs - W.G.) sind - neben vielen anderen ehemaligen NS-Juristen - nach 1949 wieder im bundesdeutschen Justizdienst beschäftigt worden und richteten erneut über die gleichen Opfer - vornehmlich über Kommunistinnen und Kommunisten. 1958/59 erschien eine vom 'Ausschuß für deutsche Einheit' der DDR herausgegebene Broschüre mit dem Titel 'Wir klagen an - 800 Nazi-Blutrichter Stützen des Adenauer-Regimes'. Sie enthält die Namen von 800 ehemaligen Richtern und Staatsanwälten mitsamt ihren NS- und ihren neuen Funktionen in der BRD."

Von solchen Blutrichtern Hitlers wurde übrigens auch der Rezensent verfolgt, der fast zweieinhalb Jahre wegen seiner politischen Tätigkeit als FDJler und Kommunist in bundesdeutschen Gefängnissen sitzen mußte. Das Urteil von zwei Jahren Gefängnis im ersten Prozeß 1955 wurde unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Lenski gefällt, der in der Zeit der faschistischen Diktatur als Feldgerichtsrat für 13 elsässische Antifaschisten das Todesurteil gefordert hat. Die Anklageschrift wurde von Oberstaatsanwalt Dr. Liebau zusammengestellt, seinerzeit Sachbearbeiter für Sondergerichte im faschistischen Reichsjustizministerium und Rich-

ter am Sondergericht Posen. Ihm kann die Mitwirkung an über 60 Todesurteilen gegen deutsche und ausländische Antifaschisten nachgewiesen werden.

Die verhängnisvollen Auswirkungen dieses braunen Justizerbes zeigen sich noch heute in harten Urteilen gegen Linke und oft mildem Umgang mit rechtsextremistischen Gewalttätern. Umso bemerkens- und anerkennenswerter ist das demokratische Engagement solcher Juristen wie Rolf Gössner und Heinrich Hannover, der das Vorwort zu Gössners Buch geschrieben hat.

Zur Beseitigung der Erblasten des kalten Krieges werden die Aufhebung des KPD-Verbotsurteils, die Rehabilitierung der Opfer der politischen Justiz sowie Entschädigungs- und Rentenleistungen angemahnt. Zu diesem Zweck schlägt Gössner vor, die Kriterien des "1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes" analog auf die Opfer des kalten Krieges/West anzuwenden.

Das Buch Rolf Gössners stellt einen wichtigen Beitrag zur Geschichte der Bundesrepublik, insbesondere ihrer politischen Justiz, dar. Es liefert wertvolle Fakten und Argumente für den Kampf um die Rehabilitierung der Opfer des kalten Krieges in der Alt-Bundesrepublik und die Zurückweisung der neuen Welle politischer Verfolgungen gegen Bürger der ehemaligen DDR.

Willi Gerns

blätter des iz3w

informationszentrum
dritte welt
Freiburg

Eine der größten, unabhängigen erwirkungspolitischen Zeitschriften:

- ★ acht mal im Jahr auf 60 Seiten ...
- ★ kontinuierliche Länderberichte und Analysen zu Politik, Geschichte, Wirtschaft, Kultur, Rüstung ...
- ★ Debatten zu internationalen und transnationalen Verflechtungen ...
- ★ Informationen über nationale und internationale Kampagnen, Solidaritätsprojekte, Initiativen ...
- ★ gemacht von politisch engagierten Gruppen und Einzelpersonen ...

Die aktuellen Schwerpunktthemen:

- Nr. 196: Rüstungsexportsstrategien
- Nr. 197: 50 Jahre IWF/Weltbank
- Nr. 198: Bevölkerungspolitik
- Nr. 199: Drogenpolitik in den Anden
- Nr. 200: Internationalismus, quo vadis?

Der 'blätter' Abo-Antrag

- Schickt mir die iz3w-Materialliste
- Ich probiere das Einstiegsabonnement mit vier Ausgaben für 20,-DM. Das Einstiegsabo verlängert sich automatisch zum Jahresabo wenn es nicht vier Wochen vor Ablauf gekündigt wird.
- Ich will das Jahresabonnement: mit acht Ausgaben für 54,-DM.
- Als StudentIn abonniere ich die 'blätter' für 46,-DM/Jahr.

Meine Adresse:

Vorname:

Name:

Straße/
Hausnummer:

Postleitzahl/
Ort:

Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von einer Woche widerrufen kann. Zur Fristwahrung gilt der Poststempel oder ein Anruf.

Unterschrift:

An: blätter des iz3w, Abo-Verwaltung,
Postfach 5328, 79020 Freiburg
Tel.: 0761/74003, Fax: 0761/709868

Zur Ausbildung des Wissenschaftlers

Jürgen Kuczynski, *Ein Leben in der Wissenschaft der DDR, Westfälisches Dampfboot, Münster 1994, 163 Seiten, DM 29,80.*

Jürgen Kuczynski, führender Wirtschaftshistoriker, der im September seinen 90. Geburtstag feiert, ist auch heute noch - wie Zeit seines Lebens - Tag für Tag als Wissenschaftler tätig. Es kann keinen kompetenteren Autor für das Thema "Ein Leben in der Wissenschaft der DDR" geben als ihn, der während der gesamten 41 Jahre, die die DDR bestanden hat, in ihr als Wissenschaftler wirkte. Der Titel des Buches läßt an einen biographischen Abriß denken. Wohl ist Biographisches eingestreut, doch in erster Linie behandelt er das Problem der wissenschaftlichen Effizienz, die Ausbildung des Wissenschaftlers, die persönlichen Voraussetzungen dafür, die Elitebildung auf dem Weg eines Ausbildungssystems von der Schule über die Universität bis zur Einbindung in die Forschung.

Die langen Zitate, die auf den ersten Blick auffallen, sind nicht überwiegend der Sekundärliteratur entnommen, sondern Kuczynskis eigenen Manuskripten, die zu einer Verbesserung des "kümmerlichen" (S. 145) Zustandes der Gesellschaftswissenschaften beitragen wollten, die aber zu DDR-Zeiten nicht erscheinen durften, da etwas Negatives offiziell nicht zugegeben wurde. Das eine ist ein Buchmanuskript von 1983 mit dem Titel "Sport und Wissenschaft", das an-

dere Manuskript "Über die Erziehung und Entwicklung junger Wissenschaftler an der Akademie" entstammt den frühen 70er Jahren.

Einleitend stellt Kuczynski fest, daß sich seit 1933 in Deutschland und seit 1945 überall auf der Erde der Zustand der Universitäten verschlechtert hat. In den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften gibt es keine erstklassigen Wissenschaftler. Wo er im folgenden Vorschläge zur Ausbildung von Wissenschaftlern macht, die an das von ihm negierte Vorhandensein erstklassiger Wissenschaftler gebunden sind, werden sie in dieser Besprechung nicht erwähnt. Kuczynski bemerkt: Das Wissen hat sich in den letzten 2 500 Jahren gewaltig vermehrt. "Aber die Methodik der Wissensverbreitung und Denkanleitung, die Gestalt des großen Lehrers hat sich kaum verändert" (S. 7) seit den Zeiten eines Sokrates und Plato, eines Galilei und Wilhelm von Humboldt. "Wir waren und sind uns eins in unserem Bemühen, die Lehren der Wissensverbreitung und Denkanleitung sowie ihrer Institutionen auf Grund der Worte und Taten der Meister der letzten Jahrtausende zu erhalten und zu pflegen." (ebenda)

Im 1. Kapitel, "Das Politbüro und die Wissenschaftler", stellt Kuczynski zwei Grundtypen des Verhaltens führender Persönlichkeiten einander gegenüber, die Unfehlbarkeit der Päpste seit Pius IX. und Zitate Lenins, die ein entgegengesetztes Verhalten für eine revolutionäre Partei als selbstverständlich postulieren: "von ihren Schwächen zu sprechen" (S. 11). Die Mitglieder

des Politbüros sind für Kuczynski allein deshalb "Pseudo-Marxisten-Leninisten" (S. 12), weil seine Beschlüsse als unfehlbar zu gelten hatten. Den Wissenschaftlern der DDR - ausgenommen die wenigen namentlich von ihm genannten - stellt Kuczynski ein erstaunlich schlechtes Zeugnis aus, sowohl politisch als auch charakterlich. Insgesamt spricht aus diesem Kapitel sein Groll gegen die politische Führung der DDR.

Im 2. Kapitel, "Gesellschaftliche Widersprüche und die Philosophen der DDR", wird ein Artikel von Kuczynski über "Gesellschaftliche Widersprüche" aus der "Deutschen Zeitschrift für Philosophie" von 1972 wiedergegeben, in dem es um die zentrale Frage geht: Gibt es im Sozialismus antagonistische Widersprüche, das heißt Widersprüche, die nur durch Vernichtung einer der beiden Seiten zu lösen sind? Kuczynski hat zu Recht die Existenz solcher Widersprüche in der DDR behauptet, die es nach offizieller Lesart nicht gab, die aber schließlich zum Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus geführt haben.

Das 3. Kapitel, "Das Problem der Elite", geht in echt platonischer Geisteshaltung von der Notwendigkeit der Herausbildung einer Elite auch im Sozialismus aus, sowohl auf dem Gebiet des Sports - was ja längst anerkannt war, weshalb sich Kuczynski so oft auf ihn bezieht - als auch in den Wissenschaften. Elite ist nur qualitativ aufzufassen, keineswegs als eine Gruppe, die Machtansprüche zu realisieren hätte. Bemerkenswert in diesem

Kapitel ist die Erkenntnis, daß es - im Unterschied zum Sport - für die Wissenschaft der menschlichen Planung entzogene "Goldene Zeitalter" (S. 51) gibt.

Das 4. Kapitel, "Die Schulen", steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem "Problem der Elite". Wie lehrt man Schüler denken, wie fördert man die Denkbegabten, wie kommt man fort von der Beschränkung auf Fleiß und Faktenwissen? Daß eine Gesamtnote den Ausschlag für die Zulassung zur Universität gibt, ist eine Katastrophe für die einseitig Hochbegabten. Die Schulen der DDR haben nach Kuczynski in bezug auf die Förderung der Hochbegabten versagt - mit Ausnahme des Faches Mathematik.

Urteile, die Kuczynski im 5. Kapitel, "Die Universitäten", über diese fällt, dehnt er auf Westeuropa und die USA aus: "Aus Bildungsstätten sind sie Fabriken zur Herstellung von Anfänger-Spezialisten auf Teilgebieten geworden." (S. 64) Lehr- und Lernfreiheit, Mobilität von Studenten und Hochschullehrern, die Einheit von Forschung und Lehre, eine individuelle Betreuung der Beststudenten, mehr Zeit zum Nachdenken, Entbürokratisierung, eine negative Selektion und die Vermittlung von Allgemeinbildung sind vorgeschlagene Maßnahmen zur Besserung der Zustände. Kühn mutet seine Zukunftsvision einer zweigeteilten Universität an: "Die eine hat die Aufgabe, eine wissenschaftlich und künstlerisch gebildete Nation zu erziehen. Die andere hat die Aufgabe, Wissenschaftler auszubilden." (S. 74)

Das wichtigste Kapitel ist das 6.: "Die Forschung an den Akademieinstituten". Gemeint ist die Akademie der Wissenschaften der DDR in Berlin, der Kuczynski als ein führender Geist angehörte. Nur dieses Kapitel ist siebenfach unterteilt. "1. Zum Problem des Nachdenkens". Ohne die Fähigkeit des Nachdenkens kann niemand Wissenschaftler sein. "2. Sport und Wissenschaft": Der Nachwuchs muß betreut werden. "3. Erziehung zum Nachdenken": Der betreuende erfahrene Wissenschaftler muß nachprüfen, ob nachgedacht wird. Ein Problem zum Nachdenken ist die Frage, wann das gesellschaftliche Sein das Bewußtsein bestimmt oder wann das Umgekehrte der Fall ist: "Ohne gründliche unvoreingenommene Analyse kann niemand sagen, ob in einem konkreten Fall das gesellschaftliche Sein bestimmt hat" (S. 123). "4. Erziehung zum Fleiß": Kuczynski unterscheidet hier Phantastereien - Ideen haben - sinnvolle Ideen haben - sinnvolle Ideen "zum Beweis ihrer Richtigkeit in die Praxis umzusetzen" (S. 124). Auf das letztere kommt es an, und dafür braucht man Fleiß. "6. Der Schock der Praxis": Im real existierenden Sozialismus war nach Kuczynski zwar die objektive Entfremdung der Arbeit aufgehoben, nicht aber die subjektive. Dieser und andere Widersprüche müssen in der Praxis erlebt werden, um sie zu lösen. "7. Die Arbeits- und Lebensdisziplin": Für herausragende Leistungen auf jedem Feld menschlicher Tätigkeit gilt, was Kuczynski für den Wissenschaftler feststellt: Ohne daß das ganze Leben auf die ergriffene

Aufgabe hin ausgerichtet wird, gelingen keine bedeutenden Leistungen.

Kuczynski stellt sieben Thesen zum Problem der Spitzenleistungen auf, von denen mir einige recht ungewöhnlich und der Diskussion bedürftig zu sein scheinen. Wenn man bemerkt hat, daß das Niveau der naturwissenschaftlichen und technischen Arbeiten in der BRD über dem der DDR lag, so gibt es für Kuczynski folgende Erklärung: "Die Methode des Dialektischen Materialismus wurde in grober Form, unbewußt oder bewußt, wohl seit Beginn wissenschaftlicher Forschung angewandt. Denn da sie die einzigen Methoden sind, mit denen wissenschaftliche Resultate erzielt werden können, und da wissenschaftliche Resultate seit Jahrtausenden erreicht wurden und laufend auch im Kapitalismus erreicht werden, müssen sie irgendwie seit Jahrtausenden angewandt worden sein." (2. These, S. 143) Mit ideologiefreier Forschung erklärt sich Kuczynski dieses Phänomen. Die 5. These läßt uns fragen, weshalb die DDR nicht wissenschaftlich führend war: "5. Natürlich sind die, die die Methodik des Dialektischen und Historischen Materialismus bewußt anwenden, also bewußt marxistisch arbeiten, denen, die es unbewußt ... tun, überlegen." (ebenda) Die 6. These hält fest: Mit Ausnahme der Methode bedürfen die Werke von Marx, Engels und Lenin der Korrektur. Die 7. These besagt: Nur Kunstwerke bedürfen keiner Korrektur; die Werke der Wissenschaft aber enthalten nur

relative Wahrheiten, die durch den Fortschritt teilweise überholt werden. Das höhere Niveau der BRD in Naturwissenschaft und Technik erklärt Kuczynski damit, "daß dort besser 'gefühlsmäßig' mit der Methode des Dialektischen Materialismus gearbeitet wird als bei uns." (S. 144)

Dieses Buch gibt gleichsam eine Erklärung für den Untergang der DDR: Die träge Mittelmäßigkeit in den Gesellschaftswissenschaften, die doch "als Herrschafts- bzw. Leitungskraft wirken, ... ist ... ein ernstes Hindernis für die Entwicklung unserer Gesellschaft." (S. 145)

Die Bedeutung einer fachübergreifenden breiten Allgemeinbildung wird ersichtlich bei der Lektüre des Anhangs: "Große Reaktive und Konservative im Urteil großer Kommunisten". Es werden u.a. die überaus positiven Urteile von Marx über Aischylos, Plato, Dante, Shakespeare, Balzac und Hegel gebracht.

Dieser geraffte Überblick über das Buch vermag nur wenig von den profunden Kenntnissen aus dem Wissenschaftsbetrieb zu vermitteln, die Jürgen Kuczynski in einem "Leben in der Wissenschaft der DDR" gesammelt hat und nun vor uns ausbreitet. Die Einzelheiten sind von nicht zu unterschätzender Relevanz. Wichtiger aber ist uns, daß viele der genannten Anforderungen an den Wissenschaftler und seine Ausbildung ihre Gültigkeit auch in der BRD heute und auf längere Sicht behalten.

Elisabeth Bessau

(Die Z-Redaktion schließt sich den Wünschen der Rezensentin an und grüßt Jürgen Kuczynski zu seinem 90. Geburtstag am 17. 9. 1994)

Deutsche Verantwortlichkeit in der armenischen Frage

Tessa Hofmann (Herausgeberin), *Armenier und Armenien - Heimat und Exil*. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg 1994, 256 Seiten mit zahlreichen Abbildungen, 16,90 DM.

Michail Gorbatschow, *Über die Nationalitätenpolitik der Partei in der Gegenwart. Bericht und Ansprache des Generalsekretärs des ZK der KPdSU auf dem Plenum des ZK der KPdSU 19. September 1989*. APN-Verlag, Moskau 1989, 45 Seiten, 15 Kopeken.

Gegenüber den Armeniern und deren Lebensinteressen hat die offizielle deutsche Politik in diesem Jahrhundert mehrfach versagt. Das von Tessa Hofmann herausgegebene und unbedingt lesenswerte Taschenbuch deutet solches Versagen mit höflicher Zurückhaltung an. Da bestimmte türkische Medien momentan demagogisch bestrebt sind, Armenier für den Kurdenkonflikt verantwortlich zu machen (vgl. den Leserbrief von Dr. Raffi Kantian in der FAZ vom 18. Juni 1994, Seite 9), besteht die Gefahr neuerlicher Mißgriffe deutscher Außenpolitik im transkaukasischen Spannungsgebiet. Schon deshalb sind ungetrübte Rückblicke angebracht.

Die planmäßige mörderische Deportation armenischer Bewohner des Osmanischen Reiches aus ihren angestammten westarmenischen Siedlungsgebieten im Weltkriegsjahr 1915, bei der fast 1,5 Millionen Armenier umkamen, wäre ohne die stille Duldung (und bisweilen geheime Unterstützung) durch die in der Türkei präsenten Militärberater des wilhelminischen Deutschland zweifellos nicht möglich gewesen. Zwar haben deutsche Gelehrte und Diplomaten den Genozid mit besonderem Nachdruck ans Licht gebracht und verurteilt. Doch die Mitschuld bestimmter deutscher Welteroberungsstrategen ist nicht zu übersehen.

Als das ehemals russisch regierte Ostarmenien sich am 28. Mai 1918 für unabhängig erklärte und einen parlamentarisch-demokratischen Staat aufzubauen versuchte, erbaten seine Repräsentanten deutschen Schutz vor türkischen Invasoren, die über Alexandropol (später Leninakan) nach Baku vorzudringen versuchten. Doch das an der berühmten Grusinischen Heerstraße zusammengezogene starke deutsche Truppenkontingent schützte zwar Georgien, nicht aber die armenische Demokratie. Eine deutsche Schutzklärung hätte wenigstens bis zum Spätsommer 1918 Vertreibungen, Progrems und tausendfachen Hungertod verhindern können. Die Einwohnerzahl der Republik Armenien sank von 1,3 Millionen 1918 auf 774.000 Ende 1920. Erst mit der Sowjetisierung Armeniens fand die türkische Ausrottungspolitik ein Ende.

Zwischen 1986 und 1989 versagten gleich zwei deutsche Regierungen. Sowohl der BRD-Bundeskanzler als auch der DDR-Staatsratsvorsitzende müssen die friedensgefährdende Sprengkraft des Berg-Karabach- (armenisch: Arzach)-Problems gekannt haben und hätten ihren Einfluß friedensstiftend geltend machen können. Ende 1986 hatten Arzacher Armenier an Gorbatschow eine Bittschrift (Petition - wie unter den Zaren!) geschickt (mit schließlich über 80.000 Unterschriften!), in der unter Berufung auf "Perestroika" und "Neues Denken" erste Schritte auf dem Weg zu nationaler Selbstbestimmung der mehrheitlich armenischen Bevölkerung Arzachs angemahnt wurden. Die Unterstellung der armenischen Enklave unter aserbeidschanische Oberhoheit war zweifellos Stalinsches Unrecht. Umso unverständlicher, daß Gorbatschow die Petition ein ganzes Jahr (!) liegen und dann von einem untergeordneten Büro des ZK der KPdSU negativ (!) beantwortet ließ. Daraufhin kam es ab 11. Februar 1988 zu Massenkundgebungen in Arzach, aber ab 26. Februar 1988 auch zu Progromen gegen die Armenier in Sumgait. Ein kaukasischer Krieg zog herauf, aber Gorbatschow sah tatenlos zu.

Während seines Arbeitsbesuches in Moskau am 28. September 1988 informierte Honecker Gorbatschow wenigstens mit einem Satz über "eine gewisse Sorge", die es in der SED über die "Erscheinungen" in Armenien, Aserbaidshan und Estland gebe, ließ sich aber dann mit einer ungläublichen Feststellung

abspeisen: Er (Gorbatschow) erhalte zur Nationalitäten-Politik "Millionen von Briefen", die er nicht selbst lesen "und schon gar nicht beantworten" könne. Erst am 19. September 1989, als schon viel Blut geflossen war, versuchte Gorbatschow auf einer ZK-Tagung die perestroikistische Nationalitätenpolitik näher zu bestimmen. Die damals vom APN (KGB)-Verlag in deutscher Sprache herausgegebene Broschüre mit dem Wortlaut seines Berichts (der damals in Deutschland kaum zur Kenntnis genommen wurde) ist eine Art "durchschlagenden Heilmittels" gegen selbst hartnäckige Formen von "Gorbimanie". Selten ist auf 45 Seiten soviel "Flachsinn" in einer todernsten Sache gedruckt worden wie dort.

Nach dem verheerenden Erdbeben vom 7. Dezember 1988, dem zwischen 50.000 und 100.000 Menschen zum Opfer fielen, haben beide deutsche Staaten ein letztes Mal auf internationalem Feld nebeneinander konkurrierend gewirkt, diesmal zum guten Zweck, mit Hilfsgütern und Katastrophen-Experten für die leidgeprüften Armenier. Doch seit der Wiedervereinigung Deutschlands ist es sogar in deutschen Medien still geworden um das Land am Ararat, in dem einst das Paradies gelegen haben soll und wo heute schon wieder eine halbe Million (aus Aserbaidshan) vertriebene wie (aus Arzach) geflohene Armenier in unvorstellbarer Not leben müssen. Kürzlich hat sich eine EKD-Delegation in der Türkei über die Lage der dortigen Minderheiten informiert. Wann fliegen Vertreter der Kirchen nach

Jerewan, um mit der Armenischen Kirche, einer der ältesten christlichen Kirchen der Welt, moralische und materielle Unterstützung aus Deutschland zu vereinbaren?

Harald Wessel

Antistalinismus als Transformationshebel

Wolfgang Gehrcke (Hrsg.), *Stalinismus. Analyse und Kritik. Beiträge zu einer Debatte, Pahl-Rugenstein Verlag Nachf., Bonn 1994, 196 S., brosch., 19,80 DM.*

Der Band enthält 13 Beiträge, darunter einen einer Autorin aus der Alt-BRD; die anderen stammen aus der Feder von Autorinnen und Autoren aus den sogenannten neuen Bundesländern. Der Herausgeber stellt sie als Beiträge aus der "Stalinismusdebatte" der PDS vor. Nach dem Standort der Mehrzahl der Verfasser weist die Zusammenstellung eine ausgesprochene Rechtslastigkeit auf. Das PDS-Diskussionsspektrum erscheint stark reduziert. Zum Sinn des so zusammengestellten "Diskussionsangebots" äußert sich Wladislaw Hedeler, einer der Mitarbeiter des Herausgebers. Aus seiner Sicht stehen in der Frage des Stalinismus die Sprecher der kommunistischen Plattform (KPF) in der PDS außerhalb des Programmrahmens dieser Partei. Ihnen gegenüber sei "Polemik angesagt" (162). Andere Autoren dieser Richtung stellen recht unmißverständlich die Ausgrenzungs- und Unvereinbarkeitsfrage (159). Hedeler hält das Argument, bisher lägen

keine tragfähigen Analysen und Definitionen des Stalinismus vor, angesichts der seit der Wende im Umkreis der PDS erschienenen Literatur, für nicht mehr vertretbar. Dieser Einwand wird auch von anderen vorgetragen. Freilich ist dies keine Quantitätsfrage bedruckten Papiers und auch die hier vorgelegten Beiträge vermögen diese Situation nicht zu ändern. Außerdem versäumte es der Herausgeber, mit einer entsprechenden Literaturliste als Anhang aufzuwarten.

Aus der Sicht des Rezensenten bringt die Broschüre, abgesehen von wenigen Beiträgen, keine neuen oder auch nur anregenden Ansätze der Analyse. Das meiste ist längst gesagt und zwar schon lange vor der Wende, von Walter Markow so treffend als fehlgelesene Vendee charakterisiert. Dies hätte die Gelegenheit gegeben, aus der Aufarbeitung der stalinismuskritischen Literatur zu lernen. Zu diesen Lehren gehört m.E., daß eine historisch tragfähige Analyse und eine sozialistische Kritik nur entwickelt werden können, wenn die reale Ambivalenz des Stalinismus als despotischen Regimes, das gleichzeitig immer auch eine sozialistische Modernisierung der UdSSR und ihren Aufstieg zur (zeitweiligen) Weltmacht durchgesetzt hatte, in den Mittelpunkt der Analyse gerückt und "ausgehalten" wird. Demgegenüber begibt man sich mit dem Übergang zur "Typologie des Verbrechens" oder zu den Prämissen der Totalitarismuskonzeption der Möglichkeit einer historisch-materialistischen Entschlüsselung und Bewertung.

Schließlich geht es dabei auch immer um den Status des Stalinismus in Bezug auf die Sowjetgesellschaft, den Gesellschaftstyp des Realsozialismus und die Kommunistischen Parteien. Man kennt inzwischen den Effekt der Amalgamierung (Realsozialismus = Stalinismus, KP = Stalinismus usw.), der ein wichtiges Element des politisch-moralischen Zusammenbruchs war, und weiterwirkend die Legitimität kommunistisch-sozialistischer Standpunkte überhaupt infrage stellt. In dieser Fassung gerät der Antistalinismus zum Konversionshebel gegenüber früheren Kommunisten. Dementsprechend ist er in den innerparteilichen Orientierungskämpfen der postkommunistischen Formationen eine wichtige ideologische Waffe ihrer rechten Flügel.

Wolfgang Ruge, früher profiliertes marxistischer Historiker der DDR, engt den Stalinismus auf die Periode der "Alleinherrschaft" Stalins ein und faßt ihn als eine "auf eine Spitzengestalt zugeschnittene terroristische Theokratie" (17). Die Periode nach 1953 schlägt er über den Leisten des "pseudosozialistischen Staatssozialismus". Gerhard Lozek, ebenfalls bekannter früherer DDR-Historiker, bleibt zwar mit der Fassung der Sowjetentwicklung als "antikapitalistischer Modernisierungsdiktatur" (25) bei der Ambivalenz dieses Weges und markiert m.E. zutreffend das Parteiverständnis und die Parteipraxis als "Hauptansatzpunkt stalinistischer Deformationen" (25), begibt sich dann aber auf das Terrain der totalitarismustheoretisch geleiteten vergleichenden Diktaturforschung - ver-

gessend, daß nach der Melodie seiner Gegner tanzen muß, wer deren Tanzplatz betritt. Der Versuch der Integration einer solchen Sichtweise in das Weltbild eines "demokratischen Sozialismus" muß fragwürdig bleiben.

Der Blick von Thomas Klein auf "Komintern und KPD", ein Text aus dem Jahre 1988, zeigt, daß bis 1928 in diesem Verhältnis noch nicht von einer Einbahnstraße sowjetischer Interessenpolitik gesprochen werden kann. Er bringt im wesentlichen, mit ihren starken und schwachen Seiten, die trotzkistische Kritik. Auch für Horst Helas und Klaus Kinner ist die "totale Fernsteuerung für die KPD wie andere Sektionen der Komintern eine Legende" (64). Für sie ist auch die Spekulation nicht tragfähig, ob damals Thalheimer für Deutschlands KPD und Bucharin für Rußland durchsetzungsfähige Alternativen gewesen wären.

Ulla Plener, in der früheren DDR bekannte Historikerin der Arbeiterbewegung, widmet sich der Persönlichkeitsdeformation in und durch die Kommunistische Partei. Dabei stützt sie sich u.a. auch auf die "Ästhetik des Widerstandes" von Peter Weiss, läßt allerdings in Vergessenheit geraten, daß dort aus der politisch-moralischen Katharsis, die mit der rücksichtslosen Konfrontation mit der geschichtlichen Wahrheit, mit den für die Kommunisten tragischen Zügen und Verbrechen verbunden ist, die Kraft für das fortgesetzte kommunistisch-sozialistische Engagement erwächst. Statt dessen macht sie Arthur Koestler, einen Mann, der

schon in den 30er Jahren der KP den Rücken kehrte und deren Gegner wurde, zum Stichwortgeber für ihre Interpretationsmuster. Wenn sie z.B. die "Reduktion des Moralischen" auf das "dem Proletariat Nützliche" moniert, wäre eine einschlägige Brecht-Lektüre als Korrektiv sicher hilfreich gewesen. Nicht anders, denn als emotional aufgeladene und scharfe Agitation gegen den Realsozialismus, die kommunistische Partei und wohl auch die eigene Vergangenheit kann der Text von Uschi Nienhaus-Böhm, Köln, gelesen werden. Er ist auch ein Beispiel dafür, wie mit dem Aufbau des neuen bedingungslosen Feindbildes die Zerstörung sozialistischer Identität einhergeht.

Ein anregender und wichtiger Text liegt m.E. mit dem Beitrag von Lothar Hertzfeld zum Aufstieg und Fall der KPdSU vor, Nachdruck einer Buchveröffentlichung. Er bleibt nicht auf die Periode Stalins und des Stalinismus fixiert, sondern spannt den Bogen von der Gründung bis zum Zerfall. Er unterzieht vor allem auch die Zerfallsperiode und ihre Protagonisten einer kritischen Betrachtung, was unabdingbar ist, soll dieser Prozeß verstanden werden. Er verweist darauf, wie mit dem Umschreiben der Parteigeschichte durch Jakowlew/Gorbatschow das Kontinuitätselement in ihrem Selbstverständnis zerbrochen und damit ein "wesentlicher Stützpfiler der Identität der Partei zerstört" wurde (109), wie der Programm-Entwurf des Juni-Plenums 1991 "letzter Anstoß und Ausdruck der Selbstzerstörung der

KPdSU" wurde (109), wie mit der Verdrängung Lenins und des Leninismus die Preisgabe der "ideologischen Identität" erfolgte, wie Gorbatschow die Herrschaft des Apparates bei Neubesetzung mit "seiner Linie treu ergebenden Funktionären" fortsetzte und das offene Austragen der Konflikte in der Partei weiter blockierte, wie er durch die Demontage der alten Feindbilder nach innen und außen der Partei eine "fundamentale Grundlage" ihres Selbstverständnisses entzog (126) und wie dieser durch Druck von oben und von unten den Apparat lahmlegte, ohne dessen Funktionsfähigkeit ja die von ihm propagierte "Revolution von oben" von vornherein und vom Ansatz nicht denkbar war (131). Schließlich mußte der Verzicht auf den Führungsanspruch durch das Juni-Plenum 1991 als Bankrotterklärung der Partei aufgefaßt werden. "Statt dessen greift er zur Charakteristik der Vergangenheit der KPdSU und der Sowjetunion auf die Totalitarismuskonzeption zurück und spricht von der "jahrzehntelangen Herrschaft des totalitären Systems" und bedient sich damit des unmittelbar gegen die KPdSU und ihren Führungsanspruch gerichteten politischen Kampfbegriffs, der naturgemäß alles in Frage stellt, ohne irgend etwas zu erklären, weil er vornehmlich auf die Konfrontation angelegt ist und historische Differenzierungen weitgehend ausschließt." "Damit hatte sich die KPdSU endgültig selbst aufgegeben." (133) Hertzfeld vermag dem Leser also die Rolle des subjektiven Faktors und vor

allem auch der Ideologie nahezu bringen und ist gerade deshalb überzeugend. Von Interesse ist auch seine Schilderung der Durchsetzung der Stalin-Linie in der KPdSU, die eben nicht mit den finsternen Machenschaften des Apparates oder des Generalsekretärs erklärt werden kann, sondern von Mehrheiten der Mitglieder und Funktionäre getragen wurde, weil sie in deren Sicht im Unterschied zu konkurrierenden kommunistischen Alternativen eine Antwort auf die anstehenden Probleme zu bieten schien.

In den folgenden Beiträgen wird die aktuelle Gangart für das innerparteiliche Geschäft angeschlagen. Andreas Malycha ("SED und Stalinismus") spitzt von vornherein auf den "stalinistischen Charakterzug" als der Besonderheit der SED zu, was ja dann im Ergebnis zu dessen Bestätigung führen muß. Bedauerlicherweise fehlen immer die äußeren Bezugspunkte und Handlungszwänge für die Parteientwicklung. Schleierhaft ist, weshalb das damals von Walter Beling formulierte Selbstverständnis der SED als kämpferischer Arbeiterklassenpartei (149) als Indiz für deren Stalinisierung erhalten muß. Bei einer solchen Auslegung müßte dies dann für jegliche marxistisch-sozialistische Partei gelten. Joachim Gläser und Bernd Rump wollen erklären, weshalb das, was sie unter Stalinismus verstehen, selbst der PDS so schwer auszutreiben ist. Die Exorzisten machen schlicht und einfach dessen Verwurzelung in der Lebensform, im gelebten Leben dafür zuständig, dessen fla-

gellantenhafte Negation ja nicht jedermanns Sache ist. Mit besonders beflissenem kämpferischen Eifer verlängert Wladislaw Hedeler gleich den Stalinismus nach hinten: "Josef Stalin fand den Parteityp vor, den er nur ein wenig umzugestalten brauchte. Marx, Engels und Lenin hatten hierfür den Grundstein gelegt." (169) Es verwundert nicht, daß er einst oder noch in der KP organisierten Kommunistinnen und Kommunisten die Fähigkeit zu einer Kritik des Stalinismus abspricht: "Wirkliche Stalinismuskritik ist aus stalinistischen Partei- und Denkstrukturen heraus nicht führbar." (167) Woraus dann notwendigerweise zu folgen hätte, daß der Sprung zu anderen Ufern, eben die "Operation Wendehals" zu vollziehen sei - so die ironische Anmerkung des Rezensenten. André Bric, der sich mehr und mehr zur ideologischen Allzweckwaffe des rechten PDS-Flügels mausert, spreizt sich hier gegenüber der KPF als Sprachrohr einer "PDS-Mehrheit", wie sie aus seiner Sicht das Programm geprägt habe: Oberlehrerhaft im Ton und rigoros edukationistisch in der Sache. Er ist bemüht, z.B. im Verständnis der Machtfrage, die sich bei ihm im Sinne der Moderne- und Zivilisationsparadigmen in den schönen Schein des Institutionalismus verflüchtigt, die Unvereinbarkeit der KPF-Positionen mit der PDS-Mehrheitsmeinung von demokratischem Sozialismus vorzuführen. Er bleibt aber bei der Legitimität und Notwendigkeit einer Alternative zum Kapitalismus, was auf den ersten Blick radikal klingt, aber bei Kenntnisnahme dessen,

was er unter "modernem Kapitalismus" versteht, doch mächtig zusammenschnurrt. In Bezug auf den Realsozialismus sieht er sich als Verteidiger des guten Glaubens der Millionen, wohl aber nicht des Versuchs als historisch-antikapitalistischer Alternative.

In den Abschlußbemerkungen von Wolfgang Gehrcke schlüpft der Stalinismus nochmals in ein Allerweltsgewand: "System der Machtausübung und des Kampfes um die Macht..., das den Anspruch erhob bzw. erhebt, ein sozialistisches zu sein, sich aber weitestgehend von den theoretischen und humanen Grundlagen des Sozialismus ablöst; die Frage der Macht, Machteroberung und des Machterhalts verselbstständigt sich" (189). Man muß, tauscht man nur einige Vokabeln aus, lange suchen, bis man ein politisches System findet, wo dies alles nicht zuträfe. Man wundert sich auch, nicht nur bei Gehrcke, über das Lamento gegen das "bipolare Denken", und das bei Leuten, die mit dem Denken in Widerspruch und Gegensatz groß geworden sein sollten. Es versteht sich, daß Gehrcke, wie auch einige andere der Mitautoren, in den Kritiken an Gorbatschow bzw. am Gorbatschowismus das Wiederaufstehen stalinistischer Stereotypen ausmachen zu müssen glaubt. Sicher hat er dabei aber nicht im Hinterkopf, daß die Hauptgefahr bei der Lektüre des Großteils der Beiträge dieser Publikation die Reaktion mit einer Apologetik der Verdammungsgegenstände ist.

Diese Art von Antistalinismus läßt von den einstmaligen Ambitionen

nach Erneuerung marxistischen und sozialistischen Denkens nur noch wenig übrig, ganz abgesehen von einem sozialistischen Gesellschaftskonzept, das etwas mehr als der Godesberger Grundwertesozialismus wäre. Während das politisch-juristische Diktum vom SED-Unrechtssystem als repressiver Hebel des restaurativen Gesellschaftsumbaus wirksam ist, fungiert der radikalisierte Antistalinismus der von uns kritisch vermerkten Machart als politisch-moralisches Druckmittel, um die Zwangstaufe von Kommunisten und Marxisten zu systemkonformen Linken zu befördern.

Heinz Jung

DM-Kassen- und Bonitätsverwaltung

Helmut Schlesinger, Manfred Weber, Gerhard Zierbarth, Staatsverschuldung ohne Ende? Zur Rationalität und Problematik des öffentlichen Kredits, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1993, 300 S., L., 59,- DM.

Dieser schon im September 1992 abgeschlossene Text fand im Herbst 1993 starke öffentliche Beachtung. Schließlich ging es um die Meinung des Bundesbankpräsidenten zur Staatsverschuldung und zu den Staatsfinanzen in der neuen Realität der um die DDR erweiterten BRD. Gerade deren Anforderungen hatten neue Daten gesetzt. Schlesinger und die Bundesbank galten wohl zu Recht als die Kassenverwaltung der "Vereinigungsfinanzierung". Dies war je-

doch keine passive Vollzugsrolle. Vielmehr schrieb die Bundesbank kräftig am Drehbuch mit. In diesem Sinne kann auch das vorliegende Buch des inzwischen aus seiner Funktion ausgeschiedenen Bundesbankpräsidenten und seiner Mitautoren, hochrangigen Exponenten des deutschen Geld- und Kreditkomplexes, aufgefaßt werden.

Es geht um eine wissenschaftlich-analytische Untersuchung und Erörterung der Staatsverschuldung, vor allem in der BRD, in ihren funktionellen Beziehungen, Verflechtungen und Konsequenzen. Dabei wird nicht nur den empirischen Fakten Aufmerksamkeit gewidmet, sondern auch der einschlägigen Literatur vor allem angelsächsischer Provenienz. Die Sicht der Verfasser ist durch den Ordoliberalismus in seiner monetaristischen Fortschreibung und Modernisierung geprägt. Anhänger von Keynes sind sie beileibe nicht. Ihr Buch ist durchgängig eine Argumentation gegen seine Lehren. Der Glaube an die Marktkräfte, d.h. die privatkapitalistische Regulierung als beste aller Möglichkeiten, ist ihnen ins Herz geschrieben. Entsprechend sind ihre politischen Empfehlungen.

1992 ist die Zeit, als der Boom der westdeutschen Industrie, angestachelt durch die mit westdeutschen Subsidien geschaffene Nachfrage in Ostdeutschland - ein klassischer Fall von Nachfragekeynesianismus -, den Höhepunkt erreicht hatte und als die Folgen der "schöpferischen Zerstörung" der ehemaligen DDR-Wirtschaft den Ruf nach öffentli-

cher Industrie- und Strukturpolitik lauter werden ließen. Deren Finanzierung wäre nach Lage der Dinge nur mit der Ausweitung des öffentlichen Kredits zu haben gewesen. Auf der anderen Seite sind Stabilitätspolitik und harte DM Voraussetzungen der internationalen Stellung des westdeutschen Kapitalismus. Dieser Leitlinie sind die Verfasser verpflichtet. Ihre Option ist die Einschränkung des öffentlichen Kreditvolumens und der Staatsverschuldung, deren selbsttreibendes Aggregat sie vor allem in einer wachsenden Zins-Schuldendienst-Quote der öffentlichen Haushalte sehen. "Konsolidierungspolitik" ist ihr zusammenfassender Nenner.

Selbst bei einer solchen Politik rechnen die Verfasser mit einem Anwachsen der Staatsschulden bis 1996 auf 2000 Mrd. DM, darunter der Haushalte der Gebietskörperschaften auf 1600 Mrd. DM (1989 = 930 Mrd. DM). Die Staatsschuldquote (Bruttoschulden der öffentlichen Hand in % des BSP) stiege damit auf 51% (1991 = 41%). Einen ähnlichen Sprung hatte es nur in den 70er Jahren gegeben: Von 18,5% 1973 auf 32% 1980. Freilich wäre das gegenüber den USA (1991 = 58%) oder Japan (1991 = 63%) immer noch ein vergleichsweise niedriger Stand. Die Zinsbelastungsquote der öffentlichen Haushalte stiege von derzeit etwa 10% auf dann 12,5%.

Um zu begründen, daß die Konsolidierung der Staatsfinanzen der einzige Ausweg aus der "Verschuldungs-" und zugespitzt aus der "Zins-Wachstums-Falle" sei, buchstabieren die Autoren unter den

schon genannten Prämissen alle relevanten Felder und Komplexe durch. Im Rahmen dieser Annotation kann darauf leider nicht eingegangen werden.

Das nachgezeichnete Szenario der schuldenpolitischen Aspekte der "deutschen Einheit" (232ff.) macht deutlich, daß das Niedermachen der ostdeutschen Wirtschaft - legitimiert mit ihrem angeblich bankrotten Stand infolge der sozialistischen Mißwirtschaft - eine strategische Orientierung war und nicht marktwirtschaftlicher Naivität entsprang. So wird man denn auch vergeblich problematisierende Bemerkungen über die Konsequenzen der schlagartigen Währungsumstellung für die einstigen DDR-Betriebe suchen, obwohl gerade diese den Autoren, die ja auch Akteure des Prozesses waren, nicht unbekannt sein dürften.

Die Empfehlungen für die Konsolidierungspolitik sind inzwischen längst in den Kanon der Bonner Politik eingegangen: Abbau des Personals im öffentlichen Dienst, Privatisierung in der ganzen Breite öffentlichen Vermögens und öffentlicher Dienste, Privatisierung der Infrastrukturleistungen und -investitionen, Begrenzung der Ausgabenseiten der öffentlichen Haushalte usw.

Für ihren Marktdogmatismus steht am Schluß des Buches als Credo die trotzig gegen die Realität zitierte Erhard-Sentenz: "In politischer, wirtschaftlicher und menschlicher Beziehung wird die Wiedervereinigung Deutschlands Kräfte entfesseln, von deren Stärke und

Macht sich die Schulweisheit der Planwirtschaftler nichts träumen läßt." (275)

Die gut aufbereiteten und in Tabellen verdichteten Fakten zu den Kennziffern und funktionellen Beziehungen der Staatsverschuldung und der Geld- und Finanzpolitik sind für die Beschäftigung mit diesen Fragen instruktiv - ganz abgesehen davon, daß der Text ein schöner Beleg dafür ist, daß und wie die herrschenden Interessen einer Epoche ihren Ausdruck auch in der herrschenden Ideologie finden.

Heinz Jung

Bucheingänge

Reinhard Hübsch/Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.), "Operation Mauerdurchlöcherung". Robert Neumann und der deutsch-deutsche Dialog, Pahl-Rugenstein Nachf., Bonn 1994, 227 S., DM 24,80.

75 Jahre deutsche Novemberrevolution, Schriftenreihe der Marx-Engels-Stiftung 21, Pahl-Rugenstein Nachf., Bonn 1994, 313 S., DM 28,00.

Mario Keßler (Hrsg.) Antisemitismus und Arbeiterbewegung. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert, Podium Progressiv, Pahl-Rugenstein Nachf., Bonn 1993, 174 S., DM 19,80.

Harald Werner (Hrsg.), Wirtschaftsdemokratie. Eine alte Antwort neu befragt, Podium Progressiv, Pahl-Rugenstein Nachf., Bonn 1994, 145 S., DM 18,80.

Wolfgang Kowalsky/Wolfgang Schröder (Hrsg.), Linke, was nun?, Rotbuch 84, Rotbuch Verlag 1993, 240 S., DM 18,90.

Caroline Thomas/Klaus-Peter Weiner (Hrsg.), Auf dem Weg zur Großmacht? Die deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung. Mit Beiträgen von Frank Deppe, Lutz Hoffmann, Kurt Hübner, Jörg Huffschnid, Dieter Klein, Nicos Kotzias, Wolf-Dieter Narr und Albert Statz, Papy-Rossa Verlag, Köln 1993, 165 S., DM 38,00.

Wladislaw Hedeler, Stalin-Trotzky-Bucharin. Studien zum Stalinismus und Alternativen im historischen Prozeß, Decaton Verlag, Mainz 1994, 199 S., DM 27,00.

Yaacov Ben-Chanan, Juden und Deutsche. Der lange Weg nach Auschwitz, Verlag Jenior & Pressler, Kassel 1993, 432 S., DM 36,00.

Dimitri Wolkogonow, Lenin. Utopie und Terror, ECON Verlag, Düsseldorf-Wien-New York-Moskau 1994, 608 S., DM 58,00.

Robert Steigerwald, Abschied vom Materialismus? Materialismus und moderne Wissenschaft, Pahl-Rugenstein Nachf., Bonn 1994, 435 S., DM 48,00.

VorSchein. Blätter der Ernst Bloch Assoziation (Petzoltstr. 6, 90443 Nürnberg), Heft 13/14 (September 1993); Themen: Produktive Kräfte und gesellschaftliche Synthesis. Zum Problem der Natur bei Bloch und Sohn-Rethel. Politische Funktionen der Utopie. Ende oder Wende des Utopischen?

"Kapitalistische Marktökonomie und Demokratie ohne Transformationsperspektive?"

Ansätze gesellschafts- und kapitalismuskritischer Optionen

Veranstaltung von IMSF e.V., Frankfurt/M., und Z - Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Frankfurt/M.

Beiträge u.a. von Uwe Kremer, Heinz Jung, Horst Heining, Jörg Huffschnid, Dietmar Düe/Karl Hermann Tjaden, Charles Pauli, Joachim Bischoff, Frank Deppe

Frankfurt/M., 19./20. November 1994

Beginn: Samstag, 19. 11. 94, 11 Uhr

Haus der Jugend, Deutschherrnufer 12

Anmeldung erforderlich bei IMSF e.V., Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt/M. - Tagungsbeitrag 30,-/15,- DM

Übernachtung im Haus der Jugend in Vier-Bett-Zimmern möglich (eine Nacht 38,- DM; zwei Nächte 72,- DM). Direkt dort buchen unter Tel. 069/61 90 58.

Autorinnen/Autoren

- Hans Henning Adler - Oldenburg, Rechtsanwalt
Elisabeth Bessau - Wuppertal, Dipl. Volkswirtin
Dr. Heinz Bierbaum - Frankfurt/M., 1. Bevollmächtigter der Ortsverwaltung Frankfurt/M. der IG Metall
Henning Böke - Frankfurt/M., Doktorand der Philosophie
Dr. Lutz Brangsch - Berlin, Mitarbeiter des Parteivorstands der PDS
Ulrich Brinkmann - Marburg, Dipl. Politologe
Dr. Peter Degkwitz - Hamburg, Sozialwissenschaftler
Prof. Dr. Frank Deppe - Marburg, Hochschullehrer, Mitglied des Redaktionsbeirats von Z
Monika Domke - Köln, Lehrerin, Mitglied des Redaktionsbeirats von Z
Prof. Dr. Georg Fülberth - Marburg, Historiker, Hochschullehrer
Willi Gerns - Bremen, Mitherausgeber der "Marxistischen Blätter"
Prof. Dr. Horst Heining - Berlin, Wirtschaftswissenschaftler, Mitglied des Redaktionsbeirats von Z
Bernd Hüttner - Bremen, Student der Politikwissenschaften
Prof. Dr. Jörg Huffschnid - Bremen, Hochschullehrer, Mitglied des Redaktionsbeirats von Z
Dr. Heinz Jung - Weilrod/Ts., Wirtschaftswissenschaftler, Z-Redakteur
Prof. Dr. Leo Kofler - Köln, Geschichtsphilosoph, em. Hochschullehrer
Dr. Uwe Kremer - Dortmund, Politikwissenschaftler, Redakteur der Zeitschrift "spw"
Hermann Krüger - Frankfurt/M.
Prof. Dr. Kyôichi Maekawa - Kyoto, Japan, Hochschullehrer
Dr. Werner Petschik - Frankfurt/M., Mitglied des Hauptvorstands der dju in der IG Medien, Mitherausgeber der "Marxistischen Blätter"
Klaus Pickshaus - Frankfurt/M., Gewerkschaftssekretär beim Hauptvorstand der IG Medien, Bereich Gesundheitsschutz und Arbeitsökologie/Angestelltenarbeit
Dr. Jürgen Reusch - Bad Homburg, Politikwissenschaftler, Z-Redakteur
Dr. Heinz Schäfer - Griesheim b. Darmstadt, Wirtschaftswissenschaftler, Journalist
Dr. Peter Scherer - Frankfurt/M., Leiter der Zentralbibliothek beim Vorstand der IG Metall
Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling - Frankfurt/M./Dortmund, Hochschullehrerin, Mitglied des Redaktionsbeirats von Z
Dr. Reinhard Schweicher - Frankfurt/M., Philosoph, Z-Redakteur
Matthias Seifert - Marburg, Dipl. Politologe
Dr. Werner Seppmann - Haltern/Westf., Philosoph und Sozialwissenschaftler
Claudia Stellmach - Bonn, Sozialwissenschaftlerin
Dr. Hans Jürgen Urban - Frankfurt/M., Politikwissenschaftler, Mitarbeiter der Abteilung Sozialpolitik des Bundesvorstands der IG Metall
Dr. Harald Werner - Bremen, Sozialwissenschaftler, Mitglied des Redaktionsbeirats von Z
Dr. Harald Wessel - Berlin, Journalist
Corell Wex - Marburg, Student der Politikwissenschaften

Klaus Dörre

Junge GewerkschafterInnen: Vom Klassenindividuum zum Aktivbürger?

Gewerkschaftliches Engagement im Leben junger Lohnabhängiger

ca. 500 S. - ca. DM 58,00 - IÖS 453 - SFR 59,60 - SBN 3-929586-33-9

Wieland Stützel (Hrsg.)

Streik im Strukturwandel

Die europäischen Gewerkschaften auf der Suche nach neuen Wegen

1994 - ca. 250 S. - ca. DM 39,80 - ÖS 311 - SFR 41,00 - ISBN 3-929586-31-2

Klaus W. West

Der politische Raum der Arbeit

1994 - ca. 200 S. - ca. DM 38,00 - ÖS 297 - SFR 39,20 - ISBN 3-929586-30-4

Max Koch

Vom Strukturwandel einer Klassengesellschaft

Theoretische Diskussion und empirische Analyse

1994 - ca. 200 S. - ca. DM 39,80 - ÖS 311 - SFR 41,00 - ISBN 3-929586-34-7

Reiner Hoffmann/ Ulrich Mückenberger (Hrsg.)

Die Wahrheit der Träume

1968 und heute - ein Kaleidoskop

1994 - 187 S. - DM 26,00 - ÖS 203 - SFR 27,30 - ISBN 3-924550-96-4

Karl Bruckmeier

Strategien globaler Umweltpolitik

1994 - 297 S. - DM 39,80 - ÖS 343 - SFR 45,30 - ISBN 3-924550-88-3

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



48145 Münster · Dorotheenstr. 26a · Tel. 02 51 / 6 08 60 80